

Das Argument

58

12. Jahrgang 1970

Faschismus-Theorien (VI) / Diskussion

Wolfgang Abendroth: Das Problem der sozialen Funktion und der sozialen Voraussetzungen des Faschismus	251
Reinhard Kühnl: Probleme der Interpretation des deutschen Faschismus	258
Reinhard Opitz: Fragen der Faschismusk Diskussion. Zu Reinhard Kühnls Bestimmung des Faschismusbegriffs	280
Richard Saage: Bemerkungen zur Faschismusinterpretation Ernst Noltes	292
Rainer Kretschmer (†) und Helmut J. Koch: Der Propagandaapparat des NS-Staates	305
Peter Römer: Vom totalen Staat zur totalen bürgerlichen Gesellschaft	322
Marios Nikolinakos: Materialien zur kapitalistischen Entwicklung in Griechenland (2. Teil)	340
Uta Stolle: Die Ursachen der Studentenbewegung im Urteil bürgerlicher Öffentlichkeit	375
Besprechungen:	
Politische Philosophie des Bürgertums; Imperialismus; Faschismus; Griechenland	395

Wolfgang Abendroth

Das Problem der sozialen Funktion und der sozialen Voraussetzungen des Faschismus

In der Periode des liberalen Kapitalismus der allseitigen Konkurrenz waren zwar der Staat, der die Wirtschaftsgesellschaft garantierte, und die relativ autonome Gesellschaft tendenziell unterschieden, doch nahmen die bürgerlichen Klassen den Staat und vor allem seine Gesetzgebungsapparatur in Besitz und wollten ihn über das Parlament mit Hilfe eines nur begrenzt demokratischen Wahlrechts beherrschen. Schon damals gab es Situationen, in denen die bürgerlichen Klassen nicht in der Lage waren, sich gleichzeitig gegen die andrängenden Unterklassen in dieser Position zu halten und ihre internen Differenzen durch Kompromisse zu vermitteln. Weil diese Doppelfunktion der Staatsmacht für sie lebensnotwendig ist, mußten die bürgerlichen Klassen es in derartigen Ausnahmelagen hinnehmen, wenn diese Staatsmacht durch politisch-soziale Kräfte erobert wurde, die an sich jenseits dieser bürgerlichen Klassen selbst stehen, aber gleichzeitig bereit und fähig sind, diese Aufgaben in deren Interesse zu erfüllen. Das bedeutet einerseits die Garantie der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch die Gesetzgebung und durch Unterdrückung bzw. Integration der Unterklassen und andererseits den Ersatz der mangelnden Kompromißfähigkeit innerhalb der kapitalistischen Klassen selbst durch Dezision.

Das klassische Beispiel für eine derartige Entwicklung hat der Aufstieg des dritten Napoleon Bonaparte in Frankreich um die Mitte des vorigen Jahrhunderts geliefert, den Karl Marx analysiert hat. Nachdem die proletarische Unterklasse in einem revolutionären Kampf um die Durchsetzung ihrer Interessen unterlegen war, stützte sich der Bonapartismus auf die Mobilisierung von Außenseitern der Gesellschaft, Teilen der Unterschichten und der Armee. Dabei wurde die Führungsrolle eines mehr oder minder zufällig durch den geschichtlichen Prozeß sich anbietenden Mannes anerkannt. Die Massen der städtischen und ländlichen Mittelklassen waren bereit, ihm die Eigenschaft des Retters aus einer Krise zuzuschreiben. Die Übernahme der Macht durch Louis Bonaparte war nur dadurch möglich, daß auch Oberklassen und Führungsgruppen des Staatsapparates diese Wendung — wenn auch zum Teil widerwillig — akzeptierten, um die Lücke ihrer ungenügenden Kompromißfähigkeit in den eigenen Reihen ausfüllen und ihre soziale Vormachtposition erhalten zu können. Ähnliche Züge trug die Manipulationstechnik traditionaler Mitglieder dieser Oberklassen selbst (Disraeli) oder Angehöriger traditionaler Führungsgruppen der Staatsmacht (Bismarck) in England und Preußen-Deutschland, wobei gleichzeitig scheindemokratische Methoden (britische Wahlrechtsreform 1867 und Wahlrecht des Nord-

deutschen Bundes) verwendet wurden. Nur wurden hier keine abenteurenden Außenseiter der Gesellschaft in Leitungspositionen des Staatsapparates und der politischen Macht einbezogen.

Derartige bonapartistische Herrschaftsformen entwickelten sich unter bestimmten Bedingungen aus sozialen und politischen Krisen in der Periode des liberalen Kapitalismus. Das Prinzip der bürgerlichen Rechtsstaatlichkeit wurde grundsätzlich beibehalten und weiterentwickelt, die Intervention der öffentlichen Macht in die Wirtschaftsgesellschaft auf ein Minimum beschränkt. Dieses System wurde nur partial zur Niederhaltung der proletarischen Unterklassen durchbrochen. Der Fall des unmittelbaren Aufstiegs aus einer Gegenrevolution in Frankreich bedingte zwar die Kombination mit einer breiten und partial militanten auf Mittelklassen und Deklassierte gestützten Massenbewegung (Dezembergesellschaft), doch war es noch nicht möglich, diese Massenbewegung zu einer permanenten selbständigen politischen Herrschaftsgruppe zu organisieren und zu stabilisieren. Noch waren die sozialen Techniken ungenügend entwickelt, die Chancen dafür bieten, mit einer derartigen Organisationsstruktur die Gesamtgesellschaft dauerhaft zu durchdringen und formal zu beherrschen. Charakteristisch für diese Periode war eine jeweilig nur eng begrenzte Intervention der Staatsmacht in den Wirtschaftsprozess. Infolgedessen schien es nicht erforderlich, auf lange Sicht die Wiederherstellung der Öffentlichkeit im Gesetzgebungsverfahren auszuschließen. Das bedeutete die tendenzielle Wiederherstellung bürgerlich-parlamentarischer Verfahrensweisen, die auf die erneute Verwertung der Kompromißfähigkeit innerhalb der Oberklassen der bürgerlichen Gesellschaft abzielen.

In der Periode des organisierten Kapitalismus stellen sich ähnliche Probleme in veränderter Form. Sie wurden erst nach der durch den Ausgang des Ersten Weltkrieges eingeleiteten Phase der sozialistisch-revolutionären Erhebungen der Arbeiterklasse in Europa aktualisiert und erhielten dadurch ihre besondere Struktur. Der Sieg der sozialistischen Revolution, der das frühere Zarenreich in die UdSSR verwandelt hatte, ließ die Parole des Antibolschewismus als Motivierung des generellen Kampfes gegen Arbeiterbewegung und Marxismus zur zentralen Anti-Ideologie der Gegenrevolution werden. Dafür mußten die herrschenden Klassen nicht nur die traditionellen selbständigen Mittelschichten mobilisieren, sondern auch die neuen Teile der Arbeiterschichten mit traditionell mittelständischer Ideologie — die zahlenmäßig stark angewachsenen Schichten der Angestellten und Beamten —, wenn sie die proletarische Revolution nicht nur vorübergehend zurückdrängen, sondern dauerhaft schlagen wollten.

In den von den Krisen dieser Periode am stärksten getroffenen Gesellschaften reichte nunmehr die bloße Reduktion des rechtsstaatlichen Moments und der demokratisch-parlamentarischen Formen klassischer bürgerlicher Staatlichkeit auf den autoritären Staat nicht mehr aus, um den Druck der Arbeiterklasse in Richtung auf Transformation der kapitalistischen Produktionsverhältnisse auszuschal-

ten. Das zeigt sich sehr deutlich in der Zeit der Präsidialdiktatur im Deutschen Reich. Inzwischen war das Kapital zu gewaltigen Oligopolen und Monopolen konzentriert, welche die Marktkonkurrenz durch Machtkonkurrenz (und Machtausgleich) ersetzen. So konnte man nun auch für längere Zeiträume auf die durch Öffentlichkeit vermittelte und daher auf den klassischen Parlamentarismus verwiesene Form sowohl der Gesetzgebung als auch der in anderer Weise durchgesetzten Regulierung der Gesellschaft und Intervention der öffentlichen Macht in die Gesellschaft verzichten. Der Machtausgleich zwischen einer fast unendlich großen Zahl von kleinen und mittleren Wirtschaftseinheiten bedarf der öffentlichen Auseinandersetzung zur Herstellung der erforderlichen Kompromisse; der Machtausgleich hinsichtlich des Einsatzes und der Verwendung der Staatsmacht zwischen einer begrenzten Zahl von ökonomischen Zentren der Produktion, des Kredits und der Distribution, die wieder untereinander verknüpft sind, kommt ohne das Moment der Öffentlichkeit leicht aus. Diese Zentren führen ohnedies ständig nichtöffentliche Spitzenverhandlungen untereinander und mit den Vertretern der Staatsmacht. In Krisenperioden ist dieser Machtausgleich auf völlige Abschirmung gegen die Öffentlichkeit sogar unbedingt angewiesen, weil demokratischer Parlamentarismus bei rechtsstaatlich gesicherter freier Willensbildung der Arbeiterbewegung zwei Konsequenzen hätte: er würde das Eingreifen der Arbeiterbewegung in staatliche Willensbildungsprozesse ermöglichen und — vor allem in der Krise — die Einsicht der Arbeiterbewegung in die Notwendigkeit des Übergangs von kapitalistischen zu sozialistischen Produktionsverhältnissen geradezu produzieren.

So entsteht in der Periode des Monopolkapitalismus generell in allen Teilen der herrschenden Klassen die Tendenz, die aus der Aufstiegsperiode des liberalen Kapitalismus überkommenen Vorstellungsweisen und Rechtsformen mindestens zurückzudrängen, im Extremfalle langwieriger ökonomischer und sozialer Krisen jedoch voll zu überwinden. Da sich die Technologie weiterentwickelt und die Kapitalkonzentration sich verstärkt, muß das Gleichgewicht der wirtschaftlichen Prozesse aufrechterhalten und wiederhergestellt werden, indem der Staat zunächst stärker in die Ökonomie eingreift, bis im Endresultat Staatsmacht und Großökonomie zu einheitlicher Willensbildung verschmelzen.

Zwischen den beiden Weltkriegen stand dieser Transformationsprozeß der politischen Ordnung unter dem Vorzeichen der Abwehr der Gefahr der proletarischen Revolution. Die Unterklassen waren zunächst relativ mobilisiert, was durch die revolutionäre Phase nach 1917 ausgelöst war. Es folgte die Zwischenperiode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in der Rationalisierungskonjunktur nach 1924. Infolge der großen Krise drohte die neuerliche Mobilisierung der Unterklassen. Die inzwischen systemnotwendige Abschirmung der staatlichen Willensbildungsprozesse vor der Öffentlichkeit und die Wiederherstellung der Kompromißfähigkeit zwischen tendenziell widerspruchsvollen Sonderinteressen der mono-

polistischen Führungen selbst ließ sich daher — insofern in ähnlicher Weise wie beim Aufstieg des Bonapartismus in der liberal-kapitalistischen Periode — nur dadurch vermitteln, daß als Gegenmacht gegen sozialistisch-proletarische Kräfte soziale Gruppen mit Mittel-schichtenmentalität mobilisiert wurden. Den diesen Sozialschichten angebotenen antibolschewistischen und antimarxistischen Parolen wurde der Schein „antikapitalistischer“ Ideologie zugesetzt, um ihnen die Illusion des Kampfes für ihre eigenen Interessen zu geben. Mit Hilfe dieser Parolenmixtur sollte das Mittelstandsaufgebot die Arbeiterorganisationen ausschalten. Verstärkter Druck der Staatsmacht, die mittels der militanten gegenrevolutionären Mittelschichten-Organisationen gefestigt und von ihnen unterstützt wurde, mußte dann die Arbeiterorganisationen vernichten.

Gleichzeitig konnte auch die nunmehr der Kontrolle der Öffentlichkeit entzogene Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Interessen der einzelnen Oligopole ohne Gefährdung des sozialen Gesamtsystems weitergeführt werden. Die Oligopole hatten jedoch spätestens seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise einsehen müssen, daß der konjunkturelle Prozeß ohne Mithilfe der öffentlichen Gewalt nicht gesteuert werden konnte, wenn auch eventuell nur in der Weise, daß sie sich formell gemeinsam der quasi schiedsrichterlichen Entscheidung durch die öffentliche Gewalt unterwarfen. Auf dieser Situation beruhte die Wendung zum Faschismus, wie sie 1922 in Italien, 1933 in Deutschland und in Österreich durchgespielt worden ist. Dabei zeigte sich jedoch noch eine weitere Differenz zum Bonapartismus der liberalkapitalistischen Periode: Die faschistischen Parteien, die — ausnahmslos verbunden mit quasi militärischen Terrororganisationen — zur Macht geführt wurden, waren zwar abermals auf die Präsentierung charismatischer „Führer“ angewiesen, in deren Zeichen sie allein die in sich widerspruchsvollen Sonderinteressen divergenter Mittelgruppen versöhnen konnten, aber sie beruhten nun im Zeichen neuer Sozialstrukturen auf gefestigten Parteien, die im Gegensatz zu den proletarischen Massenorganisationen nicht langfristig, sondern in verhältnismäßig kurzer Periode geschaffen wurden. Dadurch wurde es erstens möglich, daß diese Parteien und ihre militärischen Verbände in Zusammenarbeit mit der traditionellen Staatsorganisation die Unterdrückungsfunktion der öffentlichen Gewalt gegenüber den Unterklassen generalisierten und extrem verstärkten und sie in derart erheblichem Maße permanent gestalten konnten, wie sie die bonapartistische Staatsmacht weder in dieser Intensität noch in dieser Dauerhaftigkeit herstellen konnte. Die zweite Folge dieser neuen Situation bestand darin, daß die Rechtsstaatlichkeit zwar nicht gänzlich aufgelöst werden konnte, weil sie als Parallele der Markt-Gesellschaft in bestimmten Relationen erhalten bleiben mußte, aber durch einen nicht rechtsstaatlichen, sondern unverhüllt dezisionistisch-repressiven Teil staatlicher Tätigkeit weithin verdrängt wurde. Drittens führte diese Situation zu einer relativ permanenten Symbiose von Monopolwirtschaft und Staat im Zeichen eines auch nach außen aggressiven Rüstungskapitalismus.

In einer Reihe von europäischen Staaten war die Gefahr des Druckes der organisierten Arbeiterbewegung in Richtung auf Umwandlung monokapitalistischer Produktionsbedingungen in sozialistische Produktionsverhältnisse weniger stark. In ihnen bewirkten bloße militärische bzw. obrigkeitsstaatliche Diktaturen die zur Krisenbewältigung erforderliche Vereinheitlichung der politischen Willensbildung innerhalb der herrschenden Klassen, die im Zeichen der Krise durch mangelnde Kompromißfähigkeit der einzelnen Teile dieser herrschenden Klassen gestört war. Unter diesen Voraussetzungen wurden selbstverständlich die rechtsstaatlichen Beziehungen erheblich weniger verdrängt, während die parteienstaatliche parlamentarische Demokratie ebenso eliminiert wurde. Übrigens war auch in den faschistischen Systemen, die sich auf ursprünglich vor allem mittelständische Massenbewegungen mit terroristischer Komponente stützen konnten und formell das Monopol der sozialen Organisationsstruktur dieser Massenbewegungen herbeiführten, diese Machtstruktur selbst keineswegs „monolithisch“ bzw. im Sinne jener Theorien, die *post festum*, aber in Parallele zum ideologischen Selbstverständnis des Faschismus in dieser Richtung ausgebildet wurden, „totalitär“. Zwar wurde die Organisationswelt der früheren Arbeiterbewegung vernichtet, und konkurrierende andere gesellschaftliche Organisationen wurden ausgeschaltet, abgesehen freilich von den kapitalistischen ökonomischen Verbänden der Wirtschaftsgewalt selbst, doch das sozialökonomische System der auf Machtausgleich angewiesenen formell privatwirtschaftlichen Monopole und Oligopole bestand fort. Dieser Machtausgleich mußte durch staatliche Dezision bewirkt werden, wenn er nicht durch unmittelbaren Kompromiß vermittelt werden konnte. Die Differenzen der Monopole und Oligopole untereinander, aber auch die Sonderinteressen anderer gesellschaftlicher Gruppen drückten sich nunmehr in den Gefügen der verwandelten staatlichen Struktur und der faschistischen Parteiorganisationssysteme selbst aus. Sie waren damit zwar der öffentlichen Diskussion entzogen und für den außenstehenden Beobachter nicht mehr offenkundig, aber — wie jede neuere Untersuchung des italienischen faschistischen Systems oder des deutschen nationalsozialistischen Systems belegt — ständig vorhanden und wirksam. Der rechtsstaatlich nicht mehr normierte Kampf divergenter Interessen wurde dadurch in einen permanenten untergründigen Konkurrenzkampf von Cliques transformiert, ohne seine reale Bedeutung zu verlieren. Das hatte jedoch zur Folge, daß um dieser Unerkennbarkeit der Zusammenhänge für Außenstehende willen die demokratische Bildung von Bewußtsein bei den Massen der Unterklassen ausgeschaltet wurde — wenn man von der illegalen Tätigkeit der antifaschistischen Opposition absieht. So schien das gesellschaftliche Gesamtsystem in stärkerem Maße abgesichert zu sein, als das in der vorigen Entwicklungsphase parlamentarisch-demokratischer Formierung des bürgerlichen Staates der Fall war. Aus diesem Grunde blieben in den faschistischen Staaten sogar diejenigen Teile der Oberklassen, die durch Einzelentscheidungen der politischen Gewalt benachteiligt wurden, bis zur jeweiligen

totalen Katastrophe im Kriege oder doch mindestens bis zur drohenden Katastrophe des Krieges grundsätzlich Anhänger des neuen politischen Systems. Daß die mit rüstungskapitalistischen Lösungen notwendig verbundene Steigerung der Gefahr außenpolitischer Katastrophen auch dieses System erhöht bedrohte, wurde dabei nicht einkalkuliert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich in einer ganzen Reihe von spätkapitalistischen Staaten soziale Bedingungen auf neuer Stufe reproduziert, die einige Tendenzen erneuert haben, die nach vergleichbaren politischen Lösungen drängen. Inzwischen ist auch in den Staaten, die vorübergehend im Zuge des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkriege die ältere Entwicklungsstufe liberaler Konkurrenzverhältnisse wiederherzustellen schienen (wie auch vor allem in der Bundesrepublik Deutschland), die Zentralisation und Konzentration des Kapitals sehr bald wieder übermächtig geworden, so daß der Konzentrationsgrad des Kapitals in der Periode der faschistischen Herrschaft noch bei weitem übertroffen wird. Deshalb ist spätestens nach den Rezessionen kurz vor dem Koreakrieg und 1966/67 den ökonomischen Führungsschichten abermals bewußt geworden, daß das jeweilige relative Gleichgewicht der Wirtschaft nur durch planende Integration von Wirtschaftsführung und Staatsführung garantiert bleiben kann. Erst eine größere Bedrohung durch wirtschaftliche Rückschläge läßt es erforderlich erscheinen, diejenigen Schichten mit Mittelstandsbewußtsein, die normalerweise das Gesamtsystem in Form der Unterstützung traditionaler Parteien akklamieren, durch neue Formen faschistischer Massenbewegungen zu mobilisieren. Solange es geht, werden die herrschenden Klassen dazu neigen, die Auseinandersetzungen um ihre Kompromißbildung untereinander und um die Grenzen der Konzessionen, die sie an die organisierte Arbeiterbewegung machen müssen, aus der Öffentlichkeit zu verdrängen. Das geschieht mit folgenden Mitteln: man verstärkt obrigkeitstaatliche Züge, schaltet parlamentarische Auseinandersetzungen aus und verlagert die Kompromißvermittlung und eventuell notwendige Dezisionen an die Regierung, an Spitzen der Verwaltung und notfalls an Parlamentsausschüsse, die nichtöffentlich verhandeln. Man erzielt also autoritäre politische Veränderungen im Zeichen der „konzertierten Aktion“ oder der „formierten Gesellschaft“. Die herrschenden Klassen sind bei diesen Versuchen allerdings darauf angewiesen, in Bürokratie, Erziehungssystem, Justiz und Armee wie im Management an soziale Gruppen anzuknüpfen, die vorher in den faschistischen Herrschaftssystemen mitgewirkt haben, wenigstens soweit es postfaschistische Staaten wie die Bundesrepublik, Österreich und Italien betrifft. Als Integrationsmittel dient dabei die Mentalität des Antibolschewismus, die ebenfalls ein Teil der Mentalität des faschistischen Systems gewesen ist, während andere Seiten früherer faschistischer Denkformen wegen der Veränderungen durch den Ausgang des Zweiten Weltkrieges abgestreift werden mußten. Da gleichwohl ständig Teile der gewerblichen und bäuerlichen Mittelschichten

durch die ökonomische Entwicklung strukturell bedroht bleiben, reproduzieren sich daneben auch immer wieder — in jeder auch nur geringen Rezession erheblich verstärkt — Ansätze faschistischer Bewegungen und Organisationen, die — solange das wirtschaftliche Wachstum die Konsumbedrohtheit der Mittelschichten und der Arbeitnehmer begrenzt — relativ klein bleiben, aber im politischen Gleichgewichtssystem ein Verstärkungsmittel der autoritären Tendenzen bilden. Das funktioniert trotz ihrer scheinbaren Opposition in ähnlicher Weise wie zum Beispiel in der Konjunkturperiode der Weimarer Republik mit den Völkischen und der NSDAP. Würden die durch die Automations-Rationalisierung bedingten Erweiterungsformen struktureller Erwerbslosigkeit (vor allem bei den Angestellten) erheblich größer werden und mit neuen Rezessionserscheinungen oder größeren politischen Krisen zusammentreffen, bestünde durchaus die Wahrscheinlichkeit, daß diese unmittelbar faschistischen Bestrebungen abermals erheblich wachsen, auch wenn sie partiell sich neuer ideologischer Formen bedienen müssen. Die Kristallisationspunkte dafür sind in Italien durch die MSI, in Österreich durch die Freiheitliche Partei, in Deutschland durch die NPD bereits geschaffen und in den Vereinigten Staaten in der Wallace-Bewegung deutlich geworden; in Konjunkturphasen verlagern sie sich in die traditional-konservativen Parteien (CDU/CSU, ÖVP, CD) selbst. So ist es in keiner Weise auszuschließen, daß auch unter den gegenwärtigen Bedingungen des sogenannten staatsmonopolistischen Kapitalismus die generelle Tendenz zu autoritärer politischer Entwicklung sich mit speziellen Erscheinungsformen eines neuen Faschismus kombiniert oder in extremen Gefährdungslagen durch sie ersetzt wird.

Die einzige Gegenkraft, die derartige Gefahren ausschalten könnte, ist — wie in der Periode zwischen den Weltkriegen — die selbstbewußte Mobilisierung der abhängig arbeitenden Klasse, also der klassischen Arbeiterklasse, der Angestellten und des (wachsenden) Teils der akademisch gebildeten Schichten, der sich über deren abhängige Tätigkeit im gesellschaftlichen Prozeß klar ist. Das erste Ziel ist die Verteidigung und Wiederherstellung funktionierender Formen der Öffentlichkeit von politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen in der parlamentarischen Demokratie; das nächste Ziel wäre, die monopolkapitalistischen Produktionsverhältnisse durch transparente sozialistische Produktionsverhältnisse zu ersetzen. Denn die Widersprüche der spätkapitalistischen Gesellschaft werden immer erneut, wenn auch in wechselnden ideologischen Erscheinungsweisen, Tendenzen erzeugen, die zu faschistischen oder faschistoiden autoritären politischen Herrschaftsweisen überleiten. Daß die herrschenden gesellschaftlichen Ideologien bei Bewahrung der alten Produktionsverhältnisse in jeder beliebigen Kombination zugunsten autoritärer und faschistischer Bestrebungen weiterverwendet werden können, also keinerlei Schutz gegen derartige Entwicklungsmöglichkeiten bieten, ist durch den Gang der Geschichte zwischen den Weltkriegen ausreichend bewiesen.

Reinhard Kühnl

Probleme der Interpretation des deutschen Faschismus

I.

Bereits der bisherige Stand der Forschung läßt ein Urteil über die wichtigsten Merkmale und Kausalzusammenhänge des deutschen Faschismus zu. Dennoch gibt es noch eine Reihe von Problemen, die bislang nur unzureichend geklärt sind. Die Flut neuer Schriften über Nationalsozialismus und Drittes Reich, die Jahr für Jahr den Markt überschwemmt, hat deshalb nicht nur konjunkturelle Gründe, obwohl das durch die Studentenbewegung neu entfachte Interesse für Faschismusprobleme für Autoren und vor allem für Verlage sicherlich als Ansporn wirkt. Im folgenden soll über einige Neuerscheinungen berichtet werden, die entweder ein Gesamtbild des deutschen Faschismus vermitteln wollen oder sich mindestens mit ganz zentralen Problemen befassen. Der erste Teil (II—IV) untersucht einige Publikationen bürgerlicher Geschichtswissenschaft, in denen es vor allem um Aufstieg und Struktur der faschistischen Partei, Stellung der traditionellen Oberklassen im faschistischen System, Widerstandsbewegung und Krieg geht. Der zweite Teil (V—VI) befaßt sich mit Büchern aus der Sowjetunion und der DDR, von denen einige eine Gesamtdarstellung des deutschen Faschismus bieten, andere den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik im faschistischen Herrschaftssystem untersuchen. Zugleich mit der Kritik an diesen Schriften soll versucht werden, zu den Hauptproblemen des historischen deutschen Faschismus einige Thesen zu entwickeln, die vielleicht zu weiteren Diskussionen anregen können.

II.

Eine Geschichte der NSDAP von ihren Anfängen bis zu ihrer Auflösung 1945 liegt bisher nicht vor. Bis vor kurzem gab es nicht einmal eine Gesamtdarstellung ihrer Aufstiegsperiode bis 1933¹. Es erscheint deshalb durchaus sinnvoll, „bisher unbekannte oder nicht publizierte Dokumente zu wichtigen Problemen zur inneren Struktur der NSDAP“ zu sammeln und mit einem Kommentar zu publizieren* — gleichsam als „Vorgriff auf die noch zu schreibende Ge-

¹ Vgl. jetzt D. Orlow, A History of the Nazi Party 1919—1933, Pittsburgh 1969.

* Tyrell, Albrecht (Hrsg.): Führer befiehlt . . . Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Dokumentation und Analyse. Droste Verlag, Düsseldorf 1969 (403 S., Ln., 26,80 DM/kart., 19,80 DM).

schichte des Aufstiegs der NSDAP“ (9). Dabei hat Tyrell eine Menge interessanter Dokumente zutage gefördert, wenn diese auch das bisherige Bild von der inneren Struktur der NSDAP nicht wesentlich verändern, sondern im ganzen bestätigen. Das für eine sozialwissenschaftliche Analyse bei weitem wichtigste Resultat betrifft die soziale Zusammensetzung der Parteimitglieder: Tyrell hat neue Belege für „die geringe Zahl der Frauen in der Partei, den überaus hohen Anteil der mittelständischen Bevölkerungsschichten, das rapide Zunehmen der landwirtschaftlichen Berufsgruppen seit 1928/29 und den niedrigen Anteil der Arbeiterschaft“ (379) gefunden. In der Tat ist dieser Arbeiteranteil mit „8,5 Prozent der Gesamtaufnahmen bis Dezember 1930“ nach diesem Dokument noch weit niedriger, als bisher schon vermutet wurde. Welche Bedeutung dieses Resultat hat, welchen Ursachen diese Sozialstruktur zuzuschreiben ist, wie die soziale Basis der Partei mit deren Ideologie einerseits und deren sozialer Funktion andererseits zusammenhängt, wird von Tyrell leider nicht reflektiert. Er scheint nicht einmal das Problem zu sehen. Sein Kommentar, der fast die Hälfte des Buches ausmacht, arbeitet mit einem ziemlich grobschlächtigen Begriffsapparat, der für solche Fragen gänzlich ungeeignet ist: Für ihn war das Hauptmerkmal der NSDAP das Führerprinzip. Weder eine bestimmte Ideologie noch eine bestimmte politische Richtung habe diese Partei gekennzeichnet. Es sei ihr nur darauf angekommen, die durch den Führer integrierten und organisierten „agitatorischen und ausdrücklich auch die körperlichen Energien in geballtem Einsatz nach außen zu richten“ (103).

Diese in der Geschichtswissenschaft seit langem bekannte Interpretation, die den Faschismus auf ein abstraktes Organisationsprinzip reduzieren und seines sozialen Inhalts vollständig berauben will, scheidet an der schlichten Tatsache, daß der Führer nicht führen kann, ohne zugleich in eine bestimmte Richtung zu führen. Welche Richtung das war, konnte der Einsichtige schon 1921 erkennen, als sich der Antimarxismus als politisches Leitmotiv der nationalsozialistischen Agitation herauschälte. Spätestens seit 1929/30, als das Bündnis zwischen der NSDAP und der „nationalen Rechten“, das 1933 zur „Machtergreifung“ führte, konkrete Formen gewann und der Terror gegen die Linke immer größere Ausmaße annahm, müßte der soziale Charakter dieser Partei eigentlich für jedermann evident sein. Tyrell berichtet zwar über dieses gegen die Linke gerichtete Bündnis, kommt aber nicht auf den Gedanken, daß damit seine Zentralthese von der ziel- und prinzipienlosen, gleichsam unpolitischen Führerpartei, vom politisch inhaltsleeren Machtwillen hinfällig wird. Was die Begriffe der Rechten und der Linken, die er durchaus verwendet, in seiner Konzeption noch zu bedeuten haben, bleibt unklar. Da er über ein kritisches Kategoriensystem selbst nicht verfügt, übernimmt er eben die Begriffe, die er in den Quellen und in der Literatur jeweils vorfindet. So mag es auch zu erklären sein, daß er der Otto-Strasser-Gruppe, die 1930 aus der Partei ausschied, „eine strikt antikapitalistische, revolutionär sozialreformerische Konzeption“, „Klassenkampfdenken“ (312 f.) und dergleichen mehr unter-

stellt. Das entspricht zwar dem Selbstverständnis dieser Gruppe, aber keineswegs der Wirklichkeit: tatsächlich handelt es sich um einen kleinbürgerlichen Antikapitalismus, der zwar das Großkapital bekämpfte und zu diesem Zweck ein Bündnis mit den Arbeiterparteien zu schließen bereit war, am Prinzip des Privateigentums aber ebenso fanatisch festhielt wie der Hitlerflügel und den Schutz der kleinen Selbständigen zur Hauptaufgabe der Staatsgewalt erklärte².

Mit der Kolonialkonzeption der NSDAP befaßt sich der junge Mannheimer Historiker Klaus Hildebrand*. Was in dieser fast 1000 Seiten umfassenden Dissertation an Materialien verarbeitet wurde, ist in der Tat beachtlich. Obgleich die Untersuchung Hildebrands ständig um das Denken und die Politik Adolf Hitlers kreist und insofern der herkömmlichen, auf Führerpersönlichkeiten konzentrierten deutschen Geschichtswissenschaft folgt, wird doch deutlich, daß Faschismus etwas mit gesellschaftlichen Interessen und Konflikten zu tun hat: Hildebrand fragt auch nach der „Sozialgeschichte der Kolonialbewegung“ und nach den ökonomischen Interessen, die mit der Kolonialkonzeption einerseits und der auf Eroberung osteuropäischer Gebiete gerichteten Konzeption andererseits verknüpft waren. Dabei erweist sich, was zu vermuten war: „Die Kolonialbewegung stützt sich fast ausschließlich auf die administrativen, militärischen und wirtschaftlichen Führungsschichten sowie auf das akademisch gebildete Bürgertum. . . . Das für die Entwicklung der ‚verspäteten deutschen Nation‘ so charakteristische Bündnis des ursprünglich liberalen Bürgertums mit den Resten der vorkapitalistischen Führungsgruppen des Adels ist auch bei der Kolonialbewegung als typisches soziales Grundmuster gegeben“ (105).

Innerhalb der ökonomischen Führungsgruppen waren es weniger die Konzerne der Schwerindustrie, die hier unmittelbare Interessen wahrten, obgleich auch sie — aus grundsätzlichen machtpolitischen Erwägungen und aus Tradition — die Kolonialbewegung am Rande unterstützten. Die Zweige der „verarbeitenden Industrie, der Chemie und Textilbranche, die kommerziellen Kolonialgesellschaften und Schifffahrtslinien sowie die Banken“ sind dagegen unmittelbar „am Kolonialgeschäft interessiert“ (107). Diese Interessensdivergenz deutete sich bereits im Kaiserreich und in der Kriegszieldiskussion des Ersten Weltkrieges an: Der Schwerindustrie war schon damals die Eroberung der Erzlager in Ostfrankreich und im Kaukasus wichtiger als ein afrikanisches Kolonialreich. Obwohl Kolonialpolitik für das Deutsche Reich seit 1918 das Stadium der politisch-militärischen Praxis niemals erreicht hat, spielte sie doch, wie Hildebrand zeigen kann, eine beachtliche politische Rolle — auch und gerade nach 1933.

² Zu diesem Problem vgl. R. Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, Meisenheim 1966.

* **Hildebrand, Klaus:** Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919—1945. Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Universität Mannheim, Bd. 1. Wilhelm Fink Verlag, München 1969 (955 S., Ln., 96,— DM).

In der Weimarer Zeit versuchte die Kolonialbewegung ihren Zielen durch Einflußnahme auf die zuständigen Ministerien näher zu kommen, deren Bürokratien nach 1918 ja unangetastet geblieben waren. Dabei dienten die bürgerlichen Parteien, vor allem die DVP, als Vermittlungsinstanz. Als sich 1929 der Aufstieg der NSDAP zur Massenbewegung abzeichnete, intensivierte die Kolonialbewegung ihre Kontakte zu dieser Partei, um sie für ihre Ziele zu gewinnen. Zwar hatte Hitler in „Mein Kampf“ eine europäische Hegemonialpolitik und die Eroberung osteuropäischer Gebiete postuliert und sich damit für die schon im Ersten Weltkrieg die Kriegszieldiskussion bestimmende Gruppe des deutschen Imperialismus entschieden, aber im Parteiprogramm wurden immerhin Kolonien verlangt, und Hitler war nach 1929 klug genug, dieses Konzept nicht mehr ausdrücklich abzulehnen. So waren die Voraussetzungen für ein Bündnis aller maßgeblichen Gruppen der deutschen Wirtschaft mit dem Faschismus geschaffen: Die Schwerindustrie versprach sich vom Aufrüstungsprogramm die Überwindung der Krise und die Chance für eine neue europäische Hegemonialpolitik, die von der Kolonialbewegung repräsentierten Gruppen hofften auf ein afrikanisches Kolonialreich — und alle zusammen waren an der Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der Errichtung der „nationalen Diktatur“ interessiert (worauf Hildebrand allerdings nicht weiter eingeht).

Nach 1933 rangen die beiden imperialistischen Konzeptionen mehrere Jahre um die politische Führung. Hjalmar Schacht, „auf kolonialem Feld die repräsentativste Figur der Interessengemeinschaft, die Wirtschaft, Finanzwelt und Partei 1933“ (204), war bis 1936 bemüht, die Reichsregierung auf die Kolonialpolitik festzulegen. Innerhalb der NSDAP vertrat vor allem Hermann Göring diesen Kurs. An diesem Beispiel entwickelt Hildebrand den Ansatz zu einer Theorie über das Verhältnis von Wirtschaft und Politik im deutschen Faschismus: „Wirtschaftliche Macht stützte Hitlers Herrschaft und zwang ihn doch zugleich, nationale Tabus ihrer Vertreter — wie die Kolonialfrage — mindestens zurückhaltend zu behandeln“ (143). Für Hitler fungierte die Kolonialfrage nach 1933 zugleich als taktisches Mittel und als politisches Ziel: als Mittel, um mit Großbritannien zu einer Vereinbarung zu gelangen, als Ziel z. B. im Herbst 1940, als die Errichtung eines mittelafrikanischen Kolonialreichs noch vor der Niederwerfung der UdSSR möglich erschien, im übrigen aber als Fernziel: nach dem Aufbau einer auch auf Afrika sich erstreckenden Weltmacht Deutschland konnte die Auseinandersetzung mit der dann noch verbleibenden Weltmacht Amerika ins Auge gefaßt werden. Anfang 1943 war das deutsche Kolonialreich „auf dem Reißbrett fast fertiggestellt und perfekt organisiert“ (774), das Herrschaftspersonal ausgewählt und geschult. Die Niederlage von Stalingrad holte den deutschen Faschismus von den Wolken auf die Erde zurück. Noch 1943 ließ Hitler alle Arbeiten am Kolonialprojekt einstellen.

Hildebrand hat hier ein bedeutsames Buch geschrieben, das das durchschnittliche Niveau einer Dissertation weit überragt. Freilich: es gibt Passagen, in denen er konservativen Ideologien auf den Leim

geht. So etwa, wenn er zwischen dem Faschismus, der „eine von allen Normen gelöste Politik treiben wollte, und Schacht, der, als ein Vertreter traditioneller Machtpolitik durch gewisse Normen gebunden, vor dem offenen Völkermord zurückschreckte“ (210), einen grundlegenden Unterschied erkennen will. Als ob die „traditionelle Machtpolitik“ der imperialistischen Mächte in den Kolonien je vor Völkermord zurückgeschreckt wäre! Oder wenn er davon redet, daß die Wirtschaftskrise Deutschland „heimgesucht“ habe, als handle es sich um ein Naturereignis wie Erdbeben oder Sturmflut. Aber die kritischen Passagen, die teilweise auch für die faschismustheoretische Diskussion der Linken von Bedeutung sind, haben doch das Übergewicht.

III.

Während die Untersuchung von Hildebrand wertvolle Auskünfte über das Verhältnis der ökonomischen Führungsgruppen zum Faschismus gibt, befassen sich die beiden folgenden Bücher mit dem Verhalten der militärischen und einiger anderer gesellschaftlicher Führungsgruppen zum Dritten Reich. Manfred Messerschmidt, Wissenschaftlicher Oberrat am Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg, untersucht das Problem der „soldatischen Menschenführung“ im Dritten Reich *. Das Buch entstand auf Initiative von General a. D. Graf Kielmansegg, der auch als Herausgeber fungiert und eine Einleitung verfaßte. In dieser Einleitung formuliert Kielmansegg zunächst einige Vorbehalte gegenüber dem Text Messerschmidts, die leicht als Mißtrauenserklärung an die Geschichtswissenschaft vornehmlich der jüngeren Generation zu identifizieren sind: „Jemand, der die Ereignisse nicht selbst miterlebt hat, der zeitgebundene Umstände, Atmosphäre, Personen nicht aus eigener Erfahrung kennt“, müsse notwendigerweise „nicht in der Zeichnung aber in der Farbgebung unvollständig bleiben“ (VII). Mit der Autorität des Augenzeugen ausgestattet, entwickelt er dann in knappen Zügen die gesamte Rechtfertigungsideologie jener Gruppen der Oberklassen, die mit dem Faschismus spätestens 1933 ein Bündnis geschlossen, während des Dritten Reiches an der Macht und der Machtausübung partizipiert und sich nach 1945 als Verführte, als unschuldige Opfer deklariert haben: Versailles (kein Wort von den Ursachen: dem deutschen Imperialismus des Ersten Weltkrieges) — Arbeitslosigkeit (kein Wort über den Kapitalismus, der die Krise hervorbrachte) — Versagen der parlamentarischen Demokratie (kein Hinweis auf die ökonomischen Machtgruppen, die sie verwarfen, als sie ihren Interessen nicht mehr diene) einerseits — der Glaube an eine „echte soziale Revolution“ 1933 — „Volksgemeinschaft“ — „nationaler Sozialismus“ (keine Reflexion darüber, woher alle diese Ideologien stammen und wem sie nützen) andererseits — das sind die Mark-

* **Messerschmidt, Manfred:** Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination. Mit einer Einführung von General a. D. Johann Adolf Graf Kielmansegg. R. v. Deckers Verlag, G. Schenck, Hamburg 1969 (519 S., Ln., 38,50 DM).

steine dieses Geschichtsbildes. Dazu Täuschung, „hintergründige Niedertracht“ auf Seiten des Nationalsozialismus, so daß die Reichswehr „schutzlos ... erlag“, nicht ohne eine „verächtliche Abscheu“ angesichts der plebejischen Haufen von der SA zu bewahren (VIII f.). Der Dünkel des adeligen Offiziers gegenüber den proletarisierten Massen, die sich in den faschistischen Kampforganisationen sammelten, war in der Tat kennzeichnend für das Verhältnis zwischen Reichswehr und Faschismus. Hier kommt symptomatisch zum Ausdruck, daß die Oberklassen die Mesalliance mit der faschistischen Massenbewegung nur ungern und nur naserümpfend schließen, nämlich nur dann, wenn sie keine andere Möglichkeit mehr sehen, ihre Privilegien zu bewahren. Kielmansegg versucht, die „verächtliche Abscheu“ der Offiziere gegenüber dem Faschismus zu einer Widerstandshaltung emporzustilisieren: Fritsch „wollte aus dem Heer eine pièce de résistance machen, bereit zum Eingreifen, wenn die Entwicklung gewisse Grenzen überschritt“ (X), wollte „durch ‚Haltungsschulung‘ (!) einen inneren Damm gegen die NS-Einwirkungen“ bauen (XI). Diese „Grenzen“ waren aber offenbar ziemlich weit gesteckt. Die Zerschlagung der Demokratie, die Praxis eines umfassenden Terrorsystems, die Errichtung von Konzentrationslagern, die Diskriminierung der Juden usw. scheinen noch innerhalb dieser Grenzen gelegen zu haben, denn erst 1938, als der Zweifrontenkrieg unmittelbar bevorstand, entschloß sich Fritsch zum Widerspruch. Das gibt einigen Aufschluß darüber, was unter „der Idee des Staates und des Dienstes für den Staat“ (XI), denen Fritsch sich verpflichtet fühlte — und Kielmansegg offenbar auch — konkret zu verstehen ist.

Das von Kielmansegg in der Einleitung skizzierte Geschichtsbild wird dann von Messerschmidt in aller Breite dargelegt — allerdings mit einigen wesentlichen Akzentverschiebungen: Obwohl auch Messerschmidt das Militär letzten Endes als „irregeleitet“ (11), als Opfer der „Dämonie“ des Nationalsozialismus (4) ansieht, erkennt er doch, daß der Annäherung zwischen beiden sowohl „Affinitäten des nationalen Bewußtseins“ (5) als auch eine „Teilidentität der Ziele“ zugrunde lagen: „Volksgemeinschaft und Wehrgesinnung“, Beseitigung der Schranken des Versailler Vertrages und „innenpolitische Konsolidierung“ wurden von beiden angestrebt (1 f.). Die Reichswehr „bejahte die Überwindung der Parteien, der Demokratie, unter welcher sie so etwas wie organisierte Schwäche verstand“ (8). In den „Grundlagen der Ideologie“ (6) sollen allerdings fundamentale Unterschiede bestanden haben. Bei dem Versuch, diese zu bestimmen, gerät Messerschmidt freilich sehr ins Allgemeine — in deutlichem Kontrast zu den relativ konkreten Aussagen über die Gemeinsamkeiten. Das ist kein Zufall. Die Ideologie von Autorität und Führertum und die Frontstellung gegen Demokratie und Sozialismus bildeten eben das eigentliche Fundament — und gerade diese Merkmale waren beiden Partnern gemeinsam. Um ein Beispiel von der wirren Vorstellungswelt des Autors zu geben, sei zitiert, was er zu diesem „Aufeinandertreffen von im Grunde verschiedenen Wertwelten“ (17) vorbringt: „Ging die Armee von der Überzeugung aus, das Bewe-

gungsprinzip der Weltanschauung werde im Führerstaat zur Ruhe kommen, der Nationalsozialismus werde seine Energie auf staatlicher Ebene gestalterisch verausgaben und sich dann als Träger des Staates verstehen, so betrachteten Hitler und die Partei den Staat nicht als die letzte Instanz der nationalen Ordnung und Geschichte. Ihre völkischen und rassischen Vorstellungen bildeten zusammen mit dem Führerprinzip die Grundlagen eines neuen, Innen- und Außenpolitik gleichermaßen umfassenden Leit- und Aktionsbildes, in welchem der ‚Staat‘ als solcher, als eine statische Größe, nur in dem Maße Daseinsberechtigung besaß, als er funktionell eingepaßt werden konnte in die Dimensionen und Perspektiven des nach Führerweisungen ablaufenden Bewegungsprozesses der völkischen Energie“ (8). Wahrscheinlich hält er das für geschichtsphilosophische Betrachtungen. Innerhalb des Nationalsozialismus unterscheidet Messerschmidt zwischen einem „gesunden“ oder „purifizierten Nationalsozialismus“ (13) und „revolutionären“ oder „radikalen“ Elementen. Damit sind — wie bei Kielmansegg — die hauptsächlich in der SA konzentrierten plebejisch-aufrührerischen Kräfte gemeint, die auf Kampfmaßnahmen gegen die Oberklassen, mindestens aber auf soziale Sicherstellung auf Kosten der Oberklassen drängten und deshalb im Sommer 1934 mit der Billigung von Militär und Wirtschaft niedergeworfen und zum Teil ermordet wurden. (Allerdings entsprach auch der Faschismus der folgenden Jahre wegen seiner Irrationalität und seiner latenten Bedrohung auch der „gehobenen Stände“ nicht ganz dem Bild des Militärs von einer ordentlichen Diktatur.)

Im Hauptteil seines Buches stellt der Autor die Erziehungsarbeit dar, die während des Dritten Reiches von den militärischen Führungsgremien geleistet wurde. Dabei geht es ihm besonders um die Frage, in welchem Maße spezifisch nationalsozialistische Ideologie im Militär verbreitet worden ist. Er kommt zu dem Ergebnis: „Die Wehrmacht hat dies alles nicht nur ‚erlitten‘, ihre oberste Führung hat maßgeblich daran mitgearbeitet“ (490). Die Generalität habe den nationalsozialistischen Staat und seine Politik „ganz überwiegend bejaht“ (489). Im Bereich der reinen Fakten, soweit sie in den Akten auffindbar sind, ist diese Darstellung zuverlässig. Selbst in der Generalisierung dieser Fakten läßt der Autor Courage erkennen, wenn gleich die von Kielmansegg vorgezeichnete Rechtfertigung sich ständig dazwischenmisch („überall erlag die Wehrmacht der verderblichen Kunst der Parteisimplifikateure . . .“; 483). Das bedenklichste an diesem Buch ist, daß der Autor die Ideologie der „Kräfte der nationalen Tradition“ (15) bruchlos fortführt und sich selbst dabei als kritisch versteht. Sogar die faschistische Parole von der „Überwindung der Klassengegensätze“ im Dritten Reich wird unreflektiert übernommen (482), und am Ende erscheint die europäische Machtpolitik des Nationalsozialismus als Ausfluß „liberal-demokratischen Denkens“ und die „preußische Tradition“ (483) zusammen mit einer „neuen Form der Transzendenz“ (9) als Wall gegen den Faschismus. Daß 1933 in Deutschland „angesichts der Schwäche der deutschen Republik“ Ordnung, Sicherheit und militärische Stärke geschaffen werden muß-

ten, scheint ihm noch heute evident. „Problematisch war allein, daß der Gedanke der Ordnung und Stärke zu ausschließlich, zu einseitig in den Vordergrund gestellt wurde“ (481). Ein wesentlicher Unterschied gegenüber den üblichen Rechtfertigungsschriften der Rechten ist in diesem Buch nicht zu erkennen. Daß es auf ein Plädoyer für die gemäßigte nationale Diktatur hinausläuft, entspricht seiner inneren Konsequenz.

Gleichfalls mit dem Verhältnis zwischen den sozialen Oberklassen und dem faschistischen Staat befaßt sich Peter Hoffmann, der in der Bundesrepublik studierte und jetzt als Professor für Geschichte an der University of Northern Iowa lehrt*. Der Untertitel verspricht zwar, es werde „Der Kampf der Opposition gegen Hitler“ dargestellt, aber tatsächlich wird dann in der üblichen Weise „die Opposition“ auf den 20. Juli reduziert. Dessen Vorgeschichte, Verlauf und Folgen, breitet Hoffmann auf rund 1000 Seiten in allen Einzelheiten aus. Dabei hat er eine Menge bisher unbekannter Details ermittelt und im Kapitel über die „innenpolitischen Pläne“ der Verschwörer auch Probleme behandelt, die — über bloße „Zeitgeschichte“ hinaus — auch von politologischem Interesse sind. Leider korrespondiert der immense Fleiß des Verfassers nicht mit halbwegs brauchbaren methodischen Prinzipien. Auch das eifrigste Aktenstudium und der heftigste Abscheu gegen den Nationalsozialismus und seine Verbrechen reichen für ein Verständnis des Phänomens Faschismus nicht aus, wenn ein Begriff von Gesellschaft nicht vorhanden ist und selbst die fundamentalsten sozialwissenschaftlichen Einsichten fehlen. Vielleicht hätte Hoffmann diese mit ideologischen Vorurteilen durchsetzte Faktensammlung zu einer Konzeption formen können, wenn er ein paar Aktenstücke weniger und statt dessen einige sozialwissenschaftliche Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Faschismus und bürgerlicher Gesellschaft verarbeitet hätte. Damit soll ihm keineswegs angesonnen werden, die umfängliche marxistische Literatur zum Faschismusproblem heranzuziehen — das liegt wohl außerhalb des wissenschaftlichen Horizonts eines normalen Historikers in den Vereinigten Staaten. Aber die Arbeiten seiner Landsleute Lipset, Parsons, Hallgarten und Schweitzer und die Analysen Theodor Geigers hätte er wenigstens berücksichtigen können³. Statt dessen stützt er sich methodisch und politisch auf Gerhard Ritter und Hans Rothfels (vgl. 12), deren reaktionäres Geschichtsbild selbst bei vielen Historikern der Bundesrepublik mittlerweile diskreditiert ist.

3 S. M. Lipset, „Faschismus“ — rechts, links und in der Mitte, in: ders., *Soziologie der Demokratie*, Neuwied 1962;

T. Parsons, *Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland vor der Zeit des Nationalsozialismus*, in: *Beiträge zur soziologischen Theorie*, Neuwied 1964; G. W. F. Hallgarten, *Hitler, Reichswehr und Industrie*, Frankfurt 1962; A. Schweitzer, *Big Business in the Third Reich*, Bloomington 1965; Th. Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, Stuttgart 1932.

* Hoffmann, Peter: *Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*. R. Piper & Co. Verlag, München 1969 (988 S., Ln., 58,— DM).

Eine Darstellung des deutschen Widerstands, die sich auf den 20. Juli konzentriert und dieser Bewegung einen prinzipiell gegen das System gerichteten Charakter zuspricht, muß zweierlei erklären:

1. Warum werden die Gruppen des 20. Juli in den Vordergrund gestellt und nicht die Widerstandsgruppen der Linken, die zahlenmäßig einen weit größeren Umfang hatten, deren Widerstand viel früher einsetzte, die zu keiner Zeit mit dem faschistischen System kooperiert haben und die erheblich mehr Opfer bringen mußten?

2. Warum setzte der Widerstand militärischer und administrativer Führungsgruppen erst 1938 ein, wenn er doch angeblich gegen die faschistische Diktatur grundsätzlich gerichtet war?

Hoffmann antwortet:

Zu 1. Was Widerstand „eigentlich ausmacht, nämlich (der) Staatsstreichversuch“ (10), treffe nur auf die Gruppen des 20. Juli zu. Nach seiner Ansicht ist das auch gut so, denn „nur wenige hochgestellte Funktionäre einer solchen Gesellschaft haben rechtzeitig den nötigen Einblick in die Realitäten der Lage und zugleich die Macht. . . Nur wenige können jeweils zweifelsfrei beurteilen, ob und wann ein geleisteter Eid, wann Treue sinnlos werden. . .“ (10 f.). Also: eine ziemlich willkürliche Definition dessen, was Widerstand „eigentlich“ sei, verbunden mit elitärer Ideologie, die in auffallender Weise dem Selbstverständnis der Verschwörer entspricht. Von einer kritischen Distanz zu seinem Gegenstand ist in diesem Buch nichts zu bemerken. Zu 2. Um diese Gruppen zu konkreten Widerstandsplanungen zu bewegen, bedurfte es nach Hoffmann „des Anstoßes der akuten Gefahr eines großen Krieges“ (10). Diese Begründung ist zwar noch nicht präzise genug, weil diese Gruppen 1938 wie auch später nicht gegen den Krieg grundsätzlich, sondern nur gegen diesen Krieg zu diesem — in ihren Augen höchst ungünstigen — Zeitpunkt votierten, der keine Erfolgsaussichten bot. Immerhin könnte dieser Ansatz zu einer Analyse darüber weiterentwickelt werden, was den Führungsgruppen aus Militär und Bürokratie denn am Dritten Reich konkret mißfiel — und was ihnen nicht mißfiel. Schon die Begründung Hoffmanns zeigt, daß sie gegen den faschistischen Terror im Innern — soweit er nicht die eigene Klasse traf — offenbar wenig einzuwenden hatten. Das Geschichtsbild Hoffmanns läßt sich nach alledem schon fast erraten: „rechts- und linksextreme“ Elemente, der „dämonische Demagoge Adolf Hitler“, die Intrigen „politischer Abenteurer und . . . Verblendeter“, „wilde Streiks“ und „Arbeitslosigkeit“ richteten die Weimarer Republik zugrunde (15 ff.). Letzten Endes resultierte das alles aus dem „Verlust der absoluten Werte“ (22), die Hoffmann leider nicht näher definiert. Selbst empirisch längst widerlegte Geschichtslegenden werden hier neu aufgelegt: der Faschismus konnte „alle Gegner ausschalten, ohne die Legalität verlassen zu müssen“ (20); die KPD sei von Moskau von Widerstandshandlungen abgehalten worden, weil dort die Überzeugung herrschte, „ein faschistisches Regime könne die innere Selbstzerstörung Deutschlands nur fördern und den Boden für die kommunistische Machtübernahme

bereiten“ (18). Die Papen-Rede vom 17. Juni 1934 wird zu einem antifaschistischen Widerstandsakt umgedeutet (43), während sie in Wirklichkeit nur gegen die „plebejischen“ Tendenzen im Nationalsozialismus polemisierte, die ihren Terror nicht auf die Arbeiterbewegung beschränken wollten und den traditionellen Oberklassen nicht den gehörigen Respekt erwiesen. (Als General Hammerstein von der Ermordung General Schleichers erfuhr, sagte er: „Also jetzt fangen sie an, auch Gentlemen zu ermorden“; Hoffmann zitiert diese Äußerung, aber nicht um sie als typisches Merkmal für die Interessenlage und Mentalität der militärischen Führungsgruppen zu analysieren, sondern um sich mit ihr ganz naiv zu identifizieren.) Und just den Kirchen, die ihre Gläubigen bis zum letzten Augenblick zur treuen Pflichterfüllung gegenüber dem Dritten Reich aufgefordert haben, weiß er nachzusagen, sie hätten „als einzige Organisationen so etwas wie eine Volksbewegung gegen das nationalsozialistische Regime hervorgebracht“ (28).

Die Widerstandstendenzen außerhalb der Bewegung des 20. Juli werden zwar knapp dargestellt, doch fehlt — hier wie im ganzen Buch — jeder Bezug zu den Herrschaftsverhältnissen des Dritten Reiches und den Interessen der Beteiligten. Nach Hoffmann hängt politisches Handeln lediglich mit individuellen Charaktereigenschaften zusammen. Ohne Rücksicht auf Motive und Ziele steht in diesem Kapitel die kommunistische Saefkow-Gruppe neben „dem alten Kammerherrn Elard v. Oldenburg-Januschau“, der zu seinem kranken Freund Hindenburg vordrang, um ihm von den Untaten der Nationalsozialisten zu berichten (37). Abgesehen von einigen Fakten über die politischen Zielvorstellungen der Verschwörer ist dieses Buch für die Faschismusk Diskussion ebenso bedeutungslos wie das von Messerschmidt.

IV.

Neben den beiden bisher behandelten Problemkomplexen — der Struktur der faschistischen Bewegung und der Rolle der traditionellen Oberklassen im faschistischen Herrschaftssystem — ist das Verhältnis zwischen Faschismus und Krieg von wesentlicher Bedeutung. Steuern die faschistischen Staaten Deutschland, Italien und Japan (über dessen Herrschaftssystem ein endgültiges Urteil noch nicht möglich ist, das aber vermutlich mindestens als partiell faschistisch bezeichnet werden muß) kraft innerer Notwendigkeit auf den Krieg zu? Wie hängen die Ursachen, die Ziele und die Methoden des Krieges mit der inneren Struktur der faschistischen Systeme einerseits und der alliierten Mächte andererseits zusammen? Welches waren die Ursachen für die wechselnden, zum Teil äußerst merkwürdigen Bündniskonstellationen? (1938 beim Münchener Abkommen: Westmächte und faschistische Staaten arrangieren sich auf Kosten der Tschechoslowakei und unter Ausschluß der UdSSR; 1939: Deutschland und die UdSSR arrangieren sich auf Kosten Polens unter Ausschluß der Westmächte; 1941: Das kapitalistische England und die sozialistische UdSSR verbünden sich gegen die faschistischen Mächte.)

Auf solche Fragen darf man wohl eine Antwort erhoffen, wenn man ein Buch mit dem Titel „Probleme des Zweiten Weltkrieges“ zur Hand nimmt*. Solche Hoffnungen werden aber schnell enttäuscht.

Der jetzt in Freiburg lehrende Zeithistoriker Andreas Hillgruber, der die Auswahl der Texte besorgte, hat diesen Band von allen sozialwissenschaftlichen Fragestellungen konsequent freigehalten. Die Beiträge behandeln überwiegend militärisch-strategische Probleme und beschreiben allenfalls die Genese wichtiger militärpolitischer Entscheidungen (z. B. der Kapitulation Japans oder der Formel von der „bedingungslosen Kapitulation“). Einige zeichnen sich durch strenge Akribie im Sinne zeitgeschichtlicher Forschung aus (z. B. der Aufsatz von Hillgruber über das Unternehmen „Barbarossa“), andere breiten ungeniert ihre antikommunistischen Ressentiments aus und scheuen sich dabei auch nicht, die Tatsachen so zu verdrehen, daß sie ins Gesamtbild passen. (Das gilt z. B. für den Aufsatz von John L. Snell über „Größe und Versagen im Sieg der Alliierten 1944/45“, dessen Geschichtsklitterung eine eigene Analyse erfordern würde.)

Aber nicht das offen bekundete Ressentiment und die Verfälschung von Fakten sind die Hauptschwächen dieses Buches: Von weit größerer Bedeutung ist, daß die wichtigsten Probleme ausgeklammert, die wesentlichen Fragen gar nicht erst gestellt werden. So reduziert Hillgruber den Krieg Deutschlands gegen die UdSSR auf Hitler und seine Wahnvorstellungen, ohne nach den Interessen deutscher Konzerne an den Rohstoffen und Arbeitskräften der eroberten Gebiete und der Genese dieser Kriegsziele (seit 1914) zu fragen. Hattori zeichnet minuziös die Vorgänge in den politisch-militärischen Führungsgruppen Japans kurz vor der Kapitulation auf, ohne daß — in diesem Beitrag oder in einem anderen — etwas über Machtstruktur, sozialen Charakter und Kriegszielpolitik des damaligen Japan oder über die Ursachen des Konflikts zwischen Japan und den USA verlautet. Zum Thema „Widerstand“ hat Hillgruber ausgerechnet einen Text von Ernst Nolte ausgewählt, als ob es zu diesem Problem keine kompetenteren Autoren gäbe. So kann dieser Band, unter sozialwissenschaftlichen Kriterien betrachtet, nur als Vorarbeit, als Tatsachenaufbereitung zu relativ sekundären Problemen betrachtet werden — und selbst das gilt nicht für alle Beiträge.

V.

Zum Problem Politik-Wirtschaft im deutschen Faschismus hat Eberhard Czichon zwei neue Publikationen vorgelegt, die sich mit demselben Thema befassen: hauptsächlich gestützt auf die in der DDR lagernden Akten der Deutschen Bank, untersucht Czichon die Rolle, die Hermann Josef Abs in der deutschen Politik während des

* **Hillgruber, Andreas (Hrsg.):** Probleme des Zweiten Weltkrieges. Neue Wissenschaftliche Bibliothek 20. Kiepenheuer und Witsch, Köln-Berlin 1967 (455 S., kart., 26,— DM).

Dritten Reiches (und nachher) spielte*. Es liegen in der Tat „außergewöhnlich günstige Umstände“ vor (XI), wenn ein kritischer Historiker die Archive einer Großbank ohne jede Einschränkung benutzen kann. Was Czichon hier zutage gefördert hat, gibt denn auch mehr Aufschluß über die Machtstruktur des deutschen Faschismus als die ganze Flut jener Schriften, die immer aufs neue nach dem Seelenleben des Führers forschen oder den äußeren Verlauf bestimmter Ereignisketten bis ins kleinste Detail rekonstruieren.

Czichon kann nachweisen, daß die deutschen Großkonzerne schon beim ersten Stoß des faschistischen Imperialismus nach Südosteuropa 1938—1941 einen maßgeblichen Anteil hatten. Damit wurde jene Richtung zunächst wieder aufgenommen, in die schon der Imperialismus des Kaiserreichs gezielt hatte. Vorzüglich geplant und zielbewußt agierend konnten die deutschen Konzerne die wichtigsten Unternehmungen nicht nur in Österreich und Ungarn, sondern auch in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien und Rumänien, also in Ländern, die nach 1918 unter den Einfluß des englischen, französischen und belgischen Kapitals geraten waren, ihren Imperien angliedern. Am gleichen Tage, an dem Hitler zum ersten Mal in aller Offenheit die einzelnen Stadien seiner imperialistischen Konzeption vor der militärischen Führung entwickelte, nämlich am 5. November 1937, beriet der Kaufmännische Ausschuß der IG Farbenindustrie bereits „das Verhältnis des Deutschen Reiches zu Österreich und die Interessen der IG Farben an der chemischen Industrie Südosteuropas“ (97). Am 27. Mai 1938, als Österreich gerade annektiert war, befaßte sich der gleiche Konzern schon mit der Industrie der Tschechoslowakei, wobei Hans-Christoph Seebohm — später Minister mit der längsten Amtszeit in der Bundesrepublik — detailliertes Material über den jüdischen Anteil an der tschechischen Industrie und an tschechischen Banken vorlegte. Wochen vor dem Münchener Abkommen wurde dann bereits die „Arisierung“ der Unternehmen in den sudetendeutschen Gebieten und ihre Verteilung an reichsdeutsche Konzerne geplant. Daß man sich unter diesen Umständen gedrängt fühlte, die Henlein-Partei finanziell zu unterstützen, ist leicht verständlich. In dieser imperialistischen Konzeption wurden die Bundesgenossen des Deutschen Reiches ebenso als Ausbeutungsobjekte betrachtet wie die militärisch unterworfenen Länder. In den Notizen von Abs heißt es z. B. über Rumänien, daß es bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht darauf ankomme, die Entwicklung einer nationalen rumänischen Wirtschaft zu fördern, sondern die wichtigsten Industrieunternehmen und Banken in deutsche Abhängigkeit zu bekommen,

* **Czichon, Eberhard:** *Der Bankier und die Macht.* Hermann Josef Abs in der deutschen Politik. Vorwort von George W. F. Hallgarten, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1970 (314 S., kart., 14,— DM).

— alle Zitate hiernach —

Czichon, Eberhard: *Hermann Josef Abs. Porträt eines Kreuzritters des Kapitals.* Union Verlag, Berlin (Ost) 1969 (299 S., kart., 7,60 DM).

um damit die rumänische Industrie als Ergänzung zur deutschen Wirtschaft zu formen (103).

In der Frage, nach welchen Zielen die imperialistische Politik ausgerichtet und mit welchen Methoden das neue Imperium organisiert, beherrscht und ausgebeutet werden sollte, bildeten sich zwei Gruppen heraus: Die erste nahm die Mitteleuropa-Konzeption der Alldeutschen von 1914/15 wieder auf und verlangte die annexionistische Unterordnung der besiegten Länder im Rahmen einer „völkischen Großraumordnung“ (120). Repräsentant dieser Annexionspolitik war die „Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft“, die eng mit der Schwerindustrie und der SS liiert war. Die zweite Konzeption, repräsentiert vom Mitteleuropäischen Wirtschaftstag, lehnte diese Politik direkter machtpolitischer Annexion ab und befürwortete statt dessen eine Art privatrechtlicher Annexion: „die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Wirtschaftsgebietes, in dem die deutsche Hegemonie nicht über den Staatsapparat, sondern viel wirksamer durch die Beherrschung der Industrie und der Banken realisiert wurde“ (121). Diese zweifellos modernere Konzeption, die erst nach 1945 voll zum Zuge kam und das Verhältnis der kapitalistischen Industriestaaten zu den unterentwickelten Ländern bis heute bestimmt, gewann zunächst die Oberhand, doch ließ der Kriegsverlauf nicht genügend Zeit, den Konflikt abschließend zu entscheiden. Interessenkonflikte anderer Art bildeten sich innerhalb der ökonomischen Machtgruppen in der kriegs- und rüstungswirtschaftlichen Frage. Aus ihnen entstand 1942 eine Fraktion, die angesichts der militärischen Kräftekonstellation für einen schnellen Friedensschluß eintrat, um die eroberten Machtpositionen so weit wie möglich halten zu können. Czichon betont mit Recht, daß diese Interessenkonflikte nicht als antifaschistischer Widerstand der Großindustrie interpretiert werden können, wie Wilhelm Treue das z. B. versucht hat. Vielmehr handelte es sich um Machtgruppen, die innerhalb des faschistischen Systems um die Führung rangen. Sowohl die faschistische Herrschaftsstruktur im Innern wie die imperialistische Politik nach außen waren als gemeinsame Grundlage akzeptiert.

Die besondere Rolle, die die Deutsche Bank und ihr Vertreter Hermann Josef Abs im Dritten Reich spielten, braucht hier nicht dargestellt zu werden. Die Einzelheiten sind bei Czichon nachzulesen. Immerhin war diese Rolle so beachtlich, daß Abs von den Alliierten auf die Liste der „ökonomischen Kriegsverbrecher“ gesetzt wurde und die amerikanischen Untersuchungsbehörden im November 1946 feststellten: „Abs war der Spiritus rector der niederträchtigen Deutschen Bank, die eine ungewöhnliche Konzentration wirtschaftlicher Macht mit aktiver Teilhaberschaft an der verbrecherischen Politik des Nazi-Regimes verband. Die Deutsche Bank des Hermann Abs handelte wie eine Spitzeninstitution der deutschen Regierung und diente der wirtschaftlichen Durchdringung der Satellitenstaaten . . .“ (146). In dieser Feststellung der amerikanischen Untersuchungsbehörden ist zugleich eine bemerkenswert realistische Hypothese zu jenem Problem enthalten, das für eine kritische Faschismustheorie zu den

wichtigsten gehört: zum Verhältnis von Wirtschaft und Politik im faschistischen Herrschaftssystem. Diese Frage, zu der Czichon in diesem Buch nicht ausdrücklich Stellung nimmt, zu der er an anderem Ort aber seine These dargelegt hat⁴, soll im Schlußkapitel noch einmal erörtert werden, wenn es darum geht, eine kritische Bilanz zu ziehen.

VI.

Eine umfassende Darstellung des Weltgeschehens von den zwanziger Jahren bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges bieten die vorzüglich ausgestatteten Bände 9 und 10 der „Weltgeschichte“, die 1962 und 1965 von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR herausgegeben und 1967/68 in Ostberlin nachgedruckt wurden*. Sie enthalten damit zugleich ein Gesamtbild über den deutschen Faschismus — wenn auch auf verschiedene Kapitel verteilt. Eine solche Gesamtdarstellung entwickelt auch das „Lehrbuch der deutschen Geschichte“, das von einem Autorenkollektiv aus der DDR verfaßt wurde*.

Beide Darstellungen weisen die allgemeinen Vorzüge und Schwächen auf, die von den meisten Publikationen aus der Sowjetunion und der DDR bekannt sind: Einerseits arbeiten sie mit marxistischen Ansätzen, begreifen Gesellschaft als ein Ganzes, analysieren die ökonomische Entwicklung und die soziale Lage der verschiedenen Klassen und leiten politische Entscheidungen aus gesellschaftlichen Interessen und Konflikten ab. Andererseits sind die Relikte des Dogmatismus noch nicht gänzlich überwunden: die Bedeutung der kommunistischen Parteien wird stellenweise ziemlich überschätzt und ihr jeweiliger politischer Kurs als der mindestens grundsätzlich richtige ausgegeben, wobei allenfalls Randphänomene schärfer kritisiert werden. (Zur Sozialfaschismustheorie, die sich nicht nur als theoretisch falsch, sondern auch als politisch katastrophal erwiesen hat, in der Schlußphase der Weimarer Republik das Verhalten der KPD aber maßgeblich bestimmte, heißt es in der sowjetischen Darstellung immerhin: „Einige schematische und dogmatische enge Einschätzungen vermochte die KPD jedoch auch zu dieser Zeit noch nicht völlig zu korrigieren“; a, Bd. 9, 212). Besonders gravierend ist, daß „unangenehme“ Tatsachen einfach eliminiert, aus dem Geschichtsbild getilgt werden. Das gilt beispielsweise für das geheime Zusatzprotokoll des Ribbentrop-Molotow-Vertrages vom August 1939, das die Aufteilung Polens nach der militärischen Niederwerfung durch das Deutsche Reich vorsah; so wundert sich der

4 E. Czichon, Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, in: Argument Nr. 47, 1968, H. 3.

* *Weltgeschichte* Bd. 9 und 10, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1967 und 1968 (Originalausgabe Moskau 1962 und 1965, hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR) (810 u. 718 S., Ln., je 44,80 M). — zit. a —

* **Paterna, Erich, Werner Fischer, Kurt Gossweiler, Gertrud Markus, Kurt Petzold: Deutschland von 1933 bis 1939.** VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1969 (410 S., Hln., 9,80 M). — zit. b —

Leser, daß die Sowjetunion die östliche Teile Polens besetzen kann, ohne mit dem deutschen Militär in Konflikt zu geraten. Das gilt zum Teil auch für den Atombombenabwurf der USA 1945, der Japan sofort zur Kapitulation zwang (freilich ebenso gegen die Sowjetunion gerichtet war, um zu demonstrieren, daß fortan die Vereinigten Staaten in der Lage seien, in der Weltpolitik die Bedingungen zu diktieren)⁵. Das sowjetische Werk ist nämlich bemüht, den unwiderstehlichen Vormarsch der Roten Armee als entscheidenden Grund für die japanische Kapitulation darzustellen, läßt den Atombombenabwurf im Text deshalb unerwähnt und nimmt lediglich in der angehängten Zeittafel einen entsprechenden Hinweis auf.

Diese Beispiele genügen, um zu zeigen, daß diese Schriften kritisch gelesen werden müssen. Liest man sie aber in Kenntnis dieser ja keineswegs neuen, in den letzten Jahren übrigens allmählich sich abschwächenden Mängel, so vermitteln sie ein ziemlich realistisches Bild jener Geschichtsperiode und eine Fülle wertvoller Informationen, die man in den meisten bürgerlichen Darstellungen nicht findet. Anhand dieser Schriften, in denen alle für den deutschen Faschismus wesentlichen Merkmale und Kausalzusammenhänge zur Sprache kommen, können einige Thesen entwickelt werden, die, zusammengekommen, das Gerippe einer Theorie über den deutschen Faschismus ergeben:

1. Die *Ursachen für den Aufschwung der faschistischen Bewegung und der „Machtergreifung“* erblicken sie darin, daß „anfänglich eine kleine Gruppe von Monopolisten, großen und mittleren Bougeois“ die NSDAP „aufgepäppelt und hochgebracht“ und daß „schließlich am 19. November 1932 die deutsche Hochfinanz (Hitler) als ihren Reichskanzler gefordert“ hat (b 13; vgl. auch a, Bd. 9, 210). Diese These muß m. E. differenziert werden. Was den Aufstieg des Faschismus zur Massenbewegung betrifft, so sind die Ursachen nicht primär in der Unterstützung des Großkapitals zu suchen. Der in der Tat strukturelle Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus ist hier weniger unmittelbar — wenngleich nicht weniger evident: Die im kapitalistischen System begründete Wirtschaftskrise trieb die verängstigten Massen, vorab die proletarisierten oder von der Proletarisierung bedrohten Mittelschichten zum Faschismus, der ihnen soziale Sicherheit und nationales Prestige versprach und Objekte bot, an denen sie ihre Aggressionen gefahrlos entladen konnten. Erst als sich der Faschismus zur Massenbewegung formiert hatte, setzte die Unterstützung des Großkapitals ein, die sich schließlich zu einem politischen Bündnis verdichtete. Das hat freilich dann die Propagandamöglichkeiten des Faschismus weiter verstärkt und seinen Aufstieg beschleunigt. Die vorliegenden Darstellungen dagegen dehnen die ohnehin problematische „Agententheorie“ sogar auf die Aufstiegsphase des Faschismus aus, um die faschistische Bewegung als ein Instrument zu erweisen, das sich von Anfang an in der Hand der

⁵ Vgl. G. Alperovitz, *Atomare Diplomatie. Hiroshima und Potsdam*, München 1966.

herrschenden Klasse befand. Für den italienischen Faschismus trifft das in einem erheblichen Maße zu⁶, für den deutschen aber nicht.

Von den Aufstiegsursachen der faschistischen Bewegung sind die Bedingungen ihrer „Machtergreifung“ streng zu unterscheiden. Hier läßt sich ganz generell die These formulieren: Eine faschistische Bewegung kann aus eigener Kraft die politische Macht nicht erobern, mögen ihre Wahlerfolge auch ungewöhnliche Ausmaße annehmen. (Die NSDAP war aus den Juliwahlen 1932 immerhin als stärkste Partei hervorgegangen!) *Conditio sine qua non* einer faschistischen „Machtergreifung“ ist die Unterstützung mächtiger Gruppen der Oberklassen, vor allem ökonomischer Führungsgruppen.

2. Die Frage, welche Ziele die Oberklassen in dieser Konstellation verfolgen, gewinnt damit entscheidende Bedeutung: „Die faschistische Diktatur ... erschien der großbürgerlich-junkerlichen Reaktion ... nicht nur als der sicherste Garant gegen die Volksrevolution; diese Lösung galt ihr zugleich als die zuverlässigste Wegbereitung jener Politik, mit der die militärische Niederlage des Jahres 1918 korrigiert werden sollte“ (b 12). Die Volksrevolution sei in der damaligen Lage eine durchaus akute Gefahr für die Oberklassen gewesen, denn in den Novemberwahlen von 1932 habe sich der beginnende Zerfall der faschistischen Bewegung abgezeichnet — und die vom Faschismus Enttäuschten hätten sich wahrscheinlich den „revolutionären Kräften“, besonders der KP, zugewandt (b 11).

Auch diese These bedarf m. E. einiger Modifizierungen: Daß die herrschende Klasse die Errichtung einer faschistischen Diktatur auch deshalb unterstützte, weil sie hier eine Möglichkeit sah, die 1918 gescheiterte Politik wieder aufzunehmen, ist unzweifelhaft richtig. Auch die Möglichkeit, daß die vom Faschismus enttäuschten Massen sich in größerem Umfange nach links wandten, konnte nicht ausgeschlossen werden, obwohl nur wenige Symptome dafür vorliegen, daß diese Entwicklung wahrscheinlich war oder von der herrschenden Klasse für wahrscheinlich gehalten wurde. Autoritäre Denk- und Verhaltensformen waren gerade bei den deutschen Mittelschichten allzu tief verwurzelt. Mir scheint, daß das kapitalistische System 1932/33 weniger direkt — durch die Möglichkeit einer Volksrevolution — in seinem Bestand bedroht war als vielmehr indirekt; weniger wegen eines mächtigen Feindes in Gestalt einer revolutionären Bewegung als wegen seiner inneren Widersprüche: Der bürgerliche Parlamentarismus hatte sich als unfähig erwiesen, den kapitalistischen Reproduktionsprozeß aufrechtzuerhalten und die Profite zu sichern. Auch die Mittel der autoritären Präsidialdiktatur — Ausschaltung des Parlaments aus dem politischen Entscheidungsprozeß und Verselbständigung der Exekutive⁷ — offenbarten 1930—1932 ihre

6 Dazu A. Tasca, Glauben, Gehorchen, Kämpfen, Aufstieg des Faschismus, Wien-Frankfurt-Zürich 1969.

7 Die faschistische Diktatur sollte begrifflich sowohl von der autoritären wie auch von der herkömmlichen Militärdiktatur deutlich unterschieden werden. Dazu R. Kühnl, Faschismus — Versuch einer Begriffsbestim-

Unzulänglichkeit. Der Kapitalismus benötigte eine politische Gewalt, die, durch keinerlei Rücksicht auf Verfassungsnormen, oppositionelle Parteien und Gewerkschaften gehemmt, die Konjunktur wieder in Gang setzte — und zwar durch Staats-, vornehmlich Rüstungsaufträge. Nur so konnte die soziale Herrschaftsposition der Oberklassen wieder gefestigt werden. Es kam also nicht nur darauf an, die KPD als Hauptfaktor einer potentiellen Volksrevolution auszuschalten, wobei ohnehin Zweifel anzumelden sind, ob die KPD überhaupt ein solcher Faktor war. In dieser Lage bedeutete bereits die Existenz der reformistischen Arbeiterbewegung eine Gefährdung des kapitalistischen Systems, denn Gewerkschaften und Sozialdemokratie konnten trotz äußerster Anstrengung, sich den Forderungen der Unternehmer anzupassen und die Lasten der Krise den Lohnabhängigen aufzubürden, eine bestimmte Grenze der Konzessionsbereitschaft nicht überschreiten, ohne ihre Massenbasis einzubüßen und sich selbst aufzugeben. Daran war bereits das letzte halbwegs parlamentarisch legitimierte Kabinett Hermann Müller 1930 gescheitert. Die „Bedrohung des Systems“ lag also weniger in einer bevorstehenden „Volksrevolution“ begründet als in der Tatsache, daß der Kapitalismus auf dem herkömmlichen Wege der Selbststeuerung und mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie seine tiefe Krise nicht überwinden konnte. Dieser Faktor hat freilich nur in Zusammenhang mit dem Wunsch der deutschen Oberklassen nach Wiederaufnahme der 1918 gescheiterten Machtpolitik einerseits und mit der Existenz einer starken kommunistischen Partei, die zwar keine akute Bedrohung darstellte, sich aber potentiell zu einem revolutionären Faktor hätte entwickeln können, andererseits zum Faschismus geführt. In England und den USA reichte eine partielle „Formierung“ aus, um das kapitalistische System in der Krise zu bewahren, weil die beiden anderen Faktoren fehlten.

Will man die Perspektive der herrschenden Klasse auf vereinfachte Formeln bringen, so könnte man sagen: Die faschistische Bewegung wird unterstützt, sobald sich erweist, daß die herkömmlichen bürgerlich-demokratischen Parteien ihre Massenbasis an die faschistische Partei verlieren, d. h. sobald diese Partei ein politischer Machtfaktor geworden ist. Sie wird unterstützt, weil die herrschende Klasse für ihre Politik eine Massenbasis braucht, weil die faschistische Partei für die grundsätzlichen Ziele der herrschenden Klasse in der Innen- wie in der Außenpolitik zu gewinnen ist, weil diese Partei die Unzufriedenheit der Massen artikuliert, absorbiert und zugleich in eine Richtung lenkt, die für das soziale Herrschaftssystem nicht nur ungefährlich, sondern äußerst nützlich ist: weil sie sich nämlich als Terrorinstrument gegen die Linke einsetzen läßt.

3. Mit der Bestimmung der Motive der ökonomischen Führungsgruppen bei der Unterstützung der faschistischen Bewegung ist noch nichts über das *Verhältnis von ökonomischer Herrschaft und politi-*

scher Macht im faschistischen System ausgesagt. Entsprechend der „Agententheorie“, die 1935 auf dem VII. Plenum der Komintern verkündet wurde und noch heute die Faschismuskonzeption in den kommunistischen Parteien der sozialistischen Staaten weitgehend bestimmt, definieren die DDR-Autoren das faschistische System als „absolute Herrschaft des Monopolkapitals“, die „ihren Ausdruck im Monopol einer Partei“ fand (b 89 f., im Anschluß an eine Formulierung von Walter Ulbricht) und als „terroristische Diktatur“ der „aggressiven Kreise der deutschen Monopolbourgeoisie“ (b 106).

Es scheint jedoch, als seien diese Definitionen hauptsächlich als Verbeugung vor der offiziell noch nicht korrigierten Formel der Komintern aufzufassen, die schließlich (349) nahezu wörtlich wiederholt wird. Das „Lehrbuch“ aus der DDR wie auch die „Weltgeschichte“ aus der Sowjetunion sind differenziert genug, den „Pluralismus“ im Herrschaftsgefüge des Dritten Reiches, insbesondere das Eigengewicht der auf die faschistische Bewegung gestützten staatlichen Exekutive gegenüber den ökonomischen Führungsgruppen zu erkennen: Die „Auseinandersetzungen innerhalb der Führungsspitze der faschistischen Diktatur“ wurden „unter Ausschluß der Öffentlichkeit in der Form eines Dschungelkrieges in den exklusiven Zirkeln des Monopolkapitals, der Reichswehrführung, den Spitzengremien der Nazi-Partei und ihrer Gliederungen und in der Regierung“ ausgetragen (b 110 f.). „Diese Auseinandersetzungen um taktische Varianten zur Erreichung des gemeinsamen Zieles wurden dadurch verschärft, daß sie mit Rivalitäts- und Cliquenkämpfen innerhalb der Naziführung unentwirrbar verknüpft waren“ (b 115).

Beide Darstellungen halten jedoch trotz aller inneren Konflikte mit Recht daran fest, daß es „allein die Monopolherren, und zwar vor allem die mächtigsten“ waren, „die ihre Herrschaft in Industrie und Handel in bis dahin einzigartiger Weise festigen konnten“ (a, Bd. 9, 335), daß das Monopolkapital danach als „Hauptnutznießer“ des Faschismus bezeichnet werden muß (174). Schon August Thalheimer hatte in seiner Faschismustheorie⁸ soziale Herrschaft und politische Machtausübung unterschieden und den Faschismus als ein System definiert, in dem die Oberklassen die politische Macht an die faschistische Partei abtreten, um ihre soziale Herrschaft erhalten und ausbauen zu können. Nun haben zwar neuere Untersuchungen gezeigt, daß diese rigorose Trennung nicht aufrechtzuerhalten ist, daß die Führungsgruppen aus Wirtschaft, Militär und Bürokratie auch am politischen Entscheidungsprozeß maßgeblich beteiligt waren, aber ein Element von Wahrheit enthält sie dennoch: Im Bereich politischer Entscheidungen verfügte die Führung der faschistischen Partei über

8 Vgl. O. Bauer u. a., Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, hersg. von W. Abendroth, Frankfurt 1967, S. 19 ff.;

R. Gripenburg und K. H. Tjaden, Faschismus und Bonapartismus. Zur Kritik der Faschismustheorie August Thalheimers, in: Das Argument Nr. 41, 1966, H. 6, S. 461 ff.

ein beträchtliches Gewicht. Im Falle von Konflikten zwischen verschiedenen Konzerngruppen oder verschiedenen taktischen Konzeptionen fungierte sie als letzte Entscheidungsinstanz. Die ökonomischen Machtgruppen waren darauf angewiesen, um einflußreiche Positionen im Vorfeld (in den Beratungsgremien usw.) zu kämpfen und die politische Führung für ihre Ziele zu gewinnen. Dagegen besteht kein Zweifel daran, daß sich alle politischen Entscheidungen des faschistischen Staates im Rahmen der grundsätzlichen Interessen und Ziele hielten, über die sich die verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse untereinander (und mit der faschistischen Exekutive) einig waren. Im Bereich sozialer Herrschaft konnten die Oberklassen ihre Wünsche und Interessen so gut wie vollständig verwirklichen — abgesehen von einigen sozialen Bonbons, die zur langfristigen Sicherung des Gesamtsystems opportun erschienen. Weder die Bauern noch der „Mittelstand“, die von der faschistischen Ideologie beide zum Rückgrat der Nation ernannt und von der Propaganda ständig umschmeichelt wurden, konnten auch nur ihre elementarsten Interessen wahren⁹. Und was die Lohnabhängigen betrifft, so wurden sie auf gesetzlichem Wege aller Rechte beraubt und in Befehlsempfänger der Unternehmer, der Tendenz nach schließlich in „dienstverpflichtete Zwangsarbeiter“ verwandelt (98).

Bei der Frage nach dem Verhältnis zwischen Faschismus und Kapitalismus darf der außenpolitische Aspekt nicht übersehen werden. Hier weist die sowjetische Darstellung darauf hin, daß die herrschenden Kreise in den westlichen Ländern mit einer beträchtlichen Sympathie auf das faschistische Deutschland blickten, das den Klassenkampf in so wirksamer Form „überwunden“ hatte und sich überdies anschickte, den Bolschewismus auch im internationalen Kräftefeld zu vernichten. Diese auf gemeinsamer Interessenlage beruhende Sympathie bewirkte nicht nur eine großzügige Haltung der westlichen Regierungen gegenüber dem deutschen Faschismus (z. B. beim deutsch-englischen Flottenvertrag, bei der Tolerierung der vertragswidrigen Aufrüstung und der verschiedenen Annexionen vor 1939), sondern auch wirtschaftliche Hilfeleistungen etwa durch amerikanische Konzerne. Aber: „Die Versuche der Westmächte, das faschistische Deutschland zu ‚befrieden‘, um es als Waffe gegen die Sowjetunion zu verwenden, änderten . . . nichts an den tiefen imperialistischen Widersprüchen zwischen ihnen und den faschistischen Staaten. Deutschland griff unaufhörlich nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Positionen Großbritanniens, Frankreichs und der USA an“ (a, Bd. 9, 342). Am Beispiel der südosteuropäischen Staaten, der Türkei, des arabischen Raumes und Lateinamerikas führt das Buch vor, was diese Konkurrenzsituation konkret bedeutete. Nur deshalb konnte die Strategie der Sowjetunion Erfolg haben,

⁹ Das geht auch aus der Untersuchung von D. Schoenbaum, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*, Köln-Berlin 1968, hervor, die in der Interpretation allerdings Mängel aufweist (dazu R. Kühnl, *Der deutsche Faschismus*, in: *Neue Politische Literatur* 1970, H. 1).

zu der sie sich entschloß, als ihre Konzeption einer antifaschistischen Allianz mit den Westmächten mit dem Münchener Abkommen 1938 offensichtlich gescheitert war: gegen ihren Willen wurden die Westmächte schließlich doch gezwungen, in den Krieg einzutreten.

4. Zwischen der kleinbürgerlichen Anhängerschaft faschistischer Bewegungen, die nicht nur von antikommunistischen und antigewerkschaftlichen Tendenzen, sondern auch von antikapitalistischen Stimmungen geprägt ist, und der nach der „Machtergreifung“ ganz offen hervortretenden sozialen Funktion des faschistischen Herrschaftssystems, die in der Sicherung und Festigung der Herrschaftsposition der sozialen Oberklassen besteht, mußte es zu Konflikten kommen. Nicht zuletzt diese plebejisch-antikapitalistischen Tendenzen, die dem Faschismus ein Moment der Unberechenbarkeit auch für seine Bündnispartner verleihen, sind ein Grund dafür, weshalb die herrschende Klasse nur ungern und nur unter dem Zwang der Verhältnisse ein Bündnis mit der faschistischen Bewegung schließt. Der Schrecken vor diesen „radikalen“ Elementen des Faschismus, wie sie sich beispielsweise in der SA und im Ruf nach der „zweiten Revolution“ artikulierten, zittert in der bürgerlichen Geschichtsschreibung heute noch nach.

Für diesen Konflikt, der sich aus den Widersprüchen zwischen sozialer Basis und sozialer Funktion des Faschismus ergab und 1934 — nachdem der gemeinsame Feind auf der Linken vernichtet war — das faschistische System zu sprengen drohte, bieten die Darstellungen aus der DDR und der Sowjetunion Erklärungen an, die sich in einem Punkte unterscheiden: Einigkeit besteht darüber, daß „die weitere Konsolidierung dieser Diktatur ... die Abrechnung mit den antimonopolistischen Bestrebungen ihrer eigenen kleinbürgerlichen Gefolgschaft“ verlangte (b 106). Während aber die DDR-Autoren die SA als organisatorisches Zentrum und als Organ dieser Bestrebungen begreifen, unterscheidet die sowjetische Darstellung zwischen den Mitgliedern und der Führung der SA: Die Mitglieder seien von der „tiefgreifenden Unzufriedenheit“ der Mittelschichten erfaßt worden. Die Führung dagegen, „die keine politischen Meinungsverschiedenheiten mit Hitler hatte, suchte ... die Gährung unter den Mitgliedern für ihre eigenen karrieristischen Ziele auszunutzen“, die Führung der Reichswehr an sich zu reißen und die SA zum Grundstock eines Milizheeres zu machen (a, Bd. 9, 335). Für beide Interpretationen gibt es empirische Belege. Überdies sind sie sich über das Hauptproblem einig. Ihre Differenzen betreffen nur eine Randfrage.

5. Um die Funktion von Rüstungswirtschaft und Krieg für das faschistische Herrschaftssystem zu bestimmen, müssen mindestens vier Aspekte berücksichtigt werden: Die ökonomischen Machtgruppen „erzielten maximale Profite bei der Aufrüstung; und sie erwarteten maximale Profite von den Expansionen und Aggressionen, denen diese Aufrüstung galt“ (b 174). Neben diesen beiden Gründen ist aber darauf hinzuweisen, daß die Aufrüstung das einzige wirksame Mittel zur Überwindung der großen Krise und insofern die Lebensgrundlage des Gesamtsystems war. (Selbst in den USA konnte die Massen-

arbeitslosigkeit erst nach 1939/40 mit dem Aufschwung der Rüstungsproduktion überwunden werden — dort unter Aufrechterhaltung bürgerlich-parlamentarischer Formen —, nicht etwa mit dem sozialstaatlich orientierten New Deal Roosevelts.) Aus der hemmungslosen Aufrüstung ging schließlich mit einer ziemlichen Zwangsläufigkeit der — freilich ohnehin gewünschte und geplante — Krieg hervor: die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Dritten Reiches war 1938/39 so bedrohlich geworden, daß ihm kaum ein anderer Ausweg blieb (vgl. b 253 ff.).

Von beachtlicher Bedeutung ist schließlich viertens der sozialpsychologische Aspekt: Die Freund-Feind-Ideologie des Faschismus, die die terroristische Niederwerfung der Linken und die antisemitischen Ausschreitungen legitimierte, die Rüstungspolitik begleitete und dann im Krieg kulminierte, fungierte zugleich als Kompensation für die vorenthaltene Emanzipation und als ideologische Basis einer „nationalen Solidarität“, die sich von selbst aus der Klassengesellschaft nicht entwickelt hätte, aber durch Terror allein auch nicht zu erzielen gewesen wäre: Indem die slawischen Völker als Untermenschen dargestellt wurden, die zum Sklavendienst für das deutsche Herrenvolk geschaffen waren, konnte erstens auch der gewöhnlichste deutsche Kleinbürger das erhebende Gefühl erhalten, zu den Ausgewählten zu zählen, und zweitens auch der gänzlich Besitz- und Bedeutungslose die — übrigens nicht ganz unbegründete — Hoffnung nähren, die Unterwerfung der slawischen Gebiete werde ihm sozialen Aufstieg ermöglichen. Und indem das Deutsche Reich als von Feinden und Neidern umgeben dargestellt wurde, konnten „nationale Solidarität“ und treuer Gehorsam gegenüber den Herrschenden als höchste Tugend erscheinen. Dieser sozialpsychologische Aspekt kommt in den Darstellungen aus der Sowjetunion und der DDR entschieden zu kurz. In diesen Ländern sind in die Marxsche Theorie Elemente der Psychologie Freuds und seiner Nachfolger bislang kaum eingegangen.

VII.

An dieser Stelle kann die Frage, ob diese Thesen auch auf die übrigen Faschismen der damaligen Periode zutreffen, nicht geprüft werden. Ebenso wenig die andere nach dem Nutzen solcher historischen Analysen für das Verständnis der Herrschaftssysteme und ihrer Entwicklungsperspektiven in den kapitalistischen Ländern der Gegenwart¹⁰. Aus aktuellem Anlaß sei aber betont, daß sich eine marxistische Faschismustheorie nicht damit begnügen darf, die soziale Funktion des Faschismus festzustellen. In dieser Hinsicht unterscheidet sich nämlich der Faschismus in keiner Weise von anderen Formen bürgerlicher Herrschaft: Die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems ist die zentrale Aufgabe nicht nur des faschistischen, sondern auch des bürgerlich demokratischen Staates. Das Spezifikum faschi-

¹⁰ Über dieses Problem, bis zu welchem Grade der Faschismusbegriff sinnvollerweise generalisiert werden kann, liegen noch kaum systematische Untersuchungen vor.

stischer Herrschaft liegt also nicht in ihrer sozialen Funktion, die sie mit parlamentarisch-parteienstaatlichen Systemen gemeinsam hat, sondern in den besonderen Formen der Herrschaftssicherung, die freilich hier nicht ausführlich dargestellt werden konnten. Als ein voll entwickeltes faschistisches Herrschaftssystem sollte ein System nur dann bezeichnet werden, wenn es die folgenden Merkmale aufweist (die freilich nur mit einigen Stichworten aufgezählt werden können):

Auf dem Sektor der Staatsorganisation: die faschistische Bewegung, aus der sich nach der „Machtergreifung“ ein umfassendes System von staatlich kontrollierten Massenorganisationen entwickelt; die Zusammenfassung von Lohnabhängigen und Unternehmern in den gleichen, hierarchisch aufgebauten und staatlich gesteuerten Organisationen; staatliche Lenkungsmaßnahmen in der Wirtschaft; staatliches Propaganda- und Informationsmonopol und terroristische Unterdrückung aller oppositionellen Regungen. Auf dem ideologischen Sektor: Führerprinzip, Volksgemeinschaftsideologie und Freund-Feind-Schema.

Daß dabei Abgrenzungsprobleme auftreten, ist selbstverständlich. Welches Maß staatlicher Terror erreichen und welche Merkmale eine politische Partei aufweisen muß, um als faschistisch gelten zu können, kann im Einzelfall umstritten sein. Zu warnen ist aber vor einer uferlosen Ausweitung des Faschismusbegriffs. Statt den Faschismus als eine besondere Herrschaftsform der bürgerlichen Gesellschaft zu definieren, erscheinen Faschismus und bürgerliche Gesellschaft bei manchen linken Autoren als Synonyme. Welchen Erkenntniswert der Faschismusbegriff dann noch haben soll, ist allerdings nicht zu sehen. Und daß ein Faschismusbegriff, der zwischen dem Dritten Reich und der Bundesrepublik keinen Unterschied mehr macht, auch keine realistische politische Strategie hervorbringen kann, scheint mir gleichfalls evident. Es gibt durchaus Argumente für die These, daß Faschismus im hier entwickelten Sinne anachronistisch sei, weil dem organisierten Kapitalismus in den hochentwickelten Ländern der Gegenwart genügend Herrschaftsmittel anderer Art zur Verfügung stünden. Ich halte diese Argumente — obwohl sie zweifellos ein Element von Wahrheit enthalten — für unzureichend¹¹. Aber selbst wenn sie überzeugend wären, so ergäbe sich daraus keineswegs die Folgerung, daß der Faschismusbegriff ausgeweitet werden muß, damit er auch die neuen Herrschaftsformen noch deckt. Man mag darüber streiten, bis zu welchem Grade der Faschismusbegriff verallgemeinert werden soll. Ein Minimum an spezifischen Merkmalen, die ihn als eine besondere Herrschaftsform kennzeichnen und von anderen Formen bürgerlicher Herrschaft unterscheidbar machen, muß ihm aber belassen werden, sonst wird er als wissenschaftlicher Begriff unbrauchbar und als Basis einer politischen Strategie verhängnisvoll.

11 Vgl. zu dieser Kontroverse R. Kühnl u. a., *Die NPD — Struktur, Ideologie und Funktion einer neufaschistischen Partei*, Frankfurt 1969, S. 342 ff.

Reinhard Opitz

Fragen der Faschismuskritik

Zu Reinhard Kühnls Bestimmung des Faschismusbegriffs

Zum Prozeß der Rückbesinnung auf die Ansätze linker Faschismuskritik in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren, ihrer Weiterführung auf Grund des inzwischen vorliegenden immensen empirischen Materials und damit zugleich der Erledigung eines großen Teils der in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik dominierenden apologetischen, Monopolkapital und bürgerlich-imperialistische Gesellschaft aus der Ursachenerwägung ausklammernden Faschismusedeutungen haben Kühnls Arbeiten über Teilaspekte des Nationalsozialismus, über die NPD und über hervorstechende restaurative Entwicklungszüge der bundesdeutschen Gesellschaft in jüngster Zeit ganz erheblich, vielleicht sogar, verglichen mit allen sonstigen parallelgehenden Bemühungen, am nachhaltigsten beigetragen. Der besondere Vorzug aller Kühnlschen Untersuchungen liegt darin, daß in ihnen stets eine Fülle von Material aufs gewissenhafteste ausgebreitet und eher mit zu großer Vorsicht verarbeitet ist, so daß diejenigen, denen die empirische Forschung zum Daueralltag geworden ist, von dem aus sie jede sozialkritische Schlußfolgerung unter Ideologieverdacht stellen, es schwer haben, gegen Kühnl anzukommen, daß aber eben alle mit Akribie zusammengetragenen Einzelbeobachtungen auch stets der Frage nach ihrem sozialen Inhalt ausgesetzt werden, wodurch sich Kühnl von vornherein der Gefahr enthebt, in die Denkgeleise des Totalitarismusschemas zu verfallen oder einer der sonstigen einschlägigen Versuchen landläufiger bürgerlicher Faschismuskritik, also etwa der Personalisierung und Dämonisierung, der Psychologisierung, Ökonomisierung oder Konstruktion bloßer ideengeschichtlicher Ahnenreihen, zu erliegen. Längst gehören deshalb Kühnls Bücher und Aufsätze zu jenem Grundbestand an neuerer Faschismuskritik der Bundesrepublik, auf den man jeden, den die Faschismusfrage zu beschäftigen beginnt, zu allererst verweisen sollte, wobei sich Kühnls Arbeiten des weiteren noch dadurch auszeichnen, daß sie den Leser nie in die Gefahr bringen, die monopolkapitalistische Gesellschaft als den unstrittigen Nährboden des Faschismus mit diesem gleichzusetzen und sich so den Zugang zur Dialektik der bürgerlichen Demokratie — deren Widersprüche in der Phase des monopolisierten und mit dem Staat verflochtenen Kapitalismus nicht aufgehoben, sondern verstärkt wirksam sind — selbst zu verstellen.

Seit langem war zu sehen, daß ein Autor, den die Frage nach den sozialen Interessen und die Aufgeschlossenheit gegenüber den Quellen dazu geführt hatten, die bürgerlichen Faschismustheorien und den Positivismus als Ideologien zu durchschauen, sich eines Tages an

einer eigenen Faschismuskonzeption würde versuchen müssen. Den ersten wesentlichen Schritt hierzu machte Kühnl in seinem Aufsatz „Faschismus — Versuch einer Begriffsbestimmung“, der im Dezember 1968 in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ erschien, und dieser Text bildet — versehen mit einer neuen, sehr instruktiven Einleitung und um ein weiteres Kapitel ergänzt — auch den Schlußteil seines 1969 bei Hanser erschienenen letzten Buches „Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus“*. Vorangestellt sind diesem abschließenden Definitionsversuch eine kurze Erörterung der Begriffe „rechts“ und „links“, ein erster Teil, der sich mit dem Problem von Demokratie und Faschismus in der Weimarer Republik — und in den letzten Kapiteln speziell mit der NSDAP — beschäftigt, ein knapper zweiter Teil, der das „radikal-demokratische Zwischenspiel“ der Jahre nach 1945 behandelt, und ein dritter Teil, der dem Problem von Demokratie und Faschismus in der Bundesrepublik — und in den letzten Kapiteln wiederum speziell der NPD und der Frage nach den Möglichkeiten der Abwehr des Neofaschismus — gilt. Im ganzen stellt dieser Band somit eine Art übersichtlicher Zusammenfassung aller früheren Kühnlschen Arbeiten dar, zumindest ist deren theoretischer Extrakt, so wie er sich heute Kühnl selbst darstellt, in ihn eingeflossen, so daß nicht nur derjenige, der sich über Kühnls Positionen rasch informieren will, hier die thematisch umfassendste und zugleich gedrängteste Übersicht findet, sondern mit der Vorlage einer so komprimierten Gesamtdarstellung, die Kühnl selber in einer Nachbemerkung als „in sich geschlossene Gesamtanalyse“ apostrophiert, wohl auch der Zeitpunkt gekommen ist, an dem eine erste vorläufige Bilanz zu ziehen und dabei vor allem in Blick darauf, daß Kühnls Arbeiten weitgehend als repräsentativ angesehen werden können für den allgemeinen Stand der Faschismuskonzeption der nichtantiautoritären Linken, auch die Frage nach dem noch Unzulänglichen oder besser nach denjenigen offenen Problemen zu stellen wäre, die sich gerade auf Grund der Kühnlschen Antworten nun in den Vordergrund schieben.

Das größte Verdienst der in vier Punkten zusammengefaßten Faschismusdefinition Kühnls dürfte darin bestehen, daß sie zwischen dem sozialen Charakter des zur Macht gekommenen Faschismus und demjenigen der aus verschiedensten Strömungen bestehenden und insgesamt erst noch um ihre Machtergreifung kämpfenden faschistischen Bewegungen deutlich unterscheidet. Die faschistische Partei, heißt es in Punkt 3 der Kühnlschen Definition, „rekrutiert sich vor der Eroberung der politischen Macht vor allem aus Sozialgruppen mit mittelständischer Mentalität“ (150). Für den zur Macht gekommenen Faschismus und das faschistische Herrschaftssystem heißt es dagegen in Ziffer 1: „Seine soziale Funktion besteht darin, kapitalistische Eigentumsverhältnisse und die damit verbundenen sozialen Privile-

* Kühnl, Reinhard: Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus. Zur Problematik der bürgerlichen Gesellschaft seit 1918. C. Hanser Verlag, München 1969 (186 S., kart., 7,80 DM).

gien der Oberklassen auch dann aufrechtzuerhalten, wenn dieses System in eine Krise geraten ist und die Massen sich dagegen wenden oder zu wenden drohen“ (148). Mit der Hineinnahme dieses scheinbaren Widerspruchs in eine Definition, deren unausgesprochener Angelpunkt die Behauptung eines Funktionswandels oder einer sozialen Konversion des Faschismus in der Phase seines Überganges zur Macht ist, hat sich Kühnl wahrscheinlich am meisten der Entschleierung des rätselhaften gesellschaftlichen Gesetzes genähert, dem der von der Linken so oft als irritierend empfundene Umstand zu verdanken ist, daß sich der Faschismus, wo immer er zur Macht gelangt, eindeutig als terroristischer Vollstrecker der sozialen Interessen des Monopolkapitals identifizieren läßt, gleichwohl aber bis zur Machtübernahme ein nicht abzuleugnendes Rivalitätsverhältnis zwischen der faschistischen Partei und den monopolkapitalistisch orientierten bürgerlichen Parteien besteht, auch die Sympathien der führenden Wirtschaftskreise für die faschistische Bewegung zumindest in deren Frühphase keineswegs so klar zutage liegen und zu belegen sind wie umgekehrt deren Bemühen, eine der mittelständischen Mentalität entsprechende, gleichzeitig gegen Sozialismus und Großkapital gerichtete Position zu propagieren, und daß überdies der Augenblick der offenen Konversion auf die Seite des Großkapitals stets in die Phase der größten innenpolitischen Ohnmacht des Großkapitals fällt — wenn es nämlich selbst über keine Massenbasis mehr verfügt —, die faschistischen Parteien (nämlich alle) also gerade in dem Augenblick (und zwar regelmäßig) ihr mittelständisch akzentuiertes Protestprogramm fallenlassen, in dem seiner Verwirklichung, von den Machtvoraussetzungen her, kein ersichtliches Hindernis mehr im Wege steht. Für diesen Umschlagsvorgang, der der wichtigste Punkt der gesamten gegenwärtigen Faschismusdebatte sein dürfte, liefert Kühnl nun allerdings keine befriedigende Erklärung. Aus dem Tatsachenhinweis, daß bislang jeder faschistischen Machtergreifung die Liquidation der mittelständischen Programmbestandteile und des „linken“ Parteiflügels folgte, geht noch keineswegs hervor, weshalb und inwiefern es sich hier um ein Gesetz und nicht etwa nur um eine zufällige Aufeinanderfolge gleichartiger Vorgänge in Italien und Deutschland handelt. Aber im Durchstoß zur Erklärung dieses regelmäßig wiederkehrenden Ereignisverlaufes als eines gesetzmäßigen liegt augenscheinlich der Schlüssel zur vollen Entschleierung des Verhältnisses von Monopolkapitalismus und Faschismus und damit auch zu einer erstmals vollgültigen, allen Anforderungen genügenden Faschismusdefinition.

Daß Kühnl bis dahin nicht vorzudringen vermag, hat seine Ursache in der etwas starren, genauer gesagt: etwas formalen Begrifflichkeit, in die er sich schon auf den ersten Seiten des Buches, beim Versuch nämlich einer Definition der Begriffe rechts und links, einzwängt und die ihn verständlicherweise daran hindert, am Ende, bei der Gesamtdefinition des Faschismus, in entscheidenden Punkten, in denen Gesetzmäßigkeiten erfaßt sein müßten, über rein deskriptive Feststellungen hinauszukommen.

Kühnls einschlägige Formulierung bei dem Versuch, die Begriffe rechts und links auf wissenschaftlich praktikable Weise in den Griff zu bekommen, lautet: „Als r e c h t s gelten jene Kräfte, die für autoritär-hierarchische Strukturen in Staat und Gesellschaft eintreten, als l i n k s jene, die für demokratische Strukturen plädieren“ (11). Das hat zweifellos etwas sehr Verführerisches einfach angesichts des Umstandes, daß hier endlich einmal die Linke, wie es der Sache nach not tut, von vornherein fest mit dem Begriff der Demokratie identifiziert ist, die Linke historisch und generell als der genuine Sachwalter der Demokratie in Erscheinung tritt bzw. umgekehrt die Demokratie definitorisch als der entscheidende Inhalt der linken Bewegung erkannt und anerkannt wird. Und doch muß man die Frage stellen, ob sich mit dieser Formel ernstlich operieren läßt, ob sie sich also z. B. auch dann als tragfähig erweist, wenn man, mit ihr in der Hand, das Verhältnis von Faschismus, monopolkapitalistischer Formierung, liberaler Demokratie und sozialistischem Anspruch auf reale Demokratie untersuchen wollte. Kühnl leitet den Absatz, der die zitierte Bestimmung von rechts und links enthält, mit einem jener Sätze ein, deren instinktsicherer kritischer Zuschnitt ganz allgemein charakteristisch für seine Art des Herangehens an einzelne Themen ist, der er letztlich seine heutige vorgeschobene Position jenseits aller gängigen bürgerlichen Erklärungsschablonen zum Faschismusproblem und anderen Fragen der bürgerlichen Gesellschaft verdankt. Es heißt da: „Die Begriffe rechts und links werden offenbar erst dann zu brauchbaren Kategorien, wenn man nicht den formalen Aspekt des politischen Verhaltens — bewahren oder verändern —, sondern den inhaltlichen zugrunde legt: wenn man die Zielvorstellungen einer Partei konkret bestimmt.“ Aber desungeachtet bleibt die dann folgende Definition dieser beiden Begriffe ihrerseits im Formalen stecken, sie spricht nicht von sozialen Interessen, sondern von politischen Strukturen, die als solche zu einem Inhalt und zum ausschlaggebenden Unterscheidungsmerkmal von rechts und links gemacht werden. So kann es zu der etwas merkwürdigen Darlegung kommen, daß im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert das aufstrebende Bürgertum die Linke gewesen sei, bis sich mit dessen Beteiligung an der Macht auch seine „Funktion“ verändert habe, die bürgerlichen Kräfte nämlich, da sie „nun selbst Anteil an der Herrschaft hatten“, nach rechts rückten, so daß „in dieser Lage . . . die Arbeiterbewegung zum Repräsentanten der Linken“ werden mußte, „d. h. der Kräfte . . ., die auf weitere Demokratisierung drängten“ (11—13). Wie man an dieser Stelle deutlich sieht, ist für Kühnl das „Linke“ nicht mit irgendeinem bestimmten sozialen Inhalt gefüllt, sondern vielmehr eine politische Strukturidee, der sich zu verschiedenen Zeiten verschiedene soziale Kräfte — und zwar die historisch jeweils fortschrittlichsten — annehmen, sich zu ihrem „Repräsentanten“ machen können.

Sicher ließe sich einwenden, daß Kühnl immerhin die Gleichheitsidee und somit das Grundprinzip der realen Demokratie vorschwebt, wenn er seinen Linksbegriff mit seinem Demokratiebegriff in eins setzt. Aber indem er dieses Prinzip formal auffaßt, es also, seiner

eigenen Forderung zuwider, nicht als inhaltliches, durch soziale Interessen definiertes Prinzip, sondern als vorgegebene Strukturidee einführt, zu der wechselnde Klassen je nach ihrer Stellung in der Gesellschaft in eine vorübergehende oder dauerhafte funktionale Beziehung treten und zur Linken nur jeweils insoweit werden, wie sie sich diese Idee zu eigen machen, bleibt in der Mitte von Kühnls nach wie vor unausgesprochen dreiteiligem Begriffsgebäude unvermeidlich die bürgerliche Formaldemokratie als das heimliche Zentrum, von dem her von einer Rechten und einer Linken gesprochen wird, bestehen. Der auffällige Umstand, daß Kühnl eine Definition dessen versucht, was rechts und was links genannt werden soll, ohne zuvor — oder wenigstens nachträglich — zu bestimmen, was unter Mitte zu verstehen sei, rechts von *w a s* und links von *w a s* sich also Rechte und Linke befinden (und ohne einen solchen gemeinsamen Bezugspunkt verliert die Rede von rechts und links ja wohl ihren logischen Halt), weist auf das Dilemma, in das notwendig jeder gerät, der von der bürgerlichen Politologie das Denken in inhaltsneutralen Strukturkategorien, in der eigenen politischen Praxis jedoch das Fragen nach dem gesellschaftlichen Inhalt einer jeglichen Politik und einer jeglichen politischen Strömung gelernt hat. Kühnl befreit sich aus diesem Dilemma nicht wirklich, wenn er als die „Mitte“ diejenigen Kräfte anspricht, die dem Prinzip der Willensbildung von unten nach oben nur bedingt, nämlich nur im politischen, nicht aber auch im wirtschaftlichen Bereich Geltung zuerkennen wollen, wenn er zum Merkmal der Mitte also ganz im herkömmlich-liberalen Sinne das Bekenntnis zu einem abstrakten Normaltyp der bürgerlich-parlamentarischen Verfassung macht und diese Position kritisch als eine Zwischenposition, als ein „Mittelding“ zwischen den reinen Ausprägungen des rechten Autoritarismus und der von der Linken repräsentierten Demokratieidee charakterisiert. Die ihm von seinem Wirklichkeitssinn dann sofort aufgenötigte Einschränkung, es gebe allerdings heute in der Bundesrepublik keine einzige große Partei, die „auch nur den bestehenden Grad an politischer Demokratie entschlossen zu verteidigen bereit wäre; d. h. es gibt im Grunde nur Rechtsparteien“ (23), macht die Fragwürdigkeit eines Schemas, dessen Zentrum mehr oder minder nichtexistente, in jedem Fall aber sehr flüchtige, je nach Interessenlage fluktuierende Kräfte sind, deutlich. Einen Weg, aus den Verhänglichkeiten des liberalen Rechts-Mitte-Links-Schemas herauszukommen, stellt die kritische Anmerkung, daß die Mitte zur Zeit kaum besetzt sei, zumindest nicht von starken Parteien, in gar keinem Falle dar, weil der Maßstab, an dem dies gemessen wird, noch immer der liberal-formaldemokratische ist. Dies aber hat seine notwendigen Auswirkungen auch auf die Bestimmung der Linken und der Rechten.

Auf der einen Seite gerät dadurch nämlich der qualitative Unterschied zwischen formaler und realer Demokratie aus dem Blick; er reduziert sich auf einen nur quantitativen. Kühnl beschreibt dementsprechend die Linke als diejenige Kraft, die erkannte, „daß die formale Rechtsgleichheit durch eine reale soziale Chancengleichheit

ergänzt werden müsse“ (14). Sie nahm, wie es weiter heißt, „die Ideale des Rationalismus und Liberalismus auf, v e r b a n d sie jedoch mit sozialistischen Zielen“ (Hervorhebungen v. Verf.). Der Plural erfüllt hier eine unentbehrliche Funktion: Er läßt als miteinander vereinbar erscheinen — im Sinne einer einfachen Ausweitung —, was, stünde hier „sozialistisches Ziel“, sofort erkennbar wäre als ein qualitativer, auch die politische Demokratie von Grund auf revolutionierender Sprung. Die Formel von der Ausdehnung der Demokratie auf die Wirtschaft entspricht zwar vollkommen den gegenwärtigen Bedingungen des politischen Kampfes der demokratischen und sozialistischen Kräfte in den westlichen Ländern, reale Demokratie ist aber gleichwohl mehr als gesamtgesellschaftlich — also u. a. auch in der Wirtschaft — verbindlich gewordene liberale Demokratie. So wenig dies in einer gegebenen strategischen Augenblickssituation von Relevanz sein mag, so sehr muß es sich in einer Definition niederschlagen, solange Allgemeingültigkeit zu den unabdingbaren Kriterien gehört, denen Definitionen genügen müssen. Kühnl entzieht sich dieser zur Zeit gewiß nicht sehr opportunen Aufgabe mit dem scheinbar nach allen Seiten hin loyalen Überbrückungssatz: „Zwar gab es über die einzelnen Merkmale der angestrebten sozialen Demokratie (sic! d. Verf.) wie über die Wege zu ihr Differenzen innerhalb der Linken — über das Prinzip aber war man sich einig“ (ebd.). Über welches Prinzip? Über das der Ausweitung der im politischen Bereich schon verwirklichten (bürgerlichen, formalen) Demokratie auf die Wirtschaft und sonstige weitere Gesellschaftsbereiche (hier gab es meist weitreichende taktische Bündnisse, gewiß) oder aber über das tatsächliche realdemokratische Prinzip, das sich ebenso in einer Revolution und in der Form der revolutionären Diktatur wie in der Form der sozialistischen Demokratie wie vielleicht schon partiell in einer mehrheitlich von Linkskräften beherrschten bürgerlich-parlamentarischen Demokratie Geltung verschaffen kann, jedenfalls nicht ohne weiteres auf ein einziges Strukturmodell festlegbar ist, weil es eben ein inhaltliches und kein formales Prinzip ist. Die Einheit der Linken, der Kühnl offenbar eine Formel liefern will, läßt sich nur auf Grund der gemeinsamen Inhalte ihres Kampfes konstituieren, jede auf formale Strukturmodelle abhebende Definition dogmatisiert die Vorstellungen eines Teiles der Linken auf Kosten der Vorstellungen anderer Teile oder setzt einzelne Stadien des Revolutionsprozesses absolut. Damit aber wird die Linke nicht auf ihren Begriff, sondern um das Verständnis ihrer Zusammengehörigkeit gebracht. In Kühnls Definition bleibt die Gefahr, daß sie dazu benutzt werden kann, eine Differenzierungslinie quer durch die Linke zu ziehen so lange anwesend, wie nicht unmißverständlich aus ihr hervorgeht, daß der gemeinsame Nenner aller Linken das Entstehen für demokratische Inhalte ist, also für etwas, wovon sich die bürgerliche Demokratietheorie seit Schumpeter nicht einmal mehr einen Begriff machen will und wofür sie sich jede Erkenntnisfähigkeit selbst kategorisch abgesprochen hat — nicht jedoch unbedingt auch das Entstehen für bestimmte Verfahrensmodelle. Verharrt man bei der bür-

gerlichen Formalisierung des Demokratiebegriffs, dann gelangt man unvermeidlich dazu, von einer „echten“ Linken, die in der Praxis durch alle Entwicklungsphasen hindurch einer bestimmten Struktur-idee die Treue hält, diejenige Linke abzusondern, die sich nicht scheut, in bestimmten historischen Situationen zur Diktatur des Proletariats und also auch zum Gebrauch autoritärer Mittel überzugehen. Politische und gesellschaftliche Strukturen weisen sich primär auf Grund der Inhalte, für die sie durchlässig sind, als demokratische aus, sie sind es nicht schon qua Struktur bzw. qua allgemeiner — inhalts-indifferenter — Durchlässigkeit.

Auf der anderen Seite bewirkt der Nachhall des liberalen Mitteverständnisses, daß der aus dem Machtwillen des Monopolkapitals hervorgehende Autoritarismus und der im Protest gegen die vom Monopolkapital geschaffenen Verhältnisse von unten her in Gestalt rechter Bewegungen aufsteigende Autoritarismus begrifflich eher zueinandergebracht werden, als es der Beobachtung des zwischen ihnen bestehenden Spannungs- und Eskalationsverhältnisses guttun kann. Das Problem, um das es geht, ist doch gerade der Umschlag rechtsradikaler Protestpotentiale in Stützen des Systems, gefragt ist nach der entzaubernden rationalen Erklärung der mystischen Vereinigung von Monopolkapital und Kleinbürgerradikalismus, die sich keineswegs *uno actu*, etwa erst am Tage der Übertragung der Staatsmacht auf die faschistische Partei, sondern natürlich mindestens bei der führenden und in der Phase unmittelbar vor der Machtübernahme eben notwendigerweise stets dominierenden (weil die praktische Möglichkeit der Machtübernahme allein garantierenden) Gruppe bereits vorher und sukzessive, bei anderen innerparteilichen Strömungen übrigens vielfach analog, wenn auch nur partiell, vollzieht, jedoch selten geradlinig, in der Regel vielmehr in einem widersprüchlichen Prozeß, weil die Einsetzung der faschistischen Partei in die Macht nur unter bestimmten innenpolitischen Bedingungen zum unmittelbaren — und dann auch überwiegend gemeinsamen — Interesse des Monopolkapitals wird, sein Verhältnis zur faschistischen Partei grundsätzlich ein instrumentelles ist, das bestimmt wird von seinem Primärinteresse am eigenen Profit und der eigenen Macht über den Staat und deshalb immer erst dann zu einem zielstrebig auf die direkte Machteinsetzung der faschistischen Partei hinarbeitenden wird, wenn dem politischen Machtkalkül des Monopolkapitals keine Wahlmöglichkeit mehr zwischen Integration und Terror gegeben erscheint, wenn die Integration mißrät und das, was sie leisten sollte, nur noch mittels eines einheitlichen politischen — also staatlichen — Diktatur- und Terrorsystems gewährleistet werden kann. Gerade erfolgreiche Integration aber ist gleichbedeutend mit der Erzeugung eben jener — also manipulierten und nicht etwa autochthonen — Mentalität und jenen falschen Bewußtseins in den abhängigen Klassen, aus denen sich der spezifisch rechtsradikale Affekt überhaupt erst aufbauen und so dem Monopolkapitalismus gerade im Augenblick des rapiden Popularitätsschwunds und Zerfalls seiner bisherigen eigenen Parteien eine neue, zur Vernichtung aller seiner

Gegner fanatisch entschlossene Massenbasis verschaffen kann, und der Modus dieser Verschmelzung läßt sich schlecht aufdecken, anders gesagt: das Wechselverhältnis von Formierung und Faschisierung entzieht sich dem Blick, wenn auf Grund des beibehaltenen liberalen Rechts-Mitte-Links-Schemas mit seiner statischen, für eine abstrakte Verfassungsidee stehenden Mitte und der Gleichsetzung von „rechts“ mit „autoritär“ jede in autoritäre Richtung ausschlagende Abkehr der herrschenden bürgerlichen Parteien vom Idealtypus einer formaldemokratischen Verfassung mit dem gleichen Namen belegt wird wie der von unten aufsteigende und via falsches Bewußtsein desorientierte Protest. Weit hinter der Grenze, hinter der der kritische idealistische Demokrat nur noch Rechtes, unterschiedslos ineinander verschwommen, sieht, haben sich diese beiden Tendenzen noch immer nicht vollends getroffen, springen sie jedoch unter bestimmten Umständen ineinander um, und hier liegt das Untersuchungsfeld, auf das es ankommt. Solange die gleichartige Etikettierung der sozial unterschiedlich motivierten Autoritarismen dazu verleitet, fortwährend auch ihre Merkmale miteinander zu verwechseln, solange wird der Versuch, das spezifisch Faschistische abzugrenzen von dem, was nur allgemein „rechts“ ist, der Gefahr der Willkürlichkeit ausgesetzt bleiben; ohne präzise Bestimmung dessen, was in rechten Protestbewegungen die spezifisch faschistischen, was nur allgemein-rechte Elemente sind, kann jedoch auch das besondere Verhältnis, das Monopolkapital und faschistische Bewegung im faschistischen Herrschaftssystem eingehen, nicht adäquat beschrieben, der Charakter des Faschismus als Herrschaftssystem also auch nicht allgemeingültig dargestellt werden.

Eben dies sind die Gründe, weshalb hinter Kühnls Vierpunkte-Definition des Faschismus im Schlußkapitel des Buches einige Fragezeichen zu setzen sind. Außer der schon erwähnten wichtigen Unterscheidung in der Funktion und dem sozialen Charakter des Faschismus vor und nach der Machtergreifung nimmt Kühnl in Punkt 3 eine weitere wesentliche und zutreffende Fixierung vor, indem er das Vorhandensein einer faschistischen Massenbewegung zur Voraussetzung dafür macht, daß von Faschismus gesprochen werden kann, und in dieser Bindung des Faschismusbegriffs an die Massenbasis liegt wohl in der Tat eines der entscheidenden Kriterien für die Abgrenzung faschistischer Systeme von sonstigen autoritären Diktaturen. Aber Kühnl begnügt sich damit nicht, sondern setzt in Punkt 4 dazu an, auch Grundzüge einer angeblichen faschistischen Ideologie herauszuarbeiten, und hierbei wird nun ganz offenbar, daß die Unterscheidung von „rechts“ im allgemeinen und „faschistisch“ im besonderen keineswegs gelungen ist. Schon zu Anfang des Buches (45) hatte Kühnl die Vision eines „dritten Weges“ jenseits von Kapitalismus und Sozialismus als charakteristisch für die faschistische Ideologie bezeichnet — aber sind nicht die meisten staatsmonopolistischen Formierungsideologien (und zwar gerade auch die, die in der liberal-sozialen Tradition stehen) Ideologien des dritten Weges? Sind Volksgemeinschaftsmythos und Antikommunismus, die Kühnl dann am

Ende (150) besonders hervorhebt, und desgleichen die Rechtfertigung der bestehenden Machtverhältnisse durch Beschwörung äußerer Feinde und der „nationalen Werte“ tatsächlich nur beim Faschismus und nicht vielmehr quer durch das ganze bürgerliche Lager hindurch feststellbar? Gilt das, was Kühnl in einem gesonderten Kapitel (123 ff.) der Springer-Press nachweist und was er „charakteristisch für faschistische Denkformen“ (123) nennt, nicht in ganz erheblichem Maße auch für eine stattliche Zahl von Politikern in den drei großen Parteien und für nahezu die gesamte gegenwärtige Führungsschicht der Wirtschaft? Ist bei uns in der Bundesrepublik derartige nicht dem Ansatz nach in fast jeder zweiten offiziösen politischen Meinungsbekundung auffindbar? Sicher könnte man daraus die Konsequenz ziehen, eben von einer Faschisierung der gesamten Gesellschaft zu sprechen, aber dann landet man dort, wohin sich Kühnl ausdrücklich nicht begeben will, nämlich bei einem so weitgespannten Faschismusbegriff, daß der Unterschied zwischen den Verhältnissen etwa der gegenwärtigen Bundesrepublik und solchen einer faschistischen Bundesrepublik begrifflich nicht mehr zu erfassen wäre.

Kühnl widmet dem Problem der Abgrenzung von „konservativer“ (sic! d. Verf.) und faschistischer, „gemäßigter“ und „extremer“ Rechter einen eigenen Abschnitt (151 ff.) und bezieht sich dabei auf die — weiß Gott — „formale Definition“ Iring Fetschers, der als konservativ das Bestreben nach „Aufrechterhaltung eines in der Gegenwart noch existierenden politischen und sozialen Zustands“, als rechtsradikal das Bestreben nach „Rückgängigmachen eines in dieser Gesellschaft bereits erreichten Zustands der politischen und sozialen Demokratisierung“ verstanden wissen will. Demnach könnten Formierungsbestrebungen nur als rechtsradikal klassifiziert werden, womit die Aussicht, daß die Wechselbeziehungen zwischen Formierung und rechtem Radikalismus zum Gegenstand des Fragens gemacht würden, erlischt. Und Kühnls kritische Frage an Fetscher: „Werden die Kräfte, die den gerade bestehenden Grad an Demokratisierung bewahren wollen, nicht von der bürgerlich-liberalen Mitte repräsentiert?“ (152) zeigt vollends, daß diejenigen Kräfte, die durch die Bezeichnung „Mitte“ abgedeckt sind, als mögliche aktive Quellen des Entdemokratisierungsprozesses nicht mit in den Blick treten werden. Das Theorem von der statischen Mitte, die deshalb Mitte ist, weil sie angeblich unbeweglich am jeweils erreichten Demokratisierungsgrad festhält (und damit für Fetscher dann allerdings schon konservativ ist), taucht den Zwang zur Eigendynamik, unter dem doch gerade auch diese Kräfte stehen, ins Dunkle und entzieht damit der Skala von Kräften, aus deren Zusammenwirken die Vorgeschichte faschistischer Machtergreifungen im engeren Sinne besteht, eine wichtige Komponente, die für die Erklärung des Umschlags in den Faschismus unentbehrlich ist.

Kühnl stellt die Frage nach diesem Umschlag richtig: „Es bleibt zu fragen, wieso ein faschistisches System die Interessen der sozialen Oberklassen, vor allem des großen Kapitals, vertreten kann, wenn die faschistische Bewegung ihrer sozialen Zusammensetzung nach

vorwiegend kleinbürgerlich bestimmt ist“ (154). Aber die Antwort darauf kann nicht gelingen, solange man sich nur zwischen Begriffen wie „konservative“ und faschistische Rechte, „autoritär-hierarchisch“ und „demokratisch“ bewegt und vor allem die Verfassungskonformität als Kriterium der Mitte bestehen läßt. Kühnl schildert den Übergangsprozeß zum Faschismus mit folgenden Sätzen: „Erweisen sich diese Regierungsformen (nämlich diejenigen einer von autoritären Elementen durchsetzten parlamentarischen Demokratie; d. Verf.) als unzureichend, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse gegen demokratische Bewegungen zu verteidigen, so neigt die konservative Rechte zur Verselbständigung der Exekutive und zur Errichtung einer autoritären Diktatur. Ist auch diese nicht stark genug, um das kapitalistische System zu bewahren, so sind die Führungsgruppen in Wirtschaft, Gesellschaft und Staatsapparat zum Bündnis mit der faschistischen Bewegung bereit, die dann zwar die politische Gewalt übernimmt, die sozialen Privilegien der Oberklassen jedoch garantiert“ (154). Dieses „zwar . . . jedoch“, um das es in der gegenwärtigen Faschismusdebatte geht, kann Kühnl von den Voraussetzungen her, an die er sich durch seine Entscheidung für liberal vorgeprägte Begriffe gebunden hat, nur konstatieren, aber nicht erklären. Das macht das Dilemma aus.

Und dieses Dilemma nun wird mittels einer großen Hilfhypothese überbrückt, zu der Kühnl — und nicht nur er allein — Zuflucht nimmt. Die Erklärung des unerklärt Gebliebenen liefert wie ein *deus ex machina* die Verselbständigungstheorie. Tatsächlich läßt sich ohne endgültigen Einblick in Charakter und Ablauf des Umschlagsvorganges die zentrale Frage nach dem Verhältnis von Monopolkapital und faschistischer Partei und so also auch der letztlich auf einer bloßen Blickverengung beruhende Streit zwischen der sogenannten „Agententheorie“ und der Verselbständigungstheorie nicht zur Klärung bringen. Die Verselbständigungstheorie bietet sich indessen als Fluchtweg an, der es einem erspart, sich um diesen Einblick zu bemühen, weil sich nun alles aus der Annahme eines autonomen, auf eine gleichsam technische, klassenneutrale Gesetzmäßigkeit zurückzuführenden Oligarchisierungsprozesses innerhalb der Parteien (und so nur unter anderem auch innerhalb der faschistischen Partei) erklären läßt. Im exzessiven Rückgriff auf Verselbständigungs- und Bürokratisierungstheorien spiegelt sich jedoch immer nur ein ungenügend entwickeltes Verhältnis zur Frage nach den gesellschaftlichen Inhalten einer Politik wider. In Wirklichkeit ist die Logik der sozialen Interessen stets viel härter und dynamischer als die tendenzielle Eigengesetzlichkeit von Apparaten; wo diese zur *prima causa* gemacht wird, da schlägt Sozialkritik regelmäßig um in bürgerliche Sozialphilosophie, da wird z. B. das, was seinem sozialen Charakter nach monopolkapitalistische Formierung ist, zu einem von den organisierten gesellschaftlichen Großkollektiven selbst produzierten gesetzmäßigen „Entartungs“vorgang. Von Robert Michels, den Kühnl erstaunlich unkritisch rezipiert (56), ist es in der Tat nicht weit, um schließlich ganz im Sinne der heutigen rechtsliberalen und neokon-

servativen Pluralismuskritik von einem System der „verfestigten Oligarchien“ zu sprechen und sich dabei gleichermaßen auf Peter von Oertzens „konstitutionelle Oligarchie“, Dahrendorfs „Kartell der Eliten“ und Jaspers' „Parteienoligarchie“ zu berufen (84). Und diese gegenüber den gesellschaftlichen Inhalten verselbständigte Theorie von der Verselbständigung der Führungsoligarchien bildet ein natürliches Hindernis beim Verstehen der Eigenart des modernen staatsmonopolistischen Verhältnisses von Monopolkapital und staatstragenden Parteien bzw. faschistischer Staatspartei, das mit formalstrukturellen Kategorien nie zureichend zu erfassen ist; sie erlaubt im günstigsten Falle eine Annäherung an das Verständnis dieses Verhältnisses bis zu dem Punkt, bis zu dem Kühnl auch tatsächlich geht, seiner Deutung nämlich als eines „Bündnisses“ der „Führungsgruppen in Wirtschaft, Militär und Bürokratie (sic! d. Verf.) einerseits und der Führung der faschistischen Massenbewegung andererseits“ (157), das durch multilaterale Abhängigkeit (156) und demzufolge auch durch Kompromisse und Widersprüche in Programmatik und Herrschaftspraxis gekennzeichnet sei. Über den in der Bonapartismustheorie erreichten relativen und durchaus ungenügenden Grad von Klarheit gelangt Kühnl also nicht hinaus, und zwar letztendlich wegen seiner Fixiertheit auf eine dem formaldemokratischen Denken verhaftet bleibende Begriffswelt, in der Strukturelles für Inhaltliches steht und der sich eben deshalb der nur mit inhaltlichen Kategorien zu erfassende spezifisch neue, staatsmonopolistische Zwangskonnex von privater Wirtschaftsmacht und offizieller politischer Macht — der sich weder als ein einfaches Subordinationsverhältnis noch als ein Bündnisverhältnis beschreiben läßt — entzieht.

Die Gleichsetzung der Begriffe rechts und links mit „autoritär-hierarchisch“ und „demokratisch“ (und zwar letzteres in einem eben doch formal bleibenden Sinne) bewirkt nun aber in Verbindung mit dieser Verselbständigungstheorie, daß dem bürgerlichen Leser eine Hintertür offenbleibt, um nicht nur die revolutionär-leninistischen Parteien aus dem Lager der „echten“ Linken aussondern zu können, sondern auch nicht zusammengehörige Vorgänge als dem Prinzip nach gleichartig anzusehen, nämlich Kühnls Bemerkungen über die „Wendung der NSDAP zur Führerpartei“ (57), die „Verbürokratisierung“ der Führungsapparate von Gewerkschaften, Reichsbanner und SPD (63) und die „Unterwerfung der KPD unter die schließlich von Stalin bestimmte Linie“ (34) so aufzufassen, als sei hier von übereinstimmend aus dem bloßen Apparatcharakter abzuleitenden Prozessen die Rede, denen man mit dem Schlagwort von der Bürokratisierung schon auf den Grund gekommen sei und die dann ihrerseits — denkt man es nur konsequent zu Ende — die eigentliche Misere von Weimar wären. Die flackernde Ungenauigkeit in der Bestimmung derjenigen Kräfte, die Kühnl für die Weimarer Jahre bis etwa 1929 und dann auch für die „radikaldemokratische“ Vorgeschichte der Bundesrepublik von 1945 bis etwa 1949 als die demokratischen gelten lassen will, hat hier ebenso wie die unterlassene Abgrenzung von Faschismus und Neofaschismus — trotz ausdrücklicher Einführung dieses

zusätzlichen Begriffes — und die Unentschiedenheit in der endgültigen Zuordnung der einzelnen linken Kräfte zu Kühnls demokratischer Linken ihre Ursache.

Mit alledem aber sind, wie unschwer zu sehen ist, Probleme angeschnitten, deren Lösung außerhalb der Kühnlschen Arbeiten nicht etwa schon irgendwo gültig vorläge, die zur Klärung zu bringen vielmehr die zur Zeit vor der Opposition und der jungen, engagierten Wissenschaft insgesamt stehende Aufgabe ist und zu deren Bewältigung sich bei Kühnl in der Summe weit mehr aufgearbeitete Einsichten und wichtige Ausgangsüberlegungen finden als in vielen anderen Publikationen zum Thema. Kühnls Buch ist also aus doppeltem Grunde wichtig und für die weitere Diskussion unentbehrlich: erstens wegen der — im Unterschied etwa zu Nolte oder anderen apologetischen Autoren mit modernistischem Anstrich — grundsätzlich an die richtigen Fragen rührenden und deshalb in der Mehrzahl exakte, dem praktischen Kampf um Demokratisierung also aufhellende Antworten liefernden Art, in der hier Faschismusforschung als engagierte Wissenschaft betrieben wird; zweitens wegen derjenigen Probleme, die dabei allerdings als noch offene sichtbar werden.

Richard Saage

Bemerkungen zur Faschismusinterpretation Ernst Noltes

Bekanntlich sind mit dem Erscheinen des Bandes „Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen“ Noltes „Werke zur Phänomenologie des Faschismus“ abgeschlossen. Inwiefern die Intention des Autors, daß die einzelnen Arbeiten zwar für sich selbstständig sind, zugleich aber aufeinander verweisen und durch diesen Bezug erst den Gegenstand als ganzen zur Entfaltung bringen, realisiert ist, soll hier nicht explizit untersucht werden. Nicht die innere Architektonik der von Nolte vorgelegten „Phänomenologie des Faschismus“ kann an dieser Stelle primär interessieren, sondern der methodologische Aspekt, unter dem sie abgefaßt wurde. Da der Schwerpunkt dieser Besprechung naturgemäß auf der Kritik der Faschismus-Interpretation zu liegen hat, wie sie sich in den angegebenen Arbeiten* darstellt, soll von vornherein auf eine ausdrückliche Würdigung der weiterführenden Resultate, die Nolte zweifellos erzielen konnte, verzichtet werden: sie sind überdies in der Literatur zur Genüge herausgestellt worden¹. Zur allgemeinen Orientierung können wir uns auf eine kurze Darstellung der für die Kritik relevanten Publikationen beschränken.

Die theoretische Grundlegung seines spezifischen Faschismus-Verständnisses hat Nolte zweifellos in seinem Buch „Der Faschismus in seiner Epoche“ versucht. Diese Arbeit soll deswegen zuerst behandelt

- * **Nolte, Ernst:** Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus. Piper-Verlag, München 1965 (635 S., Ln., 35,— DM). — zit. (a)
- Ders.:** Die faschistischen Bewegungen. dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 4, München 1968 (334 S., brosch., 2,80 DM). — zit. (b)
- Ders. (Hrsg):** Theorien über den Faschismus. Verlag Klepenheuer & Witsch, Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 21, Köln 1967 (455 S., brosch., 22,80 DM / Ln., 34,— DM). — zit. (c)
- Ders.:** Der Faschismus. Von Mussolini bis Hitler. Bilder, Texte, Dokumente. Desch-Verlag, München 1968 (404 S., Ln., 64,— DM). — zit. (d)
- Ders.:** Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen. Piper-Verlag, München 1968 (475 S., Ln., 28,— DM). — zit. (e)

1 Ein Überblick über die Rezensionen in der Zeit von September 1963 bis Juni 1966 ist in den Anmerkungen zum Nachwort des Bandes „Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen“ S. 454 bis 456 abgedruckt. Vgl. dazu auch das Nachwort selbst (S. 432—456), in dem Nolte sich mit seinen Kritikern auseinandersetzt.

werden, weil an ihr primär die Kritik einzusetzen hat. Auf Grund seiner „typologischen Methode“ (a 48 f.)² identifiziert Nolte drei prinzipielle Erscheinungsformen des Phänomens „Faschismus“: den Frühfaschismus, der sich in der „action française“ um Charles Maurras konkretisiert, den Normalfaschismus, wie er sich in Italien um Mussolini darstellt, und den Radikalfaschismus, der im nationalsozialistischen Deutschland in Hitler seinen genuinen Exponenten fand. Diese drei Grundvarianten des Faschismus werden mit Hilfe der „phänomenologischen Methode“ (a 53 f.) beschrieben. Dabei steht im Zentrum die Darstellung der geistigen Vorläufer des Faschismus und ihre Fortbildung zur faschistischen Doktrin durch die jeweiligen „Führer“, also Maurras, Mussolini und Hitler. Mit großer Akribie legt Nolte u. a. die „disparaten Wurzeln“ der „action française“ frei, deren Artikulation durch Maurras er als eine „paradoxe Synthese“ von christlichem Konservativismus (de Maistre, de Bonald), kritischem Liberalismus (Comte, Le Play, Renan, Taine, Fustel de Coulanges) und radikalem Konservativismus (de la Tour du Pin, Dument, Barres) nachweist. Große Sorgfalt verwendet Nolte auch auf die Darstellung der intellektuellen Entwicklung Mussolinis, dessen marxistische Periode (1902—1914) von den Faschisten nicht grundlos verschwiegen wurde. Bei der Aufhellung des ideologischen Hintergrundes des Nationalsozialismus, der Rassenlehre, geht Nolte ein auf Gobineau, Vacher de Lapouge und Houston Stewart Chamberlain. Die enge Verbindung zwischen dem Denken Maurras' und Hitlers wird evident in der Darlegung der nationalsozialistischen Doktrin im Zusammenhang. Der geistesgeschichtliche Aspekt der phänomenologischen Explikation wird ergänzt durch die Aufzeichnung der historischen Entwicklung der einzelnen faschistischen Bewegungen und der Formen ihrer Praxis. Auf einer dritten Ebene schließlich versucht Nolte mit Hilfe der „philosophischen Methode“ (a 545 f.) den Faschismus als transpolitische Phänomen zu begreifen. Legitimiert sieht Nolte diesen Schritt darin, daß der Faschismus in seinem Selbstverständnis sich aus einem Bereich herleite, der selbst nicht mehr politisch sei, weil er, wie bei Maurras etwa, auf Begriffe wie „Widernatur“ und „Monotheismus“ rekurriere, die ihrerseits auf die Überlieferung der abendländischen Philosophie und Religion hindeuten. Anhand der Positionen von Marx, Nietzsche und Max Weber versucht Nolte im übrigen auf dieser Ebene nachzuweisen, daß der Faschismus ebenso wie der Bolschewismus ohne die bürgerliche Gesellschaft gar nicht zu denken sind. Zwar resultiere der Faschismus aus der „zweite(n) und schwerste(n) Krise der liberalen Gesellschaft, da er auf ihrem eigenen Boden zur Herrschaft gelangt und in seiner Radikalform ihr Wesen auf die vollständigste und wirksamste Weise verneint, die überhaupt denkbar ist“ (a 544), aber gerade das Werk Max Webers mache deutlich, daß die bürgerliche Gesellschaft „nicht unter allen Umständen

2 Im übrigen werden die „typologische“, „phänomenologische“ und „philosophische Methode“ im Verlauf der Besprechung noch näher expliziert.

und Voraussetzungen auf Wege getrieben werden muß, die doch nur Bruchstücke ihres unverkürzten Wesens darstellen“ (a 542).

Wenn Nolte noch 1963 feststellt, daß die Zeit für eine „Geschichte Europas in der Epoche des Faschismus“ „noch längst nicht reif“ sei, zumal „selbst von den unentbehrlichsten Teilstücken erst eins“ vorliege: die „Storia d'Italia nel periodo fascista“ von Salvatorelli und Mira (a 48), dann versucht er mit dem 1966 erschienenen dtv-Band „Die faschistischen Bewegungen“ zumindest partiell diese Lücke zu schließen. In diesem Buch, das bis auf einige Unterkapitel, Anmerkungen, einer über tausend Titel umfassenden Bibliographie und einem Nachwort identisch ist mit dem 1968 erschienenen Band „Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen“, trägt der Verfasser eine Fülle von Material zusammen, das trotz noch anzumeldender Bedenken einen durchaus informativen Überblick über die faschistischen Formationen in der Zeit von 1918—1945 vermittelt. Aufbauend auf den methodologischen und geistesgeschichtlichen Grundlagen, die er in „Der Faschismus in seiner Epoche“ entwickelt hat, konzipiert Nolte im 1. Teil am Beispiel des italienischen und deutschen Faschismus den „Umriss einer Geschichte Europas in der Epoche des Faschismus“, der den „prekären ‚Sieg der Demokratie‘ und die innere Möglichkeit des Faschismus“ nach dem 1. Weltkrieg, „Die unmittelbaren Prämissen des Faschismus“, „Die Anfänge der faschistischen Bewegungen“, „Faschismus und Antifaschismus seit 1933“, sowie den „2. Weltkrieg und den Untergang der Faschisten“ behandelt. In Teil 2 werden die nationalen faschistischen Bewegungen beschrieben, wie sie sich in Südosteuropa (Griechenland, Bulgarien, Albanien, Jugoslawien, Kroatien, den baltischen Staaten, Finnland), Mitteleuropa (Schweiz, Tschechoslowakei, Österreich, Italien, Deutschland), sowie in Nord- und Westeuropa (Skandinavien, Belgien, Niederlande, England, Frankreich, Spanien, Portugal) herausbildeten.

Der 1968 herausgegebene Bild-Band „Der Faschismus“ versucht nach Noltens eigenem Anspruch, „dasjenige soweit wie möglich augenfällig zu machen, was in den früheren Bänden durchdacht und dargestellt wurde — er ist populär auch in dem Sinne, daß in der Zusammengehörigkeit von Text, Bild und Legende ein Ganzes anschaulich wird, welches aber das gemeinsame Thema aller vier Bände bildet: die Epoche des Faschismus als unverwechselbare und signifikante Phase der Menschheitsgeschichte im ganzen“ (e 432 f.). Zu bemerken wäre noch, daß jedem Kapitel eine Zeittafel vorangestellt ist und daß der Band u. a. eine Kurzbiographie jener Politiker enthält, die den Faschismus als internationales Phänomen entscheidend mit repräsentierten.

In dem Aufsatz schließlich „Vierzig Jahre Theorien über den Faschismus“, der als Vorwort zu dem Sammelband „Theorien über den Faschismus“ erschienen ist, gibt Nolte einen Überblick über die Entwicklung der verschiedenen Typen von Faschismus-Theorien, die er anhand einiger ausgewählter Beispiele aus den Jahren 1921—1960 zu verdeutlichen sucht. Nolte will mit dieser Arbeit nicht nur einen orientierenden Überblick geben, sondern vor allem ein Kategorien-

system entwerfen, unter das dann alle auftauchenden Interpretationen des Faschismus zu subsumieren wären. Nolte zufolge gehen zwar alle Theorien über den Faschismus auf Identitätsthesen zurück, d. h. konkret: „Der Faschismus wird mit einer schon bekannten Erscheinung gleichgesetzt, mit dem Kapitalismus, dem Katholizismus, dem Liberalismus, der italienischen Vergangenheit, dem Militarismus, dem Absolutismus“ (c 50). Dennoch komme keine Theorie umhin, bei der Beschreibung des Phänomens bestimmte Formunterschiede zu akzeptieren. Theorien, die auf einer relativen Differenz bei prinzipieller Identität von Faschismus und einer bekannten politischen Größe beharren, nennt Nolte „heteronomistisch“. Zu ihnen wären primär die sozialistischen und kommunistischen Konzeptionen zu zählen, die den instrumentellen Charakter des Faschismus betonen. Wird aber der relative Unterschied dermaßen exponiert, daß er sich in einen absoluten umwandelt, so schlägt Nolte die Bezeichnung „autonomistisch“ vor. Von diesen Theorien wird der Faschismus als eine Erscheinung gedeutet, die auf nichts Bekanntes zurückführbar ist und die deswegen ihren „Agentencharakter“ verloren hat. Aus dieser prinzipiellen Distinktion zwischen „heteronomistischen“ und „autonomistischen“ Faschismustheorien leitet Nolte zweierlei ab: 1. In modaler Hinsicht tendieren alle heteronomistischen Auffassungen dahin, im Faschismus eine notwendige Entlarvung ihres „Auftraggebers“ zu sehen. Die autonomistischen Konzeptionen dagegen sehen in ihm ein Zwischenspiel oder einen Zufall (c 50). 2. In Hinblick auf die Praxis läßt sich sagen: je heteronomistischer eine Theorie ist, desto separierender wird sie sich auswirken, d. h. sie wird überlieferte Feindschaften verstärken; je autonomistischer sie jedoch ist, „um so ausgeprägter muß sie sich als koalierend erweisen, d. h. nach neuen Bündnissen rufen — es sei denn, sie betrachte den Faschismus gleichmütig als Zufall und Zwischenspiel“ (c 51). Auf die anderen Distinktionen, also die Differenz zwischen regressiven und progressiven, antimodernen und modernen, singularisierenden und generalisierenden Theorien etc. (c 50 f.), braucht hier nicht eingegangen zu werden. Grundsätzlich stellt sich aber die Frage, ob eine solche Kategorisierung überhaupt vertretbar ist. Zu unvermittelt und ungeprüft scheint hier das „Entweder-oder“ in ein „Sowohl-als auch“ umgewandelt worden zu sein. Zu klären wäre also, ob es möglich ist, daß im gleichen Atemzug von singularisierenden und generalisierenden, von autonomistischen und heteronomistischen Theorien gesprochen werden kann, ohne die Einheit des Phänomens „Faschismus“ in Frage zu stellen, und von welcher Instanz Nolte die Legitimität zu solcher „Toleranz“ bezieht, die eine in kognitiver Hinsicht tendenzielle Gleichberechtigung aller Theorien impliziert.

Deswegen sollte zunächst von dem die Rede sein, was nicht nur dem angedeuteten Kategoriensystem als konstitutives Moment vorausgeht, sondern auch den Methoden, mit denen Nolte das Phänomen des Faschismus darzustellen sucht: dem Objektivitätsbegriff. Dieser Objektivitätsbegriff visiert eine „höhere“ Ebene an, auf der die Faschismuskonzeptionen konservativer, christlich-kirchlicher, liberaler,

jüdischer, sozialistischer und kommunistischer Provenienz vereinigt, sei es teilweise, sei es im ganzen, und zugleich „überholt“ werden sollen (a 51). Konzeptionen nennt Nolte diejenigen Theorien, die „in den Auseinandersetzungen des gesellschaftlichen Lebens selber“ „v o r der Wissenschaft“ entstanden sind (a 42). Sie sind, im Gegensatz zur wissenschaftlich abgeklärten Theorie, auf ganz bestimmte Interessen politischer Art bezogen, wodurch ihre kognitive Relevanz gewissermaßen eingeengt erscheint. Zwar konzediert Nolte, daß die Wissenschaft weder Konzeptionen hervorbringen noch auf sie verzichten kann (a 47). Zwar negiert er verbal die Möglichkeit einer „rein wissenschaftlichen Theorie diesseits aller Konzeptionen“ (c 51) und ist überzeugt, daß „es keine Theorie über den Faschismus (gibt)“, „wenn nur dasjenige Theorie heißen darf, was sich in der olympischen Distanz der Astronomie entfaltet“ (c 15). Aber diese Modifikationen bleiben letztlich Behauptungen: wenn wissenschaftlich nur ist, was über die größte Entfernung zur Sphäre politischen Interesses verfügt, dann impliziert dieses Postulat einen Objektivitätsbegriff, der seiner Intention nach sich auf die Idee der von allen konkreten gesellschaftlichen Interessen unberührten Wahrheit bezieht, auch wenn man sich dieser nur approximativ annähern kann (a 33 f.). In jedem Falle aber bleibt das Verwiesensein des Objektivitätsbegriffs auf die sog. Konzeptionen für diesen folgenlos. Zwar baut er auf jenen auf: hat er sich aber erst einmal konstituiert, so löst er sich von seiner Vermittlung ab. Was übrigbleibt, ist dann doch das Postulat reiner Wissenschaftlichkeit: eben jene „höhere“ Ebene, der sich das zu behandelnde Objekt erst dadurch würdig erweist, daß es „tot“ ist (a 33). Gerade das, was Nolte durch seinen Objektivitätsbegriff auszuschalten sucht, die politische Manipulation, wird so durch ihn erst provoziert: die Blindheit gegenüber der gesellschaftlichen Vermittlung dessen, was er „höhere“ Ebene nennt, reflektiert nicht den ideologischen Preis, der für sie zu zahlen ist: die apologetische Behauptung, die Epoche des Faschismus sei vorbei, weil es u. a. nach 1945 keine gesellschaftlich relevante Gruppe mehr gebe, die gewissen formalen Kriterien der Faschismen in der Zeit vor 1945 genüge.

Freilich scheint Nolte diese Position in seinem Bild-Band „Der Faschismus“ zu modifizieren. Er spricht hier von der „Möglichkeit einer Wiedergeburt des Faschismus auf der neuartigen und weiteren Ebene eines Kontinental- und Rassenfaschismus“ (d 38 f.). Allerdings seien die Voraussetzungen für dessen Aktualisierung weder in Europa noch in den sog. „Entwicklungsländern“ gegeben, sondern ausschließlich auf die Vereinigten Staaten beschränkt. Aber auch hier könne der Rassenfanatismus nur dann so virulent werden, daß die ihn tragenden Massenbewegungen den formalen Kriterien des Faschismus³ entsprechen, „wenn die Vermutung einer von China gesteuerten Verschönerung der Farbigen an Kraft gewinnt und wenn die liberale Tradition auch grundsätzlich in Frage gestellt wird. Aber nur wenn ein nach

3 Diese Kriterien werden von Nolte in „Der Faschismus in seiner Epoche“ entwickelt. Auf sie wird noch einzugehen sein.

außenpolitischen Niederlagen und inneren Rassenkämpfen durch den ‚weißen Rückstoß‘ umgeschmolzenes Amerika in der deutschen Enttäuschung den idealen Bündnispartner findet, wird die Geschichte des Faschismus mit dem Tod Hitlers und Mussolinis nicht zu Ende sein“ (d 38 f.). Was diese Prognose zweifellos verkürzt erscheinen läßt, ist einerseits die Ausklammerung der Tatsache, daß Rassenvorurteile selbst wieder eine Genese besitzen, die nicht zu trennen ist von einer Gesellschaft, die offenbar zu ihrer Reproduktion eben diese Ressentiments erzeugen muß, und es ist andererseits der naive Rekurs auf die „liberale Tradition“, die insbesondere in den Vereinigten Staaten schon längst hinter den faktischen gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen herhinkt. So bringt diese Modifikation Noltes qualitativ nichts Neues. Zwar ist seine Interpretation des Faschismus insofern „variabler“ geworden, als sie dessen „Wiedergeburt“ nicht mehr kategorisch ausschließt. Indem sie ihn aber wie bisher auf seine antiquierte, „historische“ Form, wie sie sich von 1918—1945 darstellte, festlegt, bleibt Nolte nach wie vor das Opfer seiner eigenen Prämisse.

Im übrigen korrespondiert der Objektivitätsbegriff Noltes auf das genaueste mit dem, was er bürgerliche oder liberale Gesellschaft nennt. Diese sei „die Form der Sozietät, in der die führende Schicht ihre Aufgabe, die technisch-ökonomische Einheit der Welt herzustellen und die Emanzipation aller Menschen zur Anteilnahme an diesem Werk zu betreiben, in immer neuen politischen und geistigen Kompromissen mit den früher herrschenden Gewalten vollzieht“ (a 541). Wenn so die bürgerliche Gesellschaft die „Gesellschaft der Synthese“ ist, dann reflektiert sich diese in jenem Pluralismus der verschiedenen gleichberechtigten Konzeptionen, die im Objektivitätsbegriff „aufgehoben“ werden. Dadurch jedoch, daß der ideologisch-politische Kompromißcharakter von Nolte isoliert als konstitutiv für die bürgerliche Gesellschaft angesehen wird, ist das Fehlen jeder Kompromißbereitschaft ihrer herrschenden Schichten in bezug auf die Veränderung der Eigentumsverhältnisse und damit der gesellschaftlichen Struktur nur notdürftig verschleiert. Die einzige Klasse, die beispielsweise in der Bundesrepublik sowohl die wilhelminische Epoche und die Weimarer Republik als auch das „Dritte Reich“ ungebrochen überlebt hat, um nach dem 2. Weltkrieg das Monopol ökonomischer Macht unangefochtener denn je zu kontrollieren, ist jene, unter deren Regie das Geschäft der Herstellung der „technisch-ökonomischen Einheit der Welt“ betrieben wird. Daß in der Tat dieser Sachverhalt von einer entpolitisierten, konsumorientierten „Öffentlichkeit“ wie ein Naturereignis hingenommen wird, ist zwar „real“, aber deswegen als Basis der „Objektivität“ um so fragwürdiger: sich auf einen manipulativ hergestellten Konsensus beziehend, ist sie lediglich ein Reflex auf deren Ideologie.

So äußerlich die realen politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse diesem Objektivitätsbegriff bleiben, so zwingend gehen aus ihm die Methoden hervor, derer sich Nolte zur Explikation des Faschismus bedient. Allen drei Stufen seines methodischen Ansatzes, der typologischen auf der Ebene des Binnenpolitischen, der phänomenologischen

in der Sphäre des Politischen und der philosophischen im Bereich des Transpolitischen ist gemeinsam die Vernachlässigung der sozioökonomischen Analyse der Ursachen des Faschismus und das Bestreben, diesen entweder durch äußere Merkmale zu identifizieren oder ihn als geistesgeschichtliches Phänomen zu fassen. Vor Ausführung der Kritik sollte aber kurz umrissen werden, was Nolte unter dem Begriff des Binnenpolitischen, des Politischen und des Transpolitischen versteht und wie die Methoden strukturiert sind, die er diesen Ebenen jeweils zuordnet.

Das Binnenpolitische wäre nach Nolte im Bereich des politischen Tageskampfes der konkurrierenden Parteien und Organisationen zu lokalisieren. In diesem Spannungsfeld ist der Faschismus wie jede andere politisch agierende Gruppe gezwungen, sich irgendwie zu profilieren und eine Struktur zu entwickeln, die sie von den anderen Konkurrenten unterscheidet. Solche spezifischen, aus den direkten politischen Auseinandersetzungen resultierenden Strukturmerkmale sind in bezug auf den Faschismus etwa die Existenz einer Ideologie, die pseudosozialistische und rassistische Momente enthält, das Vorhandensein eines Vernichtungswillens und die Ausbildung einer charakteristischen Praxis. Je nachdem, ob diese Elemente ganz oder teilweise, stärker oder schwächer entwickelt sind, unterscheidet Nolte vier „typologische Stellen“: die noch nicht faschistische, die als präfaschistisch bezeichnet werden kann (das Regime Pilsudskis etwa), die frühfaschistische (*action française*), die normalfaschistische (italienischer Faschismus) und die radikalfaschistische (Nationalsozialismus). Diese Typologie läuft also auf die Konstruktion einer Skala hinaus, deren Fixpunkte der Autoritarismus einerseits und der vollausbildete Totalitarismus andererseits sind. Es entsteht somit eine Topologie, dergestalt, daß jede Variante des Faschismus im Skalenbereich ihren Ort findet.

Aber der Faschismus ist nach Nolte in dieser Form nur unvollkommen charakterisiert. Genauso, wie die Typologie auf gänzlich ungeklärte Begriffe wie beispielsweise „Ideologie“ oder „Praxis“ verweist, stellt ihr Medium, das Binnenpolitische, selbst nur die Oberfläche des eigentlich Politischen dar. Der Bereich des Politischen beginnt Nolte zufolge dort, wo der „Naturgrund der Politik selbst ans Licht gebracht und zum Selbstbewußtsein erweckt“ wird (a 516). Die sog. Phänomenologie ist die Methode, die Nolte zur Sichtbarmachung jener Motivationsstruktur vorschlägt, die faschistische Aktivität im Binnenpolitischen erst auslöst. Diese Methode bezieht sich ausdrücklich nur auf solche Phänomene, für deren Existenz eine Ideologie (neben anderen Faktoren) konstitutiv ist. Diese in ihrem historischen Kontext und ihrer praktisch-politischen Auswirkung sich selbst explizieren zu lassen und somit das „Bewußtsein“ des Phänomens aus dessen „Immanenz“ heraus zur Darstellung zu bringen, ist die eigentliche Intention der Phänomenologie.

Wenn Nolte im Bereich des Politischen den Radikalfaschismus als den „Todeskampf der souveränen, kriegerischen, in sich antagonistischen Gruppe“ erkennt, der sich als „praktischer und gewalttätiger

Kampf gegen die Transzendenz“ (a 507) manifestiert, dann ist bereits die Ebene des Transpolitischen tangiert. Wenngleich von ihr Wirkungen auf die Sphäre des Politischen ausgehen, bezeichnet sie selbst keinen politischen Vorgang (a 516). Sie ist Nolte zufolge die fundamentalste Ebene überhaupt, weil auf ihr der letzte Grund zu suchen ist, der den Faschismus als binnenpolitisches und politisches Phänomen erst ermöglichte: die existentielle Angst um das Schöne (Maurras) oder, weniger sublim, um das „nackte“ Überleben des „österreichischen Alldeutschen“ (Hitler). Angstausslösend in beiden Fällen aber ist das Faktum der Transzendenz, das Überschreiten dessen, was als gesichert, ewig, normal und natürlich galt. Daß die Darstellung des Faschismus auf dieser Ebene nur noch durch philosophische Reflexion möglich ist, liegt auf der Hand, zumal der zentrale Begriff der Transzendenz gar nicht zu trennen ist von der Tradition der europäischen Philosophie und Theologie.

Wollte man zusammenfassend den Politik-Begriff Noltes, der seiner Explikation des Faschismus zugrunde liegt, auf eine prägnante Formel bringen, so könnte gesagt werden, daß der Hintergrund, vor dem er Konturen gewinnt, die „nackte“ Angst vor der Veränderung eines wie auch immer gearteten status quo ist. Existentielles Bedrohtsein und dessen Korrelat, die aufs Ganze gehende Bedrohung anderer, erscheinen so zugleich als Urgrund und Wesen des Politischen. Wie freilich ein so strukturierter Politik-Begriff mit der bürgerlichen Gesellschaft, deren Konstituens Nolte zufolge ja gerade die Fähigkeit zu immer neuen geistigen und politischen „Synthesen“ sein soll, zu vermitteln ist, bleibt unklar: Nolte nimmt nicht einmal den Widerspruch wahr, der zwischen der von ihm herausgestellten „Toleranz“ der bürgerlichen oder liberalen Sozietät und dem fundamentalen „bellum omnium contra omnes“ klafft, dem schon Hobbes und seine Nachfolger durch ein Politik-Verständnis Rechnung trugen, das jene „Toleranz“ der Tendenz nach ausschloß⁴.

Trotz dieser Einwände sei nochmals betont, daß Nolte in ideologiehistorischer Hinsicht wertvolle Erkenntnisse gelingen. Aber gerade deswegen ist es um so notwendiger, die beträchtlichen Schwächen seines methodischen Ansatzes herauszuarbeiten. Die Mängel der typologischen Methode sind offensichtlich. Nolte weist selbst darauf hin, daß sie auf Abstraktionen rekurriert, die ihrerseits noch ungeklärt sind. Wenn nach der typologischen Methode der „Faschismus . . . Antimarxismus (ist), der den Gegner durch die Ausbildung einer radikal entgegengesetzten und doch benachbarten Ideologie und die Anwendung von nahezu identischen und doch charakteristisch umgeprägten

4 Insbesondere Carl Schmitt ist hier wesentlich konsequenter, wenn er postuliert, die politische Einheit (der Staat) könne Kompromisse oder, wie Nolte es nennt, „Synthesen“ nur so lange dulden, wie ihre Priorität unangetastet bleibt. Denn eine politische Einheit „existiert oder sie existiert nicht. Wenn sie existiert, ist sie die höchste, d. h. die im entscheidenden Fall bestimmende Einheit“ (C. Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, Berlin 1963, S. 43).

Methoden zu vernichten trachtet, stets aber im undurchbrechbaren Rahmen nationaler Selbstbehauptung und Autonomie“ (a 51), dann stellt sich die Frage, was beispielsweise Marxismus bzw. Antimarxismus heißt. Auch ist Nolte darin zuzustimmen, daß er in der Typologie eine gedankliche Konstruktion sieht, die sich dem Vergleich einzelner Faschismen verdankt, indem deren häufig hervortretende Merkmale zusammengetragen und zu einem Schema verdichtet werden, auf das hin das Material dann zu sichten und zu beziehen ist. Es wird somit mehr von außen eine Struktur dem Material dekretiert, als daß diese aus ihm selbst hervorginge. Leider bleibt für Nolte diese kritische Einsicht nur verbal. Zwar will er die Typologie „aufheben“, d. h. partiell negieren und zugleich teilweise konservieren⁵. Daß es aber nur zu einer „schlechten“ Aufhebung kommt, wird spätestens dann klar, wenn man sich die Kriterien vor Augen führt, nach denen Nolte in seinem Buch „Die faschistischen Bewegungen“ diese zu differenzieren sucht: „Als faschistisch werden . . . , . . . alle Parteien, Bewegungen und Tendenzen bezeichnet, die offenkundig weiter rechts stehen, d. h. vor allem auf radikalere Weise antikommunistisch sind als die aus der Zeit vor dem Weltkrieg bekannten rechtsgerichteten Parteien, die jedoch zugleich in sehr viel stärkerem Maße linke Elemente in sich enthalten als diese. Ganz pragmatisch und äußerlich sind sie in ihrer Vorliebe für Uniformen, ihrer Neigung zum Führerprinzip und ihrer unverhüllten Sympathie für Mussolini und Hitler bzw. für beide zu erkennen. Wenn nur einzelne dieser Kennzeichen deutlich ausgeprägt sind, darf nur von Philofaschismus oder Halbfaschismus gesprochen werden, wo bei einer Partei mit andersartigen Wurzeln ein einzelnes dieser Momente stark hervortritt (z. B. das Prinzip der bewaffneten Parteiarmee), ist unter Umständen die Bezeichnung Pseudofaschismus angebracht. Wo alle wesentlichen Momente nur in Ansätzen vorhanden sind, empfiehlt sich der Terminus Protofaschismus. Es ließe sich mithin . . . ein Weg vom Proto- und Halbfaschismus über den in verschiedenen Stufen vollausgebildeten Faschismus zu einem lauwarmen Philofaschismus verstehen“ (b 190). Wohin ein so strukturiertes Kategoriensystem führt, ist evident: Je spitzfindiger und differenzierter zwischen Proto-, Halb-, Voll- und Philofaschismus distinguiert wird, desto mehr tritt das Spezifische in den Hintergrund: die Funktion nämlich, die der Faschismus für die Konsolidierung der Klassenstruktur in den verschiedenen Ländern ausgeübt hat und das Aufzeigen der unterschiedlichen Mittel, derer er sich auf Grund der verschiedenen ökonomischen und politischen Entwicklungsstadien der einzelnen Länder bedienen mußte. Es impliziert objektiv eine verschleiernde Akzentverschiebung, wenn Nolte auf Grund seiner formalen Krite-

5 Um einem Mißverständnis vorzubeugen, sollte festgestellt werden, daß selbstverständlich gegen eine Typologie, wie Nolte sie entwickelt hat, nichts einzuwenden ist, wenn sie zur vorläufigen Sichtung des Materials dient. Diese „Vorläufigkeit“ wird von Nolte auch angedeutet, aber zur Einlösung des Versprechens kommt es nicht. Nur dagegen richtet sich die Kritik.

rien zu dem Schluß kommt, daß beispielsweise die belgische Rexistenbewegung in ihrer Anfangsphase nur deswegen keine faschistische Partei genannt werden darf, weil sie weder über uniformierte Sturmtruppen verfügte noch „die kleinste Gewalttätigkeit auf ihr Konto zu schreiben“ (b 275) war.

Aber es kommt noch ein weiterer Mangel hinzu. Wie unzureichend nämlich der Versuch ist, die faschistischen Gruppierungen mit Hilfe einer Definition auf den Begriff zu bringen, die einerseits selbst noch der Erklärung bedarf und die andererseits stets neue Komplemente erfordert, bis sie auf die einzelnen konkreten Phänomene „paßt“, wird vollends deutlich, wenn Nolte in dem Bild-Band „Der Faschismus“ seine Kriterien-Konstruktion inhaltlich so ausführt: Als faschistisch könnten zwischen 1922 und 1945 nur solche Gruppen bezeichnet werden, die ihre spezifische Existenz auf die „praktische(n) Sympathie für Mussolini bzw. später für Hitler“ gründeten. Dabei sei nicht entscheidend, ob „diese Sympathie auf der Basis einer eigenständigen Entwicklung“ beruhe, sondern daß aus ihr „organisatorische und ideologische Konsequenzen“ (d 157) folgten. Nolte schreibt: „Ein diffuses Wohlwollen ist höchstens philofaschistisch, eine noch so prononcierte Doktrin ist allenfalls faschistoid: erst der Wille zum farbigen Hemd, bildlich gesprochen, das heißt zum militanten Kampfverband ist ein unverwechselbares Merkmal des Faschismus. Dieser Wille muß zugleich den Trieb zur Selbstständigkeit mit sich führen: eine bloße Schlägerkolonne im Dienst anderer Mächte ist nicht faschistisch. Dieser Trieb zur Selbstständigkeit kann ohne die Tendenz zu einer eigentümlichen — auch von dem verbündeten Konservativismus abweichenden Ideologie nicht existieren, er muß aber nicht notwendig in unzweideutiger Klarheit vorliegen, so wenig wie der Wille zur Uniform jederzeit realisiert sein muß. Auf der anderen Seite genügt der Begriff des nicht-staatlichen Kampfverbandes keineswegs, um den Begriff des Faschismus zu erfüllen, sonst hätten ja die Petersburger Roten Garden faschistisch sein müssen . . . ‚Faschismus‘ bedeutet weit eher eine Tendenz als totale Deckungsgleichheit in der Anschauung: es gibt eine Fülle von zweifelhaften Misch- und Übergangsformen, aber die ‚praktische Sympathie für die Bewegungen Mussolinis und Hitlers‘ ist die einfachste Orientierungshilfe“ (d 157). Man sieht, daß die aufgeblähte Begriffsapparatur, die, auf eine bestimmte Grunddefinition fixiert, gezwungen ist, für jede Erscheinungsform des Faschismus immer neue Deskriptionsvarianten einzuführen, vor sich selbst kapituliert: was sich angesichts der komplexen Oberfläche des Gegenstandes durchhält, ist nichts als das Mittelmaß einer Faustregel, deren dünnes Substrat uns Nolte als die „Identität“ des Faschismus anbietet. Auch wenn man unterstellt, daß jene Typologien eine nuancierte Beschreibung der einzelnen Faschismen nicht ausschließen, kommt es bestenfalls zu einer bloßen Reproduktion des Gegenstandes: zu seiner Erklärung wird nicht nur nichts beigetragen, sondern sogar von ihr abgelenkt: was kategorial beschrieben erscheint, ist konsumerabel und verliert seine bedrohlichen Perspektiven. Nicht formale Identitäten, sondern die materiellen Ursachen des Faschismus

müßten relevant werden für die theoretische Strukturierung des Materials⁶. Erst dann wäre es möglich, den Faschismus in seinem vielleicht akutesten Stadium zu identifizieren: wenn er auf die Mittel des offenen Terrors weitgehend verzichten kann, weil er mit Hilfe „demokratischer“ Manipulationsmechanismen sich allgemeiner, „freiwilliger“ Zustimmung erfreut.

Zwar bedeutet die phänomenologische Methode insofern einen Fortschritt gegenüber der Typologie, als sie weder mit bloßen Abstraktionen noch mit fertigen Schemata operieren muß. Indem sie sich jedoch auf die ideologische Selbstexplikation des Faschismus im wesentlichen beschränkt, macht sie wohl die geistesgeschichtliche Genesis der faschistischen Weltanschauung sichtbar, unterläßt es aber, sie auf ihre sozioökonomischen Grundlagen zu beziehen. Nolte setzt somit eindeutig den Hauptakzent auf die ideologisch-politische Differenz zwischen Faschismus, Liberalismus und Konservativismus, ignoriert aber zugleich deren fundamentale Identität, die in dem Postulat gründet, daß der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten sei. Auch hat die phänomenologische Methode den nicht unbedeutenden Nachteil, daß sie ihre Optik allzu einseitig auf die intellektuelle und politische Biographie der faschistischen Führer einstellen muß, zumal vom Faschismus als von einer durch das Führerprinzip charakterisierten Bewegung auszugehen ist. Zwar fällt Nolte nicht auf die faschistische Propaganda herein, der „Führer“ selbst habe die Bedingungen seiner Bewegung gleichsam aus dem Nichts geschaffen: dennoch ist die Nähe zu einer personalisierenden Geschichtsschreibung nicht zu leugnen⁷. Schließlich zwingt die phänomenologische Methode dazu, weitgehend in der verstehenden Immanenz des Faschismus zu verbleiben. Dadurch ist zwar eine Distanzierung von den sog. Totalitarismustheorien möglich, aber die gesellschaftliche Funktion des Faschismus gerät aus dem Blick. Diese Schwäche wird besonders deutlich, wenn Nolte in seinem Buch „Der Faschismus“ diesen anhand eines umfangreichen Bildmaterials darzustellen versucht. Zwar weist er auf die Grenzen seiner Arbeit hin, die darin bestünden, daß ein Bild-Band „gerade dasjenige nicht zu erfassen (vermag), was nicht in den Bereich der Anschauung fällt oder sich der fotografischen Dokumentation entzogen hat“ (d 403). Aber der Gefahr, die ein Rückgriff auf das „ungeheure fotografische Material“, das der Faschismus hinterließ, in sich birgt, nämlich die Übernahme der Blickweise, „welche es hervorgebracht hat“ (d 403), entgeht Nolte nur partiell. Zwar schreibt er: „Es gibt keine Fotos von der Ermordung Matteottis, von den Erschießungen des 30. Juni 1934, von den Vorgängen in den

⁶ Vgl. hierzu: Urs. Müller-Plantenberg, Neuere Literatur über den Faschismus, in: Das Argument 30, 3/1964, S. 146. Siehe außerdem u. a. hierzu: O. Bauer, H. Marcuse, A. Rosenberg: Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, hrsg. v. W. Abendroth, Frankfurt 1967, besonders S. 7.

⁷ Vgl. hierzu besonders: Urs. Müller-Plantenberg, a.a.O., S. 146.

Gaskammern. Wer sich nur auf die Bilder dieses Buches verlassen wollte, erhielte gerade wegen ihrer Anschaulichkeit einen unzureichenden Eindruck. Daher ist dieser Bildband trotz aller Selbstständigkeit doch wiederum nur ein Teil einer ‚Phänomenologie des Faschismus‘ in vier Bänden, und nur in deren Gesamtheit kann die Entfaltung der Frage nach dem Faschismus und der Versuch einer Antwort gefunden werden“ (d 403). Indem jedoch die von Nolte veröffentlichten und interpretierten Dokumente den gesamtgesellschaftlichen Rahmen, innerhalb dessen der Faschismus fungierte, gerade nicht sichtbar machen und in den anderen Teilen des Gesamtwerkes dieser Bezugsrahmen eher verwischt wird, wirkt das fotografische Material tendenziell doch affirmativ. Eine kritische Funktion hätte es nur ausüben können, wenn nicht nur das untersucht worden wäre, was die einzelnen Faschismen subjektiv wollten und wie sie sich „sinnenfällig“ (Klappentext) entfalteten, sondern vor allem, was sie objektiv für die Erhaltung bzw. „Modernisierung“ der bürgerlichen Gesellschaft bewirkten. Daß die Faschisten beispielsweise politische Institutionen des Bürgertums zerstörten, ist evident. Ebenso wenig kann bestritten werden, daß sich die durch das fotografische Material reproduzierten sinnlichen Eindrücke der Faschismen kaum mit „bürgerlichen“ Verhaltensweisen vereinbaren lassen. Aber legitimiert das den Schluß, sie stünden im absoluten Gegensatz zum Bürgertum? Schließlich gibt es einerseits Veränderungen auf dem Gebiet der politischen Institutionen, die aufs Ganze gesehen für die Struktur der Gesellschaft eher konservierend wirken, wie andererseits Differenzen im sinnlichen Erscheinungsbild bestehen können, die sich als bloße Epiphänomene erweisen. Nicht zuletzt sollte aber darauf hingewiesen werden, daß die phänomenologische Methode den wichtigen instrumentellen Aspekt des Verhältnisses der Faschisten zu ihrer Ideologie wenig oder gar nicht beachten kann. Gezwungen, diese als politisch-geistige Bewußtseinslandschaft sich gleichsam selbst malen zu lassen, entzieht sich ihr jener Zynismus, der Ideologie skrupellos zur Manipulation verwandte. So gerät Nolte mindestens partiell in die Gefahr, den Faschismus als Ideologie ernster zu nehmen als dieser es je getan hat⁸.

Vollends problematisch wird es jedoch, wenn Nolte mit Hilfe der philosophischen Methode den Faschismus als transpolitische Phänomene zu fassen sucht. Diese Methode soll „zum unsichtbaren Fundament des Gebäudes vordringen“ (a 516), nicht zuletzt deswegen, weil „die Politik selbst nichts Politisches mehr ist und als solche nur vor einer Folie manifest werden kann, die anderer Natur ist als sie“ (a 516). Damit projiziert Nolte den Faschismus in einen Bereich außerhalb der politisch-sozialen Realität, deutet ihn als eine Erscheinung, „die in ihrem Kern zum ‚menschlichen Wesen‘ eine gleichsam reichs-

8 Vgl.: Max Horkheimer, Theodor W. Adorno: Soziologische Exkurse, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Band 4, Frankfurt 1956, S. 162—181. Auf die Bedeutung des instrumentellen Charakters der nationalsozialistischen Ideologie weist auch hin: Urs. Müller-Plantenberg, a.a.O., S. 147.

unmittelbare Beziehung hat, sei es als Aufbrechen einer vorrationalen Irrationalität, sei es als Stellungnahme zur menschlichen Natur im ganzen“ (c 51). War mit der typologischen und phänomenologischen Methode wenigstens eine partielle Einsicht in die Erscheinung des Faschismus möglich, so ist jetzt die Mystifikation des Objekts vollkommen. Der Faschismus wird von Nolte an Prämissen gebunden, die als letzte ontologisch abgeschirmte Einheiten nicht mehr ableitbar sein sollen. Genau das hat aber das faschistische Selbstverständnis je gefordert. Sein konstitutives Merkmal sei der „Kampf gegen die Transzendenz“ (a 515), und seinen eigentlichen Gegner sehe er in der „Freiheit zum Unendlichen“, die als Widernatur schlechthin die Einheit von Weltwirtschaft, Technik, Wissenschaft und Emanzipation (a 516) umfasse. Das alles mag m. E. stimmen. Aber daß der Faschismus in der letzten Konsequenz nur vor diesem Hintergrund zu fassen sei, wirft ein bedenkliches Licht auf den methodischen Ansatz Noltés. Hier wird deutlich, wohin eine vorwiegend geistesgeschichtlich orientierte Betrachtungsweise des Faschismus führen muß: in der begrüßenswerten Absicht, diesen kritisch begreifen zu wollen, ist sie von ihm selbst dann noch durchdrungen, wenn sie ihn denkerisch zu überwinden sucht.

Rainer Kretschmer (†) und Helmut J. Koch

Der Propagandaapparat des NS-Staates

A. Zur Frage der Gleichschaltung von Presse und Rundfunk

I.

Bei der Analyse von Begriffen wie „Terror“ und „Propaganda“ waren die politologischen Reflexe lange Zeit zuverlässig konditioniert. Der meist gutdotierte Versuch, dem Kalten Krieg auch in der wissenschaftlichen Begriffsbildung zur Salonfähigkeit zu verhelfen, führte zur Gleichung Rot = Braun, also zur Totalitarismustheorie. Außer auf der fundamentalen Gleichsetzung von Faschismus und Stalinismus (und meist noch der von Stalinismus und Sozialismus/Kommunismus) beruhen diese Theorien auf der Annahme eines streng monolithischen Charakters des totalitären Systems, das frei ist von institutionalisierbaren Konflikten und jede immanente Weiterentwicklung beliebig sistieren kann. Gegenübergestellt wird dieses barsche Modell der „pluralistischen“ oder „offenen Gesellschaft“, also dem liberalistischen Modell, das als absolut konträr empfunden wird.

Mit dem von Horkheimer empfohlenen „Rückgang auf die Tendenzen des Kapitals“ läßt sich dagegen das höchst ambivalente Verhältnis von Faschismus und Kapitalismus zeigen: Nicht die Grundordnung der liberal-kapitalistischen Gesellschaft wird im Faschismus zerstört, sondern lediglich die spezifische Form jener ökonomischen, politischen, juristischen und psychologischen Vermittlungen von gesellschaftlichen Interessen mit der Staatsmacht. Zerstört wird die Form von Vermittlungen, die einzig für die Phase eines funktionierenden, relativ atomistischen Wettbewerbskapitalismus typisch waren — und auch hier eher für dessen Modell als für die Wirklichkeit —, wobei die Phase des Wettbewerbs wiederum ein sehr kurzes Intermezzo bezeichnete, das mit der großen 1873er Krise in Deutschland endgültig ausgespielt hatte. Die mit einem liberalisierten Marktsystem verbundenen ökonomischen und politischen Freiheiten wurden deswegen nicht gleich abgeschafft. Ihre Kodifizierungen in den Grundrechten und im Privatrechtssystem blieben bestehen, doch wurden sie immer mehr ausgehöhlt. Ihre endgültige, spektakuläre und auch de jure vollzogene Aufhebung markiert der faschistische Eingriff, der einen qualitativen Sprung bedeutet: An die Stelle des formell freien Marktes treten massive staatliche Interventionen, insbesondere staatlich verordneter Lohnstop, an die Stelle von Parlament und diskutierender Öffentlichkeit hierarchisierte Befehlskompetenzen und Gleichschaltung der Massenmedien, an die Stelle eines universalen Rechts mit generellen Normen das Faustrecht der politischen Justiz, an die Stelle individuationsorientierter Erziehung autoritäre psychische Kollektivierung. Dieser spektakuläre Umbau der Institutionen

verdeckt die zugrunde liegende Kontinuität der herrschenden Interessen, die im Bereich der ökonomischen Verfügungsgewalt ungebrochen fortbestehen und in der Rechtsprechung lediglich den Bereich des „Politischen“ für eine völlige Umorganisation freigeben müssen. Von Grund auf verändert werden allein die Institutionen der Politik, der Meinungsbildung und der Erziehung. Auf diese qualitativen Veränderungen, und nur auf diese, reagieren die Totalitarismustheorien der Arendt, W. Kornhauser, C. J. Friedrich u. a. Entsprechend wird der Bereich der Ökonomie gar nicht oder nur aphoristisch behandelt (meist nur mit dem Hinweis auf die Tatsache der Planwirtschaft, als hinge nicht alles davon ab, wer plant); vom Rechtssystem findet nur der Bereich der politischen Justiz Interesse; breitesten Raum nimmt die Analyse der politisch-institutionellen Veränderungen und (besonders bei Hannah Arendt) der radikal veränderten individuellen Erlebniswelt ein. Nicht also die friedliche Koexistenz von bürgerlicher Gesellschaft und faschistischem Terror, sondern lediglich die Institutionalisierung des Terrors wird zum Wesen des Faschismus erklärt. So erschöpft sich denn die Totalitarismustheorie in der Aufzählung phänomenologisch abdestillierter „totalitärer“ Merkmale, zweitens in deren Untermuerung mit unzähligen Anekdoten und locker arrangierten Fakten aus dem Machtbereich Hitlers und Stalins und drittens in der im Schlußkapitel artikulierten Erleichterung, in der „pluralistischen“ Gesellschaft der „Freien Welt“ leben zu dürfen. Im gleichen Maße, wie die gewaltsame Antithetik von „Pluralismus“ und „Totalitarismus“ die Kontinuität kapitalistischer Interessen im Faschismus unterschlägt, wird das „monolithische“ faschistische System zu einem System sui generis, weil es keinen fruchtbaren Schoß mehr gibt, aus dem es hätte kriechen können. Um den Faschismus möglichst weit jenseits bürgerlicher Wohlanständigkeit ansiedeln zu können, greifen diese Theorien also zu einer doppelten Stilisierung, nämlich

1. der Unterschätzung oder Leugnung faschistischer Tendenzen der bürgerlichen Gesellschaft, und
2. der Überschätzung einer inneren Geschlossenheit (Monolithismustheorem).

Die behauptete innere Geschlossenheit des faschistischen Systems läßt für die (wünschenswerte) Veränderung nur noch die militärische Intervention von außen sinnvoll erscheinen. Im Kontext der frühen Totalitarismustheorien in den 40er Jahren (Franz Neumann, Ernst Fraenkel, Max Horkheimer) war dies der adäquate Ausdruck der weltweiten antifaschistischen Bewegung und hatte damit eine kritische Funktion. Damals wurde der Faschismus in historisch-kritischer Analyse auf den Kapitalismus bezogen. „Totalitär“ hieß damals faschistisch. Mit der Beziehung des Faschismus auf den Stalinismus in einer rein phänomenologischen, unhistorischen Methode wurde die antifaschistische Sprache zugleich eine antikommunistische. „Totalitär“ meinte nun faschistisch und stalinistisch (bolschewistisch, kommunistisch). Die neuen Theorien verfielen damit einem Denken, das dem Psychologen als pathisch-projektives Ingroup-Outgroup-Schema

bekannt ist: die Übertragung eigener tabuierter (faschistisch-,totalitärer“) Tendenzen und Neigungen auf einen Gegner (Sowjetunion), dessen unterstellte Aggressionsabsichten die eigenen Aggressionshemmungen beseitigen und zugleich eine integrative Wirkung auf die Ingroup (die „Freie Welt“) dergestalt ausüben sollen, daß sie „im Zuge der Selbstverteidigung“ alle jene Eigenschaften annehmen darf, die sie beim Gegner bekämpft. So wie der nordischen Rasse von den Faschisten Reinheit, Unschuld, Kraft, Treue usw. und den anderen zu bekämpfenden Rassen sexuelle „Perversion“, Verwilderung, Hinterlist und Parasitismus unterstellt werden, um nach der reinlichen Scheidung die eigenen Fehler beibehalten und sie nur am Gegner bekämpfen zu können, so suggeriert die Totalitarismustheorie analog die ungetrübte Realität von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit im eigenen Lager und den Zustand totaler Unfreiheit, Ungleichheit und Angst in den „totalitären“ Staaten, um diese als Aggressionsobjekt zu erhalten. Da die Totalitarismustheorien sich — wenn auch nicht mehr politologisch, so doch im vorwissenschaftlichen Raum — noch einer guten Konjunktur erfreuen, erscheint es angebracht, an einem Beispiel aus dem Bereich der Vermittlungsinstitutionen zwischen Gesellschaft und Staat die spezifische Funktion faschistischer Herrschaftsausübung zu untersuchen.

II.

Die Gesellschaftsordnung des organisierten Kapitalismus kennt keine Trennung mehr von Öffentlichkeit und Privatsphäre. Die kapitalistischen Privatinteressen haben sich organisiert und damit politisiert. Die Konkurrenz organisierter Privatinteressen dringt nun in die Öffentlichkeit, die allerdings zum bloßen Verkündigungsort und Werbeforum *nichtöffentlich agierender privilegierter Interessen* wird. Der durch nicht-öffentliche Kompromisse ausgehandelte Konsensus hat mit dem „Allgemeininteresse“ nicht mehr viel zu tun, selbst wenn man berücksichtigt, daß jenes „Allgemeininteresse“ sich immer nur auf das Publikum der kapitalistischen Privateigentümer bezog. Die Zentralisation des Kapitals macht aus dem „Allgemeininteresse“ vollends eine Phrase, die der inszenierten Öffentlichkeit als Hülle privilegierter Interessen zugemutet wird. Es „gibt“ keine Öffentlichkeit mehr, sie muß gemacht werden („Öffentlichkeitsarbeit“). Publizität wird zur Publicity.

Im gleichen Maße verliert auch der Redakteur einer Zeitung seine publizistische Autonomie. In der politischen Presse untersteht er einer Aufsichtskommission, an deren Direktiven er gebunden ist. In der kommerziellen Presse geht es ihm nicht besser: Nicht mehr ein hervorragender Redakteur, sondern der Verleger gibt einer Zeitung Rang und Namen. Er erwartet von seinen Redakteuren weisungsgebundene Arbeit im privaten Interesse eines Erwerbsunternehmens. Das affiziert auch das Publikum: „Der unmittelbare Publizitätseffekt erschöpft sich nicht in jener entkommerzialiserten Werbewirkung einer aura of good will, die Zustimmungsbereitschaft produziert. Diese Publizität taugt nun über eine Beeinflussung der Konsumenten-

entscheidungen hinaus auch zur politischen Pression, weil sie ein Potential unartikulierter Zustimmungsbereitschaft mobil macht, das notfalls in eine plebiszitär definierte Akklamation übersetzt werden kann“¹.

In der Tagespresse integrieren sich immer stärker die einst getrennten Bereiche von Raisonement und Information einerseits und Belletristik andererseits: „Auf dem gemeinsamen Nenner des sogenannten human interest entsteht das mixtum compositum eines ... Unterhaltungsstoffes, der tendenziell Realitätsgerechtigkeit durch Konsumreife ersetzt und eher zum unpersönlichen Verbrauch von Entspannungsreizen ver- als zum öffentlichen Gebrauch der Vernunft anleitet“². Von den Faschisten wird dieser „Feuilletonisierung des gesamten redaktionellen Inhalts“³ eine Politisierung des Feuilletons entgegengestellt⁴. Kritisiert wird die aura of good will nicht, weil sie autoritär und denkfeindlich ist, sondern weil sie es nicht effektiv genug ist. Entsprechend wird auf „öffentliche Meinung“ im klassischen Sinne verzichtet⁵, denn sie könne kein „einheitliches Wollen“ herbeiführen. Die Aufgabe des Journalisten lautet jetzt unmißverständlich: „Wie der Dichter mit dem König zu gehen hat, so muß der Journalist mit dem Führer marschieren“⁶.

III.

Die Errichtung des „Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“ (RMVP) am 13. 3. 1933 bedeutet die Institutionalisierung und Zentralisierung der Kontrolle über die Systemkonformität der Massenmedien. Zunächst war die Presse davon betroffen. Das Schriftleitergesetz vom 4. 10. 1933 ernennt den Staat, also das RMVP, zu einer Art „Gesamtverleger“, demgegenüber sich die Schriftleiter in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis befinden.

Die NS-Presse hatte vor der Machtergreifung keine sonderliche Rolle gespielt, ihr Aufstieg begann erst jetzt. Die sozialistische und linksliberale Presse wurde zerschlagen, die restliche gleichgeschaltet. Die Theorie der Gleichschaltung der Presse lieferte der nach dem Kriege wieder in Westberlin lehrende Professor für Publizistik Emil Dovifat. Die ökonomische Unterwerfung besorgte der NS-Pressetrust unter Max Amann. Die Verordnungen vom 24. 4. 1935 „Zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungsverlagswesens“, „Zur Beseitigung der Skandalpresse“, „Über Schließung von Zeitungsverlagen zwecks Beseitigung ungesunder Wettbewerbsverhältnisse“ boten die Hand-

1 Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Neuwied 1962, S. 220.

2 ebd., S. 187.

3 Theodor Fürstenau, *Das Feuilleton der Berliner Boulevardpresse von 1918 bis 1933*, Inaugural-Dissertation an der Univ. Berlin, 1942, S. 304.

4 Vgl. Emil Dovifat, in: *Handbuch der Zeitungswissenschaft*. Hrsg. Walther Heide, Leipzig 1940, Bd. 1, S. 984.

5 Vgl. Emil Dovifat, *Zeitungswissenschaft*, Bd. 1, Berlin 1937, S. 108—111.

6 Franz Kiener, *Die Zeitungssprache*, Inaugural-Diss. an der Univ. München, 1937, S. 119—120.

habe zu weiteren Schließungen, Zusammenlegungen und Betriebsumstellungen, wobei Aktienmehrheiten an NS-Treuhandeinrichtungen ausgeliefert wurden. Auch die meisten Zeitungen des Scherl-Verlags Hugenburgs gingen an Amann über. Die Aufgabe der rechtlichen und institutionellen Gleichschaltung übernahm das RMVP, indem es alle bisher verteilten Kompetenzen der Beeinflussung und Überwachung in sich zentralisierte, systematisierte und verschärfte. Vom Innenministerium übernahm es die Überwachung von Radio, Film, Presse, Theater, die Regulierung von Staatsfeiern und -feiertagen, vom Außenministerium die Kontrolle der Auslandspropaganda, vom Postministerium einen Teil der Befugnisse in der Verwaltung des Rundfunks (Frage der Gebührenabschöpfung) und weitere, noch zu behandelnde Funktionen.

Nach dem organisatorischen Vorbild der Parteiorganisation „Reichspropagandaleitung“ übernahm es das Prinzip der Gliederung der verschiedenen öffentlich wirksamen Betätigungen in Kulturkammern. Das Reichskulturkammergesetz vom 22. 9. 1933 schrieb die Bildung von Kulturkammern für Film, Schrifttum, Presse, Rundfunk, Theater, Musik und Bildende Künste vor, wobei diese Kammern nach Führerprinzip organisiert und mit dem Recht der Zwangsmitgliedschaft ausgestattet waren. Die seit 1919 den Ländern zustehende Gesetzgebungskompetenz in kulturellen Angelegenheiten war somit auf das Reich, genauer: das RMVP übergegangen. Durch Erlaß vom 16. 5. 1934 mußte jeder Gau eine Landesstelle des RMVP haben, die die Bezeichnung „Reichspropagandaamt“ erhielt und als Reichsbehörde galt. Diese organisatorische Erfassung von oben wurde durch eine von unten ergänzt: durch das schon erwähnte Schriftleitergesetz. Seit 1935 ist die erfolgreiche Absolvierung der Reichspreseschule die Voraussetzung für eine Neuzulassung von Schriftleitern.

Die inhaltliche „Ausrichtung“ der Presse wird im Wandel der Reichspressekonferenz sichtbar: Seit 1919 von der Presseabteilung der Reichsregierung betreut, von einem von Journalisten gewählten Leiter durchgeführt, wurde sie nun eine Veranstaltung des RMVP, auf der ihr jetzt beamteter (!) Leiter verbindliche Ausrichtungen und Sprachregelungen ausgab. Per Fernschreiber gingen die Anweisungen an die Reichspropagandaämter, die ihre örtlichen Pressekonferenzen abzuhalten hatten. Die Pressekonferenz war zum Befehlsempfang geworden. Die ursprüngliche Aufgabe der Unterrichtung ging immer mehr an das Deutsche Nachrichtenbüro (DNB, vormals das Wolffsche Telegrafienbüro) über. Einen kleinen Kreis von NS-Journalisten und Parteifunktionären versorgte es mit streng geheimem Material. Die DNB-Dienste Grün, Gelb, Rot und Weiß bezeichneter jeweils verschiedene Personenkreise abgestufter Vertrauenswürdigkeit. Die Schärfe der Überwachung der Presse richtete sich nach der jeweiligen politischen Relevanz. Im Zentrum der Überwachung stand die Tageszeitung, hier wieder der politische Teil, dann Wochen- und Fachzeitschriften. Die Sparten Spiel, Unterhaltung, Kunst hatten mehr Freiheit als Rundfunknachrichten, Wochen-

schau und politische Tagesschriftleitung. Mehr als ein Viertel der vertraulichen Presseanweisungen bestand aus Schweigegeboten, weswegen das Press Department von Auslandskorrespondenten gern Suppress Department genannt wurde. Nach einer Anweisung vom 11. 12. 1936 durften keine KZ-Berichte gebracht werden. Meldungen über KZ-Flüchtlinge oder Hochverratsprozesse durften nur in der Regionalpresse erscheinen.

Die deutsche Öffentlichkeit war also nicht nur konzentrisch in ein Stufensystem der Publizität eingeordnet, sie war auch regional gleichsam in wasserdichte Schotten eingeteilt, die man bei einer örtlichen Havarie sorgfältig abspernte. Bewußt ließ Goebbels jedoch einen Teil der bürgerlichen Presse mit besonderen Privilegien bestehen. Ab 1937 gab es eine besondere „Glossenkonferenz“ für „kommentarfähige“ Zeitungen, zu denen die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die „Frankfurter Zeitung“, die „Kölnische Zeitung“, die „Berliner Börsenzeitung“ gehörten. Sie hatten die Aufgabe, die Langleweile bei der Lektüre hin und wieder zu durchbrechen, mit der ihnen belassenen relativen Seriosität das Image des Regimes im Ausland zu stärken und in wichtigen Augenblicken von unmittelbar bevorstehenden Gewaltakten abzulenken und sie hinterher zu rechtfertigen. Die „Berliner Börsenzeitung“, der „Financial Times“ vergleichbar, war beispielsweise für antibolschewistische Kampagnen zuständig, wofür sie keineswegs extra gleichgeschaltet werden mußte.

IV.

Die Gleichschaltung des Rundfunks war zunächst relativ einfach. Er war erst 10 Jahre alt, also ohne feste Traditionen und Methoden. Politisch immer ein getreues Spiegelbild der herrschenden Parteienkonstellationen, brauchte er bloß weiterzuspiegeln. Die Rundfunkanstalten standen zum Zeitpunkt der Machtübernahme schon unter staatlicher Regie: Nach der Rundfunkreform von 1932 gingen private Geschäftsanteile an die Länder über, die Rundfunkgesellschaften wurden in gemeinnützige G.m.b.H.'s verwandelt, die technische und wirtschaftliche Leitung übernahm die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft (RRG). So wurden nach der Machtergreifung lediglich noch die parlamentarischen Kontrollorgane ausgeschaltet und die Rundfunkgesellschaften in „Reichssender“ umgewandelt. Die bisher vom Innenministerium ausgeübte politische Kontrolle ging nun an das RMVP über, desgleichen ein großer Teil der bisherigen Funktionen der Reichspost auf dem Gebiet von Verwaltung und Wirtschaft. Die beiden Rundfunkkommissare des Reichspost- und des Reichsinnenministeriums wurden durch einen nun dem RMVP unterstellten Reichsrundfunkkommissar ersetzt. Die Rundfunk-Führungspositionen waren weitgehend als Personalunionen organisiert; zum Beispiel war Hans Krieger gleichzeitig Leiter der Abteilung Rundfunk im RMVP und in der Reichspropagandaleitung der NSDAP sowie Präsident der Reichsrundfunkkammer. Die politische Lenkung erfolgte teilweise durch die Abteilung Rundfunk im RMVP: Sie hatte unter vorgegebenen Primaten langfristige Planungen auszuarbeiten und

durchzuführen. Die aktuelle politische Ausrichtung, also die jeweilige Sprachregelung, vollzog sich zwischen Goebbels und Reichssenderleiter Hadamovsky. Beide erstrebten eine „Rundfunkeinheit unter dem Primat des Geistigen“, d. h. Eingliederung der Rundfunkwirtschaft in die Reichsrundfunkkammer unter dem Primat propagandistischer Notwendigkeiten, was den Anspruch auf die Organisation der Wirtschaft nach ideologisch- propagandistischen Bedürfnissen der Faschisten, nicht den ökonomischen Bedürfnissen der kapitalistischen Produzenten bedeutete. Dieses Projekt mit dem dazugehörigen des „Reichsrundfunkrechts“ — ausgearbeitet nicht vom Justizministerium, sondern von der Rechtsabteilung der Reichsrundfunkkammer! — scheiterte am Widerstand der traditionellen Ministerien der Post, Justiz und Wirtschaft.

Zwar ist Goebbels als Reichspropagandaleiter der NSDAP, als Minister für Volksaufklärung und Propaganda, als Präsident der Reichskulturkammer und in Vertretung des Reichs als alleiniger Aktieninhaber der RRG in einer Machtposition ohnegleichen. Zugleich scheint er eine bloße Leerstelle zu sein, auf die die Macht gefallen ist. Goebbels bezieht seine spektakuläre Macht nicht aus entscheidenden Funktionen innerhalb der Produktionssphäre, seine Funktion ist eine rein restriktive. Er hat das ökonomische System gegen Gefährdungen zu schützen, nicht umzugestalten. Auf Machtverschiebungen zwischen den dominierenden, auf ökonomischer oder militärischer Hausmacht ruhenden Gruppen muß er seismographisch reagieren, er lenkt sie nicht. Die Doppelt- und Dreifachorganisation z. B. der Rundfunkkompetenzen ist nicht Goebbelsscher Plan, sondern entspricht den bourgeoisen Interessen: Diese wurden schon vor der Machtergreifung nicht mehr öffentlich aufeinander abgestimmt. Öffentliche Willensbildung wurde abgeschafft, nicht weil plötzlich die bourgeoisen Interessen übereinstimmten, sondern um die Konstituierung bzw. Weiterentwicklung einer sozialistischen Öffentlichkeit zu verhindern. Wie vorher werden die bourgeoisen Interessen nicht-öffentlich artikuliert: eben durch die Mehrfach-Organisation der Kompetenzen. Das Goebbelssche Interesse verlangt vielmehr umgekehrt nach Strafung und Vereinfachung des Propagandaapparats. So propagiert er mit Hadamovsky das nationale Einheitsprogramm des Rundfunks und erreicht bis zur Jahreswende 1933/34 die Reduktion der 10 Programme auf 3 bis 4, doch im Frühjahr 1934 muß er diesen Plan wieder aufgeben. Die Gegenmaßnahmen Görings, im Juni 1933 begonnen, setzen sich durch, wobei dies ganz offensichtlich mehr ist als ein reiner Machtkampf: Der zur Expansion neigende Fachmann Goebbels wird vom weitsichtigeren Kollegen zur Ordnung gerufen. 1937 muß Goebbels Hadamovsky de facto entmachten. Am 28. 10. 1939 wird die Reichsrundfunkkammer endgültig aufgelöst, übrig bleibt lediglich die leere Hülse einer „Arbeitsgemeinschaft“ der Rundfunkindustrie mit der Abteilung Rundfunk im RMVP. Die gleiche Reduktion des spezifisch faschistischen Apparats auf die bloße Funktion der politischen Kontrolle zeigt sich auf der Empfangsseite. Deren Kontrolle, etwa auch die Anordnung und Überwachung des Gemeinschafts-

empfangs, lag vorwiegend in den Händen der NS-Funkwarte. Soweit diese mangels befriedigenderer Aufgaben darüber hinausgingen, gerieten sie in Konflikt mit Funktionen der Reichspost und der technischen Stäbe der Elektroindustrie. Die „Dienstvorschrift für die Funkhauptstellenleiter der NSDAP“ von 1937 beschränkt ihre Tätigkeit auf die rein ideologische Überwachung.

Aus all dem geht hervor, daß der nationalsozialistische Staat kein totalitärer im Sinne eines alle Gesellschaftsbereiche quasi-militärisch erfassenden Einheitsstaates war, sondern nichts anderes als der politische Ausdruck eines spätkapitalistischen Gesellschaftssystems, das seine eigene Regulierung allerdings teilweise hatte aus der Hand geben müssen. Doch nicht einmal die Organisation des Propagandaapparates konnte sich über die traditionellen Interessen der fortbestehenden Wirtschaftsgruppen hinwegsetzen, sie war auch in ihrer organisatorischen Form gezwungen, darauf Rücksicht zu nehmen.

Rainer Kretschmer (†)

B. Charakteristische Elemente nationalsozialistischer Pressepropaganda

Eine Sammelbesprechung

Völkischer Beobachter. Faksimile-Querschnitt, hrsg. von Sonja Nolden und Hildegard von Kotze. Scherz Verlag, München Bern Wien 1967 (208 S., Ln., 24,80 DM).

Das Schwarze Korps. Faksimile-Querschnitt, hrsg. von Helmut Heiber und Hildegard von Kotze. Scherz Verlag, München Bern Wien 1968 (208 S., Ln., 24,80 DM).

Signal. Faksimile-Querschnitt, hrsg. von Hans Dollinger. Mit einer Einleitung von Willi A. Boelcke. Scherz Verlag, München Bern Wien 1969 (208 S., Ln., 24,80 DM).

Das Reich. Faksimile-Querschnitt, hrsg. v. H. D. Müller. Eingeleitet von Harry Pross. Scherz Verlag, München Bern Wien 1964 (208 S., Ln., 28,— DM).

Frankfurter Zeitung. Faksimile-Querschnitt, hrsg. von Ingrid Gräfin Lynar. Eingeleitet von Benno Reifenberg. Scherz Verlag, München Bern Wien 1964 (208 S., Ln., 28,— DM).

Hale, Oron J.: *Presse in der Zwangsjacke 1933 — 1945.* Droste Verlag, Düsseldorf 1965 (345 S., Ln., 24,80 DM).

Abel, Karl Dietrich: *Presselenkung im NS-Staat.* Colloquium Verlag, Berlin 1968 (176 S., Ln., 28,— DM).

Die Geschichte der NS-Presse begann 1920 mit einem Darlehen aus einem Geheimfonds der Reichswehr, mit dem Hitler die in Bayern erscheinende „unabhängige Zeitung für nationale und völkische Politik“, den *Völkischen Beobachter* kaufte und zur Parteizeitung der NSDAP umgestaltete¹. Bis 1929 fanden die NS-Blätter nur wenige Leser. Im Verlauf der Wirtschaftskrise jedoch schnellte die Gesamtauflage aller von der Parteileitung offiziell anerkannten Tageszei-

1 Hale, S. 28.

tungen mit finanzieller Unterstützung durch die hinter dem deutsch-nationalen Hugenberg stehende Gruppe der Großgrundbesitzer von 20 000 im Jahre 1928 auf 800 000 im Jahre 1932 empor. Gleich nach der Machtübernahme ging dann das Triumvirat aus Großgrundbesitz, Industrie und Reichswehr unter dem Beifall eines bedeutenden Teils des Kleinbürgertums daran, die kommunistische und sozialdemokratische Presse auszurotten²: das Verlagsvermögen wurde beschlagnahmt und zum weiteren Ausbau der NS-Presse genutzt, die bereits 1933 eine Gesamtauflage von über 3 Millionen Exemplaren erreichte. Die bürgerlichen, die konfessionellen und die unpolitischen Blätter wurden auf weniger zupackende Art nach und nach durch Drohungen, Kauf und gesetzliche Regelungen des Pressewesens „gleichgeschaltet“. Wie sich die Gleichschaltung im einzelnen vollzog, kann man bei Hale nachlesen. Interessant ist vor allem, daß es bereits ab Mitte 1933 keine grundsätzliche politische Opposition in der Presse mehr gab und daß jeder, der das versucht hätte, sich großer Gefahr — zumindest nach bürgerlichen Karrierevorstellungen — ausgesetzt hätte.

Wie war es möglich, daß der Faschismus in so kurzer Zeit gegen den Willen der Arbeiterklasse, die erst sehr spät in den NS-Staat integriert werden konnte, gegen die Einsicht des aufgeklärten Bürgertums und gegen die Interessen der direkten und indirekten Finanziers des bedrohten Verlags- und Pressewesens die Herrschaft über den gesamten Presseapparat gewann? Zu dieser Frage, die doch ähnlich immer wieder gestellt werden muß, wie die Ereignisse in Griechenland oder die Konzentrationsvorgänge in der BRD und anderswo zeigen, findet man beim ehemaligen Vernehmungsoffizier Hale nichts; er kümmert sich statt dessen penetrant und sehr verständnisvoll mehr aus der Sicht von Entnazifizierungs- und Entschädigungsprozessen um die persönlichen Eigenschaften und Beziehungen von „Hitlers geschäftigen Kobolden“ im Pressewesen³. „Wollte man eine aufs Grundsätzliche zielende Schlußfolgerung ziehen, so wäre es die, daß schon ein Mindestmaß von Sozialisierung oder Verstaatlichung der Presse, ob demokratisch oder autoritär, mit wahrer Pressefreiheit unvereinbar ist“⁴. Unter diesem organisatorischen Blickwinkel muß natürlich die Entwicklung der Presse in der Bundesrepublik als Neubeginn und Fortschritt gewertet werden, und so geschieht es ja auch immer wieder, vor allem dann, wenn es darum geht, die Kritik an Springer und ähnlichen Fällen zu entschärfen. Angesichts der Tatsache aber, daß sowohl das Prinzip der Profitorientierung auch für die Presse der NS-Zeit in weiten Bereichen gültig blieb, als auch die keineswegs auf die wirtschaftliche Seite

2 „Einzig die ausgesprochene ›Linkspresse‹ fiel zunächst der Ausschaltung durch die Nationalsozialisten zum Opfer“ (Abel, S. 29). Kein Anlaß für die Bürgerlichen damals oder für Abel heute, das Ideal der Pressefreiheit unmittelbar gefährdet zu sehen.

3 Hale, S. 31.

4 Hale, S. 9.

beschränkte Monopolisierung auf dem Pressemarkt der Bundesrepublik bereits weit fortgeschritten ist, läßt sich nur noch in einem sehr begrenzten Rahmen darüber streiten, ob es um die Pressefreiheit in der BRD tatsächlich sehr viel besser bestellt ist als im Dritten Reich.

Hier soll mehr der Blick darauf gelenkt werden, welche Spuren die jahrelange propagandistische Beeinflussung im Sinne der „nationalsozialistischen Weltanschauung“ und die personelle Kontinuität in der veröffentlichten und überhaupt politisch wirksamen Meinung der Nachkriegszeit hinterlassen haben. Dem bundesdeutschen Publikum wurden nach dem Krieg immer wieder die Abscheulichkeiten des NS-Staates vorgeführt. Kriegsszenen, KZ-Greuel, Fahnen und Aufmärsche, rednerische Ekstasen von Hitler und Goebbels, leeres Pathos der Sprache — das war und ist das Material, das den einem Schuldspruch Entkommenen Gelegenheit bot, ihre Unschuld zu beteuern, und das den Jüngeren das Fortleben faschistischer Ideen in manchen Bereichen verbarg. In der Reihe „Faksimile-Querschnitte durch Zeitungen“ sind nun 5 Bände erschienen, die einen Einblick in den Alltag der Presse des Dritten Reiches gewähren. In der Einleitung wird jeweils der Werdegang der Zeitung — teilweise von früheren Mitarbeitern — beschrieben und kommentiert; dann folgen auf etwa 150 Seiten Auszüge aus allen Jahrgängen und Sparten, die kurz erläutert werden. Wer etwas über konkrete Zusammenhänge wissen will, wird auf die Originale oder andere Quellen und Darstellungen zurückgreifen müssen. Die Einleitung und die Erläuterungen vermitteln mehr Einzelheiten als geschichtliche Zusammenhänge. Derjenige dagegen, der einen allgemeinen Vergleichsmaßstab für die politische Orientierung der heutigen Presse sucht, sollte sich diese Querschnitte ansehen.

Die Redaktion des Parteiorgans „Völkischer Beobachter“ war von Anfang an an Weisungen der Propagandaabteilung in der Reichsleitung der NSDAP gebunden. Dementsprechend war das, was hier erschien, für die gesamte Parteipresse verbindlich. Nach 1933 wurden die Agenturen, von denen die Zeitungen ihr Nachrichtenmaterial bezogen, vom Propagandaministerium kontrolliert. In den täglichen Reichspressekonferenzen beim Propagandaminister wurden für die gesamte Presse Richtlinien erlassen, die gelegentlich sogar auf Einzelheiten der Aufmachung eingingen⁵. Seit dieser Zeit unterschied sich der VB in der Behandlung politischer Fragen von anderen Zeitungen nur noch durch Äußerlichkeiten und durch die Schwerpunkte der Agitation. Da er weiterhin „Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands“ blieb, also Nachrichten nur in propagandistischer Absicht verhüllt brachte, und die nicht parteigebundenen Zeitungen mehr oder weniger notgedrungen zu einer stark selektiven und tendenziösen Berichterstattung übergingen, sank nach

5 Über die Technik der Presselenkung informiert umfassender und systematischer als Hale Karl-Dietrich Abel, *Presselenkung im NS-Staat*. Wie bei Hale erfährt man freilich auch hier nichts darüber, wie eine Reglementierung der Presse nach der Machtübernahme möglich war.

der Machtübernahme der Informationsstand, insbesondere über das Geschehen im Ausland, erheblich ab. Der VB selbst unterhielt nur ganz wenige Auslandskorrespondenzen. In dieser Hinsicht waren die Überbleibsel der bürgerlichen Presse: die ›Frankfurter Zeitung‹ und später ›Das Reich‹ besser ausgestattet, was sich auch im Redaktionsprogramm niederschlug. So ist es nicht verwunderlich, daß diese Blätter gerade von Nazigrößen gelesen, geschätzt und dementsprechend mit einigem Respekt behandelt wurden, wozu gewiß auch die gegenüber dem VB nach den Normen des Bildungsbürgertums gehobene Sprache beitrug. Dennoch: die Auflage des VB stieg von Jahr zu Jahr, bis sie schließlich 1941 die Millionengrenze überschritt. An diesem Blatt wird nun dreierlei sichtbar. Erstens steht im VB die propagandistische Auswertung des Tagesgeschehens im Vordergrund. Darin gleicht er der bürgerlichen Sensationspresse weitaus mehr als den Parteiorganen sozialistischer Länder mit ihren vielen Grundsatzartikeln, wovon sich diejenigen, die so schnell mit der Gleichung „rot = braun“ bei der Hand sind, durch einen Blick etwa in ›Die Welt‹ bzw. in ›Neues Deutschland‹ überzeugen mögen. Zweitens wird am VB deutlich, daß die NS-Partei niemals von ihren wenigen, überhaupt konkret faßbaren Zielsetzungen abgewichen ist und auch nicht sehr viel hinzugefügt hat. So heißt es etwa in einem 1928 erschienenen Artikel über die Frage des Lebensraumes: „Mit denselben Mitteln, mit denen sie (die Polen) heute unser Volk quälen, gehören sie weit nach Osten wieder dorthin zurückgedrängt, woher ihre Vorfahren gekommen sind“, und: „Eine zweite Pestbeule, die den Deutschen den Boden wegnimmt, sind die Tschechen“⁶. Jedem auch nur halbwegs aufmerksamen Beobachter mußte schon vor 1933 klar sein, daß der Kurs der NSDAP auf Judenmord und Krieg zusteuerte. Dies gilt es zu bedenken, wenn über ehemalige Parteigenossen, Steigbügelhalter und Kollaborateure zu urteilen ist, die in der Bundesrepublik heute noch entscheidende Positionen besetzt halten. Drittens schließlich stellt man an Hand des Querschnitts durch den VB leicht fest, daß die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ weder eine sozialistische noch eine Arbeiterpartei war. Es gab vor allem vor der Machtübernahme antikapitalistische Züge, aber nur, soweit es um jüdisches Kapital, die existenzbedrohenden Warenhäuser und die „Zinsknechtschaft“ ging, unter der die Bauern litten. 1933 wurden die Unternehmerverbände und die Gewerkschaften aufgelöst und in einer „Deutschen Arbeitsfront“ zusammengefaßt; dabei fiel dem Unternehmer, dessen Eigentum und Profitansprüche nicht angetastet wurden, getreu dem Führerprinzip die Rolle des „Betriebsführers“ seiner „Gefolgschaft“ zu, die er gewiß nicht ungern übernommen haben wird⁷. Die Partei machte sich im übrigen wenig eigene Gedanken über Fragen der Wirtschaftsordnung und der Wirtschaftspolitik, sondern stützte sich lieber auf die Erfahrungen und den Rat der „Wirtschaft“, insbesondere der Großindustriellen, die sich ja be-

6 Völkischer Beobachter, S. 78 f.

7 Vgl. Wolfram Fischer, Deutsche Wirtschaftspolitik 1918—1945, S. 81.

reits als „schöpferische Unternehmer“ bewährt hatten⁸. Dieses Desinteresse, das besser als alles andere die Interessengemeinschaft zwischen Nationalsozialismus und Kapital beleuchtet, spiegelt sich deutlich auch im VB wider, der zu wirtschaftlichen Fragen selten und in der Regel nur in propagandistischer Absicht (gegen Dawes- und Young-Plan, gegen Warenhäuser) oder zur Verherrlichung der bäuerlichen Lebensweise Stellung nahm. Unter diesen Umständen ist leicht zu verstehen, daß die Arbeiter der „Arbeiterpartei“ lange Zeit fernblieben. Noch am 2. März 1933 stimmten bei Betriebsratswahlen bei der Bewag in Berlin von 3320 Arbeitern nur 83 für einen Nationalsozialisten⁹. Die NSDAP war hinsichtlich ihrer nach außen hin vertretenen vagen Programmatik und hinsichtlich ihrer Wähler eine Mittelstands- und Bauernpartei; später wandelte sie sich dank des wirtschaftlichen Aufschwungs zur Volkspartei, was ihr bei ihrem konfusen Programm auch ideologisch keine Sorgen machte, zumal dies im Hintergrund schon immer ihr Selbstverständnis gewesen war. Diese Entwicklung ist im VB gut zu verfolgen. Daß sie sich nach dem Krieg unter positiv christlichem statt negativ jüdischem Vorzeichen wiederholte, wird niemand bestreiten.

Mit Einleitung und Erläuterungen zum Querschnitt durch den VB haben sich die Herausgeber wenig Mühe gegeben. Die Einleitung wiederholt im wesentlichen die Angaben und Interpretationen von Hale und fügt noch einige Details hinzu. In den Erläuterungen werden Namen und Tatsachen ohne theoretische Verallgemeinerung durch Hinweis auf andere Tatsachen oder gewisse Regelmäßigkeiten erklärt. So wird etwa zum Bericht über den Machtwechsel¹⁰ die alte Mär von den „braven Konservativen“ im Kabinett aufgetischt, die „von Hitlers vorwärtsdrängender Politik in kurzer Zeit überrannt werden sollten“ und die dann offenbar so enttäuscht waren, daß, wie man im nächsten Satz erfährt, der bürgerliche Postminister Freiherr v. Eltz-Rübenach noch „1937 als einziges Kabinettsmitglied die Annahme des Goldenen Parteiabzeichens verweigerte“. Vorher wird natürlich mit Zitat belegt, daß Hindenburg den „österreichischen Gefreiten“ noch 3 Tage vor der Regierungsbildung nicht mochte. Geradezu tölpelhaft ist der gelegentliche Versuch der Herausgeber, nationalsozialistisches Pathos ironisch ins Lächerliche zu ziehen: das lenkt nur ab. Übrigens kannten auch die Faschisten die Waffe der Ironie und vor allem die des Zynismus, was viele Beispiele vor allem in der Zeitschrift für die SS ›Das Schwarze Korps‹ zeigen.

›Das Schwarze Korps‹ wurde erst 1935 von dem jungen SS-Mann Gunter d'Alquen im Einvernehmen mit Himmler und Goebbels geschaffen und war, da seine Gönner sich für die Zeitschrift nicht sonderlich interessierten, praktisch bis zum Kriegsende das Werk dieses Mannes. Da sie in der Auswahl der Themen nicht im engen Rahmen eines Vereinsblattes blieb, aufreizend geschrieben und reich bebil-

8 Fischer, a.a.O., S. 79.

9 Frankfurter Zeitung, S. 165.

10 Völkischer Beobachter, S. 126 f.

dert war, wurde sie nicht nur in der SS gelesen und ihre Auflage stieg bald auf über 500 000 Exemplare. Gelegentliche — heute kaum noch erkennbare — vorsichtige Kritik am eigenen Lager richtete sich gegen Randphänomene. Die Leser des SK waren aufgefordert, die Redaktion durch Zuschriften bei der Arbeit zu unterstützen. Daraus entstand ein für manche außerordentlich gefährliches Denunziantentum, das sich nur teilweise in den Spalten des SK widerspiegelte¹¹. Das besondere Interesse des Blattes galt außer Juden Homosexuellen, Mißständen in der katholischen Kirche, dem nationalen Kitsch und den Freimaurern, die mit einem beispiellosen Zynismus angegriffen wurden. Dem wurde gegenübergestellt das Bild einer reinen „Blut-, Zucht- und Sippengemeinschaft“¹². In dieser Zeitschrift findet man dann auch die rührenden Geschichten von Tierliebe und Naturverbundenheit, die auf solchem Hintergrund den Charakter der faschistischen Moral nur noch deutlicher zeigen. Lesenswert ist vor allem ein vom SK abgedruckter und kommentierter Brief von Tucholsky an Arnold Zweig¹³ im Vergleich zu einem Artikel der Redaktion im April 1945 zum letzten Geburtstag des Führers¹⁴.

Die Hetze gegen die Juden war von Anfang bis Ende beinahe täglich Thema der Parteipresse. Ohne viel Rücksicht auf Konfession und Rasse wurde allerdings praktisch allem, was es zu bekämpfen galt, die Marke „jüdisch“ angehängt: neben den echten Juden gab es die „amerikanischen Finanzjuden“, die „jüdische Plutokratie in England“, die „jüdischen Bolschewisten“, die „weißen Juden in der Wissenschaft“ usw. Die Brutalität, mit der der NS-Staat gegen Juden vorging, hatte den Sinn, durch das Faktum der Gewalt, die sich als Strafe ausgab, die Schuld noch zu beweisen und so Lücken in der Abwehrbereitschaft zu schließen. So fiel dann der Parteipresse die Aufgabe zu, in möglichst breiter Form über Maßnahmen gegen Juden zu berichten und solche Maßnahmen anzudrohen. Die stilistisch anspruchsvollere, nicht parteioffizielle Presse hielt sich dagegen in der Hetzkampagne gegen die Juden zurück¹⁵. An die Stelle der Juden traten hier die — auch von der Parteipresse natürlich nicht vergessenen — „Bolschewisten“.

Die ›Frankfurter Zeitung‹ wurde 1866 von Leopold Sonnemann, einem politischen Gegner Bismarcks und Vertreter rechtsstaatlicher und wirtschaftsliberalistischer Prinzipien gegründet, 1943 verboten und nach dem Krieg unter neuem Namen als „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ weitergeführt. Keine andere deutsche Zeitung kann, über einen so langen Zeitraum hinweg auf soviel Tradition in Form,

11 Ein Teil der Zuschriften wurde an interessierte Stellen im Partei- und Staatsapparat, wie z. B. dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA), weitergeleitet.

12 So die Herausgeber des Querschnitts durch das Schwarze Korps.

13 Das Schwarze Korps, S. 76 f.

14 Das Schwarze Korps, S. 204—207.

15 Der Leitartikel von Goebbels in ›Das Reich‹ von 1941 (S. 98 f.) ist allerdings ein lehrbuchreifes Beispiel für Volksverhetzung. Zu dem Verhältnis zwischen Goebbels und ›Das Reich‹ siehe weiter unten.

und Inhalt zurückblicken wie dieses Blatt, durch das der Begriff und die Geschichte des politischen Bürgertums in Deutschland während der letzten 100 Jahre beschrieben wird. Nach dem Ersten Weltkrieg unterstützte die FZ den Aufbau der Republik unter sozialdemokratischer Führung. Sie war während der Weimarer Zeit, in der sie wegen ihres ausgedehnten Informationsnetzes und wegen ihrer anspruchsvollen Analysen zum Weltblatt aufstieg, dann auch immer darum bemüht, auf die Gefahr hinzuweisen, die der Republik von links- und rechtsradikaler Seite drohe. Im Bewußtsein der Gefährlichkeit nationalsozialistischer Herrschaft, aber mit einigen Illusionen hinsichtlich der Widerstandskraft des Bürgertums, des Katholizismus, der Arbeiterschaft und schließlich selbst der Kommunisten setzte sich die FZ Anfang der dreißiger Jahre dafür ein, Hitler den Eintritt in die Regierung zu verwehren. Im März 1933 gab sie die auch für den nicht eingeweihten Leser erkennbare Opposition auf. Kurz darauf ging der Verlag in das Eigentum einer Gruppe über, die eng mit dem IG-Farben-Konzern verbunden war. Als die FZ 1943 aus Anlaß eines ironisierenden Porträts eines alten Kämpfers verboten wurde, war ihre Auflage auf 30 000 Exemplare gesunken. Zu dieser Zeit bestand allerdings schon 3 Jahre lang ein auf die Mentalität bürgerlicher Schichten zugeschnittener Ersatz in der Wochenzeitschrift ›Das Reich‹, die eine Auflage von 1,4 Mill. erreichte, weil sie nicht wie die FZ von den Nationalsozialisten nur geduldet, sondern gefördert wurde. Die Initiative zur Gründung der Zeitschrift war vom Verwaltungsamt des Reichsleiters der Parteipresse ausgegangen. Goebbels stimmte dem Plan, mit einem anspruchsvollen Blatt auch die letzten noch widerstrebenden Teile des Bürgertums und der Intelligenz in den NS-Staat zu integrieren, unter der Bedingung zu, daß er selbst den Leitartikel schreiben durfte. Zur Redaktion und zum Mitarbeiterstab gehörten in größerer Zahl als bei der FZ auch erklärte Nationalsozialisten¹⁶.

Blätter wie die ›Frankfurter Zeitung‹ und ›Das Reich‹ haben ohne Zweifel viel dazu beigetragen, die bürgerlichen Ästheten mit den groben Sitten der Faschisten zu versöhnen und auch ihre politischen Bedenken zu zerstreuen. Natürlich war die Tonart anders als in der Parteipresse. Man sendete eben auf der Frequenz, auf der das Bürgertum für nationalsozialistische Vorstellungen empfänglich war, und insofern war die politische Funktion dieser Blätter, auf einen anderen Leserkreis abgestimmt, die gleiche wie die der Parteipresse: Werbung für den NS-Staat. Das hatte Goebbels erkannt und genutzt, und es fällt schwer zu glauben, daß die klugen Köpfe in den Redaktionen es anders gesehen hätten. Das soll nicht heißen, daß nicht tatsächlich, wie vor allem die Herausgeberin des Querschnitts durch die FZ bei jeder Gelegenheit behauptet, die meisten Redakteure und Mitarbeiter dem NS-Staat mit großer Zurückhaltung ge-

16 Weitere Einzelheiten zu ›Das Reich‹ findet man außer in der Einleitung zum Faksimile Querschnitt auch im dritten Kapitel des Buches von Abel.

genüberstanden. Nur muß diese Tatsache im richtigen Zusammenhang gesehen werden. Kennzeichnungen des NS-Staates nämlich haben die gleichen Redakteure und Mitarbeiter in der Nachkriegszeit von wichtigen Positionen aus selbst festlegen und publizieren können, und sie kamen dabei natürlich nicht auf den Gedanken, ihre eigenen Fundamente zu untergraben. So wurde denn auch immer übersehen, daß sich die Ideologie der Herrenrasse mit den Herrschaftsansprüchen des Kapitals im Dritten Reich sehr vorteilhaft zu einer Einheit verband, ohne die die Existenz dieses Staates kaum zu erklären ist. Die Hetze gegen den Bolschewismus und die Werbung für ein von Deutschland geführtes „freies Europa“ waren wesentliche Bestandteile dieser Existensgrundlage, und gerade sie haben — im Fall der Europaidee auf einen Mitwirkungsanspruch reduziert — mit ihren Protagonisten in der bürgerlichen Presse nicht nur das Kriegsende überlebt, sondern die politische Geschichte des Nachfolgerstaates Bundesrepublik entscheidend mitbestimmt.

Schon 1921 hatte die FZ die noch heute weithin akzeptierte Generallinie in der Beurteilung des Bolschewismus formuliert: „Sie [die Moskauer Gewalthaber] werden nüchtern, beharrlich und mit der rücksichtslosen, auch in der Wahl der Mittel nicht gehemmten Energie, die man an ihnen kennt, weiter auf ihr Ziel losgehen, die Welt zu revolutionieren, sofern nicht der Mißerfolg im eigenen Lande, die Unfähigkeit, mit ihrem System in Rußland eine Wirtschaft aufzurichten und die daraus entsprungene völlige Verelendung einen Zusammenbruch von innen heraus bewirken“¹⁷. Während der Weimarer Zeit sah die bürgerliche Presse in den Kommunisten vor allem den innenpolitischen Gegner. Für die Nationalsozialisten wurde er auf dem Hintergrund ihrer Lebensraumpolitik zum außenpolitischen Feind. Die Restbestände der bürgerlichen Presse im Dritten Reich schlossen sich dieser Beurteilung, wonach „der Bolschewismus die Grundlage aller europäischen und menschlichen Kultur bedroht“¹⁸, nicht nur an, sondern machten sie zum Herzstück ihrer politischen Agitation. Das wird besonders deutlich an der Zeitschrift ›Das Reich‹, wo in den Kriegsberichten das Bild des verarmten, unterdrückten und im Grunde nicht lebensfähigen „Iwan“ gezeichnet wurde, und wo die Sowjetunion schließlich zum Feind des Abendlandes und der ganzen zivilisierten Welt erklärt wurde. Das ist keineswegs nur als Kriegspropaganda zu verstehen; denn die westlichen Alliierten wurden stets mit sehr viel mehr Respekt behandelt und am Ende sogar von Goebbels indirekt um gemeinsames Vorgehen gegen die Gefahr aus dem Osten gebeten¹⁹. Erschreckend ist, daß die damals systematisch ausgestreuten Hetzgeschichten inzwischen als längst gesicherte Wahrheiten ausgegeben werden, die unreflektiert einen festen Rah-

17 Frankfurter Zeitung, S. 110.

18 Frankfurter Zeitung, S. 201.

19 Wozu in England wie in den USA durchaus nicht strikte Abneigung herrschte. Vgl. den Aufsatz von John Bagguley in D. Horowitz, ed.: *Containment and Revolution*, London 1967.

men sowohl für die Aufnahme neuer Informationen, z. B. über die Sowjetunion, als auch für politische Stellungnahmen und Entscheidungen bilden. Noch immer kann ein sonst nicht viel beachteter Präsident eines Kinderschutzbundes in den bürgerlichen Zeitungen verkünden, daß antiautoritäre Kinderläden die Kinder „systematisch zu bolschewisieren“ versuchen²⁰. Noch immer warnt Barzel vor der Gefahr einer „sowjetrussischen Hegemonie“²¹, um sich die der USA zu sichern. Beinahe täglich sind neue Beispiele für diese Art von Kontinuität zum Dritten Reich in den Zeitungen zu finden. Dem Wunsch nach Vernichtung des Bolschewismus entsprach der Wunsch nach einer Neuordnung Europas unter Führung Deutschlands. Wie sehr die Neuordnung Europas in der Nachkriegszeit Kapitalinteressen diene, möge man bei Ernest Mandel, „Die EWG und die Konkurrenz Europa — Amerika“ nachlesen. Interessant ist, daß die FZ und ›Das Reich‹ von Beginn des Krieges an die politisch-wirtschaftliche Eini-gung des „balkanisierten Kontinental-Europa“ ins Auge faßten und immer wieder — wenn auch vage — als Kriegsziel beschrieben. Darin mag gewiß auch ein Appell zur Solidarität der angesprochenen Län-der im militärischen Kampf gegen die Alliierten stecken²². Das Überleben dieser Idee und ihre weitgehende Realisierung in der Nachkriegszeit bestätigen jedoch, daß die Politik des Dritten Reiches wirtschaftlichen Interessen, insbesondere der Großindustrie, stark entgegenkam. Die bürgerliche Presse als Sprachrohr dieser Interessen hat nicht zum militärischen Kampf um ihre Durchsetzung aufgerufen, aber sie hat, nachdem der Kampf einmal entbrannt war, ihm einen Sinn gegeben und ihn damit gerechtfertigt. Theodor Heuß, Nickolas Benckiser, Margret Boveri, Friedrich Sieburg, Paul Sethe, Walter Henkels, Hicks, Werner Höfer, Benno Reifenberg, Manfred Hausmann, Joachim Fernau, Karl Korn, W. E. Süßkind, das sind nur einige wenige Namen von früheren Mitarbeitern der FZ oder der Zeitschrift ›Das Reich‹, die nach dem Krieg die auch im NS-Staat lebendige Tradition bürgerlichen Denkens von wichtigen Stellen aus weiterführten. Ohne genauere Kenntnis ihrer Lebensgeschichte wird niemand sich anmaßen, sie als Individuen zu beurteilen; *eine* Schlußfolgerung kann jedoch gezogen werden: die Klasse, der sie angehören, hat sich nicht gescheut, in ihrem eigenen Interesse mit den Faschisten zu kollaborieren. Diese Tatsache ist weithin bekannt; aber man tut gut daran, sie sich immer wieder einmal in ihrer ganzen Tragweite zu vergegenwärtigen. Die Zeitungsquerschnitte bieten dazu eindrucksvolles Material. Das sollen zum Schluß zwei Zitate aus ›Das Reich‹ belegen, die zugleich Musterbeispiele sind für die für diese Zeitschrift typische infame propagandistische Verzerrung unter dem Deckmantel einer zurückhaltenden, „sachlichen“ Sprache.

20 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 4. 1970.

21 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. 4. 1970.

22 Für diesen Zweck gab es in der ausschließlich im Ausland und den eroberten Gebieten vertriebenen Illustrierten ›Signal‹ ein spezielles Propagandamedium.

E. P. Neumann, CSU-Bundestagsabgeordneter und Ehemann der Frau Noelle aus Allensbach, schrieb 1941 unter dem Pseudonym Hubert Neun in einem Stimmungsbericht über Warschau zum Judenghetto: „Es läßt sich nicht exakt angeben, ob in diesem Bezirk vierhundert- oder fünfhunderttausend Juden leben. Diese Frage ist auch nur für den Ältestenrat interessant, jene Institution, die selbständig und von den Ghettobewohnern gewählt für Betreuung und Organisation des Judenviertels zuständig ist. Man überläßt es ihm, um Ruhe und ausreichende Versorgung des jüdischen Bezirks bemüht zu bleiben. Man muß sich in den Gassen und Straßen des Ghettos aufgehalten haben, — dann kann man ermessen, warum es der Warschauer Verwaltung unumgänglich schien, so rasch als möglich eine Trennung zwischen den Juden und den anderen Stadtbewohnern zu ziehen. Auf den engeren Platz beschränkt, prägt sich die anarchische Lebensweise dieser Hunderttausende mit spukhafter Anschaulichkeit ein; es mag wohl kaum einen Ort des Kontinents geben, der einen so plastischen Querschnitt durch die Disziplinlosigkeit und Verkommenheit der semitischen Masse vermittelt. Mit einem Blick kann man die ungeheure abstoßende Vielfalt aller jüdischen Typen des Ostens überschauen; eine Versammlung des Asozialen, so flutet es aus schmutzigen Häusern und schmierigen Läden, straßauf und straßab, und hinter den Fenstern setzt sich die Reihe der bärtigen, bebrillten Rabbinergesichter fort — ein grausiges Panorama“²³. Das Parteimitglied Schwarz van Berk, einflußreiches Mitglied der Redaktion, beschrieb im März 1945 die Erlebnisse der „deutschen Soldaten und Offiziere in den Jahren des Ostfeldzuges“ so: „Sie stießen auf Völker, die in ihrem Lebenszuschnitt wie in ihrem Denken straff aber stur, in größter Breite, aber ohne Tiefe, auf eine einzige Norm zurechtgeschliffen waren. 25 Jahre ohne Kontakt mit der Welt leben, heißt weltfremd werden. Wie hätte die Jugend von einem anderen Glück träumen können, da sie nur das Glück in den eigenen schäbigen vier Wänden kannte? Wie hätte jemand Sehnsucht nach einem besseren Leben empfinden sollen, da alles, was war und geschah, als das einzig mögliche Leben gepriesen war. Die Götter Marx, Lenin und Stalin hatten die Welt erschaffen, und auch den Menschen dazu nach ihrem Bilde — und siehe da, es war sehr gut. Also predigten sie von den roten Kanzeln des Diesseits“²⁴. Abel rechnet Neumann und Schwarz van Berk zu den Journalisten, die „über die bloße Schilderung von Frontereignissen hinaus das ‚Antlitz des Krieges‘ in einer oft ungewöhnlich realistischen, von den sonst üblichen Klischees weitgehend freien Manier zeichneten“, und weist als Beleg dafür ausdrücklich auf den Artikel Schwarz van Berks hin, aus dem das Zitat stammt²⁵. Abels Buch liegt seine Dissertation bei Emil Dovivat zugrunde; ein lobendes Vorwort schrieb namens der Historischen Kommission zu Berlin Hans Herzfeld.

Helmut J. Koch

23 Das Reich, S. 68.

24 Das Reich, S. 205.

25 Abel, S. 90.

Peter Römer

Vom totalen Staat zur totalen bürgerlichen Gesellschaft

Einige Erwägungen anhand neuerer Analysen der Carl-Schmitt-Schule

In einer neueren Analyse der Bundesrepublik finden wir folgende Ausführungen:

Die Bedeutung des Grundgesetzes: Wer das Verfassungsgefüge der Bundesrepublik analysierend beschreiben will, tut gut daran, nicht von den verbalen Gegebenheiten des Grundgesetzes auszugehen. Zwar geschieht das vielfach und ein kaum noch übersehbares Schrifttum orientiert sich an den Stichworten Demokratie, Parteien, Parlamentarismus und Wahlrecht. Auf diesem Wege läßt sich jedoch die Realität des Verfassungsgefüges der Bundesrepublik nicht erschließen.

Die neue Realität: Die große Veränderung, welche die Technik über die Welt gebracht hat, stellt immer deutlicher erkennbar die moderne Industriegesellschaft wie den Staat unter neue Bedingungen. Mit der fortschreitenden Durchtechnisierung der Produktion und des Handels verdichten sich die Interdependenzen. Die unternehmerische Entscheidung ist, ohne ganz zu verschwinden, der Datenauswertung gewichen. Das Ergebnis ist bei den wirtschaftlichen Vorgängen größeren Stils nicht mehr eine punktuelle Entscheidung, sondern ein Plan, an dessen Zustandekommen eine Mehrzahl von Experten mitwirkt. Die Daten, die der Berechnung zugrundeliegen, greifen mehr und mehr aus und umfassen auch nicht-wirtschaftliche Fakten wie Außenpolitik (Entwicklungshilfe), Raumordnung (Industrieansiedlung), Bildungspolitik (Nachwuchs von Arbeitskräften) und vieles andere mehr. *Beispiel Stabilitätsgesetz:* zu behaupten, daß damit der Staat seine Suprematie über Wirtschaft und Gesellschaft bekräftigt habe, wäre voreilig. Denn das, was mit dem Gesetz angestrebt wird, entspricht ebenso den Interessen der Wirtschaft (die insoweit nicht mehr Wirtschaft im überkommenen Sinne ist) wie des Staates (der insoweit nicht mehr Staat im überkommenen Sinne ist). Vielleicht befinden wir uns in einer Entwicklung . . . , die den Blick in eine Zukunft eröffnet, in welcher Staat, Wirtschaft, Soziales, Kultur usw. in einer neuen, heute noch nicht benennbaren Einheit zusammenwachsen. Der große Motor einer solchen Entwicklung ist die Technik. Der amerikanische Soziologe Galbraith hat dieser, den Staat und alle gesellschaftlichen Denominationen überwölbenden Einheit, bereits einen Namen gegeben. Er nennt sie die Technostruktur, die er in den Vereinigten Staaten in wesentlichen Hinsichten bereits verwirklicht sieht. Jedenfalls sind auf diese Weise Wirtschaft und Staat weithin zu einer Funktionseinheit geworden.

Staatliche Willensbildung: Die klassischen Regeln der parlamentarischen Demokratie, nach denen der Regierung eine Opposition als wirkliche Alternative gegenübersteht, gelten heute nicht mehr. Die Opposition bedeutet heute nicht mehr eine auf das Grundsätzliche der staatlichen Selbstorientierung bezogene Alternative, sondern lediglich eine Positionsvariante innerhalb des Gesamtsystems. Das System der parlamentarisch-demokratischen Willensbildung (ist) . . . eng an die Struktur des sozialen

Ganzen angepaßt ... Das gilt zunächst für die Parteien. *Aber auch für die Verbände.* Noch ist die aus der Weimarer Zeit stammende Auffassung nicht erloschen, daß es sich hier um eine pluralistische Zersetzung des Staates handle. Sie entspricht aber nicht mehr den heutigen Gegebenheiten. Denn ... der Staat (ist) auf die Verbände angewiesen. *Wesentlich aber ist*, daß das reibungslose Funktionieren und schließlich vielleicht sogar der Bestand des sozialstaatlichen Ganzen von der Bereitschaft der Menschen (abhängt), sich ihm ganz anzupassen.

Möglichkeit einer Fundamentalopposition: Eine besondere Lage ist hinsichtlich einer strategischen, das sozialstaatliche System und seine Verfassung grundsätzlich angreifenden Opposition entstanden. Sie ist auf staatlicher Seite durch den Mangel an Argumenten gekennzeichnet. Wenn das, was der Staat leistet, von solchen, welche die Adaption verweigern oder welche diese Leistungen als selbstverständlich hinnehmen, nicht anerkannt wird, ist die Auseinandersetzung zu Ende. Der Staat ist auch nicht in der Lage, solchen prinzipiellen Gegnern Konzessionen zu machen, da das sozialstaatliche System mit seinen Implikationen nicht nennenswert verändert werden kann. Die relative Stabilität der öffentlichen Zustände beruht nicht auf der Überzeugungskraft der Staatlichkeit, sondern auf der sozialen Ausgeglichenheit, die ihren wirksamsten Verteidiger in der Arbeiterschaft hat. Wo es recht eigentlich um das geistige Profil des Staates geht, bei den Universitäten, genügt eine aktive Minderheit, um den staatlichen Offenbarungseid auszulösen. Dieser Fall war nicht vorgesehen in dem Konzept eines Gemeinwesens, das seine Verwirklichung in einer bestimmten Sozialordnung suchte und bis heute fand. Die Opposition, die sich einem alle Lebensbereiche umfassenden System gegenübersieht, steht vor der Alternative, sich außerhalb der Wirklichkeit zu formulieren und utopisch zu werden oder sich in der politischen Realität in der Weise zu verorten, daß sie sich in eine der Weltbürgerkriegsfronten — Moskau, Peking, Kuba — eingliedert. Damit fehlt es von vornherein an den Voraussetzungen für eine fruchtbare politische Auseinandersetzung mit systemtranszendenten Gegnern, die eine Alternative anbieten.

Gesamtsystem und Ideologie: Die Leistungen dieser Funktionseinheit (von Wirtschaft und Staat) sind bedeutend. Sie gewährleistet einen hohen Grad der Beschäftigung, der der Vollbeschäftigung nahekommt, Sicherheit des Arbeitsplatzes, sozialen Aufstieg für jedermann, breite Streuung des Sozialprodukts, Unfall- und Altersversorgung und Sozialhilfe in Fällen individueller Bedürftigkeit. So rundet sich das Bild zu einem sozialen Ganzen von rational einsichtiger Struktur, in dem noch ideologische Fragmente früherer Zeiten herumgeistern, ohne — jedenfalls bis heute — ernsthafte Störungen hervorzurufen. Dieses Gefüge ist in hohem Maße durchrationalisiert, in seinem Aufbau und in dem Ineinandergreifen seiner Funktionen von einsehbarer Logik und deshalb auch analysierbar und in der Tat häufig analysiert. Zu keiner Zeit war die Gesellschaft, insbesondere die Wirtschaft, so durchorganisiert, bot sie sich der Öffentlichkeit in Macht und Machtanwendung so sichtbar dar, wie das heute der Fall ist.

Ernst Forsthoff als Kritiker

Manchen Betrachter der obigen Umriss einer Realanalyse der Bundesrepublik mag, insbesondere wenn er die gesellschaftliche und politische Entwicklung in der BRD vorwiegend aus ihrer Darstellung durch „links“ gerichtete Interpreten kennt, ein Gefühl der Verwirrung und des Unbehagens überkommen. Vieles kommt ihm bekannt vor, und eine Anzahl von Details könnten wohl auch Marcuse, Haber-

mas, Agnoli, Kirchheimer, vielleicht sogar Abendroth zugeschrieben werden; andere wiederum lassen sich mit einer solchen Urhebererschaft nur schwer oder gar nicht vereinbaren. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Zitatenzusammenstellung aus dem Aufsatz von Ernst Forsthoff „Verfassung und Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik“¹. Dieser Aufsatz ist in gewisser Weise die Fortsetzung eines berühmt gewordenen anderen desselben Autors: „Die Bundesrepublik Deutschland, Umriss einer Realanalyse“². Er unterscheidet sich von dem früher geschriebenen vor allem in zwei Punkten: Während Forsthoff 1960 noch der Meinung war, die Bundesrepublik als Staat sei zur Funktion der Gesellschaft geworden³, betont er neuerdings die Tendenz zur Verschmelzung von Staat und Gesellschaft zu einer funktionalen Einheit; eine Veränderung des Standpunktes hat Forsthoff auch in der Frage der Möglichkeit einer innenpolitischen Krise vollzogen.

Die Verschmelzung von Staat und Gesellschaft wird von Forsthoff konstatiert, aber nicht gutgeheißen. Das kommt in seinen rechtswissenschaftlichen Schriften, insbesondere in seiner Polemik gegen die Umdeutung der Grundrechte klar zum Ausdruck. Die Grundrechte werden von ihm nicht als Werte, die das gesamte staatliche und gesellschaftliche Leben strukturieren, aufgefaßt, sondern als liberale Abwehrrechte gegen den Staat⁴; allein ein starker Staat könne dem Chaos wehren und die Freiheit bewahren, die in einer totalitären Gesellschaft in Gefahr sei, vernichtet zu werden.

Gegenstand dieser Bemerkungen soll jedoch nicht das Staats- und Verfassungsverständnis Forsthoffs sein und auch nicht sein Ausspielen des Rechtsstaates gegen die Demokratie und beider gegen den Sozialstaat. Einer umfassenderen, beabsichtigten Untersuchung muß auch vorbehalten bleiben, wie die Veränderung im Verhältnis von Staat und Gesellschaft in der Rechts- und Verfassungstheorie in der BRD widergespiegelt wird. Vielmehr soll die Skizze der Realanalyse Forsthoffs, des Carl-Schmitt-Verehrers, des „Erfinders“ des Begriffs der Daseinsvorsorge, des Verfassers des Standardlehrbuchs des Verwaltungsrechts, des meistzitierten Autors des Bundesverwaltungsgerichts, des Bewunderers des nationalsozialistischen Staates⁵ mit Erkenntnissen und Positionen verglichen werden, die von den Theo-

1 Merkur, H. 5, Mai 1968, S. 401 ff. Bei dem hier wiedergegebenen Text handelt es sich um eine aus wörtlichen Zitaten zusammengestellte Kurzfassung dieses Aufsatzes. — Klammern und Hervorhebungen von P. R.

2 Abgedruckt in: Rechtsstaat im Wandel, Verfassungsrechtliche Abhandlungen 1950—1964, 1964, S. 197 ff.

3 Vgl. Rechtsstaat im Wandel, S. 201.

4 Vgl. die Umbildung des Verfassungsgesetzes, abgedruckt in: Rechtsstaat im Wandel, S. 147 ff. Siehe dazu auch Hollerbach, Auflösung der rechtsstaatlichen Verfassung? Archiv des öffentlichen Rechts, 1960, S. 241 ff. Siehe auch die neueste Äußerung Forsthoffs zu diesem Problembereich: Zur heutigen Situation einer Verfassungslehre, in: Epirrhosis, Festgabe für Carl Schmitt, Bd. 1, 1968, S. 185 ff.

5 Vgl. Forsthoff, Der totale Staat, 1933.

retikern der „Linken“, der sogenannten APO, erarbeitet worden sind. In zunehmendem Maße neigt — zumindest die studentische — APO nämlich dazu, sich in ihren Diskussionen abzukapseln; was sich nicht zuletzt in der Bildung einer eigenen, für Außenstehende oft nur noch schwer verständlichen Terminologie zeigt. Damit nimmt man sich nicht nur die Möglichkeit, den wissenschaftlichen Grundsatzopponenten im Detail zu widerlegen, die soziale Funktion seiner Position aufzuzeigen, man verkennt auch, daß die führenden Theoretiker des Establishments, außer einer ideologischen und herrschaftsrechtfertigenden Funktion auch die weitere haben, der Selbstverständigung der Herrschenden zu dienen und ihnen Orientierungshilfen zu liefern. Diese zweite Funktion läßt sich aber nur erfüllen, wenn die gesellschaftliche Realität und ihre Entwicklungstendenzen — zumindest partiell — zutreffend beschrieben werden. Daß aber gerade Carl Schmitt und seine Anhänger einen recht beachtlichen Spürsinn für künftige Entwicklungen gezeigt haben, läßt sich schwerlich bestreiten.

Faschismus und NPD

Es ist eine auf den ersten Blick verblüffende Tatsache, daß Forsthoff in seinem Aufsatz von 1968 mit keinem Wort explizit auf die NPD eingeht; seine Beschreibung der Bundesrepublik scheint hier eine Leerfläche zu haben. Es liegt nahe, in der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit Forsthoffs und ihrer „Bewältigung“ die Ursache dafür zu sehen, daß dies offensichtlich wesentliche innenpolitische Problem nicht behandelt worden ist. Eine solche Vermutung ist jedoch in doppelter Hinsicht unzutreffend. Zum einen hat sich Forsthoff keineswegs geniert, den Nationalsozialismus auch nachträglich noch in einem gewissen Maße zu rechtfertigen, indem er in seiner Schrift „Rechtsfragen der leistenden Verwaltung“ erklärte, der Staat sei in der Weimarer Republik in der Gefahr gewesen, dem gesellschaftlichen Pluralismus zum Opfer zu fallen, und habe sich dagegen — für diese Zeit folgerichtig — durch autoritäre und totalitäre Ausweitungen zu schützen versucht⁶. Zum anderen ergibt sich aus seinen Ausführungen über die neue Technostruktur und die tendenzielle Verschmelzung von Staat und Gesellschaft implizit, daß er einen neuen Faschismus nicht für wahrscheinlich hält. Sowohl aus dem vorstehenden Zitat als auch aus seiner Schrift über den totalen Staat geht klar hervor, daß für Forsthoff von Faschismus nur gesprochen werden kann, wenn ein starker, autoritärer Staat besteht, der, wenn ihm auch die Tendenz zum totalen, auch die Bereiche der Wirtschaft umfassenden Staat innewohnt, dennoch von der Gesellschaft geschieden bleibt. „Aber gerade diejenigen Bezirke, die erst jetzt neu in die Obhut des nunmehr totalen Staates genommen worden sind, wie die Wirtschaft und die Kultur, dürften durchweg für eine bürokratische Leitung nicht geeignet sein“⁷. In sie kann also der Staat allenfalls

6 Forsthoff, Rechtsfragen der leistenden Verwaltung, 1959, res publica Bd. 1, S. 14.

7 Forsthoff, Der totale Staat, S. 35.

mit Maßnahmen, nicht aber auf Grund eigenständiger genereller Regelung eingreifen. Für Forsthoff ist der reine Rechtsstaat, d. h. der Staat, der sich existentiell in der Rechts- und Ämterordnung erschöpft, eine „Gemeinschaft ohne Ehre und Würde“. Begrüßt wird der Nationalsozialismus, weil er das bürgerliche Zeitalter mit rückichtsloser Entschlossenheit liquidiere und den Staat wiederherstelle, der nach der Abschaffung der Monarchie dem Spiel der gesellschaftlichen Kräfte ausgeliefert worden sei, und mit ihm das Politische, das, von seinem legitimen Ort vertrieben, sich in der Gesellschaft selbst angesiedelt habe⁸. Die Verselbständigung der Staatsgewalt, das Zurücknehmen des Politischen in das Staatliche, ist also für Forsthoff ein wesentliches Kennzeichen eines jeden faschistischen Systems. In der Perspektive einer funktionellen Einheit von Staat und Gesellschaft kann deshalb das Faschismus- und NPD-Problem nicht mehr in den Blick kommen, weil für Forsthoffs Faschismustheorie Staat und Gesellschaft grundsätzlich geschieden sind.

Die Verselbständigung des Staates und seines Apparates ist in den Theorien über den Faschismus⁹ vor allem von August Thalheimer in Anlehnung an die Schrift von Marx „Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ untersucht und als Charakteristikum des Faschismus herausgestellt worden¹⁰. Dieser Ansatz Thalheimers¹¹ ist von Griepenburg und Tjaden mit Recht „als der begrifflich differenzierteste und am ehesten noch historisch bestätigte“¹² bezeichnet worden. Er unterscheidet sich von dem Ansatz der Totalitarismustheorien durch die Ablehnung der Formel „rot gleich braun“ und vor allem durch die Erkenntnis, daß der Staat eine von der Gesellschaft abgetrennte Existenz besitzt, sich dieser gegenüberstellt und mithin auch als „totalitärer“ doch Staat bleibt, indes erst der Vereinigung von Staat und Gesellschaft der Begriff Totalitarismus adäquat sein könnte. Deshalb ist auch das Nebeneinander von Norm und Maßnahme für den faschistischen Staat typisch¹³; weil Staat und Gesellschaft sich nicht decken und deshalb staatliche und wirtschaftliche Planungen in

8 Forsthoff, *Der totale Staat*, S. 26.

9 Vgl. den informativen Überblick bei Nolte (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 1967, S. 15 ff.

10 Dieses Merkmal fehlt bei Kühnl, *Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus*, Reihe Hanser, 1969, S. 143 ff. als selbständiges Merkmal des Faschismus; zu Kühnls Faschismustheorie vgl. auch Herkommer, NPD in der „formierten Gesellschaft“, *Das Argument* 48, 10. Jg. 1968, H. 4/5, S. 309 ff.

11 Vgl. Thalheimer, *Über den Faschismus*, in: Bauer, Marcuse, Rosenberg u. a., *Faschismus und Kapitalismus*, Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Hrsg. von Wolfgang Abendroth, 1967, S. 19 ff.; vgl. zu Thalheimer: Tjaden, *Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO)*, Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Hrsg. Wolfgang Abendroth, Bd. 4, 1964, S. 271 ff.

12 Griepenburg-Tjaden, *Faschismus und Bonapartismus*, *Das Argument* 41, 8. Jg. 1966, H. 6, S. 461.

13 Vgl. Fraenkel, *The dual State*, 1941.

Konflikt geraten können, muß mit Einzelmaßnahmen — entweder durch die Führer des exekutivischen Apparates oder durch die Führer der Wirtschaft — eine gegenseitige Anpassung ermöglicht und die Entscheidung zwischen divergierenden Zielen wirtschaftlicher oder bürokratischer Gruppen getroffen werden. Planung im Rahmen der neuen „Technostruktur“, bei Verschmelzung von Staat und Gesellschaft, umfaßt alle Lebensbereiche menschlicher Tätigkeit, läßt keinen Raum für Maßnahme und Dezisionismus, sondern kennt nur noch den Vollzug¹⁴. Das Festhalten Thalheimers an der Selbständigkeit der Exekutive unterscheidet seine Faschismustheorie von der bekannten Interpretation des XIII. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale und von der Dimitroffs, wonach der Faschismus „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“¹⁵ ist. Die Absonderung des Staates bezeichnet im Gegenteil den Tatbestand, daß das Finanzkapital nicht offen und unmittelbar mit Hilfe des willenslosen Werkzeugs Exekutive herrscht, sondern sich einen partiell verselbständigten Staatsapparat schafft, der auf Grund dieser relativen Verselbständigung die Funktion übernehmen kann, Gemeinschaftsideologien zu produzieren und mit dem Schein von Richtigkeit zu bekleiden, die dem kapitalistischen System die Zustimmung der Mittelschichten und sogar von Teilen der Arbeiterklasse sichern, und der in der Lage ist, widersprüchliche Interessen der einzelnen wirtschaftlichen Gruppen zum Ausgleich zu bringen. Der kommunistischen Faschismustheorie ist aber ungeachtet dieser Einschränkung zuzugestehen, daß sie das Wesentliche des Faschismus zutreffend beschreibt. Nach dem von Czichon u. a. vorgelegten Material¹⁶ kann der *bestimmende* Einfluß von Industrie und Banken bei der Aufrichtung des Nationalsozialismus und bei der Festlegung der Richtlinien seiner Politik nicht mehr ernstlich in Abrede gestellt werden. Andererseits muß auch Czichon zugeben: „Es bleibt unbestritten, daß gegenüber der Wirtschaft ein politischer Bereich mit relativierter Gesetzmäßigkeit existiert“¹⁷. Das Faktum des bestimmenden Einflusses des am meisten imperialistischen Teils des Kapitals darf deshalb nicht dazu verführen, die Frage nach den Formen und der Art und Weise, wie dieser Einfluß sich geltend macht, zu vernachlässigen und die von Marx und Engels nie bestrittene, vielmehr eingehend unter-

14 Vgl. H. J. Arndt, Die Figur des Plans als Utopie des Bewahrens, in: Säkularisation und Utopie, Ebracher Studien, Festschrift für E. Forsthoff, 1967, S. 119 ff.

15 Vgl. Pirker, Komintern und Faschismus 1920—1940, Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus, Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 10, S. 187.

16 Czichon, Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, Das Argument 47, 10. Jg. 1968, H. 3, S. 168 ff.; ders.: Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 1967, jeweils mit weiteren Nachweisen.

17 Czichon, Das Argument 47, S. 186.

suchte relative Selbständigkeit des politischen, staatlichen und rechtlichen Überbaus und seiner Rückwirkungen auf die ökonomische Basis in Abrede zu stellen. Dies muß bei der Erklärung des Nationalsozialismus schon deshalb zu fehlerhaften Ergebnissen führen, weil das deutsche Kapital sich diese Form der politischen Herrschaft keineswegs freiwillig, sondern durch seine geschichtliche Lage in der Krise gezwungenermaßen und in Abwehr gegen den Sozialismus gewählt hat¹⁸. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, daß Forsthoff sich über das Verhältnis von faschistischem Staatsapparat und Industrie wohlweislich ausschweigt; anderes von ihm zu erwarten, wäre abwegig. Und dennoch ist sein Standpunkt für die Gegenwart höchst interessant und aufschlußreich, weil er an die Selbststabilisierung des Systems nicht recht zu glauben vermag und deshalb den Verlust der Staatlichkeit und der Legalität beklagt, „der auf den Abbau der Schutzdämme gegen den Bürgerkrieg“¹⁹ hinauslaufe. Der offene Bürgerkrieg, nicht der Faschismus, ist ihm die Gefahr, falls das System in dem Staat und Gesellschaft verschmolzen sind, in eine Krise geraten sollte.

Die unterschiedliche Beurteilung des Entscheidungsspielraumes und der Verselbständigung der Exekutive im Nationalsozialismus durch die nichtbürgerlichen, auf Marx sich berufenden Faschismus-Theoretiker hat zu einer grundsätzlich verschiedenen Einschätzung der Gefahr eines neuen Faschismus in der Bundesrepublik, insbesondere also der Chancen der NPD, und zu einer unterschiedlichen Beurteilung der Möglichkeit einer Fundamentalopposition geführt²⁰. Gemeinsamer Ausgangspunkt ist die Veränderung im kapitalistischen System, die von den Theoretikern in der DDR als das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus beschrieben²¹ und von Forsthoff und anderen bürgerlichen Autoren unter den Begriff der neuen Technostruktur gefaßt wird. Ungeheure Konzentration in der Wirtschaft, Abschaf-

18 Vgl. zum Ganzen mit weiteren Nachweisen neuestens: Bracher, Die deutsche Diktatur, Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Studienbibliothek, 1969. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei betont, daß keineswegs beabsichtigt ist, den Begriff des Faschismus zu bestimmen; lediglich ein Merkmal, die partielle Verselbständigung der Staatsgewalt, ist als dem Faschismus wesentlich herausgestellt worden, weil dies im hier behandelten Kontext (dem sich verändernden Verhältnis von Staat und Gesellschaft) bedeutsam ist — und damit zugleich für jede politologische Analyse, die das Faschismusproblem nicht nur mit den in der Weimarer Republik entwickelten Kategorien analysieren will.

19 Forsthoff, Der introvertierte Rechtsstaat und seine Verortung, in: Rechtsstaat im Wandel, S. 213 ff., S. 226.

20 Vgl. die Schlußbemerkungen von Czichon, Das Argument 47, S. 191 f., und Mason, Primat der Industrie — ? — Eine Erwiderung, Das Argument 47, S. 193 ff., S. 209.

21 Vgl. Hemberger, Maier, Petrak, Reinhold, Schwank (Autorenkollektiv), Imperialismus heute, Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, 4. Aufl. 1967.

fung des Konkurrenz- und Marktprinzips, umfassende Planung und Formierung allen menschlichen Handelns und aller menschlichen Bedürfnisse entsprechend den Verwertungszwängen des Monopolkapitals sind die wesentlichen Kennzeichen dieses neuen Systems. Die Vertreter der Dimitroffschen Faschismusinterpretation haben verständlicherweise keine Bedenken, auch unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, wenn weitere Voraussetzungen hinzukommen, einen neuen Faschismus für denkbar und für möglich zu halten. Dies ist folgerichtig, wenn im Nationalsozialismus die offene Diktatur des Finanzkapitals erblickt und im staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland nur die Fortsetzung einer Entwicklung gesehen wird, die 1919 begann und im Nationalsozialismus bereits eine entscheidende Verstärkung erfuhr²².

Die Verschmelzung von Staat und Gesellschaft muß hingegen denjenigen, die im Faschismus eine partielle Verselbständigung der Staatsgewalt sehen, diesen als historisches Zwischenspiel erscheinen lassen, dessen Ursache die Unfähigkeit des Großbürgertums zur politischen Herrschaft war. Die Fähigkeit der Selbststeuerung dieses kapitalistischen Systems — vor allem durch Vergeudungs- und Rüstungswirtschaft — und zur Manipulierung der seinen sublimen Zwängen unterworfenen Menschen wird als derart groß angesehen, daß jede Veränderung sowohl in Richtung auf den Faschismus als auch in Richtung auf sozialistische Gesellschaftsformen als utopisch erscheint.

Ob es dem Kapitalismus gelungen ist oder es ihm gelingen wird, seine Grundwidersprüche zu überwinden, ob insbesondere in der BRD die funktionale Einheit von Staat und Gesellschaft soweit verwirklicht und stabilisiert ist, daß eine erneute Verselbständigung der Staatsgewalt ausgeschlossen ist, kann hier nicht weiter untersucht werden; ist aber füglich zu bezweifeln. Völlig unbestritten ist aber von rechts bis links, daß die *Tendenz* zur Bildung einer funktionalen Einheit von Staat und Gesellschaft besteht; fraglich ist nur, in welchem Maße diese funktionale Einheit in der BRD bereits verwirklicht ist. Forsthoff jedenfalls spricht ausdrücklich und mit Recht nur von einer tendenziellen Entwicklung zur Technostruktur, die erst in den USA ein höheres Maß an Reife erreicht habe. Die Besonderheit seiner Position ist in der Tatsache zu erblicken, daß er (vorausgesetzt, die prognostizierte Entwicklung zur funktionalen Einheit von Staat und Gesellschaft werde eintreten bzw. sich verstärken) keineswegs die Ansicht Marcuses und seiner Anhänger teilt, dieses neue System sei endgültig selbststabilisiert und könne nur noch von außen oder von Randgruppen in Frage gestellt werden. Forsthoff gehört also weder uneingeschränkt zu den Ideologen der nivellierten Mittelstandsgesellschaft, noch überträgt er vereinfachend Erfahrungen und Begriffe aus der Weimarer Republik auf die Verhältnisse in der BRD und deren voraussichtliche Entwicklung.

Die Möglichkeit einer Fundamentalopposition

Setzt sich die Tendenz zur Einheit von Staat und Gesellschaft fort, so ist also eine Wiederholung des Nationalsozialismus immer weniger zu befürchten. Die Bemühungen derjenigen Linken, die im Herrschaftssystem der BRD — in Vorwegnahme eines zukünftigen Zustandes — diese Einheit bereits weitgehend verwirklicht sehen, dieses neue System dennoch als faschistisch, sei es neofaschistisch, faschistoid oder präfaschistisch zu charakterisieren, haben eher denunziatorischen als erkenntnistmäßigen Charakter und sind deshalb nicht geeignet, das gefährliche Neue angemessen beschreiben zu können.

Diese Begriffe lassen sich sinnvoll überhaupt nur dann anwenden, wenn man — im Ergebnis zutreffend, was vorliegend jedoch nicht abgehandelt werden kann — davon ausgeht, daß die unzweifelhaft vorhandene Tendenz zur Verschmelzung von Staat und Gesellschaft in der BRD nicht zu deren wirklicher funktionaler Einheit führt, weil die Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse die partielle Verselbständigung der Staatsgewalt auch in Zukunft erfordern werden. Bedeutet die funktionale Einheit von Staat und Gesellschaft, gesetzt den Fall, sie wäre nicht nur als Tendenz vorhanden, aber die Unmöglichkeit *jeder* Fundamentalopposition und die unaufhebbare Selbststabilisierung des Systems? Forsthoff gibt darauf zwei — scheinbar — widersprüchliche Antworten. Einerseits ist er der Auffassung, Opposition könne nur noch eine taktische, eine Positionsvariante, oder utopisch sein, andererseits durchzieht sein ganzes Werk die Forderung nach dem starken, dem Bürgerkrieg und dem Klassenkampf wehrenden Staat, sieht er also die Gefahr der „existentiellen Krise“. Die Entwicklung der SPD, die „über das Godesberger Programm in der Richtung der Herausbildung einer solchen Positionsvariante“²³ verlaufen sei, erscheint ihm deshalb als durchaus folgerichtig. Über die Veränderungen innerhalb der staatlichen Willensbildung, insbesondere über den Funktionswandel des Parlaments, ist man sich von Forsthoff bis Agnoli im klaren. Es ist unmittelbar einsichtig, daß bei dem Trend zur Zusammenfassung von Staat und Gesellschaft in ein Gesamtsystem, das an den Verwertungsbedürfnissen des Monopolkapitals ausgerichtet ist, die noch bestehenden staatlichen Institutionen in zunehmendem Maße ungeeignet werden, ein Mittel zur Durchsetzung einer echten Alternative zu sein. Die Hoffnungen der Revisionisten aller Art, mit Hilfe der Exekutive, z. B. mit Hilfe des Monarchen, oder mittels des Zauberstabes der 51 % im Parlament eine Alternative durchzusetzen, müssen endgültig begraben werden. Sie hatten — und haben — nur bei einer Trennung von Staat und Gesellschaft den Schein von Berechtigung, weil die partielle Verselbständigung der Staatsmacht, die von der Fundamentalopposition taktisch ausgenutzt werden konnte, den Irrtum hervorzurufen vermochte, der Staat sei tatsächlich vollkommen von den gesellschaftlichen Kräften unabhängig und nicht das Produkt der herrschenden Klasse. Zieht aber Forsthoff, wie manche Linke in der Bundesrepu-

23 Forsthoff, Merkur, 1968, S. 406.

blik, daraus den Schluß, das System werde also immer unangreifbarer? Sehr zutreffend — und im Unterschied zu gängigen Ansichten innerhalb der linken Opposition — weist Forsthoff darauf hin, daß das System insoweit empfindlicher geworden ist, als es in zunehmendem Maße außerstande ist, Konzessionen zu machen, vorübergehend zurückzuweichen. Die Richtigkeit dieser Behauptung ergibt sich aus der Notwendigkeit umfassender, alle Lebensbereiche erfassender Planung, in die sowohl aus technischen Gründen als auch wegen der Erwartungen und den Verhaltensdispositionen der anderen Beteiligten nicht nennenswert eingegriffen werden kann. Das System kann mit einem Kreisel verglichen werden, der sich mit hoher Geschwindigkeit dreht und der den Eindruck zu erwecken vermag, er könne in alle Zukunft mit Sicherheit, Genauigkeit und Beständigkeit seine Kreise ziehen, und der doch als Ganzes, je höher seine Geschwindigkeit wird, durch eine geringfügige Umverlagerung der Kräfte in seinem Inneren oder durch einen Anstoß von außen aus der Bahn geworfen werden kann. Forsthoff diagnostiziert durchaus richtig, daß die Tendenz zur größeren Empfindlichkeit des Systems geht, daß die existentielle Freund-Feind-Unterscheidung früher und im umfassenderen Maße eintritt und daß deshalb für eine Fundamentalopposition ein starker Zwang zur Einordnung und Entscheidung für eines der großen gesellschaftlichen und politischen Alternativsysteme zum kapitalistischen (Moskau, Peking, Kuba) besteht; Forsthoff spricht in diesem Zusammenhang von den Weltbürgerkriegsfronten. Rüdiger Altmann, dessen Analysen denen Forsthoffs sehr verwandt sind, äußert sich noch drastischer. Der Verlust der manipulierten Gesellschaft an Staatsfähigkeit birgt seiner Ansicht nach „Elemente des Katastrophalen“, die „Rückseite des Fortschritts“ zeigt „apokalyptische Symbole“. „Mit Sozialtechniken und Globalsteuerungen, auch mit der weiteren Steigerung ihrer Produktivkräfte kann die manipulierte Gesellschaft dieser Gefahr nicht begegnen, wenn sie dabei ihren Willen zur Geschichte verliert“²⁴. Der Wille zur Geschichte ist nach Altmann der Wille, den Zerfall der Welt aufzuhalten, was nur dem „Staat als Bewahrer des Fortschritts, als aufhaltende(r) Kraft“ gelingen könne²⁵. Der Wille zur Geschichte, zum Staat ist im Altmannschen Kontext, soviel ist klar, der Wille zum Imperialismus, zur gewalttätigen Aufrechterhaltung des Systems. Wird damit aber der objektiv-richtige Gehalt der Analysen Forsthoffs, Altmanns u. a. entwertet? Ist der Hinweis auf die Leviathane, die die Welt im zunehmenden Maße bevölkern, wissenschaftlich verbrämtes Imponier- und Angstgehabe? Die prügelnden Polizisten in Chikago und Berlin, der Vietnamkrieg vor allem, zeigen eindeutig, mit welcher Rücksichtslosigkeit, Härte, Grausamkeit und brutaler Offenheit bereits dann reagiert wird, wenn auch nur in Randzonen gegen das System opponiert wird. Welche Formen die Auseinandersetzung annehmen

24 Altmann, Späte Nachricht vom Staat, Merkur, 1968, H. 1, S. 5 ff., S. 10.

25 Altmann, Merkur, 1968, S. 11.

würde, wenn es wirklich um die Gesamtexistenz ginge, wagt man sich kaum auszudenken. Die Schmittianer sind, auch als die Theorie von der Überfluß- und der nivellierten Mittelstandsgesellschaft in voller Blüte stand, dieser Harmonisierungsideologie nie aufgesessen, im Gegensatz zu manchen Linken. Ihre Entscheidung für den autoritären und gegebenenfalls auch den nationalsozialistischen Staat — dies muß man zugeben, gerade wenn man diese Entscheidung ablehnt — enthält jedenfalls mehr und exakte Beobachtung der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit und mehr Folgerichtigkeit als die Mao-Zitatspielereien der studentischen APO angesichts der sich abzeichnenden Gefahr einer Weltbürgerkriegssituation. Die Arbeiter in der Bundesrepublik beweisen sehr viel richtigen Klasseninstinkt, wenn sie Versuche, ausgerechnet in der Bundesrepublik mit ihren Grenzen und ihrer Vergangenheit die Revolution als Happening zu veranstalten, gar nicht zur Kenntnis nehmen.

Gegen die Forsthoffsche apokalyptische Vision der Möglichkeit eines Bürgerkrieges könnte allerdings eingewandt werden, eine solche Situation verlange den stärksten Einsatz staatlicher Machtmittel, von Polizei und Armee — damit werde aber die prognostizierte Einheit von Staat und Gesellschaft wieder aufgehoben und der Staat restauriert. Ein solcher Einwand kann nur wegen der Unklarheit des Staatsbegriffs erhoben werden²⁶. Die funktionale Einheit von Staat und Gesellschaft im Kapitalismus bedeutet nicht die Auflösung der normativen Zwangsordnung — insoweit bleibt der Staat notwendigerweise erhalten —, bedeutet nicht die Aufhebung der Herrschaft über die Menschen und ihre Ersetzung durch die Verwaltung von Sachen und die Regelung von Produktionsabläufen; dies ist nur im Sozialismus möglich. Polizei, exekutive Gewalt verschwinden in der Einheit von Staat und Gesellschaft nicht. Gemeint ist vielmehr, daß der Staat in seinem „Gegensatz“ zu Gesellschaft zu existieren aufhört, und zwar sowohl in seiner „wirklichen Realität“, in seiner relativen und partiellen Verselbständigung gegenüber der Gesellschaft, als auch in seiner bloß scheinbaren Realität (die, wenn auch nur als Schein, dennoch im liberalen, noch nicht staatsmonopolistischen Kapitalismus wirksam war), in der er als Vertreter des Gemeinwohls und des Kollektivinteresses auftrat. Die Verschmelzung von Staat und Gesellschaft im Monopolkapitalismus bedeutet also nicht das Absterben des Staates, sondern die Übernahme des „staatlichen“ Apparates und der „staatlichen“ Aufgaben in die unmittelbare, eigene Regie der herrschenden Klasse. Der Staat ist dann nichts als der „führende Teil der Privatwirtschaft selbst“²⁷. Dann aber kann er seine frühere, teils reale,

²⁶ Einen guten Überblick über die Staatsbegriffe gibt noch immer Kelsen, *Der soziologische und der juristische Staatsbegriff, Kritische Untersuchung des Verhältnisses von Staat und Recht*, 2. Aufl. 1928.

²⁷ Vgl. zu dieser Rolle des Staates: Hofmann, *Notstand der Demokratie, Referate, Diskussionsbeiträge und Materialien vom Kongreß am 30. Oktober 1966 in Frankfurt am Main, Sammlung res novae*, Bd. 34, S. 99 ff., insbes. S. 101, und ders., *Die Krise des Staates und des Rechts, Kritische Justiz*, H. 1, 1968, S. 1 ff.

teils ideologisch-scheinbare Rolle als Vermittler zwischen den Klasseninteressen nicht mehr spielen, so daß, wenn es zu dem Konflikt kommt, die Bürgerkriegslage, die Forsthoff befürchtet, eintritt.

Ein Bürgerkrieg in den hochindustrialisierten Staaten würde, wenn er in einer Situation begonnen werden würde, in der eine der Parteien nicht so stark ist, daß sie in relativ kurzer Zeit den Sieg erringen kann, einen entsetzlichen Rückfall in äußerste Barbarei bedeuten, von der sich selbst die fortschrittliche und demokratische Partei, falls sie gewinnen sollte, erst nach langer Zeit erholen könnte; die Greuel eines solchen Krieges würden alles, was während des Zweiten Weltkrieges in der Welt und danach in Algerien, Indonesien, Vietnam und anderswo an Greueln geschehen ist, noch in den Schatten stellen; man denke z. B. nur an die Weiterentwicklung der chemischen und biologischen Waffen. Weite Kreise der Linken in den westlichen, hochindustrialisierten Staaten, insbesondere unter den Intellektuellen, sind derart auf die Suche nach dem „revolutionären Subjekt“ fixiert, haben die Fähigkeit des Systems zur Manipulation der Beherrschten in einem solchen Maße übersteigert (Religion, Chauvinismus waren schließlich auch recht beachtliche Manipulationsinstrumente), daß jede längerfristige Perspektive fehlt, was denn für eine Strategie einzuschlagen sei, wenn Krisen im staatsmonopolistischen Kapitalismus auftreten und die „unteren Schichten“ nicht mehr in der alten Weise weiterleben wollen. Das hat sich im Mai 1968 in Frankreich sehr deutlich gezeigt; in der Euphorie darüber, daß sich in Teilen der Bevölkerung, vor allem unter den Jugendlichen, eine revolutionäre Stimmung ausbreitete, wurde jede konkrete Analyse der tatsächlichen Machtverhältnisse unterlassen, und man war bereit, sich in Abenteuer zu stürzen, die mit Sicherheit zu einer völligen Niederlage und Zerschlagung aller fortschrittlichen Kräfte geführt hätte, weil die Armee hinter de Gaulle stand und ein großer Teil der Bevölkerung, insbesondere das gesamte Bürgertum, sich, wenn es zum offenen Kampf gekommen wäre, für die „Partei der Ordnung“ entschieden hätte. In dieser Situation meinten viele dem roten Banner des Marxismus zu folgen — und stolperten in Wirklichkeit nur dem roten Schopf eines beredten Studenten nach. Lenin hat zutreffend festgestellt, die Revolution könne nur siegen, wenn die „unteren Schichten“ nicht mehr in der alten Weise weiterleben wollen und die „oberen Schichten“ es nicht mehr können. Die zweite Voraussetzung muß auch gegeben sein; das heißt nicht, man solle einfach abwarten, bis der Kapitalismus zusammenbricht. Die „unteren Schichten“ müssen vielmehr selbst die Unfähigkeit der oberen, die Macht zu behalten, bewirken. Die Auseinandersetzung darf aber erst dann aufgenommen werden, wenn die objektive Situation dazu drängt. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus, der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten der Produktionsverhältnisse, demgemäß das gesellschaftlich Produzierte privat angeeignet wird²⁸, muß

28 Vgl. Basso, Zur Theorie des politischen Konflikts, edition suhrkamp 308, S. 9 mit weiteren Nachweisen.

deshalb sehr stark zugespitzt und offenkundig sein, ehe eine Veränderung der Produktionsverhältnisse konkret verwirklicht werden kann. Es ist unzweifelhaft, daß dieser Widerspruch in den kapitalistischen Staaten immer stärker wird (übrigens in Frankreich, trotz planification noch nicht so groß ist wie in den USA und in der BRD), weil die Konzentration des Kapitals ständig und in immer beschleunigterem Maße zunimmt, die „staatliche“ Regulierung von Produktion und Distribution immer größere Bedeutung gewinnt. Fraglich ist aber, ob dieser Widerspruch auch den von ihm Betroffenen bewußt wird. Forsthoff und andere Schmittianer beantworten diese Frage, wie ausgeführt, im Gegensatz zu zahlreichen Linken, dahin, daß die Gefahr des Konflikts besteht; sie beklagen die „staatsideologische Unterbilanz“, eben weil sie unausgesprochen befürchten, daß dieser Widerspruch erkannt und deshalb die Forderung auf seine Aufhebung erhoben wird, ohne daß dieser Forderung entgegengehalten werden kann, der Staat besorge das Gemeinwohl und der „Wirtschaft“ müsse, in gewissen Grenzen, das Recht gewährt werden, sich nach ihren eigenen „Gesetzen“, denen des Marktes, zu richten.

Manipulation und Ideologie

Forsthoff und Altmann zeigen zwar die „Gefahr“ auf und stützen insoweit nicht die Beschwichtigungsideologie der klassenlosen nivellierten Mittelstandsgesellschaft. Aber die reale Ursache der „Gefahr“ können sie, ohne ihren Standpunkt aufzugeben, nicht benennen. Altmann betont vielmehr, entgegen dem geradezu überwältigenden Augenschein, der Verlust an Staatlichkeit sei kein Sieg der Wirtschaft oder wirtschaftlicher Interessen, sondern die Durchsetzung technologischer Methoden, „abgestützt durch Ökonometrie und Verhaltensforschung“²⁹. Und auch Forsthoff behauptet, die „soziale Ausgeglichenheit“ habe ihren wirksamsten Verteidiger in der Arbeiterschaft. Es lohnt kaum die Mühe, darauf hinzuweisen, daß bei zunehmender Konzentration der Produktionsmittel in den Händen einer winzigen Schicht von sozialer Ausgeglichenheit schlechterdings nicht die Rede sein kann. Andererseits ist aber die Feststellung, daß bei den Arbeitern in der BRD keine revolutionäre Stimmung herrsche, nicht unrichtig. Woher also die „Elemente des Katastrophalen in der Dynamik von Wirtschaft und Gesellschaft“ kommen sollen, bleibt bei Altmann unerklärt. Als bedeutsam ist nur festzustellen, daß die Schmittianer von Altmann bis Werner Weber der Stabilität der zur neuen Technostruktur zusammengewachsenen Einheit von Staat und Gesellschaft im Rahmen des Kapitalismus nicht trauen und dem starken, autoritären Staat nachtrauern. Und dies, so ist zu ergänzen, wegen des immer offenkundiger werdenden kapitalistischen Grundwiderspruchs von ihrem Standpunkt aus zu Recht.

Der Einwand, dieser Widerspruch ließe sich trotz seiner objektiven Zuspitzung der Arbeiterschaft nicht mehr vermitteln, greift nicht

²⁹ Altmann, Merkur, 1968, S. 9.

durch³⁰. Der mit „der privatwirtschaftlichen Kapitalverwertung nach wie vor in die Struktur der Gesellschaft eingebaute Konflikt“ ist nach Habermas³¹ derjenige, „der mit der relativ größten Wahrscheinlichkeit latent“ bleibe, denn der staatlich geregelte Kapitalismus lege durch eine Konfliktvermeidungspolitik den Klassenkampf still. Die These, der Grundwiderspruch des Kapitalismus manifestiere sich nicht mehr in einzelnen konkret erfahrbaren Krisen, die dann den von ihnen Betroffenen auch in ihren Ursachen und ihrem Gesamtzusammenhang mit der Organisation des Systems theoretisch vermittelbar sind, wird m. E. zutreffend von zahlreichen marxistischen Theoretikern bestritten. Dies Problem kann im vorliegenden Zusammenhang nicht vertieft werden, jedoch sei darauf hingewiesen, daß die Rezession in der Bundesrepublik und die Art ihrer Behebung zwar einerseits die Habermasche These von der Selbststabilisierung stützt, andererseits aber den Konzentrationsprozeß beschleunigt, die „Formierung“ der Gesellschaft vorangetrieben und damit den Grundwiderspruch verstärkt hat; vor allem hat sich gezeigt, daß Vollbeschäftigung, die man braucht, will man die Arbeiter für sich gewinnen, nur bei hohen Profiten gewährleistet werden kann; diese hohen Profite aber waren bei gleichzeitiger Stagnation der Löhne und der Massenkaufkraft nur durch eine günstige außenwirtschaftliche Lage und durch Export zu erzielen. Nur dadurch war es möglich, daß die hohe Zuwachsrate der Produktion und die stagnierende effektive innere Nachfrage nicht zu einer neuen, noch stärkeren Krise geführt haben.

Radikaler, d. h. die Wurzeln des Marxismus angreifend, als die These von der Latenz des kapitalistischen Grundwiderspruchs ist folgende Behauptung von Habermas: „Wenn sich die Gesellschaft nicht mehr ‚autonom‘ — und das war das eigentlich Neue an der kapitalistischen Produktionsweise — als eine dem Staat voraus- und zugrunde liegende Sphäre selbstregulierend erhält, stehen Staat und Gesellschaft nicht länger in einem Verhältnis, das die Marxsche Theorie als das von Basis und Überbau bestimmt hatte. Dann aber kann eine kritische Theorie der Gesellschaft auch nicht mehr in der ausschließlichen Form einer Kritik der Politischen Ökonomie durchgeführt werden. Eine Betrachtungsweise, die die ökonomischen Bewegungsgesetze methodisch isoliert, kann nur so lange beanspruchen, den Lebenszusammenhang der Gesellschaft in seinen wesentlichen Kategorien zu erfassen, als Politik von der ökonomischen Basis abhängig ist und diese nicht umgekehrt auch schon als eine Funktion von Staatstätigkeit und politisch ausgetragenen Konflikten begriffen

30 Vgl. Abendroth, Demokratisch-liberale oder revolutionär-sozialistische Kritik? in: Die Linke antwortet Jürgen Habermas, res novae provokativ, S. 131 ff., s. auch ders., Zum Problem der Rolle der Studenten und der Intellektuellen in den Klassenauseinandersetzungen der spätkapitalistischen Gesellschaft, Das Argument, H. 45, Dez. 1967, S. 409 ff.

31 Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie“, edition suhrkamp 187, S. 84.

werden muß. *Kritik der Politischen Ökonomie* war, Marx zufolge, Theorie der bürgerlichen Gesellschaft nur als *Ideologiekritik*. Wenn aber die Ideologie des gerechten Tausches zerfällt, kann das Herrschaftssystem auch nicht mehr an den Produktionsverhältnissen *unmittelbar* kritisiert werden³². Bereits Abendroth³³ hat zutreffend darauf hingewiesen, daß es wenig überzeugend ist, eine Theorie und ihre Fragestellung abzulehnen, weil eben dies, was diese Theorie — und nur diese — vorausgesagt hat, auch tatsächlich eingetreten ist: die Tendenz zum das Marktprinzip aufhebenden Monopolkapitalismus. War aber im übrigen jemals Politik *nur*³⁴ ein Überbauphänomen? War nicht stets, auch in der Hochblüte des Liberalismus, die ökonomische Basis auch zugleich eine Funktion von Staatstätigkeit und politisch ausgetragenen Konflikten? Und haben nicht gerade Marx und Engels diese Wechselbeziehungen zwischen ökonomischer Basis und politisch-rechtlichem Überbau auf das exakteste beschrieben? Ist es nicht nur der platteste Vulgärmarxismus gewesen, der in dem Überbau bloße Widerspiegelung der Basis und sonst nichts gesehen hat? Hat denn die angebliche Autonomie der Gesellschaft und ihrer kapitalistischen Produktionsweise jemals realiter bestanden? Liegt hier nicht ein von der tatsächlichen geschichtlichen Entwicklung³⁵ abstrahiertes Modelldenken vor, das eher liberalistische Ideologien als marxistische Theorie reproduziert?

Obwohl Habermas die Verschmelzung von Staat und Gesellschaft konstatiert, verwendet er weiter die überkommenen, dem neuen staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht mehr adäquaten Begriffe von „staatlicher“ Intervention und von „politischer Herrschaft“, die nach neuer Legitimation verlange. In dieser Hinsicht sehen die Schmittianer klarer: mit der Entwicklung zum Monopolkapitalismus wächst die Tendenz zur Abschaffung von Staat und staatlich-politischer Herrschaft. Das heißt nicht, wie die Ideologen der neuen „Technostruktur“ behaupten, daß Herrschaft überhaupt aufhöre und alles nur nach den Regeln technischer Rationalität ablaufe. Wohl aber hört Herrschaft als eine durch den Staat, seine allgemeinen Gesetze und seine dezisionistischen Maßnahmen vermittelte auf. Je stärker die Entwicklung zu einem „Welttrust der Monopole“ (Lenin) wird, in um so stärkerem Maße wird — vielleicht hinter einer noch aufrechterhaltenen staatlichen Fassade — die staatliche Gesetzgebung durch die Planaufstellung der wissenschaftlichen Stäbe der Monopole ersetzt werden, wird an die Stelle staatlicher Streitentscheidung, staatlicher Polizei, staatlicher Fürsorge die Betriebsjustiz, der Betriebs-

32 Habermas, *Technik und Wissenschaft als „Ideologie“*, S. 75—76 — Hervorhebungen von J. H.

33 Abendroth, *Demokratisch-liberale oder revolutionär-sozialistische Kritik?* S. 135.

34 Habermas, *Technik und Wissenschaft*, S. 75 (Sperrung von J. H.).

35 Vgl. zur historischen Entwicklung in Deutschland, Conze (Hrsg.), *Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz 1815—1848*, *Industrielle Welt* Bd. 1, Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, dort insb. Koselleck, *Staat und Gesellschaft in Preußen 1815—1848*, S. 79 ff.

selbstschutz und Betriebsfürsorge der Monopole treten. Herrschaft läßt sich dann nur noch an den Produktionsverhältnissen unmittelbar kritisieren; gerade das Gegenteil der Habermaschen These ist richtig. Wo, wenn nicht an den Produktionsverhältnissen, könnte Kritik noch ansetzen, wenn der Kapitalismus alles, seinen eigenen Überbau, selbst Staat und Recht zerschlagen und das gesamte menschliche Leben unmittelbar seinen Verwertungsbedürfnissen unterworfen hat?

Die Tendenz zur unmittelbaren, nicht mehr politisch-staatlich-rechtlich vermittelten Herrschaft der Monopole, die sich auf alle Lebensbereiche, nicht mehr nur auf die Produktionsverhältnisse allein erstreckt, läßt einerseits den Grundwiderspruch des Kapitalismus offenkundiger werden, andererseits aber ist an die Stelle früherer Ideologie, die die „opake Gewalt der Verblendung“ besaß, eine neue „eher gläserne Hintergrundideologie“³⁶ getreten, die die Wissenschaft zum Fetisch macht. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt hat, wie Habermas und Marcuse zuzugeben ist, Legitimationsfunktion für den Kapitalismus übernommen. Unter der — wie ausgeführt, keineswegs gesicherten — Voraussetzung, es gelänge dem kapitalistischen System mit Hilfe technisch-wissenschaftlicher Systemsteuerung, Sicherheit und bestimmte Wohlstandsminima konstant zu gewährleisten, besteht allerdings die Gefahr, daß durch die Nutzbarmachung technisch-wissenschaftlicher Rationalität für die Irrationalität des Gesamtsystems der Eindruck entsteht, die Aufhebung des Gesamtsystems müsse auch zur Aufhebung der in ihm scheinbar unlösbar enthaltenen technisch-wissenschaftlichen Rationalität führen. Der Eindruck der Unablösbarkeit des technischen Fortschritts von dem Kapitalismus hat seine Ursache in der Unfähigkeit einer an bloßer Zweckrationalität ausgerichteten Wissenschaft, den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu reflektieren oder gar zu transzendieren. Hinzu kommt, daß der technisch-wissenschaftliche Fortschritt, unabhängig in welchem gesellschaftlichen System er sich entfaltet, in der Tat bestimmte Formen der Produktion, bestimmte Formen der Organisation des menschlichen Zusammenlebens zwingend vorschreibt. Aufgabe linker Kritik kann es bei einer solchen Sachlage nur sein, den ideologischen Charakter, den Wissenschaft und Technik angenommen haben, zu zerstören, indem sie aufzeigt, was an Organisation, Zwang, Unterdrückung, Leistung gemäß dem Stand der Wissenschaft wirklich zur Entwicklung und Befriedigung menschlicher Bedürfnisse erforderlich und was zusätzliche Unterdrückung ist, die ihre Ursache in der kapitalistischen Produktionsweise hat. Eine Kritik von links indes, die die — unvermeidlichen — Rückwirkungen der Technik auf das gesellschaftliche System zur eindimensionalen Technostruktur hypostasiert und den bestimmenden Charakter der Produktionsverhältnisse leugnet, trägt zur Verdinglichung des — partiell — ideologischen Charakters von Technik und Wissenschaft bei.

Die Arbeiter haben in den hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten mehr zu verlieren als nur ihre Ketten. Die Behauptung,

Forsthoffs, das System habe seinen wirksamsten Verteidiger in der Arbeiterschaft selbst, bleibt richtig, wenn es nicht gelingt, die spezifische Irrationalität kapitalistischer Produktionsweise aufzuzeigen. Die generelle und undifferenzierte Ablehnung jedes Leistungsprinzips, jeder Organisation, aller Warenproduktion, wie sie in einem erschreckend zunehmenden Maße von sich als links stehend empfindenden Studenten, Künstlern und Intellektuellen verkündet wird, vermag nicht nur wegen der Manipulationsmaschinerie der Herrschenden bei den Arbeitern kein revolutionäres Bewußtsein zu schaffen. Ist nicht vielmehr die Vorstellung, das Leistungsprinzip könne bereits bei dem gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte aufgehoben werden, allzu offenkundig utopisch? Ist nicht vielleicht allzu leicht einsehbar, daß diese Behauptung bestürzend inhuman und egozentrisch ist angesichts des ungeheueren Elendes, in dem die große Mehrheit der Erdbevölkerung lebt und das nur durch kollektive, intensive langandauernde Anstrengung auch bei Aufhebung des Kapitalismus beseitigt werden könnte? Ist denn ernsthaft zu bestreiten, daß die Weiterentwicklung der Produktivkräfte ohne umfassende langfristige Planung, die notwendigerweise die Spontaneität und die Freiheit zugunsten des Planvollzugs einschränken muß, unmöglich ist? Was gar soll man zu der Behauptung sagen, daß den im Monopolkapitalismus produzierten Waren *jeder* Gebrauchswert abzusprechen sei? Das fing mit der Kritik von Warenhauskatalogen an (Enzensberger), steigerte sich zu Brandlegung im Kaufhaus und äußert sich nunmehr wie folgt: „In dem Maße, wie das gesellschaftliche Verhältnis der Warenproduzenten zum Produkt ihrer Tätigkeit in den Waren selbst gegenständlich, sinnlich wird, muß die Aneignung der Produkte durch die Produzenten zur Zerstörung dieses ihres Warengesichts werden. Die Autos, die auf den Pariser Barrikaden brannten, zeigten eine erste Anwendung des Gebrauchswertes Auto unter den Bedingungen des Spätkapitalismus“³⁷. Mit Recht hat der Verfasser dieser These aus der Hand des Berliner Regierenden Bürgermeisters einen Staatspreis erhalten, denn kein bezahlter Agitator hätte besser die Behauptung stützen können, mit der Zerstörung des Kapitalismus werde notwendigerweise auch alles zerstört, was er objektiv an Fortschritten im wissenschaftlich-technischen Bereich und in der Weiterentwicklung der Produktivkräfte geleistet habe.

Die Aufgabe der Intelligenz³⁸ besteht demgegenüber in der klaren Abtrennung der Widersprüche und Irrationalismen, die durch die kapitalistische Produktionsweise verursacht sind, von den — zweifellos ebenfalls nicht zu vernachlässigenden — Problemen, die der wissenschaftlich-technische Fortschritt als solcher, also auch in der ersten

37 Schneider, Die Phantasie im Spätkapitalismus und die Kulturrevolution, Kursbuch, H. 16, März 1969, S. 1 ff., S. 26, vgl. auch S. 14.

38 Vgl. auch Abendroth, Klassenauseinandersetzungen in der spätkapitalistischen Gesellschaft — Die Rolle der Intelligenz, in: Revolution gegen den Staat? Die außerparlamentarische Opposition — die neue Linke. Hrsg. von Dollinger, S. 14 ff.

Phase einer sozialistischen Gesellschaft, erzeugt. Wird diese Arbeit geleistet, ist kein Anlaß zur Resignation gegeben und zur Befürchtung, die Bewußtseinsmanipulation sei so groß, daß trotz des im Monopolkapitalismus immer offenkundiger werdenden Grundwiderspruchs des Kapitalismus dieser dennoch verschleiert werden könnte. Der Manipulationsapparat ist nicht nur Ausdruck der Fähigkeit des Kapitalismus, in höchst subtiler und vervollkommneter Form das Bewußtsein zu beeinflussen. Er zeigt zugleich eine Schwäche des Systems an, das diesen Apparat lebensnotwendig braucht, weil es die Zustimmung der Massen benötigt, die gerade nicht, wie bürgerliche Ideologie es weismachen will, selbstverständlich ist, sondern auf immer schwierigerem und kostspieligerem Weg erst hergestellt werden muß.

Marios Nikolinakos

Materialien zur kapitalistischen Entwicklung in Griechenland

(2. Teil)

III. Die Periode der Industrialisierung

Der Periode nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gebührt eigentlich eine eingehende Analyse, die im Rahmen dieser Abhandlung nicht unternommen werden kann. Aus diesem Grunde wie auch aus der Tatsache heraus, daß die vorhandene Literatur ausreichend ist, werden wir uns hier auf die Hauptlinien der kapitalistischen Entwicklung beschränken. Für eine materialreiche Studie des Entwicklungsstandes Griechenlands am Anfang der 60er Jahre verweisen wir auf unseren gleichnamigen Aufsatz von 1967²¹⁸.

Der Krieg hinterließ Griechenland fast verwüstet. Die Industrie produzierte nur $\frac{1}{3}$ ihrer Vorkriegsnorm, Arbeitslosigkeit herrschte in großem Maße, die Löhne waren 70—85 % niedriger als vor dem Krieg. Das Straßen- und Bahnnetz war zum großen Teil zerstört, die Einnahmen des Staates deckten knapp 40 % der nötigen Ausgaben. Die Inflation garte und dreimal in kurzer Zeit wurde der Versuch unternommen, die Drachme zu stabilisieren²¹⁹. Die Agrarproduktion war zwischen 20 und 70 % zurückgegangen, 70 % der Kraftfahrzeuge, 73 % der Schiffstonnage standen nicht mehr zur Verfügung, 100 000 Wohnungen waren völlig und 50 000 zum Teil zerstört²²⁰. Der Handel ging erheblich zurück. Im Jahre 1944 beliefen sich die Importe auf

218 Siehe M. Nikolinakos: Der Entwicklungsstand Griechenlands, in „Hellas“, Zeitschrift des Deutsch-griechischen Vereins, Bonn, Nr. 18, Bd. 6, Sept. 1967, S. 29—49.

219 Der Index der Industrieproduktion im März 1946 sah folgendermaßen aus: 1939 = 100

Metallbau	22	Papier	40
Maschinenbau	10	Tabak	108
Wohnungsbau	30	Holz	10
Textilien	41	Bergbau	12
Chemieindustrie	40	Elektrizität	87
Gerbeindustrie	10		

Der Preisindex bewegte sich von 4,9 im Nov. 1944 auf 168,1 im April 1946. Siehe Angelopoulos: I elliniki oikonomia... (Die griechische Wirtschaft...), a.a.O., S. 20 und Fußn. 15 und 16 auf S. 39. Siehe weiter N. G. Sideris: I elliniki viomichania (Die griechische Industrie), Athen 1950, insb. S. 6—9, 186 ff.

220 Evelpidis: Oikonomiki kai koinoniki istoria... (Wirtschafts- und Sozialgeschichte...), a.a.O., S. 71—73. Munkman (American Aid to Greece, a.a.O., S. 46) gibt folgende Angaben:

nur 286 000 Tonnen, die Exporte auf 33 000 Tonnen. Die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1936 waren 2 586 000 Tonnen und 985 000 Tonnen²²¹. Der nach dem Krieg erfolgte Bürgerkrieg 1946—49 hatte weitere Zerstörungen und eine Verzögerung des Wiederaufbaus zur Folge. Die Kapitalien, mit denen Griechenland von den Verbündeten versorgt wurde, halfen dazu, daß sich ab 1950 die Wirtschaft dem im Jahre 1939 erreichten Entwicklungsniveau anzunähern begann.

Die Hauptfrage nach dem Krieg war die Frage der Industrialisierung Griechenlands. Seit je herrschte in Griechenland die Meinung, daß das Land nicht über die nötigen Rohstoffe verfüge und demzufolge die Industrialisierung nicht möglich sei. Man hat sogar von einer „künstlichen Industrialisierung aus außenwirtschaftlichen Gründen“ gesprochen²²². Von diesen Überlegungen war auch die Industriepolitik in der vorigen Periode beherrscht²²³. Stefanidis, Zolotas und Charitakis haben in ihren Schriften mit Recht die Meinung vertreten, daß das Fehlen von Rohstoffen und Energiequellen kein ausreichender Grund dafür ist, daß in Griechenland keine Industrie existieren könne²²⁴. Charitakis nennt als Beispiel Italien und das Gebiet um

Produktion in Tonnen	1938	1947
Weizen	768 000	578 000
Korinthen	158 000	76 000
Fleisch	111 000	88 000
Milch	705 000	441 000
Industrieproduktion (Index)	100 (1939)	67
Züge im Dienst	412	134
Lastwagen	6 725	2 036
Zahl der Handelsschiffe	607	270

Vgl. weiter Sweet-Escott: Greece, a.a.O., S. 94 f.

221 Siehe Sweet-Escott: Greece, a.a.O., S. 95 f.

222 Kienitz schreibt: „Auch in Zukunft sind namentlich dem Aufbau einer Schwerindustrie allein schon wegen der Armut des Landes an Energiequellen — Steinkohle und Erdöl mangeln gänzlich, ausnutzbare Wasserkräfte sind nur in geringem Maße vorhanden — relativ enge, so gut wie unübersteigbare Grenzen gesetzt.“ Kienitz: Existenzfragen . . . , a.a.O., S. 11. In bezug auf die Länder Südeuropas bemerkt er, daß sie „in jüngster Zeit unter dem Druck der politischen Verhältnisse und der damit zusammenhängenden ideologischen Gedankengänge einen tiefgreifenden wirtschaftlichen Strukturwandel“ durchmachen und behauptet, daß „in Griechenland aus den verschiedensten hier nicht weiter zu erörternden Gründen alle Voraussetzungen zu einer solchen künstlichen Industrialisierung“ fehlen. Ebenda. Siehe Kritik im Text und in dem Besprechungsteil dieses Heftes.

223 Siehe z. B. Stefanidis: I thesis tis viomichanias . . . (Die Stellung der Industrie . . .), a.a.O., S. 25 f., 37 f. Siehe auch vorige Fußn. Es herrschte die Meinung, daß „die Zukunft Griechenlands nicht in der Produktion materieller Güter, sondern im Handel und in der Auswanderung“ liege. Siehe Stefanidis, a.a.O., S. 41.

224 Stefanidis, a.a.O., S. 15 f., 45 f., 47. Zolotas: I Ellas is to stadion tis ekviomichaniseos (Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung), a.a.O., S. 116. Charitakis: I elliniki viomichania (Die griechische Industrie), a.a.O., S. 61 ff. Die Bemerkungen in Fußn. 60 beziehen sich auf die Industrialisierung in der ersten Periode.

Paris, die industrialisiert wurden, ohne daß sie über Steinkohle verfügten²²⁵. Das Beispiel Japans ist in diesem Zusammenhang ebenfalls erwähnenswert²²⁶. Auf der anderen Seite hat sich die Meinung, Griechenland verfüge über keine Rohstoffe und Energiequellen als falsch erwiesen. Erst in dieser Periode hat man festgestellt, daß nicht nur verschiedene Mineralien vorhanden sind, die als Rohstoffe der Industrie gelten, sondern daß Griechenland auch über Wasserfälle verfügt, die, richtig genutzt, das Energieproblem Griechenlands hätten lösen können²²⁷.

Sofort nach dem Krieg bestand das Problem darin, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, das Verkehrs- und Verbindungsnetz wiederaufzubauen und der Industrie einen Auftrieb zu geben²²⁸. Dafür waren Kapitalien nötig. Infolge der Unfähigkeit Englands, Griechenland dabei zu unterstützen²²⁹, übernahmen die Vereinigten Staaten im Sinne der Truman-Doktrin und durch den Marshall-Plan diese Rolle. Folgende Tabelle zeigt die Höhe der in Form der Hilfe eingeführten amerikanischen Kapitalien, wodurch sich Griechenland dem amerikanischen Imperialismus unterwarf²³⁰.

225 Charitakis, a.a.O., S. 64 f.

226 Siehe dazu K. Hax: Japan, Wirtschaftsmacht des fernen Ostens, Köln und Opladen 1961, S. 76.

227 Siehe dazu Charitakis, a.a.O., S. 65 und S. 239 ff. Vgl. auch Stefanidis, a.a.O., S. 47 f. Kalitsounakis: Efimosmeni politiki oikonomia (Angewandte Politische Ökonomie), a.a.O., S. 144—148, 222. Siehe auch die Sonderausgabe der Wirtschaftszeitung „Oikonomikos Tachydromos“ (Wirtschaftskurier) über die Mineralien Griechenlands und ihre industrielle Ausarbeitung, Heft 762, vom 28. 11. 1968.

228 Siehe dazu Sweet-Escott: Greece, a.a.O., S. 103. Siehe auch die kleine Schrift von A. Angelopoulos: Ta prota metra gia tin anasyngrotisi (Die ersten Maßnahmen für den Wiederaufbau), Athen 1946.

229 Wie listig die Rolle Englands in dieser kurzen Periode zwischen Ende des Weltkrieges und der Truman-Doktrin gewesen ist, ist aus der wirtschaftlichen Vereinbarung vom 21. 1. 1946 zu ersehen, nach der der Geldumlauf mit 25 Mio. Pfund zu decken war, wovon 15 Mio. Pfund von den Gold- und anderen Reserven der Bank von Griechenland zur Verfügung gestellt werden sollten. 10 Mio. Pfund würde die britische Regierung Griechenland als Anleihe zur Verfügung stellen. Dieser Vereinbarung zufolge wurden drei Kommissionen zur Überwachung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung gebildet. Der Kommission über monetäre Fragen gehörten ein Engländer und ein Amerikaner als gleichberechtigte Mitglieder an. Dazu wurden „britische Berater“ bei einigen Ministerien eingestellt. Siehe Angelopoulos: I elliniki oikonomia... (Die griechische Wirtschaft...), a.a.O., S. 24 f. „... this was the first occasion on which actual executive control had been in the hands of foreigners“, bemerkt Sweet-Escott, selbst ein Endländer (Greece, a.a.O., S. 102).

230 Siehe dazu T. A. Couloumbis: Greek Political Reaction to American and NATO influences, New Haven and London 1966, S. 39. Vgl. dazu W. H. McNeill: Greece — American aid in action, 1947—1956, New York 1957, insb. S. 229; W. Wapenhans: Griechenland, Untersuchungen über die Wirtschaft eines kontinentaleuropäischen Entwicklungslandes, Giessen 1960, S. 74—78 und Sweet-Escott: Greece, a.a.O., S. 104—118.

Wirtschaftliche Hilfe	1946—1964
	insgesamt 1 089,7 Mio. Dollar
davon Anleihen	127,3 Mio. Dollar
Hilfe	962,4 Mio. Dollar
Militärische Hilfe	insgesamt 1 720,6 Mio. Dollar

Wie ersichtlich, waren knapp $\frac{2}{3}$ der eingeführten Kapitalien Militärhilfe und dem Land wirtschaftlich nicht von Nutzen. Es würde den Rahmen dieser Abhandlung sprengen, wenn man die Problematik der amerikanischen Hilfe im einzelnen hier behandeln wollte. Wir verweisen diesbezüglich auf die vorhandene Literatur²³¹.

In dieser Periode setzte sich der Prozeß der Urbanisierung fort, wie aus folgender Tabelle hervorgeht²³²:

	Zuwachs in %				
	1940	1951	1961	1940—51	1951—61
Athen	1 124 109	1 378 586	1 852 709	22,6	34,4
u. Umgebung					
Thessaloniki	278 145	297 164	378 444	6,8	27,4
u. Umgebung					
Patras	83 283	93 037	102 244	11,7	9,9
Heraklion	44 684	58 285	69 983	30,4	20,1
Volos	54 919	65 090	67 424	18,5	3,6
Larissa	32 686	41 016	55 391	25,5	35,0
Kavalla	49 667	42 102	44 517	—15,2	5,7
Chania	28 168	33 211	38 467	17,9	15,8
Jannina	21 877	32 315	34 997	47,7	8,3
Katerini	16 938	24 605	28 046	45,3	14,0
Agrinion	15 934	20 048	24 763	25,8	23,5
Eleusis	9 154	11 190	15 527	22,2	38,8
Naoussa	12 556	12 584	15 492	0,2	23,1
Ptolemais	7 719	8 816	12 747	14,2	44,6
Sparta	7 271	7 900	10 412	8,7	31,8

231 Außer dem in der vorigen Fußnote zitierten Buch von McNeill, siehe auch das schon öfters oben zitierte Buch von Munkman: *American Aid to Greece*, a.a.O., insb. S. 76. Siehe auch A. D. Sismanidis: *Foreign Capital Investment in Greece*, in „*Balkan Studies*“, Bd. 8, Nr. 2, Thessaloniki 1967, insb. S. 340. Über die amerikanische Hilfe in Form von überflüssigen Agrarprodukten siehe die Studie: G. Coutsoumaris-R. M. Westebbe-D. Psilos-A. Michalakis-N. Xanthakis: *Analysis and Assessment of the Economic Effects of the U. S. PL 480 program in Greece*, Athens 1965. Die Höhe der Gesamthilfe für die Zeit 1946—1963 wird in dieser Studie mit 3148,5 Mio. Dollar beziffert, wovon 1347,7 Mio. Dollar militärische Hilfe waren (S. 20).

232 National Statistical Service of Greece: *Statistical Yearbook of Greece*, 1964, Athens, S. 43—45. Der sogenannte Urbanisierungsindex (d. h. das Verhältnis in % zwischen Gesamt- und städtischer Bevölkerung) lag nach der Volkszählung von 1961 bei 37,4. Zum Vergleich sei erwähnt, daß derselbe Index war: für die Bundesrepublik 47,6, für Frankreich 42, für Italien 41,2, für Belgien 42,5, für Holland 46,8, für die Schweiz 33,7, für

Daraus ist zu ersehen, daß die Bewegung nach den Verwaltungszentren, wie auch nach den sich formierenden Industriezentren (wie z. B. Eleusis, Ptolemais) geht. Aus der nachstehenden Tabelle²³³ geht hervor, daß die proletarischen Massen die aus der Landwirtschaft nach den Städten umziehen, hauptsächlich in Industrie und Handwerk, im Handel und in parasitären Berufen Beschäftigung finden. Dies wird durch die Tatsache bestätigt, daß die Bezeichnung „Andere Dienste“ einen so hohen Prozentsatz aufweist, was darauf schließen läßt, daß die Statistik unter diese Kategorie wie auch unter „Handel“ zum großen Teil kleine Straßenhändler gefaßt hat. Eine wichtige Aussage der folgenden Tabelle besteht darin, daß im Großraum Athen, wo sich zum großen Teil die Industrie bis jetzt konzentriert hat, der Prozentsatz der „Einwanderer“ in der Industrie größer ist als der dort Wohnenden, während er in den Provinzen kleiner ist. Der Prozentsatz der „Einwanderer“ im Wohnungsbau und in der Kategorie „Andere Dienste“ ist sowohl im Großraum Athen wie in den Provinzen größer als derjenige der Ansässigen.

	Beschäftigte			
	Großraum Athen		Andere Städte	
	Ansässige	Einwanderer	Ansässige	Einwanderer
Zahl der Beschäftigten in 000	534,5	112,7	514,9	82,5
davon in %				
Landwirtschaft usw.	1,0	1,1	17,9	11,4
Bergbau	0,4	(0,3)	0,4	(0,4)
Industrie/Handwerk	28,8	29,6	27,0	21,5
Wohnungsbau usw.	7,9	11,7	7,5	12,1
Elektrizität usw.	1,6	1,0	1,1	1,3
Handel usw.	17,9	10,5	15,0	7,6
Verkehrswesen	9,5	5,8	8,3	6,9
Andere Dienste	25,0	31,0	16,5	32,5
Sonstige Zweige	2,8	4,4	5,2	2,0
Neue Arbeitskräfte	3,2	3,8	4,3	4,2

Interessant ist auch zu bemerken, daß die Einwanderer in der Kategorie „Neue Arbeitskräfte“, wobei es sich um die jungen, arbeitssuchenden Kräfte handelt, stärker im Großraum Athen als in den Provinzen im Vergleich zu den ansässigen, zum ersten Mal Beschäftigung suchenden Arbeitskräften vertreten sind.

Kanada 39,4. Siehe S. Hadjoglou: I apascholis ton esoterikos metanastevonton (Die Beschäftigung der in die Stadt Ziehenden) in „Oikonomikos Tachydromos“ (Wirtschaftskurier), Heft 502 vom 28. 11. 63, S. 806 (10), Tabelle V. Vgl. auch S. Agapitidis: Internal migration (with special reference to rural-urban movements) in UNO: World Population Conference 1965, Bd. IV, New York 1967, S. 471—474.

233 Hadjoglou, a.a.O., S. 805 (9), Tabelle IV.

Der Urbanisierungsprozeß kann nur aus der Lage in der Landwirtschaft als „push-out“-Faktor und aus den Entwicklungen im industriellen Sektor als „pull-in“-Faktor erhellt werden. Wir wollen zuerst der Reihe nach einen Blick auf den Akkumulationsprozeß, auf den Prozeß der Industrialisierung und auf die Lage in der Landwirtschaft werfen.

In der Tabelle auf S. 346 f. sind Angaben des Amtes für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für die Zeit 1948—1965 enthalten²³⁴. Man kann daraus den Kapitalbildungs- und -akkumulationsprozeß erkennen. Die Bruttoanlageinvestitionen, d. h. die Investitionen ohne Berücksichtigung der Vorräte und der dem Ausland gewährten Kredite, bewegten sich von knapp 13 % im Jahre 1948 auf 17 % im Jahre 1950, 26 % im Jahre 1960, 23,2 % im Jahre 1965 und, nach anderen Angaben²³⁵ knapp 23 % im Jahre 1967 des Brutto-Nationalproduktes. Damit hat Griechenland das Verhältnis der Anlageinvestitionen zum Nationalprodukt, das auch sogenannte entwickelte Länder verzeichnen, erreicht²³⁶. Was jedoch die Verteilung dieser Anlageinvestitionen betrifft, so soll bemerkt werden, daß diese Anlageinvestitionen im „Wohnungsbau“ und im Zweig „Verkehr“ stattgefunden haben. Prozentual verteilen sich die Investitionen in den vier wichtigsten Zweigen folgendermaßen:

	1950	1960	1965
Landwirtschaft	11,0	12,5	11,5
Verarbeitung	15,2	7,4	13,8
Verkehrswesen	24,5	41,0	22,0
Wohnungsbau	31,9	21,2	31,8

Es ist daraus ersichtlich, daß mehr als 50 % der Investitionstätigkeit in der Nachkriegszeit den oben erwähnten zwei Zweigen gewidmet waren²³⁷. Die Investitionen in der Landwirtschaft haben keinen Zuwachs zu verzeichnen, während sie in der Industrie sogar zurückgegangen sind. Die Kapitalakkumulation fand also zum großen Teil in unproduktiven Anlagen und zum Teil in der Infrastruktur statt. Vieles wurde in dieser Periode für den Straßenbau, die Nachrichten-

234 Siehe Ypourgeion Syntonismou (Koordinationsministerium): National Accounts of Greece, 1948—1965, Nr. 16, Athens 1967, S. 34—35, 42—43, 98—99, 100—101.

235 Siehe Bank of Greece: Monthly Statistical Bulletin, February 1970, S. 84.

236 Siehe Trapesa tis Ellados (Bank von Griechenland): I elliniki oikonomia kata to etos 1966 (Die griechische Wirtschaft im Jahre 1966), Athen 1967, S. 13. Danach lag dieses Verhältnis bei 22 % in Griechenland, bei 26 % in der BRD, bei 17 % in England, bei 24 % in Schweden, bei 20 % in Belgien usw.

237 Vgl. auch A. Papandreou: A Strategy for Greek Economic Development, Athen 1962 (gr. Ausgabe), S. 23—24. S. I. Geronymakis: Oikonomiki anaptyxis kai idiotiki katanalosis (wirtschaftliche Entwicklung und Privatkonsum), Athen 1961, S. 6, 14. Siehe weiter H. Ellis u. a.: Industrial Capital in Greek Development, Athens 1964, S. 199 ff.

	In Mrd. Drachmen						
	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954
A. Brutto-Nationalprodukt	21,0	27,6	32,6	39,3	41,1	54,1	62,7
B. Brutto-Anlageinvestitionen	2,7	3,4	5,5	5,4	5,4	6,8	9,2
wovon							
1. Landwirtschaft	0,18	0,36	0,61	0,71	0,52	0,51	0,76
2. Bergbau	0,01	0,00	0,06	0,18	0,12	0,09	0,09
3. Verarbeitung	0,32	0,40	0,83	0,80	0,80	0,78	0,92
4. Energie-Bewässerungsanlagen	10,03	0,09	0,14	0,52	0,41	0,72	0,91
5. Verkehrswesen	1,20	0,84	1,35	0,82	0,78	0,66	1,88
wovon Schiffe	0,59	0,12	0,10	0,13	0,22	0,19	0,98
6. Wohnungsbau	0,77	1,15	1,75	1,82	1,98	2,93	3,38
7. Verwaltung	0,07	0,23	0,34	0,04	0,26	0,30	0,21
8. Sonstiges	0,12	0,34	0,48	0,55	0,57	0,79	1,09
C. Finanzierung der gesamten Brutto-Investitionen							
1. Staat	-0,64	-1,28	-1,32	-0,83	-0,95	0,39	0,36
2. Private	-0,14	3,39	2,97	3,83	3,47	7,07	4,86
3. Ausland ^{a)}	3,23	3,17	4,56	4,25	3,06	1,52	2,93
wovon Netto-Kapitaleinfuhr	1,93	3,02	4,34	4,35	1,88	1,21	1,73

a) Netto-Kapitaleinfuhren und Netto-Kreditgewährung des Auslandes an Griechenland

übermittlung, das Bahnnetz, die Häfen, den Energiesektor wie auch für den Tourismus getan. Genau die obige Verteilung der Investitionen, insbesondere ihre Konzentration im Wohnungsbau, wobei es hauptsächlich um Luxusappartements in Athen und noch einigen Großstädten geht, ist der Hauptgrund der langsameren Industrialisierung des Landes. Man kann jedoch nicht verkennen, daß der Ausbau der Infrastruktur die Grundlage für eine schnelle Industrialisierung geschaffen hat. So waren im Jahre 1949 18 694 km Straßen vorhanden und im Jahre 1952 20 071 km²³⁸. Im Jahre 1960 gab es 44 259 km Straßen, wovon 7732 km dem sogenannten „Nationalnetz“ und 30 427 dem sogenannten „Provinzennetz“ gehörten²³⁹. Im Jahre 1965 war ein Straßennetz von insgesamt 39 150 km geplant, wovon nur 4350 km,

238 Kalitsounakis: Efirmosmeni politiki Oikonomia (Angewandte politische Ökonomie), a.a.O., S. 575.

239 Als „national“ werden die Straßen bezeichnet, die die großen Städte untereinander verbinden, als „Provinzennetz“ dagegen die Straßen, die Provinzstädte und Dörfer untereinander verbinden. Siehe Pentaetes Programma oikonomikis anaptyxeos (Fünfjahresplan wirtschaftlicher Entwicklung) in „Archeion oikonomikon kai koinomikon epistimon“

zu laufenden Preisen

1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965 ^{b)}
72,1	84,0	90,4	94,1	97,8	105,3	119,7	127,4	140,9	157,6	176,3
10,4	13,1	13,4	17,9	21,2	27,8	27,7	27,9	27,8	36,1	41,0
0,81	1,10	1,67	2,33	2,66	3,49	3,69	3,48	3,84	4,33	4,72
0,07	0,16	0,21	0,24	0,10	0,10	0,14	0,19	0,33	0,36	0,49
1,04	1,38	1,69	2,01	2,04	2,06	2,61	3,34	3,34	4,26	5,66
0,98	1,43	0,82	1,15	1,64	1,49	1,44	1,96	1,83	2,81	3,54
1,65	2,35	2,91	4,64	6,62	11,45	9,78	7,50	5,21	8,19	8,62
0,66	1,18	1,21	2,02	3,99	7,67	5,55	2,74	0,31	1,85	1,72
4,33	4,97	4,52	5,68	5,40	5,91	6,78	7,82	9,02	11,26	13,06
0,22	0,22	0,23	0,09	0,20	0,27	0,23	0,22	0,25	0,22	0,18
1,28	1,51	1,36	1,78	2,52	3,01	3,06	3,43	3,95	4,67	4,76
1,35	0,89	2,15	2,45	1,83	2,38	3,82	4,38	4,07	4,06	1,48
8,52	11,09	11,75	11,00	13,82	13,68	18,65	19,40	24,82	28,47	34,03
1,49	3,24	3,12	5,03	5,76	10,22	8,15	5,56	3,02	8,17	12,11
1,81	2,11	0,67	0,91	1,88	2,04	2,56	2,45	1,52	1,31	0,46

b) Provisorische Daten

d. h. 11,1 % schon gebaut waren²⁴⁰. Im Eisenbahnwesen hat keine bedeutende Änderung stattgefunden. War die Gesamtlänge der Bahnlinien im Jahre 1938 2557 km, so war sie im Jahre 1966 2573 km²⁴¹. Besonderen Aufschwung hat die Schifffahrt in dieser Periode erlebt,

(Archiv für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften), Jg. 40 (1960), S. 242, Tabelle 31.

240 Dies bezieht sich auf das gesamte Straßennetz. Von den geplanten „nationalen Straßen“ von einer Länge von 8150 km waren schon im Jahre 1965 2350 km, d. h. 34,7 % gebaut worden. Siehe Kentron Programmatismou kai Oikonomikon Erevnon (Zentrum für Planung und Wirtschaftsforschung): Schedion programmatos oikonomikis anaptyxeos tis Ellados (1966—1970) (Entwurf eines Planes der wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands), Athen Dez. 1965, S. 377.

241 National Statistical Service of Greece: Statistical Yearbook of Greece 1967, Athens, S. 291. Die Eisenbahn ist in eine große Krise geraten, die daraus zu erklären ist, daß nicht alle Linien dieselbe Spurweite haben und daß alle Linien einspurig sind. Es ist nicht verwunderlich, daß die griechische Eisenbahn mit großem Defizit arbeitet. Siehe dazu Stefanidis: Mathimata emborikis politikis (Vorlesungen über Handelspolitik), a.a.O., S. 154—159.

dank der sehr günstigen Gesetzgebung²⁴². So stieg die Gesamtzahl der Schiffe von 607 im Jahre 1938 auf 1739 Ende 1966, mit einer Gesamttonnage von 7,8 Mio. Tonnen. Davon waren 1395 Cargo-Schiffe²⁴³. Großen Aufschwung hat auch der Flugverkehr²⁴⁴, die Fernsprechverbindung²⁴⁵ und der Straßenverkehr in dieser Periode erlebt²⁴⁶. Schließlich soll hier die Entwicklung auf dem Energiesektor erwähnt werden. In dieser Periode sind große Anstrengungen unternommen worden, das Elektrizitätsnetz zu erweitern und die Elektrizitätserzeugung zu vermehren. Elektrizitätswerke auf Braunkohlen-

242 Siehe dazu E. A. Georgantopoulos: *I elliniki naftiliaki politiki, 1931—1961* (Die griechische Schifffahrtspolitik) in „Spoudai“ (Studien), Bd. 12 (1962—63), S. 2—27, 128—156, 330—344, 650—686. Auch Wapenhans: *Griechenland, a.a.O.*, S. 61—63, 109—112. Die Junta hat der griechischen Schifffahrt weitgehende Steuervorteile gewährt, die sogar in der Verfassung verankert wurden. Den Reedern wird die Finanzierung bis zu 80 % für in Griechenland gebaute Schiffe zu einem Zinssatz von 5,8 % gewährt und eine Garantie des Staates bis zu 30 % der Anleihe. Finanzierungsmöglichkeiten sind auch Reedern gewährt, die ihre Schiffe im Ausland bauen lassen, unter der Voraussetzung, daß sie sie unter die griechische Flagge stellen. Siehe dazu: *The Achievements of the National Government in the Economic Field, April 1967—April 1969, Athens 1969, S. 54 ff.* Eine Schiffbauindustrie ist jetzt im Entstehen begriffen. Siehe unten Fußn. 257. Unter der neuen Gesetzgebung wurden neue Schiffe in Griechenland registriert. Ende März 1969 betrug die Zahl der Schiffe 2006 mit einer Gesamttonnage von 9,7 Mio. Tonnen. Dazu haben sich bis Ende März 1969 126 Schifffahrtsgesellschaften in Griechenland niedergelassen. Ebenda, S. 58.

243 National Statistical Service of Greece: *Statistical Yearbook of Greece 1967, a.a.O.*, S. 297.

244 Siehe dazu National Statistical Service of Greece: *Statistical Yearbook of Greece 1967, a.a.O.*, S. 302—303. Der Flugverkehr war anfangs ein staatliches Monopol, das jetzt an den Reeder Onassis verkauft worden ist. Großes Aufsehen hat die sehr skandalöse Revidierung des Olympic Airways-Vertrages erregt. Dafür hat Onassis einen anderen Vertrag abgeschlossen (Dekret 477/1970), nach dem er eine Investition in Höhe von 600 Mio. Dollar (!) vornehmen wird. Siehe weiter Fußn. 260.

245 Die Zahl der Fernsehapparate stieg von 100 575 im Jahre 1952 auf 579 076 im Jahre 1966. Siehe National Statistical Service of Greece: *Statistical Yearbook of Greece, 1967, a.a.O.*, S. 305.

246 Die Zahl der Fahrzeuge entwickelte sich folgendermaßen:

	1954	1956	1961	1964	1965
Lastwagen	18 821	21 540	40 030	57 657	64 930
Autobusse	5 415	5 653	6 981	8 176	8 485
Personenwagen	15 110	22 700	48 834	81 617	104 814
Motorräder	7 585	12 051	33 303	44 471	49 439
Insgesamt	46 931	61 944	129 148	191 921	227 111

Für die ersten drei Jahre National Statistical Service of Greece: *Statistical Yearbook of Greece 1962, Athens 1963, Tab. XIII: 6, S. 279*, für 1964 und 1965 derselbe: *Statistical Yearbook of Greece 1967, a.a.O.*, S. 293.

basis (Aliveri, Ptolemais, St. Georg) und Wasserkraftwerke (Dämme von Agra, Ladon, Louros, Tavropos, Acheloos) wurden errichtet²⁴⁷ und neue sind im Aufbau (Acheloos, Megalopolis, St. Georg, Aliveri, Kremasta, Kastraki, Polyfytos-Aliakmon, Lavrion)²⁴⁸. Die Entwicklung auf dem Energiesektor kann man in der folgenden Tabelle ablesen²⁴⁹:

	%				
	1952	1962	1962 : 1952	1966	1968
Vorhandene Kapazität (000 kwh)	213,3	613,0	165	1417	1880
Produktion (Mio. kwh)	814,0	2721,0	234	5448	7120
Verteilungsnetz (km)	119,0	2226,0	1771	—	—
Pro-Kopf-Konsum (kwh)	110	286,0	160	—	—

Aus den obigen Ausführungen geht hervor, daß eine große Kapitalakkumulation in der Infrastruktur und dem Energiesektor stattgefunden hat. Dieser Prozeß hat bis fast 1960 gedauert. Damit sind die Grundlagen für eine beschleunigte Industrialisierung Griechenlands in den 60er Jahren gelegt. Hätte sich die Investitionstätigkeit in der Periode bis 1960 nicht im Wohnungsbau konzentriert, wäre der Industrialisierungsprozeß viel schneller gewesen.

Bei der oben skizzierten Investitionstätigkeit ist die Rolle des Staates sehr maßgebend gewesen²⁵⁰. Man rechnet, daß 33,4 % der Brutto-Anlageinvestitionen in der Zeit 1954—63 vom Staat durchgeführt worden sind. Dies ist „kennzeichnend für eine Phase der griechischen Wirtschaft, während derer die Durchführung von Projekten in der Infrastruktur die wichtigste Seite der Bestrebungen zur wirtschaft-

247 Siehe dazu G. E. Apostolakis: Epitevgmata tou elliknikou exilektrismou kai symvoli avtou is tin anaptyxin tis ethnikiis mas oikonomias (Errungenschaften der griechischen Elektrifizierung und ihr Beitrag zur Entwicklung unserer Nationalwirtschaft) in „Archeion Oikonomikon kai koinomikon epistimon“ (Archiv für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften), Bd. 42 (1962), Heft 2, S. 363—385. Siehe auch „Nea Oikonomia“ (Neue Wirtschaft), Heft 3/1962, S. 248.

248 Siehe dazu The Achievements of the National Government..., a.a.O., S. 75 f.

249 Ethnikis Trapisis tis Ellados (Nationalbank von Griechenland): Oikonomikai exelixeis (Wirtschaftsentwicklungen), Jg. 4, Heft 13—14, S. 15, Tab. 10. Für 1966 und 1968: The Achievements of the National Government..., a.a.O., S. 175. Siehe auch Kentron Programmatismou kai Oikonomikon Erevnon (Zentrum für Planung und Wirtschaftsforschung): Schedion Programmatos (Entwurf eines Planes...), a.a.O., S. 353, 354.

250 Vgl. dazu die Rolle des Staates in der ökonomischen Entwicklung in Baran: The Political Economy of Growth, a.a.O., S. 92 f. Vgl. dazu das erhellende Kapitel „Capital Accumulation and Mercantilism“ in Dobb: Studies in the Development of Capitalism, a.a.O., S. 177 ff. Vgl. auch oben Fußn. 91.

lichen Entwicklung war“²⁵¹. Dies kommt um so mehr in Erscheinung, wenn man daran denkt, daß etwa 50 % der Privatinvestitionen im Wohnungsbau durchgeführt wurden²⁵². Folgende Tabelle gibt Aufschluß über die Investitionstätigkeit des Staates und der Privaten in verschiedenen Zweigen in vier Jahren dieser Periode²⁵³.

**Anlageinvestitionen in %
zu festen Preisen gerechnet^{a)}**

	1958		1959		1960		1961	
	Staat	Priv.	Staat	Priv.	Staat	Priv.	Staat	Priv.
1. Landwirtschaft	18,8	14,4	15,5	15,9	22,6	15,4	25,2	12,3
2. Bergbau	0,4	1,7	0,3	0,7	0,2	0,6	0,3	0,7
3. Verarbeitung	0,9	20,3	0,4	16,7	4,2	10,3	7,4	9,8
4. Energie, Bewässerungsanlagen	24,5	1,3	25,8	1,9	18,6	2,1	16,9	0,8
5. Verkehrswesen, Nachrichtenübermittlung	32,1	10,6	33,9	10,9	37,7	17,1	35,7	19,3
6. Wohnungsbau	8,8	41,4	7,9	42,1	3,8	41,3	2,3	42,6
7. Verwaltung	5,6	—	6,0	—	5,8	—	4,4	—
8. Sonstiges	8,9	10,3	10,2	11,8	7,1	13,2	7,8	14,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

a) In den Privatinvestitionen sind die Investitionen in der Schifffahrt nicht einbegriffen.

Die Angaben sprechen für sich. Was noch erwähnt werden soll, ist der Einfluß des ausländischen Kapitals in dieser Periode. Die Tabelle auf S. 346 f. zeigt, wie der Trend und die Höhe der Kapitaleinfuhren gewesen sind. Wir haben oben auch Angaben über die amerikanische Hilfe gegeben. Nach vorhandenen Angaben betrug die Höhe der von 1953 bis 1965 eingeführten Privatkapitalien unter dem Dekret 2687/1953, das die ausländischen Investitionen begünstigt, 281,5 Mio. Dol-

251 Vasilikon Idryma Erevnon (Königliche Forschungsstiftung): Makrochronioi prooptikai tis ellinikis oikonomias (Langfristige Perspektiven der griechischen Wirtschaft), Athen 1967, S. 71. Die staatliche Investitionstätigkeit wurde durch die Militärdiktatur weiter intensiviert. Siehe dazu: The Achievements of the National Government . . . , a.a.O., S. 64—74 und Ypourgeion Syntonismou (Koordinationsministerium): Programma oikonomikis anaptyxeos tis Ellados 1968—1972 (Plan der wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands), Athen, Febr. 1968, S. 117—122.

252 Siehe Vasilikon Idryma Erevnon (Königliche Forschungsanstalt): Makrochronioi prooptikai . . . (Langfristige Perspektiven . . .), a.a.O., S. 72.

253 Ypourgeion Syntonismou (Koordinationsministerium): National Accounts of Greece 1958—1961, Nr. 11, Athen 1962, S. 20—21.

lar²⁵⁴. Die Gesamthöhe der eingeführten Kapitalien in den 60er Jahren betrug nach Angaben der Bank von Griechenland²⁵⁵:

1960	70,2 Mio. Dollar	1965	224,6 Mio. Dollar
1961	120,9 Mio. Dollar	1966	250,0 Mio. Dollar
1962	99,7 Mio. Dollar	1967	226,5 Mio. Dollar
1963	114,7 Mio. Dollar	1968	285,4 Mio. Dollar
1964	178,7 Mio. Dollar	1969 ^{a)}	326,5 Mio. Dollar

a) Januar—November.

Viele große Investitionen fanden besonders nach 1960 statt und andere werden z. Z. durchgeführt²⁵⁶. Das betrifft die Ölraffinerie bei Athen²⁵⁷, das Kombinat Pappas (Gesamtinvestition 195 Mio. Dollar)

254 Die Höhe der genehmigten Kapitaleinfuhren in der Zeit 1953—1966 betrug 711,5 Mio. Dollar. Folgende Tabelle gibt Aufschluß über die Verteilung nach Zweigen und über die Nationalität dieser Genehmigungen.

Zweig	Millionen Dollar						
	USA	Frankr.	Schweiz	BRD	England	Sonst.	Insges.
Industrie	173,8	167,7	32,4	16,5	3,1	150,8	544,3
Schiffbau	1,1	—	—	—	—	49,9	51,0
Bergbau	21,5	1,9	1,1	7,9	8,2	9,1	49,7
Fremden- verkehr	0,3	1,6	3,6	2,1	0,6	12,4	20,6
Fluglinien	—	—	—	—	—	4,5	4,5
Fischerei (Atlantik)	—	—	1,3	0,6	0,5	1,1	3,5
Verschiedenes	32,3	0,9	0,2	—	0,8	3,7	37,9
	229,0	172,1	38,6	27,1	13,2	231,5	711,5

Sismanidis: Foreign Capital Investment in Greece, a.a.O., S. 346, 347. Etwa 32 % der Gesamteinfuhr ausländischen Kapitals ist nun amerikanisch. Von dem in der Industrie angelegten Kapital waren 32 % amerikanisch und 30 % französisch.

255 Bank of Greece: Monthly Statistical Bulletin, March 1967, S. 66, und Febr. 1970, S. 65.

256 Für die Zeit vor 1960 muß man die Werft von Niarchos bei Athen erwähnen. Im Jahre 1969 wurde bei Eleusis noch eine Werft vom Bankier Andreadis errichtet. Der Reeder Goulandris ist dabei, die kleine Werft auf der Insel Syros zu erweitern und eine Gesamtinvestition von 15 Mio. Dollar vorzunehmen. Siehe den Artikel von Th. Vokos in der Beilage über Griechenland der englischen Zeitung „Financial Times“ vom 9. 3. 1970, S. 17. Vgl. oben Fußn. 243.

257 Die Ölraffinerie von Aspropyrgos, deren Kapazität 1,8 Mio. Tonnen Öl pro Jahr beträgt, gehört dem Staat und war verpachtet worden. Nach Presseinformationen soll sich der Reeder Niarchos mit $\frac{2}{3}$ an der Ölraffinerie von Aspropyrgos beteiligen und eine Investition in Höhe von 200 Mio. Dollar zu ihrer Erweiterung vornehmen. Die Kapazität der Ölraffinerie Aspropyrgos soll danach auf 4,5 Mio. Tonnen erhöht werden. Der Vertrag mit Niarchos sieht auch die Gründung einer Werft, eine Maschinenbaufabrik, Beteiligung an dem vom Staat geplanten großen Hüttenwerk und anderen kleineren Objekten vor. „Naftemporiki“, vom 10. 3. 70.

bei Thessaloniki²⁵⁸, das Aluminum-Werk von Pechiney (Gesamtinvestition 130 Mio. Dollar) in der Nähe von Korinth, die Hüttenwerke bei Athen und unter dem Militärregime das Kombinat Nevros bei Missolongi, den Bau der Egnatia-Straße von der MacDonal Co. (Gesamtaufwand 150 Mio. Dollar), eine Fabrik zur Autoherstellung, die erste in Griechenland (Gesamtwert 60 Mio. Dollar)²⁵⁹ und zuletzt die große Investition von Onassis in Höhe von 600 Mio. Dollar²⁶⁰.

Wenden wir uns jetzt kurz dem industriellen Sektor zu. Einige Informationen über die Investitionstätigkeit in diesem Bereich sind schon oben angegeben worden. Die erzielten Fortschritte in Richtung Industrialisierung können aus folgenden Angaben erschlossen werden. Die Daten der folgenden Tabelle geben nur ein Bild der Gesamtentwicklung²⁶¹.

Pro-Kopf-Konsum in kg

	1952	1962
Stahl	22,7 ^{a)}	68,0
Zement	65,5	214,8
Brennöl	76,9	110,2
Dieselöl	41,3	89,2
Elektrizitätsstrom		
für die Industrie (kwh)	43,3	134,5
Braunkohle	34,9	295,8

a) für 1953.

258 Siehe dazu kurz in Nikolinakos: Griechenland auf dem Weg zur Industrialisierung, a.a.O., S. 21, Fußn. 38. Wie dort erwähnt, umfaßte die Investition von Pappas den Bau einer zweiten Ölraffinerie mit einer Gesamtkapazität von 2 Mio. Tonnen pro Jahr. Siehe weiter A. Angelopoulos: *I koini agora, i ekviomichanisi kai i symvasi Thomas Pappas* (Die EWG, die Industrialisierung und der Vertrag Thomas Pappas), in „*Nea Oikonomia*“ (Neue Wirtschaft), Heft 2/1963.

259 Siehe den Text des Vertrages in „*Oikonomikos Tachydromos*“ vom 26. 2. 1970.

260 Siehe: *The Achievement of the National Government ...*, a.a.O., S. 41 f. und „*Naftemboriki*“ vom 10. 3. 70. Onassis wird eine dritte Ölraffinerie mit einer Gesamtkapazität von 7,5 Mio. Tonnen Petroleum bei Megara, ein Aluminiumwerk, ein Elektrizitätswerk und eine Reihe von sogenannten petrochemischen Industrien gründen. Vgl. auch oben Fußn. 244. Bemerkenswert ist dabei, daß Onassis der erste Privatunternehmer ist, der das Privileg eines eigenen Elektrizitätswerkes besitzt, zumal die Elektrizität ein staatliches Monopol ist. Es ist auch bemerkenswert, daß beiden Kontrahenten, nämlich Niarchos und Onassis, aufgrund des Vertrages das Recht eingeräumt wird, ihre Ölraffinerien mit eigenem Öl zu versorgen, was große Gewinne bedeutet, zumal die Reeder das Öl mit eigenen Tankern befördern werden.

261 Aus *Ethnikis Trapesis tis Ellados* (Nationalbank von Griechenland): *Oikonomikai Exelixeis* (Wirtschaftsentwicklungen), Jg. 4, Heft 13—14, Tab. 9 auf S. 14.

Nach Hadjoglou lag der „Industrialisierungs-Index“ (d. h. das Verhältnis zwischen Gesamtzahl der Beschäftigten und der Zahl der im industriellen Sektor Beschäftigten) nach der Volkszählung von 1961 bei 19,0 %. Zum Vergleich sei angeführt, daß dieser Index 48,7 für Deutschland, 36,9 für Frankreich, 39,3 für Italien, 32,3 für Holland, 49,7 für die Schweiz, 35,0 für Kanada betrug²⁶². Aufschluß für den Entwicklungsstand der Industrie in Griechenland gibt besonders das schon am Anfang dieser Abhandlung zitierte Buch von Prof. Coutsoumaris. Hiernach beschäftigten, worauf wir schon andeutungsweise hinwiesen, 94,7 % der Betriebe weniger als 10 Personen. Die Gesamtzahl der Betriebe nach der statistischen Erhebung von 1958 betrug 109 236. Davon beschäftigten nur 5804 Betriebe, d. h. 5,3 % der Gesamtzahl, mehr als 10 Personen. Diese letzte Gruppe bezeichnet Coutsoumaris als „proper industry“²⁶³. Innerhalb dieser Gruppe beschäftigten nur 14,3 % der Betriebe mehr als 50 Personen. Zu der Gruppe der „proper industry“ gehörten hauptsächlich die Tabak-, Textil-, Druck- und Papierindustrie wie auch die Zweige der Kohle- und Ölprodukte und die sogenannten „Basic metal industries“²⁶⁴. Aus vorhandenen Angaben für das Jahr 1963 geht hervor, daß die Gruppe der „proper industry“, also die Gruppe der Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten, nur 4,7 % der Gesamtzahl der Betriebe ausmachte²⁶⁵. Interessant ist, daß die erzielten Fortschritte in der industriellen Produktion viel mehr auf den Zuwachs der Gesamtzahl der Betriebe als auf die Erweiterung der Produktionsanlage zurückzuführen sind²⁶⁶. 69 % der Gesamtzahl der Betriebe „have still to rely entirely upon man-power and handtools“, schreibt Coutsoumaris. Nur 31,1 % der Betriebe waren maschinell ausgerüstet²⁶⁷. Der manufaktuelle Charakter der Industrie ist demzufolge klar. Aus einer schon zitierten Untersuchung des Produktivitätszentrums Griechenlands entnehmen wir folgende Tabelle, die maßgebend für die obige Feststellung ist.

262 Hadzoglou: *I apascholis ton esoterikos metanastevonton* (Die Beschäftigung der in die Stadt Ziehenden), a.a.O., S. 806 (10), Tab. V.

263 Coutsoumaris: *The Monopoly of Greek Industry*, a.a.O., S. 36, 39.

264 Coutsoumaris, a.a.O., Tabellen auf S. 38 und 40.

265 Siehe *National Statistical Service of Greece: Statistical Yearbook of Greece 1967*, a.a.O., S. 212. Siehe auch P. Stratoudakis: *Ta stelechi tis elinikis viomichanias* (The executives in the Greek industries), Athen 1967 (mit einer Zusammenfassung in Englisch), S. 40.

266 Siehe Coutsoumaris, a.a.O., S. 46 und Fußnote.

267 Coutsoumaris, a.a.O., S. 48 und Tab. auf S. 50—51. Die PS pro Beschäftigten war in der Industrie 1,2 im Jahre 1930, 1,03 im Jahre 1950 und 1,8 im Jahre 1958. Ebenda, S. 49, Fußnote. Coutsoumaris hat eine Verlagerung des Verhältnisses der elektrischen Kraft seit 1930 feststellen können. Macht die elektrische Kraft 28,1 % der Gesamtkraft der Industrie im Jahre 1930 aus, so war sie im Jahre 1958 auf 68,7 gestiegen. Ebenda, S. 49 und Tabelle auf S. 52—53. Der Prozentsatz der ohne jegliche maschinelle Kraft arbeitenden Betriebe ging von 68,8 % im Jahre 1958 auf 56,3 % im Jahre 1963 zurück. Siehe Stratoudakis: *Ta stelechi ...* (The executives ...), a.a.O., S. 41.

Diese Untersuchung bezeichnet als „Handwerk“ Betriebe mit weniger als 25 Beschäftigten²⁶⁸.

	Handwerksbetriebe als % der Gesamtzahl der industr. Betriebe	Beschäftigte im Handwerk als % der Gesamtbeschäftigten im industr. Sektor
Lebensmittel	98,4	68,3
Getränke	98,6	63,9
Tabak	87,0	19,5
Textilien	92,4	31,7
Schuh- und Bekleidung	99,6	88,2
Holz	99,5	89,9
Möbel	99,4	87,1
Papier	88,8	30,5
Druck	95,2	57,4
Leder	97,3	72,2
Reifen	93,5	42,2
Chemie	91,8	30,3
Ölprodukte	90,5	26,3
Metallkunde	61,5	4,2
Maschinenbau	95,6	61,1
Elektro-Geräte	96,4	45,7
Verkehrsmittel	97,9	46,9

Insgesamt werden 92,1 % der Betriebe von dieser Studie als Handwerk bezeichnet, bei dem 60,4 % der im industriellen Sektor Arbeitenden beschäftigt sind. Aus der folgenden Tabelle²⁶⁹ geht hervor, daß 55 % der industriellen Produktion im Jahre 1959 aus Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten stammt, wobei hervorgehoben werden muß, daß 42 % der Produktion aus den Manufakturen (Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten) herkommen.

Größe der Betriebe nach Zahl der Beschäftigten	% der Gesamtzahl der Betriebe	% der Netto- Produktion	% der Beschäftigten
bis 10	94,5	33 ^{a)}	55
10—19	3,3	9	9
20—49	1,4	13	9
über 50	0,8	45	27

a) Die handwerkliche Produktion ist nicht mitgerechnet.

Aus der Gesamtzahl der 5804 industriellen Betriebe („proper industry“, Betriebe also mit mehr als 10 Beschäftigten) hatten im Jahre

²⁶⁸ Mit Ausnahme des Zweiges der Tabakbearbeitung, wo Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten als Handwerk bezeichnet werden. Siehe Hinweise in Fußn. 6. Die Tabelle stammt aus S. 23.

²⁶⁹ Coutsoumaris, a.a.O., S. 62.

1958 nur 417 die Form einer Aktiengesellschaft und 115 die Form einer GmbH. Gerechnet nach der Gesamtzahl der Betriebe überhaupt waren nur 0,5 % Aktiengesellschaften, 9,8 % Handels- bzw. Kommanditgesellschaften und die übrigen 85,7 % Betriebe waren in persönlichem Besitz²⁷⁰. Interessant ist zu bemerken, daß nach Coutsoumaris nur $\frac{1}{4}$ der Aktiengesellschaften mehr als 15 Aktionäre hatte²⁷¹. Wie aus der Tabelle auf S. 345 f. ersichtlich, sind die Industrieinvestitionen in der Nachkriegsperiode zurückgegangen. Coutsoumaris kommt zum gleichen Ergebnis. Er stellt fest, daß die Anlageinvestitionen in der Industrie von 19 % der Gesamt-Anlageinvestitionen in der Zeit 1948—52, auf 12,3 % in der Zeit 1953—57, auf 11,1 % in der Zeit 1958—61 und sogar auf 9 % in den Jahren 1960—61 zurückgegangen sind²⁷². Ergebnis davon ist die Unfähigkeit der Industrie, neue Kräfte zu absorbieren. Coutsoumaris benutzt dafür einen „coefficient of industrial absorption“, mit dem er zu dem Ergebnis kommt, daß die Industrie viel weniger neue Arbeitskräfte in der Nachkriegs- als in der Vorkriegszeit aufnimmt. Dieser Absorptions-Koeffizient ist nämlich in der Nachkriegszeit zurückgegangen²⁷³. Folge davon ist die große Auswanderung, von der wir noch im folgenden sprechen werden. Es wird gerechnet, daß insgesamt 484 400 Personen im Jahre 1961 in der Industrie tätig waren²⁷⁴. Es soll auch erwähnt werden, daß die Wachstumsrate der industriellen Produktion in der Nachkriegszeit nachgelassen hat. Von 9,5 % in den Jahren 1948—52 ging

270 Coutsoumaris, a.a.O., S. 191.

271 Ebenda. S. 195. Siehe weiter Ellis: *Industrial Capital in Greek Development*, S. 117—120. Kennzeichnend ist dazu, daß nur 7 Aktien an der Athener Börse 62 % des Gesamtwertes der an der Börse verhandelten Aktien darstellten und daß der Börsenwert der Aktien der Nationalbank von Griechenland $\frac{1}{3}$ des Gesamtwertes aller Aktien an der Börse ist. Von den 78 an der Aktienbörse gehandelten Aktien gehören nur 5 Gesellschaften mehr als 1100 Aktionären und nur 20 mehr als 100 Aktionären. Siehe „*Oikonomiki Poreia*“ (Wirtschaftszweig), Heft 19—20, Okt. 1969, S. 440 f.

272 Coutsoumaris, a.a.O., Tab. auf S. 245, 248. Vgl. auch oben die Hinweise in Fußn. 237. Siehe auch Ellis: *Industrial Capital in Greek Development*, a.a.O., S. 42 ff.

273 Der „coefficient of industrial absorption“ ist das prozentuale Verhältnis zwischen dem jährlichen Zuwachs der in der Industrie Beschäftigten und dem Bevölkerungs- bzw. dem Zuwachs der Zahl der Beschäftigten. Dieser Koeffizient war 7,4 für 1928—1934, 6,0 für 1935—1938, 2,8 für 1948—1952 und 4,4 für 1950—1961 (in bezug auf den Bevölkerungszuwachs), und 16,8, 17,0, 7,0 und 7,1 entsprechend in bezug auf den Zuwachs der Beschäftigten. Coutsoumaris, a.a.O., Tabelle auf S. 245. Coutsoumaris führt dies auf die Tatsache zurück, daß sich die Struktur der Betriebe in Umwandlung von kleinen handwerklichen Betrieben zu Fabriken befindet, wobei die industrielle Expansion mit Arbeitskräften aus diesen sich auslösenden kleinen Betrieben, als mit neuen Arbeitskräften stattgefunden hat. Ebenda, S. 247 f.

274 Siehe Coutsoumaris, a.a.O., S. 368. Die durchschnittliche Jahresbeschäftigung wurde mit 413 639 im Jahre 1958 und mit 471 564 im Jahre 1963 beziffert. Siehe *Nat. Statistical Service of Greece: Statistical Yearbook of Greece*, 1967, a.a.O., S. 206. Siehe auch weiter im Text.

sie auf 5,3 % in den Jahren 1958—61 zurück²⁷⁵. In der Periode nach 1960 ist eine Steigerung der Wachstumsrate der industriellen Produktion zu bemerken, die auf die Inbetriebnahme neuer, großer industrieller Einheiten zurückzuführen ist²⁷⁶. Nachstehende Tabelle gibt ein Bild der Struktur der griechischen Industrie (Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten, 1958)²⁷⁷.

	Bruttowert %	Nettowert (Value added) %
1. Konsumgüter	64,0	56,3
2. Halbfabrikate	21,8	24,9
3. Kapitalgüter	11,5	14,9
4. Sonstige (z. B. Druck)	2,7	3,9
	100,0	100,0

Immer noch bleibt bis Ende der 50er Jahre die griechische Industrie auf Konsum- und leichte Kapitalgüter gerichtet²⁷⁸. Eine Änderung ab 1960 in Richtung der Kapitalgüterzweige ist jedoch vorhanden²⁷⁹.

Ein anderes Merkmal der griechischen industriellen Entwicklung ist ihre regionale Konzentration. Auch in dieser Periode versammelt

275 Coutsoumaris, a.a.O., auf Tabelle 245.

276 So war z. B. die Zuwachsrate der Industrieproduktion 10,6 % 1964, 8,0 % 1965, 15,4 % 1966. Siehe *Trapesa tis Ellados* (Bank von Griechenland): *I elliniki oikonomia kata to etos 1966* (Die griechische Wirtschaft im Jahre 1966), a.a.O., S. 26 f. Nach Angaben der Militärregierung (The Achievements of the National Government . . . , a.a.O., S. 52) war die Zuwachsrate 5 % 1967 und etwa 8 % 1968.

277 Coutsoumaris, a.a.O., S. 59.

278 Coutsoumaris schreibt: „Evidently consumer and certain light producer goods make up the largest part of the relatively largescale establishments. Nearly two thirds of the output coming from such establishments is represented by foods, beverages, tobacco and chemicals“, a.a.O., S. 59. Nach neuesten Angaben, betreffend die Betriebe mit mehr als 150 Beschäftigten, ist zwischen 1963 und 1967 ein Zuwachs von 16 % in bezug auf deren Zahl und 22,8 % in bezug auf die Beschäftigung in ihnen festzustellen. Die Zuwachsraten sehen folgendermaßen aus:

	Zahl der Betriebe 1963—1967	Beschäftigte 1963—1967
1. Konsumgüter	10,1 %	15,1 %
2. Halbfabrikate	28,0 %	21,7 %
3. Kapitalgüter	22,2 %	37,4 %
	16,0 %	22,8 %

Siehe „Oikonomikos Tachydromos“ (Wirtschaftskurier), Heft 761, vom 21. 11. 1968.

279 In Anbetracht der Zielsetzung der vorliegenden Untersuchung verzichten wir hier auf eine Analyse der Kapitalstruktur der griechischen Industrie. Wir verweisen diesbezüglich auf Coutsoumaris, a.a.O., S. 150 ff. M. Kritikos: *Oikonomika charaktiristika tis ellinikis viomichanias* (Wirtschaftliche Merkmale der griechischen Industrie) in „*Nea Oikonomia*“ (Neue Wirtschaft), Heft 6/1963, und Ellis: *Industrial Capital in Greek Development*, a.a.O., S. 47 ff.

sich der größte Teil der Industrie im Raum Athen und Umgebung. Im Jahre 1958 waren 47 % der Gesamtzahl der Betriebe und 53 % der Gesamtzahl der Beschäftigten in der Umgebung Athens ansässig. Im Jahre 1963 stiegen diese Prozentsätze auf 50,4 % und 54,8 %. Die Beteiligung der Umgebung Athens an dem gesamten Industrieprodukt stieg von 45,9 % im Jahre 1958 auf 56,8 % im Jahre 1962²⁸⁰. Nach der Untersuchung von Ward lag der Prozentsatz der Beschäftigten in dem Bereich Athen und Umgebung in den verschiedenen Industriezweigen zwischen 20,5 und 74,4 %²⁸¹. Bei den in Athen ansässigen Betrieben handelt es sich hauptsächlich um die größeren Betriebe wie auch um die Betriebe der schwereren Industrie, während die kleinen Betriebe, etwa der Lebensmittel-, Tabak-, Getränke- oder Lederindustrie, mehr auf das ganze Land verteilt sind²⁸². Als Gründe dieser geographischen Konzentration werden die Marktgröße, die Rohstoffkosten und der infrastrukturelle Unterbau angeführt²⁸³. Durch neue große Investitionen (Gruppe Esso-Pappas, Kombinat Nevros) werden in Zukunft neue Investitionszentren in anderen Gegenden (Mazedonien z. B.) gebildet.

Erwähnenswert auch in diesem Zusammenhang ist die schon zitierte Studie von Alexander über die griechischen Unternehmer. Nach seiner Untersuchung rekrutieren sich die griechischen Unternehmer (Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten) hauptsächlich aus Handwerkern und Kaufleuten. Etwa 30 % der Unternehmer sind Söhne von Industriellen²⁸⁴.

280 Siehe Kentron Programmatismou kai Oikonomikon Erevnon (Zentrum für Planung und Wirtschaftsführung): Schedion Programmatos... (Entwurf eines Planes...), a.a.O., S. 173. Vgl. auch Stratoudakis: Ta stelechi... (The executives...), a.a.O., S. 42.

281 Siehe B. Ward: Problems of Greek Regional Development (griechische Ausgabe), Athens 1963, S. 49 ff., insb. Tabellen auf S. 51, 53, 57. Vgl. auch S. Geronymakis: Periferiaki katanomi tou ethnou mas eisodimatos (Regionale Verteilung unseres Nationaleinkommens) in „Spoudai“ (Studien), Jg. 13 (1962—63), Heft 2, insb. Tab. 2 auf S. 241. Nach dem Planentwurf des Zentrums für Planung und Wirtschaftsforschung (siehe vorige Fußnote, a.a.O.) erstreckten sich 65 % des Zuwachses der Zahl der Betriebe und 85 % der Zahl der Beschäftigten zwischen 1958—63 auf die Umgebung Athens. Die besten und modernsten Fabriken haben sich im Raum Athen niedergelassen. Es ist wichtig darauf zu verweisen, daß die meisten der oben erwähnten großen Investitionen (Siehe S. 350 f.) in der Nähe von Athen durchgeführt worden sind oder werden.

282 Siehe Coutsoumaris, a.a.O., S. 120 und Tabelle auf S. 118—119, Ward, a.a.O., S. 56.

283 Siehe Coutsoumaris, a.a.O., S. 128 ff., Ward, a.a.O., S. 49 f. Stratoudakis (a.a.O., S. 133) nennt auch die Konzentration der Bürokratie in Athen als einen weiteren Grund der industriellen Konzentration in Athen und Umgebung. Vgl. dazu G. Langrod: Reorganisation of Public Administration in Greece, OECD, Paris 1965, S. 25 f.

284 Siehe Alexander: Greek Industrialists, a.a.O., S. 44—53, 126 ff., insb. Tabelle 3. I auf S. 45. Vgl. die Ausführungen von Dobb (Studies in the Development of Capitalism, a.a.O., S. 279 f.) in diesem Zusammenhang.

Es sei schließlich auf den Monopolisierungsgrad in der griechischen Industrie hingewiesen. Nach Angaben der Zeitschrift „Nea Oikonomia“ (Neue Wirtschaft) für 1966 waren folgende Zweige von höchstens fünf Unternehmen beherrscht: Gummiwaren (1), Aluminium (1), Öl (2), Stahl und Eisen (2), Bier (3), Düngemittel (3), Elektrogeräte (4), Papier (4), Automobilkarosserien (4), Zigaretten (4), Zement (5)²⁸⁵. Die meisten oben erwähnten Zweige waren bis vor kurzem monopolistisch und erst neuerdings werden sie zu Oligopolen umgewandelt. Die Werft von Niarchos z. B. bei Athen ist bis jetzt noch ein Monopol²⁸⁶. Ellis erwähnt auch die Ortsmonopole, die öfters in der Lebensmittelindustrie herrschen²⁸⁷. Von Bedeutung ist auch der Einfluß der Banken auf dem industriellen Sektor. Folgende Tabelle zeigt die Bankenbeteiligung an Industrieunternehmen²⁸⁸.

Höhe der Beteiligung in %	Zahl der Unternehmen			
	100 %	50—99 %	25—49 %	bis 24 %
Bank f. Industr.Entwicklung	9	6	5	12
Nationalbank v. Griechenland-Gruppe	—	4	12	15
Commerzbank-Gruppe ^{a)}	1	3	—	2

a) Auch die Ionische- und Volksbank gehören dazu.

Diese Banken beherrschen einen hinreichenden Teil der Industrie. Andreadis z. B., der Leiter der Commerzbank und der ihr angeschlossenen Banken ist Vorsitzender bei fünfzehn großen Aktiengesellschaften²⁸⁹. In Anbetracht der kleinen Zahl der großen Unternehmen, weist dies auf die Konzentration des Kapitals hin. Aufgrund der oben erwähnten Verträge werden die Gruppen Esso-Pappas, Onassis und Niarchos²⁸⁹, zusammen mit den sich in Griechenland selbst for-

285 „Nea Oikonomia“ (Neue Wirtschaft), Heft 1/1966, S. 45. Siehe auch C. T. Aris: Klassenanalyse, in J. Meynaud: Bericht über die Abschaffung der Demokratie in Griechenland, Berlin 1969, S. 122 f.

286 Vgl. auch oben Fußn. 256.

287 Ellis: Industrial Capital in Greek Development, a.a.O., S. 177 f. Zum Kartell-Wesen schreibt Ellis (ebenda, S. 179): „A small-scale, ingrown pattern of industrial production inevitably results in the ossification of market relations, even without secret or public agreements among the entrepreneurs.“ Ellis erwähnt zwei Beispiele dafür, daß solche Monopole durch Beziehungen zu politischen Personen errichtet bzw. erhalten werden. Niarchos z. B. verhinderte durch die Drohung, er würde seine Werft nach Tanger verlegen, die Errichtung einer neuen Werft. Siehe Ellis, ebenda, S. 185, Fußn. 8. Wie aus den in Fußn. 257 erwähnten Informationen ersichtlich ist, zielt Niarchos darauf ab, den Zweig „Schiffbau“ monopolistisch zu beherrschen.

288 Vasos: Die Beziehungen zwischen Banken und Industrie in Griechenland, a.a.O., S. 139, 143, 149, und Tabelle auf S. 189—191. Vgl. auch Aris: Klassenanalyse, a.a.O., S. 122.

289 Vasos, a.a.O., S. 158.

290 Siehe die Hinweise in Fußnoten 256 bis 260. Vgl. ähnliche Entwicklungen in der kapitalistischen Entwicklung der europäischen Länder und der Vereinigten Staaten in Mandel: Traité d'économie marxiste, Bd. II,

mierenden Konzernen, in Zukunft große Teile der Wirtschaft beherrschten. Die Monopolstellung des ausländischen Kapitals haben wir schon oben an geeigneter Stelle angedeutet.

Will man nun den Stand der Industrialisierung des Landes zusammenfassen, so muß man mit der Feststellung anfangen, daß bis 1960 keine großen Fortschritte in dieser Hinsicht gemacht worden waren. Der Zollschutz, unter dem die griechische Industrie immer gestanden hat²⁹¹, hat dazu beigetragen, daß hauptsächlich kleine, marginale Betriebe entstehen bzw. bestehen, während auf der anderen Seite ein großer Monopolisierungstrend seitens der Großunternehmungen zu beobachten ist. Wenigstens bis 1960 blieb Griechenland immer noch ein Land der „predominantly agricultural, shipping and trading economy“²⁹². Der Prozentsatz der industriellen Produktion hatte 1959—60 18,7% des Brutto-Sozialproduktes erreicht²⁹³. Nur 28,1% der aktiven Bevölkerung waren im industriellen Sektor im Jahre 1961 beschäftigt²⁹⁴. Erst durch die Erweiterung der Infrastruktur in der Periode 1950—60, die Vergrößerung des Marktes durch die Verbindung der Lokalmärkte, die Steigerung der Einkommen und die Akkumulation von Kapital²⁹⁵ und die Assoziierung mit der EWG wurden die Grundlagen für eine beschleunigte Industrialisierung geschaffen. Ab 1960 hat Griechenland eine Phase angetreten, in der die Industrialisierung und die Umwandlung der Wirtschaft mit großen Schritten vorangeht. Dies zeigt sich zunächst in der Investitions-

a.a.O., S. 8 ff., 21 ff., 26 ff. Unter dem Title „Les empires des groupes financiers“ führt Mandel Beispiel aus dem Konzentrationsprozeß in anderen Ländern an. Ebenda, S. 31 ff. „Les groupes financiers qui le contrôlent (les secteurs de la production) sont également les maîtres de banques, de compagnies d'assurances, de sociétés industrielles, commerciales et de transport, qui portent les noms les plus divers, et dont rien ne laisse supposer, à première vue, qu'elles sont reliées les unes aux autres.“ Mandel, a.a.O., S. 31. Andreadis ist die repräsentative Figur dafür in Griechenland.

291 Siehe dazu Ellis, a.a.O., S. 254 ff., 333 ff.

292 F. C. Mason: Greece, Economic and Commercial Conditions in Greece, London 1956, S. 1.

293 Im Jahre 1948—49 war dieser Prozentsatz 15,1%. Siehe Coutsouraris, a.a.O., S. 56. Vgl. Ellinikon Kentron Paragogikotitos (Griechisches Produktivitätszentrum): Provlímata tis viotéchnias... (Probleme des Handwerks...), a.a.O., S. 55 ff. Der Prozentsatz liegt bei 30—35% in den Vereinigten Staaten, England, Dänemark, Italien usw. Siehe Ellis, a.a.O., S. 19.

294 Nach OECD: Manpower policy and problems in Greece, Paris 1956, S. 23 f. Wohlgermerkt, in diesem Prozentsatz sind auch die Selbständigen mitgerechnet. Vgl. auch Kabanis, a.a.O., S. 83—85.

295 Die Steigerung der Einkommen und die Wiederherstellung des Vertrauens zur Drachme nach der Währungsreform von 1953 haben die Sparfähigkeit und den Sparwillen gefördert. Die Spareinlagen der Privaten bei den Banken stiegen von 2,1 Mrd. Drachmen Ende 1953 auf 87,0 Mrd. Drachmen Ende 1969. Siehe Bank of Greece: Monthly Statistical Bulletin, December 1963, S. 22, March 1970, S. 22.

tätigkeit in der Industrie, die wir vorher angeschnitten haben, wie auch in der Struktur der Handelsbilanz und besonders der Exporte, von denen wir im folgenden sprechen werden.

Der oben geschilderte Prozeß hat hauptsächlich zu Lasten der Arbeiter und der Agrarbevölkerung stattgefunden. Aus vorhandenen Angaben über die Einkommensverteilung zwischen 1951 und 1958 geht hervor, daß sich das Durchschnittseinkommen pro Jahr der drei wichtigsten Gruppen folgendermaßen entwickelt hat²⁹⁶:

	1951	1958
Bauern	7 964 Drachmen	16 327 Drachmen
Arbeitnehmer	11 871 Drachmen	25 973 Drachmen
Unternehmer ^{a)}	19 038 Drachmen	37 657 Drachmen

a) Auch die nicht verteilten Gewinne sind mitgerechnet.

Das Einkommen der Bauern war im Jahre 1951 um 3907 Drachmen niedriger als das Einkommen der Arbeitnehmer und um 11 074 Drachmen als das der Unternehmer. Die Unterschiede haben sich im Jahre 1958 verschärft. In diesem letzten Jahr war das Einkommen der Bauern um 9646 Drachmen niedriger als das Einkommen der Arbeitnehmer und um 21 330 Drachmen als das Einkommen der Unternehmer. Das Einkommen der Arbeitnehmer war um 7167 Drachmen im Jahre 1951 und um 11 684 Drachmen im Jahre 1958 niedriger als das Einkommen der Unternehmer. Zwischen beiden Jahren stieg das Durchschnittseinkommen der Bauern um 8363 Drachmen, der Arbeitnehmer um 14 102 Drachmen und das der Unternehmer um 18 619 Drachmen. Nimmt man das Jahr 1951 als Basis (= 100), dann ist der Zuwachs im Jahre 1958 219 für die Unternehmer, 205 für die Bauern und 193 für die Arbeitnehmer²⁹⁷. Wenn man daran denkt, daß in dieser Zeit das Preisniveau gestiegen ist, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß die Bauern und die Arbeitnehmer die „Last der Entwicklung“ getragen haben²⁹⁸. Nach einer Unter-

296 G. Geronymakis: Katanomi tou ethnikou eisodimatos kai tis apascholiseos en Elladi (Verteilung des Nationaleinkommens und der Beschäftigung in Griechenland) in „Archeion oikonomikon kai koinonikon epistimon“ (Archiv für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften), Bd. 42 (1962), Heft 4, Tabelle V, auf S. 805.

297 Geronymakis, a.a.O., Tab. 7 auf S. 806.

298 Der Großhandelsindex stieg von 100 im Jahre 1952 auf 150,6 im Jahre 1956, auf 147,8 im Jahre 1958, auf 150,2 im Jahre 1959, auf 162,6 im Jahre 1963 und auf 184,5 im Jahre 1969. Siehe Bank of Greece: Monthly Statistical Bulletin, January 1964, S. 90, 95, March 1970, S. 92. Der Durchschnittszuwachs des Großhandelsindex in der Zeit 1954—57 beträgt 7,2%, in der Zeit 1958—61 0,8%. Siehe Bank von Griechenland: I elliniki oikonomia kata to etos 1961 (Die griechische Wirtschaft im Jahre 1961), a.a.O., S. 53—54. Nach G. Mylonas (Neai Katefthinsis oikonomikis kai koinonikis politikis [Neue Richtlinien einer Wirtschafts- und Sozialpolitik] in „Ellinika Themata“ [Griechische Themen], Athen 1959, S. 11—12) bekam die Agrarbevölkerung im Jahre 1957 etwa 1/3 des Gesamteinkommens, während sie etwa 62% der Gesamtbevölkerung ausmachte. Im bergigen Teil

suchung des Zentrums für Planung und Wirtschaftsforschung stiegen die Löhne in der Industrie in der Zeit 1958—61 weniger als die Produktivität. Während die Durchschnittszuwachsrate pro Jahr der Löhne 6,49 % betrug, lag die durchschnittliche Jahreszuwachsrate der Produktivität zwischen 8,9 % und 9,5 %²⁹⁹. Aus anderen Angaben geht hervor, daß der Konsumpreisindex zwischen 1953 und 1963 um 150 % gestiegen ist und die Nominalhöhe um 91 %. Es ergibt sich daraus, daß die Reallöhne um 24 % zurückgingen³⁰⁰. Dagegen war die Profitrate (in bezug auf das Gesamtkapital) im Jahre 1961 45 % für die Nationalbank, 94 % für die Kommerzbank, 42 % für die Ölraffinerie von Aspropyrgos, 75 % für die Zement-Fabrik Titan und 510 % für die Aktiengesellschaft Importex³⁰¹. Aus einer Untersuchung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes für 1960 wurde ein Defizit für eine vierköpfige Arbeiterfamilie von 940 Drachmen festgestellt, wobei die Gesamtausgaben mit 3000 Drachmen und das Einkommen (Löhne des Mannes und der Frau) mit 2060 Drachmen beziffert wurden. Im Jahr 1963 hatte sich das Defizit auf 1270 Drachmen vergrößert³⁰². Über die Wohnverhältnisse braucht man hier nicht auf Einzelheiten einzugehen³⁰³. Man muß schließlich die Struktur des Steuersystems erwähnen, das sich auf die indirekten Steuern stützt³⁰⁴ und haupt-

des Landes lebte $\frac{1}{3}$ der Agrarbevölkerung und bekam nur $\frac{1}{5}$ des Agrareinkommens. Dazu muß man erwähnen, daß die Durchschnitts-Bauernfamilie aus 4,2 Personen besteht.

299 Siehe „Oikonomikos Tachydromos“ (Wirtschaftskurier), Heft 505, vom 19. 12. 1962, S. 845 (1) und 860 (16). Auch Kanabas, a.a.O., S. 139 f. Interessant sind auch in diesem Zusammenhang die Ergebnisse der Untersuchung von J. Crockett: Consumer Expenditures and Incomes in Greece, Athens 1967, insb. S. 93 ff. und Tabelle auf S. 96, betreffend die Einkommensskala.

300 Kabanias, a.a.O., S. 149—152. Nach einer neuesten Untersuchung wurden im Jahre 1967 die höchsten Löhne in den Zweigen der sogenannten schweren Industrie (Metallbau, Kohle- und Ölprodukte) bezahlt. Dieser Befund wird hier als ein Hinweis auf die Dynamik dieser Zweige und die Vergrößerung ihrer Rolle erwähnt. Siehe S. M. Hadjoglou: I diarthrosis tis amivis ergasias ton misthoton is tin viomichanian-viotechnian kata ta eti 1965—1967 (Die Struktur des Arbeitsentgelts der Arbeitnehmer in der Industrie und im Handwerk in den Jahren 1965—67) in „Spoudai“, Bd. 9 (1969), Heft 2, S. 310 f.

301 Siehe Bank of Greece: Monthly Statistical Bulletin, January 1964, S. 43—47. D. S. Goutas: Misthoi kai imeromisthia stin koini agora kai stin Ellada (Gehälter und Löhne in der EWG und in Griechenland), Athen 1962, S. 9.

302 Kabanias, a.a.O., S. 153—155.

303 Siehe dazu Kabanias, a.a.O., S. 190 ff., auch E. Romanos: Ai stegastikai synthikai is tin Ellada (Die Wohnverhältnisse in Griechenland) in: „Nea Oikonomia“ (Neue Wirtschaft), Heft 10/1963.

304 Siehe dazu G. D. Konstantinou: Episkopisis tou ellinikou forologikou systematos (Übersicht des griechischen Steuersystems). Athen 1960, G. F. Break — R. Turvey: Studies in Greek Taxation, Athens 1964, insb. S. 102 ff. Die indirekten Steuern machen etwa 80 % der Gesamteinnahmen aus.

sächlich die Konsumenten, nämlich Bauern und Arbeitnehmer belastet³⁰⁵.

Die kleinen Fortschritte in der Industrialisierung zeigen sich hauptsächlich in der Arbeitslosigkeit und dem Ausmaß der Auswanderung in dieser Periode.

Die Arbeitslosigkeit betrug im Jahre 1961 238 900 Personen bei einer Gesamtzahl von 2 799 500 Beschäftigten, d. h. 6,5 %. Wenn man dann die Unterbeschäftigten, d. h. diejenigen, die nur teilbeschäftigt sind, dazu rechnet, die auf 624 700 Personen, d. h. 17,1 % der Beschäftigten geschätzt werden, dann kommt der Prozentsatz der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten auf 23,6 %, gerechnet nach der Gesamtzahl der Beschäftigten³⁰⁶. In der Industrie betrug die Zahl der Arbeitslosen 8,6 %. Der größte Arbeitslosen-Prozentsatz war in der Getränke- und Tabakindustrie (46,4 %) und im Wohnungsbau (11,3 %) zu bemerken³⁰⁷. Der Prozentsatz der Arbeitslosen war größer in den Provinzstädten als in Athen. Der Prozentsatz der Unterbeschäftigten war größer in der Landwirtschaft (24,3 %) ³⁰⁸.

305 Die Steuerhinterziehung hat in Griechenland legendären Ruf erhalten. Folgende Tabelle ist aufschlußreich in dieser Hinsicht. Sie gibt in % die Verteilung der Steuerpflichtigen für die Einkommenssteuer verschiedener Kategorien nach der Einkommenshöhe im Jahre 1960 an.

Ein- kommen in Drachmen	Bezieher a) von festen Ein- kommen	Kauf- leute Indu- strielle	Arbeit- nehmer	Bauern	Freie Berufe	Rentner
bis 30 000	51,6	49,8	35,8	45,0	16,0	28,3
30—100 000	42,2	44,5	55,4	52,5	67,2	67,7
100—400 000	5,5	5,1	8,6	2,5	16,3	4,0
üb. 400 000	0,7	0,6	0,2	—	0,5	—
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

a) Mieten, Grundrechte, Zinsen, Dividenden.

Siehe E. Roukis: I forologia tou eisodimatos (Die Einkommensbesteuerung) in: „Nea Oikonomia“ (Neue Wirtschaft), Heft 9/1961, S. 588. Es ist ersichtlich, daß die Bezieher von festen Einkommen und die Kaufleute und Industriellen am stärksten in der untersten Einkommensschicht vertreten sind. Dagegen sind in der danach folgenden Stufe die Arbeitnehmer, die Bauern, die Rentner, zusammen mit den freien Berufen am stärksten vertreten. Auffallend ist, daß der Prozentsatz der Arbeitnehmer, die ein Einkommen zwischen 100—400 000 Drachmen angegeben haben, höher als derjenige der Kaufleute und Industriellen und der Bezieher von festen Einkommen liegt!

306 Siehe dazu „Oikonomikos Tachydromos“ (Wirtschaftskurier), Heft 444 vom 18. 10. 1962, S. 715 (11), OECD: Manpower policy ..., a.a.O., S. 26 f., und Kabanass, a.a.O., S. 170 f.

307 OECD: Manpower policy ..., a.a.O., S. 27, Kabanass, a.a.O., S. 172 f.

308 Siehe „Oikonomikos Tachydromos“ (Wirtschaftskurier), Heft 444 vom 18. 10. 1962, a.a.O., S. 715 (11). S. Hadjoglou: I anergia is tin Ellada (Die Arbeitslosigkeit in Griechenland) in: „Oikonomikos Tachydromos“

Diese Arbeitslosen, die weder in der Landwirtschaft beschäftigt noch von der Industrie aufgenommen werden konnten, fanden einen Ausweg in der Auswanderung. In der Nachkriegszeit erleben wir wieder eine große Auswanderungswelle, die sich zuerst nach Amerika, Kanada und Australien, später nach europäischen Ländern und besonders nach Deutschland wandte. Die erste Auswanderungswelle begann im Jahre 1954 und richtete sich nach Belgien. Erst ab 1959 kommt die Bundesrepublik an erster Stelle als Aufnahmeland von griechischen Auswanderern, „Gastarbeiter“ genannt³⁰⁹. Nachstehende Tabelle³¹⁰ gibt Aufschluß über die Entwicklung der Auswanderung in dieser Periode, woraus die Verlagerung von den überseeischen zu den europäischen Ländern klar zum Ausdruck kommt.

	Gesamtzahl der Aus- wanderer	Überseeische Länder		Europäische Länder	
		Zahl	%	Zahl	%
1955	28 787	19 766	66,4	6 068	20,4
1956	35 349	23 147	65,5	7 780	22,0
1957	30 428	14 783	48,6	13 046	42,9
1958	24 521	14 842	60,5	6 567	26,8
1959	23 684	13 871	58,6	6 713	28,3
1960	47 768	17 764	37,2	26 927	56,4
1961	58 837	17 336	29,5	39 564	67,2
1962	84 054	21 959	26,1	60 754	72,3
1963	100 072	24 459	24,4	74 236	74,2
1964	105 569	25 327	24,0	79 489	75,3
1965	117 167	29 036	24,8	87 242	74,5
1966	86 896	33 093	38,1	53 050	61,0
1967	42 730	26 323	61,6	15 658	36,6
1968	50 866	25 891	50,8	23 501	46,2

Nach einem Rückgang im Jahre 1967 wegen der Rezession in Deutschland setzt sich der Auswanderungstrend immer fort. Nach neuesten Angaben für die Zeit Januar—Juli³¹¹, hat die Auswande-

(Wirtschaftskurier), Heft 465 vom 14. 3. 1963, S. 184 (8), OECD: Manpower policy . . . , a.a.O., S. 27, 29. Nach Angaben von Kabanias, a.a.O., S. 168, war 44,4 % der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft überflüssig.

309 Siehe B. Filias: I metanastefsi Ellinon ergaton stin Germania kai oi synepies tis (Die Auswanderung griechischer Arbeiter in die Bundesrepublik und ihre Rückwirkungen) in: „Koinoniologiki skepsi“ (Soziologisches Denken), Heft 1/1966, Athen, S. 177 ff., und S. Valsamidis: Die griechischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, Athen 1964, S. 11 f.

310 Aus X. Zolotas: International Labor Migration and Economic Development, Athens 1966, S. 34. Für 1966, Trapesa tis Ellados (Bank von Griechenland): I elliniki oikonomia kata to etos 1966 (Die griechische Wirtschaft im Jahre 1966), a.a.O., S. 48—50, und National Statistical Service of Greece: Statistical Yearbook of Greece 1967, a.a.O., S. 47—48. Für 1967 und 1968 National Statistical Service of Greece: Monthly Statistical Bulletin, January 1970, S. 6.

311 „Oikonomikos Tachydromos“ (Wirtschaftskurier), Heft 829 vom 12. 3. 1970, S. 6.

rung im Jahre 1969 um 120,9 % im Vergleich zu 1968 zugenommen. Interessant ist die Bemerkung, daß ein großer Teil der Auswanderer (24 %) Arbeitslose gewesen sind³¹². Mehr als die Hälfte der Auswanderer (nämlich 52 %) waren Bauern und ungelernete Arbeiter³¹³. Dazu muß man erwähnen, daß etwa 80—90 % der Auswanderer im produktiven Alter von 15—44 Jahren sind³¹⁴. Schließlich muß bemerkt werden, daß der größte Prozentteil der Auswanderer aus den unterentwickelten, zurückgebliebenen Bezirken stammt (Mazedonien 40 %, Epirus 8,5 %, Thrazien 8,3 %, Peloponnes 8,5 %) ³¹⁵. Eine große Diskussion entstand in den Jahren 1963—65 über die Auswirkungen der

312 24 % der Auswanderer waren arbeitslos bzw. nie in produktiver Arbeit in Griechenland beschäftigt. Siehe Valsamidis, a.a.O., S. 36. Nach dem Statistischen Amt haben sich die Prozentsätze zwischen den in der Zeit vor ihrer Auswanderung einen Beruf Ausübenden und den keinen Beruf Ausübenden folgendermaßen entwickelt:

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Mit Beruf	63,6	63,3	71,9	74,8	60,9	55,3	46,3
Ohne Beruf	36,4	36,7	28,1	25,2	39,1	44,7	53,7
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

zitiert in: Bank von Griechenland: I elliniki oikonomia kata to etos 1966 (Die griechische Wirtschaft im Jahre 1966), a.a.O., S. 49. Es ist ersichtlich, daß mit der Zeit, für diejenigen, die einen Beruf erlernt hatten, Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen wurden, so daß sich ihr prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der Auswanderer verringert hat. Siehe weiter im Text.

313 Siehe Valsamidis, a.a.O., S. 36. Die Prozentsätze der angelernten und ungelerten Auswanderer waren für vier Jahre:

	Ungelernte in %	Angelernte in %
1959	82	18
1960	64	36
1961	54	46
1962	44	56

Siehe P. Joka: Thetiki simia apo tin metanastevsi (Wirklicher Schaden aus der Auswanderung) in: „Oikonomikos Tachydromos“ (Wirtschaftskurier), Heft 490 vom 5. 9. 1963, S. 610 (6). Siehe auch „Nea Oikonomia“ (Neue Wirtschaft), Heft 12/1963, S. 1004. Vgl. OECD: Manpower policy . . . , a.a.O., S. 33.

314 Die größten Ballungen sind in den Altersstufen 20—24 und 25—29 zu beobachten. Siehe dazu Nat. Statistical Service of Greece: Statistical Yearbook of Greece 1962, a.a.O., S. 39. Derselbe: Statistical Yearbook of Greece, 1967, a.a.O., S. 52.

315 Obwohl auch der Prozentsatz in Attika, dem am stärksten industrialisierten Bezirk, hoch liegt (8,9 %). Siehe Valsamidis, a.a.O., S. 27. Daraus ist zu entnehmen, daß die Auswanderung die Arbeitslosen in die Städte und die Unterbeschäftigten in die Landwirtschaft gezogen hat. Über die Gründe der Auswanderung siehe „case-studies“ aus verschiedenen Bezirken in: „Nea Oikonomia“ (Neue Wirtschaft), Heft 4—5/1966, S. 302—331.

Auswanderung auf die Bevölkerungsstruktur und den Bevölkerungszuwachs, wie auch auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes³¹⁶.

Kommen wir jetzt kurz auf die Lage in der Landwirtschaft zu sprechen. Wie schon bemerkt (Argument 57, S. 191), wurde durch die Bodenreform in der vorigen Periode der Großgrundbesitz aufgelöst. Die am Ende des Zweiten Weltkrieges noch in Händen des Großgrundbesitzes befindliche Fläche wurde auf 150—160 000 Hektar geschätzt³¹⁷. Nach amtlichen Schätzungen betrug die Fläche des Großgrundbesitzes im Jahre 1951 178 700 Hektar, wovon 85 000 Hektar Privatbesitz, 32 000 Hektar Besitz von Institutionen des öffentlichen Rechts, 28 000 Hektar Besitz der Kirche und von Klöstern waren. Die Zahl der Besitzlosen bzw. Kleinbauern, denen dieses Land zugeteilt werden sollte, wurde mit 100 000 bis 125 000 Personen beziffert, wovon 76 825 Besitzlose und die restlichen Zwergbauern waren³¹⁸. Durch Art. 102 der Verfassung von 1952 und Gesetz 2185/1952 wurde die Auflösung des Großgrundbesitzes und die Ansiedlung von Besitzlosen weiter getrieben³¹⁹. Das Problem der Besitzverhältnisse in dieser Periode erscheint nun vielmehr als Problem der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe und der Zersplitterung der Äcker. Folgende Tabelle gibt die Verteilung des Ackerbaus nach Größe im Jahre 1950 an³²⁰:

Größe der landw. Betriebe	Zahl der Betriebe	%
bis 1 Hektar	286 806	28,51
1— 5 Hektar	573 198	56,94
5— 10 Hektar	114 327	11,35
10— 20 Hektar	25 912	2,57
20— 50 Hektar	5 361	0,53
50—100 Hektar	651	0,06
über 100 Hektar	382	0,04
	1 006 637	100,0

316 Siehe dazu Zolotas, a.a.O., S. 40 ff. A. Angelopoulos: Anatomia tis ellinikis metanastevseos (Anatomie der griechischen Auswanderung) in: „Nea Oikonomia“ (Neue Wirtschaft), Heft 4—5/1966, S. 298—302. A. Damaskinidis: To problima tis exoterikis metanastevseos ton ellinon ergasomenon (Das Problem der Auswanderung der griechischen Arbeitnehmer), Thessaloniki 1967 (Sonderdruck), insb. S. 366 ff. Siehe G. Triantis: Population, emigration and economic development in UNO: World Population Conference 1965, New York 1967, Bd. IV, S. 244—248. OECD: Manpower policy . . . , a.a.O., S. 34 ff.

317 Siehe oben Fußn. 117.

318 Siehe Stefanidis: Mathimata Agrotikis Politikis (Vorlesungen über Agrarpolitik), a.a.O., S. 109, Fußn. 1.

319 Siehe Kalitsounakis: Efirmosmeni politiki oikonomia (Angewandte politische Ökonomie), a.a.O., S. 115. McNeill: Greece, a.a.O., S. 82 f., erwähnt, daß diese Gesetzgebung den Besitz über 40 Hektar betraf. Danach wurden etwa 50 000 Hektar verteilt, oft jedoch rechtswidrig.

320 N. Christodoulou: Geniki episkopisis tis ellinikis georgias (Allgemeine Übersicht der griechischen Landwirtschaft), in „Spoudai“ (Studien), Bd. 12 (1961—62), Heft 11—12, S. 2, Fußn. 2.

Im Jahre 1961 stieg der Prozentsatz der Betriebe infolge der Bodenreform nach 1952 zwischen 10—50 Hektar von 59,94 % im Jahre 1950 auf 58,3 % zu Lasten der größeren Betriebe. Im allgemeinen sind etwa 85 % der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe kleiner als 5 Hektar. Etwa 37 % der Betriebe im Jahre 1960 waren kleiner als 1 Hektar und machten 7 % der Gesamtfläche des bebaubaren Ackers aus. Die Durchschnittsgröße der Betriebe betrug 3,6 Hektar³²¹. Nach Klimis betrug die Durchschnittszahl der Äcker pro landwirtschaftlichem Betrieb im Jahre 1950 5,6 Hektar³²². Der Staat hat versucht, durch entsprechende Maßnahmen die Zersplitterung der Äcker weitgehend zu beseitigen³²³. Durch die Meliorations- und Bewässerungswerte, die in der Landwirtschaft nach dem Krieg durchgeführt wurden, durch die Erweiterung des Straßenbaus und durch eine Politik zur Förderung der intensiven Bebauung hat sich die Landwirtschaft weiter kapitalisiert und sich fast völlig dem kapitalistischen Markt angeschlossen. Die bebaute Fläche betrug 1961 3,67 Mio. Hektar, wovon 11 % bewässert wurden³²⁴. Der Verbrauch von Düngemitteln stieg von 48 000 Tonnen in der Zeit 1948/49—1952/53 (Juni/Juli) auf 128 800 Tonnen im Jahre 1959/60 und auf 140 700 Tonnen im Jahre 1960/61³²⁵. Die Versorgung der Landwirtschaft mit aller Art land-

321 Siehe A. Kellas: *I elliniki georgia entos tis koinis agoras* (Die griechische Landwirtschaft innerhalb der EWG), in: „Oikonomikos Tachydromos (Wirtschaftskurier), Heft vom 29. 3. 1962, S. 224—225 (8—9). S. P. Panagos: *I agrotiki oikonomia mas sta plaisia tis koinis agoras* (Unsere Agrarwirtschaft im Rahmen der EWG), in: „*Nea Oikonomia*“ (Neue Wirtschaft), Heft 1/1962, S. 84. A. N. Klimis: *I agrotiki oikonomia* (Die Agrarwirtschaft), Athen 1961, S. 22, 27. Kienitz: *Existenzfragen des griechischen Bauerntums*, a.a.O., S. 42.

322 Klimis, a.a.O., S. 27.

323 Siehe dazu die Untersuchung von K. Thomson: *Form fragmentation in Greece*, Athens 1963, die wir nicht einsehen konnten. Nach Angaben des Abteilungsleiters für Ansiedlungspolitik des Landwirtschaftsministeriums N. Katsoulis, umfaßte die neue Verteilung des Bodens zwischen 1953—1962 zwecks Minderung der Zersplitterung 164 Dörfer, 38 444 Bauern und nur 107 463 Hektar Land. Aus 418 401 Äckern wurden nach der Neuverteilung 51 893. Siehe N. Katsoulis: *I exelixis tou agrotikou anadasmou is tin Ellada* (Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Neuverteilung in Griechenland), in: „Oikonomikos Tachydromos“ (Wirtschaftskurier), Heft 469 vom 11. 4. 1963, S. 241 (1) und A. Kellas: *O agrotikos anadasmos* (Die landwirtschaftliche Neuverteilung). Ebenda, Heft 508 vom 9. 1. 1964, S. 23 (7). Die Ergebnisse werden von Katsoulis als „unbefriedigend“ bezeichnet. Nach 1960 betrifft die neue Zwangsverteilung des Bodens die Hälfte der Ackerfläche und mehr als die Hälfte der Besitzer. Siehe Katsoulis, ebenda, Tabelle 2.

324 Die bewässerte Fläche stieg von 340 000 Hektar im Jahre 1956 auf 410 000 Hektar im Jahre 1960. Siehe FAO: *Production Yearbook 1961*, Tab. 2, S. 8. Über den Investitionsanfang in der Landwirtschaft, siehe oben die Tabelle auf S. 346 f.

325 Stickstoff-, Kali- und Phosphordüngemittel. FAO: *Production Yearbook 1961*, Tab. 98, 99, 100 auf S. 257, 260, 263.

wirtschaftlicher Maschinen wurde weiter betrieben³²⁶. Die staatliche Politik hat auch während dieser Periode den Anbau von der Getreide- auf die Produktion von sogenannten Industriepflanzen zu verlagern versucht, ohne Erfolg jedoch, zumal die Schutzpolitik der Getreideproduktion beibehalten wurde und andere Voraussetzungen, wie die Ausbildung der Bauern, infrastrukturelle Grundlagen, Anreize zur Umwandlung in neue Produktionen nicht geschaffen wurden³²⁷. Folgende Tabelle gibt ein Bild der Produktionsstruktur der Landwirtschaft in der Nachkriegszeit³²⁸.

Landwirtschaftliche Produktion zwischen 1950—1965

A. Bebaute Fläche in 1000 Hektar

	Weizen	Reis	Baumwolle	Tabak	Gemüse
1950	867	10	77	103	49
1955	1040	18	166	129	72
1960	1142	14	165	94	91
1965	1258	24	136	132	105

B. Produktion in 1000 Tonnen

1950	850	32	79	58	736
1955	1337	61	189	97	922
1960	1666	55	184	64	1 136
1965	2672	104	228	126	1 140

C. Durchschnittsertrag (kg/Hektar)

1950	980	3298	1026	580	27 921
1955	1286	3476	1139	754	27 800
1960	1457	3928	1115	680	27 642
1965	1647	4333	1676	954	25 996

Wie ersichtlich nimmt immer noch etwa $\frac{1}{3}$ der bebauten Gesamtfläche die Weizenproduktion in Anspruch³²⁹. Die Zahlen weisen auf

326 Die Zahl der Zugmaschinen stieg z. B. von 8950 im Jahre 1955 auf 49 093 im Jahre 1965, der Drescher von 750 auf 3763. Siehe Nat. Statistical Service of Greece: Statistical Yearbook of Greece, 1962, a.a.O., S. 178, und Statistical Yearbook 1967, a.a.O., S. 181.

327 Siehe zu diesem Thema in: „Oikonomikos Tachydromos“ (Wirtschaftskurier), Heft 504 vom 12. 12. 1963, S. 835 (7). Siehe Valsamidis: Stasimotis paragogis kai meiosis eisodimatos (Stagnation der Produktion und Minderung des Einkommens), ebenda, Heft vom 12. 4. 1962, S. 262 f. (10 f.) und N. Xanthakis: I anadiarthrosis ton kalliergeion kai i anaptyxis tis ktinotrofias (Die Umwandlung des Anbaus und die Entwicklung der Viehzucht), ebenda, Heft 507 vom 2. 1. 1964, S. 1, 12.

328 Nat. Statistical Service of Greece: Statistical Yearbook of Greece 1967, S. 178—180.

329 Die vorhandenen Angaben weisen in der Zeit 1950—1965 auf eine Minderung der Anbaufläche der übrigen Getreidesorten hin. Siehe den Hinweis in der vorigen Fußnote.

eine Steigerung der Produktivität hin, die bei den Industriepflanzen viel höher liegt als bei dem Weizenbau³³⁰.

Es läßt sich nun sagen, daß die griechische Landwirtschaft sich in einem Umwandlungsprozeß befindet, der jedoch langsam vorangeht. Die mono- bzw. oligokulturellen Verhältnisse werden graduell abgebaut. Der Tabak behält immer noch eine zentrale Stellung in den Exporten, die Stellung der Korinthen jedoch ist zurückgetreten. Die Getreideproduktion stellt noch weiterhin den größten Teil der landwirtschaftlichen Produktion dar, die kapitalistischen Verhältnisse sind jedoch weitgehend in die Landwirtschaft eingedrungen. Ein großer Teil der Agrarproduktion kommt auf den Markt. Der Industriezweig der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte hat begonnen an Bedeutung zu gewinnen³³¹. Obwohl diese Entwicklungen mehr ansatzweise als vollständig vorhanden sind, gehen sie so langsam voran, daß die Agrarbevölkerung darunter leidet. Die Überbevölkerung in der Landwirtschaft fand in der Urbanisierung und in der Auswanderung einen Ausweg³³². Die Agrarbevölkerung ist immer noch der Ausbeutung des Privathandels und des Industriekapitals ausgesetzt, was auf die Ohnmacht der Genossenschaften und das

330 Der Vergleich mit der Vorkriegszeit macht den Unterschied klarer: Der Durchschnittsertrag in kg pro Hektar war:

	Vorkriegszeit	Nachkriegszeit
Weizen	576—694	1400
Mais	976	1440
Baumwolle	715	1320
Kartoffeln	6930	11 030—11 480
Reis	2020	3 492—4 095

Siehe Christodolou, a.a.O., S. 4. Xanthakis kommt zu der Schlußfolgerung, daß in der Zeit 1953—60 die griechische Landwirtschaft durch eine sehr niedrige (die niedrigste in Europa) Produktivitäts-Zuwachsrate (2 % jährlich) gekennzeichnet wird und daß keine Kapitalisierung in ihr (im Sinne einer Ersetzung der Arbeitskraft durch Kapital) stattgefunden hat. Siehe N. Xanthakis: I paragogikotis tis ellinikis georgias (Die Produktivität der griechischen Landwirtschaft), in: „Epiteorisis oikonomikon kai politikou epistimon“ (Rundschau der Wirtschafts- und politischen Wissenschaften), Bd. 1962, Heft 3/4, S. 263 f., 255.

331 Siehe dazu das umfangreiche Material in der Sonderausgabe der Wochenzeitung „Oikonomikos Tachydromos“ (Wirtschaftskurier), Heft 797, vom 31. 7. 1969 unter dem Titel: Georgikai Viomichaniai (Agrarindustrien).

332 Siehe oben im Text. Siehe auch zu diesem Thema A. A. Pepelasis-P. A. Yotopoulos: Surplus Labour in Greek Agriculture, 1953—1960, Athens 1962, was wir nicht einsehen konnten. Vgl. „La surpopulation agraire est, dans l'agriculture des pays capitalistes, l'exédent de la population qui résulte de la ruine des grandes masses de la paysannerie; cette population ne peut être que partiellement occupée dans la production agricole et ne trouve pas à s'employer dans l'industrie“. Académie des Sciences de l'URSS: Manuel d'Economie Politique, a.a.O., S. 157.

Fehlen der Organisation der Bauern zurückzuführen ist³³³. Folgende Übersicht untermauert die obige Behauptung³³⁴:

Industriezweig der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte

	Private	Genossenschaften
Milchindustrie	95 %	5 %
Käse (Qual. A)	3 %	95 %
(üblich)	99 %	1 %
Butter	70 %	30 %
Milchkondensierung	30 %	70 % (mit Agrarbank)
Weichkäse	95 %	5 % (mit Agrarbank)
Wein	30 %	70 %
Obst und Gemüse	84 %	16 %
Olivenöl	77 %	23 %
Kernölproduktion	73 %	27 %
Unterkühlung	82 %	18 % (mit Agrarbank)
Futter	75 %	25 % (mit Agrarbank)
Wurstfabrikation u. a.	100 %	—

Die Abhängigkeit von Handel und Industrie, in die die Bauern unter diesen Umständen geraten, wird weitgehend durch den großen Einfluß der Agrarbank verstärkt, die den Agrarkredit kontrolliert. $\frac{1}{3}$ der Kredite an die Landwirtschaft besteht aus kurzfristigen Anleihen, der Zinssatz liegt bei 5—6 %³³⁵. Dieser Zustand hat zu einer großen Verschuldung der Bauern geführt, die in den letzten Jahren die Agrarbevölkerung schwer belastete³³⁶. Es sei schließlich bemerkt, daß wenig in Richtung der Ausbildung der Bauern in dieser Periode unternommen worden ist³³⁷.

Die Entwicklungen der griechischen Wirtschaft lassen sich auch in der Struktur der Handels- bzw. Zahlungsbilanz ablesen. Die Ausfuhren machten 1957 immer noch nur 41,8 % der Einfuhren aus. Etwa 80 % der Ausfuhren bestanden um 1960 aus Agrarprodukten³³⁸. Der

333 Siehe Nikolinakos: Die ländlichen Genossenschaften in Griechenland, a.a.O. Auch einen interessanten Artikel in einer in Paris erscheinenden hektographierten Zeitschrift „Kinima gia ti laiki exousia stin Ellada“ (Mouvement pour le pouvoir du peuple en Grèce) (c/o éditions Maspéro), Heft 3, Januar 1968, unter dem Titel „To laiko antifaschistiko kinima kai oi ellines agrotas“ (Die antifaschistische Volksbewegung und die griechischen Bauern), Verfasser D. Z. L., insbes. S. 24—29.

334 Siehe den Hinweis in Fußn. 331, S. 7 (1071).

335 Bank of Greece: Monthly Statistical Bulletin, March 1970, S. 36, 44.

336 Die Militärregierung hat einen Teil dieser Schulden gestrichen. Siehe The Achievements of the National Government . . . , a.a.O., S. 48.

337 Vgl. in diesem Komplex A. Grigorogiannis: I oikonomiki anaptyxis tis Ellados (Die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands), Athen 1959, S. 73—86, auch Kalitsounakis, a.a.O., S. 130 f.

338 Im Jahre 1965 machten die Ausfuhren von Nahrungsmitteln 23,6 %, von Getränken und Tabak 36 %, von Roh- und Hilfsstoffen 29,1 % der Gesamtausfuhren aus. Siehe Wapenhans: Griechenland, a.a.O., S. 33.

Tabak beherrschte auch in dieser Periode die Ausfuhren, obwohl sich sein Anteil an den Gesamtausfuhren graduell vermindert. Er betrug immer noch etwa 34 % im Jahre 1961³³⁹. Bemerkenswert ist die Steigerung der Anteilnahme von Baumwolle (6 % 1957, 11 % 1961, 16 % 1962) an der Gesamtausfuhr. Die Rohstoffe und die Halbfabrikate zusammen mit der Ausfuhr der unverarbeiteten Erze und Mineralien machten etwa 14—16 % (1957, 1962) der Gesamtausfuhr aus. Dagegen betrug der Prozentanteil der Industrieprodukte etwa 5—6 %. Erst ab 1965 durchbrach die Industrieausfuhr die 10 %-Grenze an der Gesamtausfuhr. Danach steigerte sich kontinuierlich ihr Prozentanteil auf 13 % im Jahre 1966, auf 17 % im Jahre 1967, auf 23 % im Jahre 1968 und auf 32 % im Jahre 1969. Erst in diesem letzten Jahr wird die Industrieausfuhr in absoluten Zahlen der erste Posten in der Gesamtausfuhr. Dies ist Ergebnis der nach 1960 durchgeführten großen Investitionen. Aluminium, Nickel, Metallfabrikate, Textilien und chemische wie auch pharmazeutische Erzeugnisse sind die wichtigsten industriellen Ausfuhrprodukte³⁴⁰. Die Einfuhr besteht aus Industrieprodukten (26—28 %), Lebensmitteln (15—16 %), Rohstoffen (etwa 22 %) und Kapitalgütern (24—27%)³⁴¹. Die Handelsbilanz zeigt ein immer größer werdendes Defizit, das hauptsächlich aus dem Fremdenverkehr³⁴², der Schifffahrt³⁴³, den Geldüberweisungen der Auswanderer³⁴⁴ und der Kapitaleinfuhr in Form von Anleihen oder der Wirtschaftshilfe

339 Im Jahre 1957 machten die Tabakausfuhren 39 % der Gesamtausfuhren aus. Im Jahre 1961 verringerte sich dieser Prozentsatz auf 34 % und im Jahre 1962 auf 28 %. Im Jahre 1963 erreichte dieser Prozentsatz 43 %, im Jahre 1968 22 % und im Jahre 1969 sogar 17—18 %! Siehe Bank of Greece: Monthly Statistical Bulletin, Dec. 1963, S. 18 und March 1970, S. 70.

340 Bank of Greece: Monthly Statistical Bulletin, March 1970, S. 69, 70—71. Siehe auch Wapenhans: Griechenland, a.a.O., S. 38 ff.

341 Bank of Greece, ebenda, S. 74—75. Vergleicht man diese Prozentsätze mit solchen aus vorigen Jahren, so stellt man eine Verlagerung der Einfuhren von Konsum- und Lebensmittelgütern auf Rohstoffe und Kapitalgüter, was auf die fortschreitende Industrialisierung hinweist. So machten z. B. im Jahre 1956 die Importe von Nahrungsmitteln 20,6 %, von Rohstoffen 12,1 %, von Industrieerzeugnissen 20,8 %, von Kapitalgütern 28,3 % aus. Im Jahre 1961 liegen die obigen Prozentsätze bei 17 %, 25 %, 31 % und 18 % entsprechend. Siehe Wapenhans: Griechenland, a.a.O., S. 33 und 51 ff.

342 Dem Fremdenverkehr wird eine große Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung beigemessen. So waren die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr 41,7 Mio. Dollar im Jahre 1959, und 149,4 Mio. Dollar im Jahre 1969. Siehe Bank of Greece: Monthly Statistical Bulletin, Dec. 1963, S. 56, March 1970, S. 67.

343 Die Einnahmen aus der Schifffahrt betragen 60,3 Mio. Dollar im Jahre 1958 und 242 Mio. Dollar im Jahre 1969, ebenda.

344 Die Geldüberweisungen der Auswanderer stiegen von 105 Mio. Dollar im Jahre 1969 auf 276,9 Mio. Dollar im Jahre 1969. Ebenda. Auch „Oikonomikos Tachydromos“ (Wirtschaftskurier), Heft 503 vom 5. 12. 1963, S. 816 (4).

gedeckt wird³⁴⁵. Als Hauptlieferanten Griechenlands gelten die Bundesrepublik (20,3 % 1958) bzw. die EWG-Länder (46 % 1962) und die Vereinigten Staaten (13,7 % 1958). Als Hauptabnehmer der griechischen Ausfuhr gelten wieder die zwei oben genannten Länder³⁴⁶.

Aus den bisherigen Ausführungen geht hervor, daß sich Griechenland bis 1960 auf einer Vorbereitungsstufe befunden hat und seitdem bemüht ist, die rückständige Agrarstruktur zu beseitigen und die Industrialisierung zu forcieren. Noch 1961 machte die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung 56 % der Gesamtzahl der Beschäftigten aus³⁴⁷. Der Beitrag der Landwirtschaft am Brutto-National-einkommen machte 22,7 % im Jahre 1965 (er lag bei 27,2 % im Jahre 1958) aus³⁴⁸. Noch ist das Land von der Landwirtschaft abhängig. Bemerkenswert ist die Abhängigkeit der Wachstumsrate des Brutto-Sozialprodukts und der Industrieproduktion von der jeweiligen Wachstumsrate der landwirtschaftlichen Produktion, wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich ist³⁴⁹.

345 Über die amerikanische Hilfe siehe oben im Text am Anfang dieses Kapitels. Über die Dienstleistungsbilanz siehe Wapenhans, a.a.O., S. 56 ff. Die Militärregierung hat große Anleihen kurzfristigen Charakters zur Deckung des Devisendefizits gemacht, die an die verrückte Politik der früheren Zeiten erinnern. Die Anleihen in den letzten Jahren sehen folgendermaßen aus, in Mio. Dollar:

	1966	1967	1968	1969
Anleihen der Banken	13,6	21,1	63,3	98,7
Anleihen des Staates	83,3	38,2	42,0	50,6
Anleihen öffentl. Unternehmen	6,7	32,3	25,9	25,6

Die Zinsauszahlungen und die Tilgung der früheren Anleihen entwickelten sich von 20,8 im Jahre 1966 auf 76 Mio. Dollar im Jahre 1969. Bank of Greece: Monthly Statistical Bulletin, March 1970, S. 65. Schon vor dem Putsch hatte man auf die Gefahr der Überschuldung Griechenlands im Ausland hingewiesen. Siehe: I yperchreosis tis Ellados enanti tou exotirikou (Die Überschuldung Griechenlands gegenüber dem Ausland), in: „Nea Oikonomia“ (Neue Wirtschaft), Heft 5/1962, S. 363—365, und A. Angelopoulos: To problima tou dimosiou chreous (Das Problem der öffentlichen Schulden), in der Zeitung TO BHMA vom 16. 6. 1962.

346 Siehe Wapenhans, Griechenland, a.a.O., S. 34. Mason: Greece, a.a.O., S. 56 f.

347 Trapesa tis Ellados (Bank von Griechenland): I elliniki oikonomia kata to etos 1962 (Die griechische Wirtschaft im Jahre 1962), Athen 1963, S. 31. Nach anderen Angaben betrug dieser Prozentsatz 53,4 %. Siehe S. Papaspiliopoulos: Structures sociopolitiques et développement économique en Grèce, in: „Les Temps Modernes“, Jg. 25 (1969), No. 276, S. 41.

348 National Accounts of Greece, 1948—65, a.a.O., S. 9.

349 Bank von Griechenland: I elliniki oikonomia kata to etos 1961 (Die griechische Wirtschaft im Jahre 1961), a.a.O., Tabelle 13 des Anhangs, für die Jahre 1957—1961, National Accounts of Greece 1948—1965, a.a.O., S. 8, 11 für 1962—1965. Die Abhängigkeit der Industrieproduktion von der Wachstumsrate der landwirtschaftlichen Produktion des vorigen Jahres soll besonders hervorgehoben werden. Eine Minderung dieser Abhängig-

Wachstumsraten der Produktion zu festen Preisen

	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965
Brutto- Sozial- produkt	8,5	3,0	4,7	3,5	10,8	2,8 ^{a)}	8,0 ^{a)}	8,6 ^{a)}	7,2 ^{a)}
Industrie	6,2	9,2	2,6	8,1	7,4	—	10,9	9,6	9,0
Landwirt- schaft	11,5	-7,5	4,9	-6,9	17,6	-7,3	7,8	6,3	2,5

a) Brutto-Nationaleinkommen.

Die Assozierung mit der EWG muß als Versuch verstanden werden, die Marktgrenzen zu erweitern, die Verflechtung der kapitalistischen Verhältnisse mit Westeuropa zu vertiefen und die Industrialisierung durch Abschaffung des Zollschatzes und durch die Einfuhr ausländischen Kapitals zu forcieren. Dabei spielen selbstverständlich auch andere Faktoren eine Rolle. Der amerikanische Imperialismus wird Griechenland, wo er durch seine politische und wirtschaftliche Präsenz stark vertreten ist, als Stützpunkt benutzen, um auch von dieser Seite das europäische Kapital anzugreifen³⁵⁰. Es ist von vielen Seiten die Gefahr unterstrichen worden, daß durch die Assozierung eine weitere Industrialisierung des Landes gefährdet wird³⁵¹. Diese schon in früheren Jahren betonte Gefahr hat sich nicht als stichhaltig erwiesen. Vielmehr scheint es, daß die Industrialisierung fortschreitet³⁵². Die andere Gefahr, auf die auch oft hingewiesen wurde, nämlich die Gefahr der Beherrschung der griechischen Wirtschaft von fremdem Kapital kann nicht verneint werden. Im Gegenteil, das ausländische Monopolkapital der Großkonzerne und insbesondere das amerikanische Kapital werden die griechische Wirtschaft in den Griff bekommen. Dies ist jedoch ein allgemeiner Zug des heutigen Kapitalismus. Die Entwicklungen in Frankreich, auf die Servan-Schreiber hin-

keit in den letzten Jahren ist jedoch bemerkbar, die vielleicht auf eine „strukturelle Verbesserung der Nationalproduktion“ hinweist. Nat. Accounts of Greece 1948—65, a.a.O., S. 7 f.

350 Siehe dazu Th. Vardas: *Eisagogikes simioseis sto oikonomiko provlima tis Ellados* (Einführende Notizen zum wirtschaftlichen Problem Griechenlands), in: „Poreia“ (Weg), in Paris erscheinende Zeitschrift der Exilstudenten, Heft 8, April—Juni 1968, S. 33 f.

351 Siehe dazu N. Kitsikis (Hrsg.): *I thyella tis Koinis Agoras* (Der Sturm der EWG), Athen 1962, S. 50 ff., und S. G. Triantis: *Common Market and Economic Development*, Athen 1965, der den Assoziierungsvertrag „an unfavourable arrangement“ bezeichnet, S. 228.

352 Vgl. dazu S. M. Theofanidis: *Ai epiptoseis tis EOK epi ton makro-oikonomikon megethon tis ellinikis oikonomias* (Die Wirkungen der EWG auf die makroökonomischen Größen der griechischen Wirtschaft), Athen 1967, D. J. Delivanis: *Problèmes spéciaux découlant de l'Association avec la Communauté Economique Européenne, Thessaloniki 1965* (Sonderdruck), *Coutsoumaris: The morphology of Greek Industry*, a.a.O., S. 341—353. E. Harald: *Die griechische Entwicklungspolitik und das Problem der Assozierung Griechenlands an die EWG*, Diss. Köln 1963, S. 110 ff.

gewiesen hat, sind beispielhaft in diesem Zusammenhang³⁵³. Dies ist aber eine Entwicklung, die den kapitalistischen Entwicklungsprozeß begleitet. Die Assoziierung mit der EWG ist ein natürliches Ergebnis des politischen Kurses Griechenlands nach dem Krieg und des Fortschritts des Kapitalismus im Lande. Die kapitalistischen Verhältnisse werden durch die Assoziierung zementiert und erweitert. Die griechische Wirtschaft wird dadurch Teil des großen kapitalistischen Bereichs des Westens³⁵⁴.

Die Entwicklungen in der Nachkriegsperiode gehen zusammen mit einem Anwachsen der Arbeiterklasse. Erst durch die Urbanisierung und die Auswanderung, besonders durch die letzte, formiert sich in Griechenland eine Arbeiterklasse, die selbstbewußt wird. Sollte sich der schon angebahnte Industrialisierungsprozeß fortsetzen, dann wird Griechenland in den nächsten 10—20 Jahren so weit sein, daß es kein Auswanderer-Produzent mehr sein wird³⁵⁵. Auf jeden Fall hat die Organisierung der Arbeiterklasse in dieser Periode nicht mit der Entwicklung Schritt halten können. Die staatliche Einmischung, die besonders mit der Diktatur von 1936 eingeleitet wurde, ist nach dem Krieg wiederaufgenommen worden. Durch diese Entwicklung war die Arbeiterklasse dem Druck der herrschenden Klasse ausgesetzt, ohne sich dagegen wehren zu können³⁵⁶. Die in dieser Periode verfolgte Politik wurde, wie schon erwähnt, zu Lasten der Arbeiter und der Bauern durchgeführt. Durch niedrige Löhne und niedrige Agrarpreise wurde die Geldstabilität erreicht und die Sparfähigkeit der mittleren Schichten und der Kapitalistenklasse gefördert³⁵⁷. Der Mili-

353 J. J. Servan-Schreiber: *Le défi américain*, Paris 1967.

354 Die marxistische Analyse des Assoziierungsabkommens läßt noch auf sich warten. Das Problem ist viel komplizierter und die Perspektiven viel weitgehender als diese Sätze erkennen lassen. Eine solche eingehende Analyse kann in diesem Rahmen nicht unternommen werden.

355 Dies scheint um so mehr plausibel, als die Zuwachsraten der Bevölkerung sehr gering sind. Siehe dazu N. Polysos: *Evolution démographique en Grèce*, a.a.O., S. 440—445. Derselbe: Artikel in: „*Nea Oikonomia*“ (Neue Wirtschaft), Heft 1/1964 und in: „*Oikonomikos Tachydromos*“ (Wirtschaftskurier), Heft 458 vom 24. 1. 1963, S. 39 (7). Siehe auch B. S. Valaoras: *I fthora kai i anaparagogi tou plithismou tis Ellados* (Das Verderbnis und die Reproduktion der Bevölkerung Griechenlands), in der Zeitung *TO BHMA* vom 22. 4. 1962.

356 Siehe dazu Jecchinis: *Trade Unionism in Greece*, a.a.O., S. 150 ff., 160 f. Jecchinis bemerkt folgendes: „In a way the year 1965 marked the closing of a cycle of developments that brought the movement in many respects back to the starting point of the efforts made for its reconstruction since the end of World War II“. Ebenda, S. 158. Vgl. auch Kabanias, a.a.O., S. 203—206.

357 Wie schwach die Arbeiter waren, um sich gegen diese Entwicklungen zu wehren, zeigt eine Analyse der Streikbewegung in dieser Periode. Nach vorhandenen Angaben fanden zwischen 1958 und 1961 463 Streiks statt. Davon waren nur 34 erfolgreich und 291 (53 %) völlig erfolglos. 6 endeten mit „Erfüllung einiger Forderungen“ und 36 mit „teilweiser Erfüllung der Forderungen“. Siehe Kabanias, a.a.O., S. 208 ff., insb. S. 214.

tärputsch von 1967 darf nicht als ein isoliertes politisches Ereignis betrachtet werden, sondern er hat seine eigentliche Bedeutung auf dem wirtschaftlichen Sektor. Er ist der Versuch des einheimischen Finanz- bzw. Handelskapitals, in Zusammenarbeit mit ausländischem Kapital den Industrialisierungsprozeß zu beherrschen und zu bestimmen³⁵⁸. Die Militärdiktatur ist die Form, die die Interessen der Oligarchie bei der Umwandlung des Finanz- bzw. Handelskapitals in Industriekapital wahrnehmen soll³⁵⁹.

358 Siehe dazu Aris, a.a.O., S. 121 ff. Nikolinakos: Griechenland auf dem Weg zur Industrialisierung, a.a.O., S. 23 f. C. Tsoucalas: La lutte des classes et le régime de colonels, in: „Les Temps Modernes“, 25. Jg. (1969), Nr. 276, S. 148 f. Vgl. auch die unzureichende und oberflächliche Analyse der Oberschichten in McNeill: Greece, a.a.O., S. 163—167. Erhellend ist in diesem Zusammenhang folgender Satz von Baran: It (Economic Development) has always been marked by more or less violent clashes, has proceeded by starts and spurts, suffered setbacks and gained new terrain — it has never been a smooth, harmonious process unfolding placidly over time and space“. Baran: The Political Economy of Growth, a.a.O., S. 4.

359 Diese Studie beansprucht keine Vollständigkeit für sich. Sie stellt nur einen Versuch dar, die Hauptlinien der kapitalistischen Entwicklung in Griechenland festzustellen. Aus diesem Grunde weist sie viele Lücken auf. Sie hat auch nicht eine tiefgreifende Analyse des vorhandenen Materials bezweckt. Sie ist deshalb weder analytisch befriedigend noch hinreichend kritisch, sondern beides nur in geringem Maße. Aus diesem Grunde soll sie nur als eine Einführung in die Problematik und als Anregung verstanden werden.

Uta Stolle

Die Ursachen der Studentenbewegung im Urteil bürgerlicher Öffentlichkeit

1969 hat den Abschluß einer ersten, „antiautoritären“ Entwicklungsphase der als Studentenprotest beginnenden sozialistischen Bewegung in der BRD gebracht. Damit ist ein sinnvoller Zeitpunkt gegeben sowohl für die Beurteilung der Bewegung und ihrer möglichen Strategien selbst als auch für die Einschätzung der Reaktion und Problemverarbeitung der bürgerlichen Öffentlichkeit, die Gegenstand der folgenden Übersicht sein soll¹.

Außer in der aktuellen Presseberichterstattung vollzog sich die literarisch-wissenschaftliche „Bewältigung“ der Protestbewegung bisher auf zweierlei Weise: Nachdem zunächst Soziologie und empirische Sozialforschung die Studentenbewegung nicht vorherzusehen imstande waren und z. T. noch die studentischen Einstellungen konstant als konformistisch, apolitisch, vergnügungs- und karriereorientiert gekennzeichnet hatten, als der Studentenprotest von West-Berlin auf die gesamte BRD übergriff², sollten zahlreiche *Einstellungsuntersuchungen* von Meinungsforschungsinstituten das Phänomen „in den Griff bekommen“. Deren Auftragscharakter wirkt sich jedoch in offenkundig herrschaftsorientierten Fragestellungen und Interpretationen aus, die die studentischen Einstellungen auf Ansatzpunkte zu notwendigen notdürftigen Retouschen gesellschaftlicher Schönheitsfehler (z. B. Hochschulstruktur, Parlamentsreformen) und auf mögliche realitätsgerechte Teilungs- und Isolierungsstrategien hin durchleuchten, eben damit aber eine eklatante Unfähigkeit garantieren, die tatsächlichen studentischen Intentionen, geschweige denn deren Gründe angeben zu können³.

Im folgenden sollen jedoch die gleichzeitig entstandenen größtenteils *essayistischen Deutungsversuche* behandelt werden, die trotz des

1 Berücksichtigt wurde dabei die wesentliche, seit Beginn der allgemeinen Diskussion entstandene Buchliteratur der BRD; vgl. dazu: Bibliographie Studentenunruhen, zsgest. v. Gerlinde Seidenspinner, hrsg. v. Dt. Jugendinstitut München als Beilage zu Heft 2/68 von: Jugendforschung, Jugendhilfe, Jugendpolitik; sowie: Die studentische Opposition in der Bundesrepublik (Auswahlbibliographie), hrsg. v. Wiss. Abt. d. dt. Bundestages, Bibliographien, Nr. 18, Juni 1968; Annotierte Zusammenstellung: Uta Stolle, Literatur zum studentischen Widerstand, in: Blätter f. dt. u. intern. Pol. 3/69, S. 36—48.

2 So z. B. der Spiegel im Herbst 1967 aufgrund einer Allensbacher Untersuchung vom Winter 1966/67.

3 Vgl. dazu die Analyse (mit weiteren Literaturangaben) von: Ulf Kadritzke, Rezeption und Interpretation der Studentenbewegung in der empirischen Sozialforschung, in: Sozialistische Politik 2/69, S. 36—48.

hohen Anteils von Hochschullehrern unter den Autoren selten beanspruchen können (und es z. T. auch nicht tun), wissenschaftliche Arbeiten zu sein. Die unterschiedslose Behandlung wissenschaftlicher und publizistischer Versuche rechtfertigt sich durch die Tatsache, daß beide Sparten sich in der BRD bislang kaum unterscheiden. Ein Grund dafür ist, daß die primär in Frage kommenden Sozialwissenschaftler als Professoren meist selbst derart an der Auseinandersetzung beteiligt sind, daß sie, statt Versuche zu theoretisch-empirischen Deutungen zu machen, auf der Ebene der politisch kurzschlüssigen Abwehrpolemiken stehenbleiben. Die Verunsicherung durch die erstmalige Formierung systemkritischer Opposition in der BRD schlägt sich nieder in beträchtlicher Konfusion und Heterogenität der Argumentation, die oft immergleiche, schon an sich zweifelhafte Kritik- und Erklärungsbruchstücke in zufällige, wechselnde Zusammenhänge bringt: „Das Phänomen ist undeutlich.“ Dies im wesentlichen aber nicht, wie Habermas interpretiert, „weil die empirischen Anhaltspunkte unsystematisch und schwach“⁴ sind, sondern weil, wie sich zeigen wird, eine gewisse „Undeutlichkeit“ den herrschenden Interessen, soweit sie öffentlich reden, günstig ist.

Der folgende Überblick konzentriert sich auf die für die Entstehung der Studentenbewegung angegebenen *Ursachen*, weil damit die Chance gegeben ist, unterhalb der Ebene der Heterogenität und „Undeutlichkeit“ die gemeinsamen Interessen aufzuzeigen, die die partielle Unbegreiflichkeit des zu Begreifenden bedingen^{4a}.

Allgemeine gesellschaftlich-politische Ursachen

Die von einer Reihe von Autoren für die Entstehung des Studentenprotests angegebenen Erklärungen reflektieren Tendenzen gesamtgesellschaftlicher Involution, wie sie sich in der BRD seit dem Ende der Rekonstruktionsperiode deutlich zeigen; zum großen Teil geschieht dies jedoch in Abstraktionen, die die sich verschärfenden Widersprüche verschleiern oder als unaufhebbare Normalkonflikte verharmlosen. So Rüegg: „Die studentische Revolte gegen die Gesellschaft (!) entspringt der Empörung über die Inkongruenz der Normen dieser Gesellschaft mit den durch sie vermittelten Erfahrungen.“ Die zutreffende Interpretation dieses Satzes, die die wachsende Un erfüllbarkeit liberaldemokratischer Normen mit der Entwicklung des spätkapitalistischen Produktionsprozesses begründen würde, wird sofort ausgeschlossen durch den Hinweis, die Revolten in den soziali-

4 Jürgen Habermas, Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt 1969, S. 14.

4a vgl. auch: Gerhard Haupt/Walter Kreipe, Die Lehren des Mai, in: Dokumente 5/6 1969, bes. 1/2 1970, 3 1970. Der Artikel analysiert anhand französischer Literatur die wesentlichen Aspekte des Mai 68 auf dem Hintergrund der in Gesellschaft und Hochschule aufbrechenden Widersprüche, erörtert in diesem Zusammenhang die Interpretationen der Rolle der französischen Studentenbewegung und ihrer Funktion in der Mai-revolte und kommt z. T. zu ähnlichen Ergebnissen wie die folgende Übersicht.

stischen Gesellschaften Osteuropas bewiesen, daß dieser Widerspruch keineswegs nur der bürgerlichen Gesellschaft eigne. Damit werden die „jedem institutionellen System anhaftenden Härten und Unstimmigkeiten“⁵ zur Protestursache gemacht. In ähnlicher Weise werden als Bedingungen angegeben: das Sosein der „pluralistischen Demokratie“, der als Organisation der „offenen Gesellschaft“ Dahrendorfs der permanente Konflikt und natürlich auch sachgebotene technokratische Lenkung und bürokratische Organisation innewohnen⁶; oder: der time-lag zwischen stagnierenden politischen Institutionen und steigender kritischer Rationalität gesellschaftlichen Bewußtseins im 20. Jahrhundert, der sich angeblich durch ständigen Anpassungsprozeß aufhebe⁷.

Die Funktion dieser von rechts bis liberal prinzipiell gleichen Schemata ist deutlich: die Erklärung, daß tatsächlich auf Aufhebung drängende Widersprüche „gesund und unaufhebbar“ seien, soll die Angst der von möglicher Veränderung Bedrohten beruhigen, wie sie durch Suggestion prinzipieller Unmöglichkeit die Hoffnung derer abtöten soll, deren Handeln sich an der Aufhebbarkeit dieser Widersprüche orientiert. Demgegenüber leiten die linken bis liberalen Kritiker die Studentenbewegung aus der „Krise der Demokratie“ oder jedenfalls deren augenblicklichen Mängeln ab. Hier wird angeführt: das „Fehlen eines kritisch-konstruktiven Gegenprogramms der SPD als Oppositionspartei“ bei Ausgang des „Wirtschaftswunders“, „die Große Koalition, die keine neue Politik mit einer radikalen und deutlich erkennbaren Distanzierung zur früheren“ ermöglicht habe⁸, während der im übrigen auch der „Parlamentarismus einmal nicht funktionierte“⁹, sowie die „klerikal-konservative, in letzter Zeit zunehmend faschistische Tendenzen aufweisende Restauration“¹⁰; Bütow macht vor allem eine Auffassung von Demokratie als Zustand statt als prozeßhaft zu verwirklichender verantwortlich, die Parteien wie Gesellschaft in der BRD durchdringe und innerhalb derer das Versagen der parlamentarischen Opposition nur ein Symptom unter vielen sei¹¹, von Hentig nennt u. a. die Konfliktverdrängungspraxis und das verworrene Verhältnis zur Macht in der BRD^{11a}.

Während die bisher referierten Erklärungsansätze die bundesrepublikanische Entwicklung reflektieren, wie verzerrt auch immer, gibt es nur äußerst spärliche Hinweise auf die universalgeschichtliche Entwicklung. Hierzu finden sich so wolkige wie technologisch bornierte Hinweise wie der auf den „Übergang zum atomaren und kybernetischen Zeitalter“¹² sowie die abstruse Theorie, die die Protestbewe-

5 Rüegg, S. 9.

6 Lummer, S. 5—13.

7 Burichter, in: Schoeps/Dannenmann, S. 70 f.

8 Ortlieb, S. 16.

9 Flach, in: Dollinger, S. 210.

10 Engelmann, in: Dollinger, S. 179 f.

11 Bütow, bes. Kap. I.

11a Hentig, Die große Beschwichtigung, in: Glaser/Stahl, S. 163 ff.

12 Wolfgang Leonhard, in: Dollinger, S. 154.

gung „begrift“ als sich selbst unbewußte Reaktion auf die amerikanische Ostpolitik („Wandel durch Annäherung“), die für die BRD Verzichtspolitik und Auslieferung an den „Osten“ bedeute¹³. Die Einwirkung der revolutionären Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, besonders der Vietnams wird, abgesehen von einigen verstreuten Hinweisen¹⁴, völlig ignoriert, obwohl sich die Studentenbewegung gerade durch sie besonders deutlich definiert hatte.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die ohnehin spärlichen Erklärungen aus (oder zumindest auch aus) allgemeinen gesellschaftlichen Strukturen, die die eigentlich ausschlaggebenden sein müßten, nicht nur apogetisch sind, sondern der nationalen Nabelschau-perspektive fast völlig verhaftet bleiben, einer Perspektive, die weder den Kampf der „Dritten Welt“ noch die in anderen spätkapitalistischen Gesellschaften gleichlaufenden Involutionsprozesse in den Blick geraten läßt, welche ein Verständnis der bundesrepublikanischen Symptome erst ermöglichen würden. Zudem bleibt bei diesen Erklärungshinweisen, die zu Recht versuchen, den gesamtgesellschaftlichen Rahmen zumindest einzubeziehen, stets die Tatsache zufällig, daß der Protest massenhaft gerade an den Universitäten aufbrach. Da löst dann einfach, politisch freischwebend, „die studentische Opposition die der Intellektuellen und Schriftsteller“¹⁵ ab.

Hier hätte zum einen berücksichtigt werden müssen, daß „Herrschaftsverhältnisse und politische Entscheidungen einem institutions-spezifischen Legitimationszwang der Hochschulen unterliegen, der es insbesondere den in das System der Berufsrollen, der sanktionierten Leistungen und Belohnungen noch nicht voll integrierten Studenten erlaubt, diffuse Interessenlagen zu strukturieren, gesellschaftliche Widersprüche in ihrem wesentlichen Gehalt zu verschärfen und durch Alternativpositionen zu artikulieren“¹⁶. Zum andern, und das ist ausschlaggebend, hat die Tendenz zur Entpolitisierung und Funktionalisierung der Hochschulen für die Studenten die Folgen von administrativ durchgesetzter und kapitalorientierter Fremdbestimmung direkt erfahrbar gemacht. Durch die analytische Verarbeitung dieser unmittelbaren Erfahrungen können im übrigen gesamtgesellschaftliche Prozesse wie z. B. der Verfall des Parlamentarismus in ihrem strukturellen Zusammenhang begriffen werden.

Hochschulstrukturelle Ursachen

Die Hochschulsituation, die zu erwähnen natürlich kaum ein Autor vergißt, stellt nur noch für eine geringe Zahl von Autoren die zentrale

13 Schrenck-Notzing, S. 259 f.

14 z. B. bei Hermann, S. 25; häufiger sind aber Zeugnisse verständnisloser Abwehr, die angesichts der Che- und Maotransparente fragen, ob die sonst so heilsame Unruhe „vielleicht nur Teil einer internationalen Modewelle...“ sei (Paczensky, in: Dollinger, S. 197), oder es wird hier „Romantik, Erlösungsmystik, Irrationalität, ‚Weltgeist‘ in seiner verworrensten und verwirrensten Form“ (Flach, in: Dollinger, S. 216) konstatiert.

15 in: Dollinger, S. 205.

16 Negt, in: Baier, S. 27.

Ursache dar: diese wird mehr und mehr in der „Unruhe der Jugend“ gesehen. Wenn aber die Hochschulstruktur als wesentlich verursachender Faktor angegeben wird, dann fast ausschließlich so, daß ihre Mängel als Rückstand hinter der Entwicklung der fortgeschritteneren spätkapitalistischen Wissenschaftsinstitutionen, z. B. denen der USA, beschrieben werden. Genannt wird die Überfüllung der Hochschulen, deren Ausbau dem Anstieg der Studentenzahlen nicht standgehalten habe¹⁷, die damit verbundene Verlängerung der Studienzeiten¹⁸, die inhaltliche Rückständigkeit und Nichtaktualität des Lehrangebots¹⁹ sowie die „autoritäre Selbstherrlichkeit gewisser Ordinarien“²⁰.

Diese technokratische Rückstandshypothese läßt jedoch, selbst wenn man zunächst noch von der studentischen Selbstinterpretation absieht, Ort und Zeitpunkt des entstehenden Protests unerklärlich werden: in der BRD brachen die Konflikte, wie es sich paradigmatisch am Fall Berlin aufzeigen ließe²¹, dann auf, als der Druck von Ministerial- und Wirtschaftsbükratien, gerichtet auf verstärkte und effizientere Produktion qualifizierter Arbeitskräfte, die Studenten als „Reformbewegung“ erreichte, als zunächst die Studienzeiten verkürzt, die Studiengänge reglementiert und die völlige Funktionalisierung von Wissenschaft durch die Absorption jeglicher politischer Aktivität organisierter Studenten eingeleitet und durchgesetzt werden sollte. Damit wird deutlich, daß die Protestursache typischerweise nicht die alte, sondern nur die Durchsetzung der neuen Hochschule sein kann. Selbst da, wo sich der Protest an der „Ordinarienuniversität“ festmacht, trifft er auf die entscheidenden Elemente: Fremdbestimmung und Entpolitisierung, die aber erst in dem Maße krisierbar wurden, wie die Massenausbildung die harmonisierenden persönlichen Student-Dozent-Beziehungen auflöste. Der protestverursachende Ausschluß sowohl von Lernenden (Lehrenden) wie der Masse der Forschenden von der Bestimmung über Mittel und Ziele von Forschung und Lehre nimmt in den Tendenzen zu den neuen Lehr- und Forschungsinstitutionen eine neue Qualität an, die sich für die ihr Unterworfenen in der immer deutlicheren Erfahrung persönlicher Sinnlosigkeit der fremdbestimmten Arbeit zeigt und die in der direkten Funktionalisierung von Forschung und Lernen für den spätkapitalistischen Produktionsprozeß besteht²². Diese Funktionalisierung be-

17 z. B. Schlaffke, S. 24, Leonhardt, S. 69.

18 Stoltenberg, S. 14/15: die Studenten empfinden ihren sozialen Sonderstatus einer „festgehaltenen Kindersituation dadurch noch schärfer als zuvor“ und dann: Die Ausbildungs- und Studienzeiten müssen verkürzt werden.

19 Leonhardt, S. 65, Schlaffke, S. 25.

20 Schlaffke, S. 24.

21 Siehe Ulf Kadritzke, a.a.O.

22 Mit dem amerikanischen Hochschulökonom James O'Conner (The University and the Political Economy, in: Leviathan, March 1969, S. 14—18) lassen sich die Funktionen der Hochschule im Rahmen und als wesentliches Mittel staatlicher Regulierung privatkapitalistischer Ökonomie begreifen;

deutet im Hinblick auf Zugang zur Verfügung über gesellschaftliche Macht- und Produktionsmittel die tendenzielle Proletarisierung²³ der Masse der Forschenden und Lernenden, eine Aufnahme ins Top-Management für eine Minderheit an der Spitze.

Wenn diese Zusammenhänge, die von den Studenten immer wieder mehr oder minder deutlich aufgezeigt wurden, wenn solche Selbstinterpretation der Handelnden konsequent nicht zur Kenntnis genommen wird, obwohl damit sofort neue und endgültige Unerklärlichkeiten auftauchen müssen, sondern an der Rückständigkeitshypothese festgehalten wird, so erfüllt dies andere als Erklärungsfunktionen: Beschriebe man die Protestursache als die tendenzielle Proletarisierung, die sie ist, läge die Strukturähnlichkeit mit anderen Gesellschaftssegmenten auf der Hand und könnte, wenn auch nicht allein,

das von den Hochschulen bereitgestellte technische und administrative Wissen ist ein zentraler Faktor für Produktion (1), Absatz (2), staatsbürokratische Abwehr systembedrohender Bewegungen (3) und die Durchsetzung imperialistischer Herrschaft (4).

(1) Die spätkapitalistische Produktion ist zunehmend angewiesen auf die Ersetzung einfacher durch technisch-wissenschaftlich qualifizierte Arbeitskraft und auf die Erstellung neuer Technologien. Wegen des hohen finanziellen Risikos kann beides nicht zureichend von den Einzelunternehmen geleistet werden, die deshalb die Kosten für die privaten Profit garantierende technologische Innovation und Erziehung sozialisieren. „Colleges and universities are thus not merely integral to the production process, but constitute another point of production, increasingly controlled, while not owned, by the corporate bourgeoisie as a whole“ (15).

(2) Die staatliche Universität stützt den Absatz von Gebrauchsgütern (deren Nachfrage stagniert, weil die mit steigender Produktivität erwirtschafteten Profite nicht in Form von Löhnen an die Arbeiterklasse weitergegeben werden) durch die Entwicklung nachfrageerhöhender Techniken hinsichtlich Verpackung, Mode- und Stilwechsel, Produktdifferenzierung und forcierter Produktalterung.

(3) Die oben (1) skizzierte, für die Unternehmen profitable Verbindung technisch-wissenschaftlicher Arbeitskraft mit kapitalintensiven Technologien tendiert (Bsp. USA) zur Schaffung einer ständig wachsenden Schicht unausgebildeter Arbeiter, die, politisch in Bewegung geraten, eine Bedrohung des Systems darstellt (Bewegung d. amerikanischen Schwarzen). Eine weitere Bedrohung, das ist hier hinzuzufügen, entstand bis jetzt als Studentenrevolte an dem Widerspruch zwischen einer privatkapitalistisch begrenzten und einer dem Stande der Produktivkräfte nach möglichen und erforderlichen Massenausbildung: diesen „Gefahren“ gegenüber übernehmen besonders die universitären Sozialwissenschaften Aufgaben der Stabilisierung sozialer Kontrolle, d. h. der Konfliktverhinderung und -eindämmung.

(4) Im Rahmen der staatlichen Ermöglichung von Kapitalakkumulation im Ausland (Rohstoffwerb, Kapitalausfuhr, Absatzmärkte) ist es Aufgabe der Universitäten, neue Instrumente lokaler, nationaler und internationaler sozialer und finanzieller Kontrolle zu schaffen.

23 Zur fortbestehenden Privilegierung der wissenschaftlichen gegenüber den manuellen Arbeitern infolge der Arbeitsteilung, vgl. Joscha Schmierer, Zur Analyse der Studentenbewegung, in: Rotes Forum 5/1969, S. 5—14.

doch zusammen mit anderen Faktoren, analoge Handlungsmodelle und Kooperationsstrategien der segmentierten Gruppen nahelegen. Die erste Funktion der Rückstandshypothese ist demnach die, das Problem als eines des isolierten Sektors Hochschule zu bezeichnen; damit soll durch Verfestigung und Erweiterung parzellierter Bewußtseinsstrukturen die Isolation der Protestierenden garantiert und eine Solidarisierung mit ihnen verhindert werden. Die zweite, noch wichtigere Funktion der beschriebenen Etikettierung des Problems besteht darin, der organisierten „Indienstnahme“ der Wissenschaftsinstitution Universität nach außen hin eine studentische Legitimationsgrundlage zu fingieren, die die inner- und außeruniversitären Durchsetzungsschwierigkeiten verringern helfen soll²⁴. Das zeigt sich beispielhaft, wenn z. B. Rüegg eine Äußerung des Berkeleystudenten Mario Savio gegen die „entpersönlichte, verantwortungslose Bürokratie“, die sich hinter ihren Vorschriften verstecke, als Bestätigung der Dringlichkeit einer radikalen Rationalisierung der unproduktiven Universitätsverwaltung verwendet, die genau das amerikanische Vorbild (Präsidialverfassung und Partialinteressen vertretendes Kuratorium) kopieren soll, an dem sich der zitierte Protest entzündete²⁵.

Während nun allerdings Wirtschafts- und Staatsbürokratien, zu denen z. T. auch schon die Rektoren zu rechnen sind, die „berechtigte Unruhe“ dazu benutzen, die dysfunktional gewordene Autonomie auch der Dozenten abzubauen, versuchen diese, sie mit dem gleichen Mittel soweit als möglich zu retten: ein Beispiel hierfür ist Helmut Schelsky. Schelsky hält die „Grundfragen, die die Opposition der Studenten heute der Professorenschaft als ganzer stellt... für berechtigt und bedenkenswert... Wie erwehrt sich der Professor (!) der ihm aufgedrungenen ‚Entfremdung‘, die in der Verschulung und Reglementierung der akademischen Ausbildung und Lehre liegt...? Geht er nicht zu unbedenklich und zu unkritisch ein auf die Anforderungen, die ihm die ‚Leistungsgesellschaft‘, das sich stabilisierende Industrie- und Bürokratiesystem in der Lehre und mehr und mehr auch in der Forschung ansinnt?“ Schelsky schlägt dann als Lösung vor: „Um es simpel zu sagen: Man übergebe einen großen Teil der Verwaltungs- und Organisationsaufgaben der Universität an speziell dafür ausgebildete wissenschaftliche Verwaltungsbeamte und lasse diese die Organisation der Ausbildung gegenüber den Studenten verantworten“²⁶. Um es noch simpler zu sagen: Man entgehe den lästigen Demokratisierungsforderungen der Studenten, indem man sie, auf eigenen Wunsch und im eigenen Interesse selbstverständlich, direkt in staatlichen Gewahrsam nimmt; man versuche den eigenen Besitz-

24 vgl. Jacobsen/Dollinger, die ihre Dokumentation zuschneiden auf eine Hochschulreform à la Stoltenberg und Biedenkopf, und sie mit dem Titel „Die deutschen Studenten“ versehen, denn: „Ihnen kann die Rolle des Katalysators in diesem Prozeß nicht streitig gemacht werden, wenngleich dies natürlich noch nichts über die Stichhaltigkeit ihrer Argumente aussagt.“ (12)

25 Rüegg, S. 11.

26 Schelsky, in: Baier, S. 108/109.

stand vor dem staatlich-wirtschaftlichen Funktionalisierungsdruck durch rituelle Opferung der Studenten zu retten.

Die Rückstandshypothese würde nun allerdings Studenten erwarten lassen, die nach Modernisierung verlangen, sie gerät aber in Widerspruch zu der tatsächlich existierenden und dominanten, sich sozialistisch verstehenden Bewegung, die die Gefahr gerade in der Bestimmung der reorganisierten Hochschule durch den Kapitalverwertungsprozeß sieht und daraus die Konsequenz der Notwendigkeit radikaler gesellschaftlicher Veränderung zieht. Der eine Ausweg aus dem offenkundigen Widerspruch von Erklärungsansatz und realem studentischen Verhalten besteht darin, die Hochschulsituation als verursachenden Faktor überhaupt fallenzulassen²⁷, sie durch Identitätskrisen- oder Generationenkonflikttheoreme zu ersetzen, zu denen dann als Zusatzbedingungen die technischen Möglichkeiten treten, die die Hochschule bietet; angeführt werden hier die (tatsächlich wichtige) „numerische Konzentration“²⁸ oder der vorhandene Stab von „Assistenten, Schreibkräften, Vervielfältigungsmaschinen und Telefonen“²⁹. Der andere „Ausweg“ besteht darin, einerseits den dominierenden sozialistischen Teil der „studentischen Unruhe“ als ideologisch verblendete, zudem fachlich eingrenzbare³⁰ „kleine, radikale Minderheit“ zu diffamieren, andererseits die gemäßigt reformerischen Studenten als die wahren Repräsentanten studentischen Unbehagens emporzutilisieren.

Zu dieser letzteren Taktik, die allgemein mit auffällig geringerem Energieaufwand als ihr Gegenstück, die Minderheitenjagd, betrieben wird, ist kurz zu sagen, daß keine Gründe für die Annahme plausibel gemacht werden können, das Bewußtsein dieser Gruppe reflektiere zutreffend die tatsächlichen Ursachen der Bewegung, sowie daß die regelmäßige Radikalisierung der jeweils als typisch gemäßigt in Anspruch Genommenen auf die Übergangsqualität des verabsolutierten bornierten Bewußtseins hindeutet.

Ein gutes Beispiel für die korrespondierende Taktik, die Eliminierung des sozialistischen Protests als den einer irreführenden Minderheit, bietet das Theorem vom Protest des absteigenden Bildungs-

27 Besonders typisch dafür Scheuch, Bürgerkrieg 22: „Sicherlich sollten wir sie (die veralteten Universitäten, U.S.) schleunigst reformieren. Hier wird lediglich behauptet, daß die Universitätsstruktur konkret nichts, nichts, nichts zu tun hat mit den wirklichen Ursachen des studentischen Protests...“ Der Beweis: „Bezeichnend ist ja auch, daß die sich als Revolutionäre verstehenden Studenten nicht Reform nach dem Kriterium optimaler Leistungsfähigkeit fordern, sondern etwas, was sie mit dem Wort ‚Demokratisierung‘ belegen.“

28 Scheuch, Bürgerkrieg, S. 25, 26.

29 Schrenck-Notzing, S. 134.

30 Den Trend zur Abqualifizierung einer durch fachliche Klassifizierung gewonnenen „kleinen Minderheit“ spiegelt auch die Sorte „Erklärungen“, die den Protest als die in Gebrüll umgesetzte Angst von 3000 Soziologie- und Politologie-Adepten ohne klaren Berufsweg begreift (in: Winkler, S. 53).

bürgertums: die falsche Alternative alte contra neue Universität wird ersetzt durch die ebenso falsche: absteigende bildungsbürgerliche Geisteswissenschaftler contra aufsteigende Erfahrungswissenschaftler. Danach besteht der „Wurzelgrund der studentischen Rebellion“ darin, daß die Anwartschaft auf einen elitären gesellschaftlichen Status von den Human- auf die Naturwissenschaftler übergegangen sei, weshalb lediglich die absteigenden Humanisten „im revolutionären Gewand . . . , im Grunde der Einheit der alten bürgerlichen Bildungsgesellschaft“ nachtrauern, „die mit den beiden Weltkriegen untergegangen ist“³¹. Falsch ist diese Gegenüberstellung, weil es nicht um den Abstieg der einen und den Aufstieg der anderen Fachwissenschaftler geht, sondern um eine Polarisierung als Folge der Funktionalisierung, die die einen so gut wie die anderen betrifft und die Fachbereichsgrenzen horizontal durchschneidet. Ihren Ausgangspunkt in der Realität hat die These vom untergehenden Bildungsbürgertum zweifellos darin, daß der Entzug von Privilegien und liberalen Freiheiten als Folge der Kapitalisierung der Wissenschaft am deutlichsten und fühlbarsten in den universitären philosophischen Fakultäten vor sich ging, im Gegensatz z. B. zu den technischen Universitäten, die schon von Anfang an in den Verwertungsprozeß integriert waren. Das Ausschlaggebende an der durch einen solchen „Proletarisierungsruck“ geförderten Studentenbewegung ist aber gerade, daß sie ihre Privilegien nicht, wie die revoltierenden Mittelschichten in der Weimarer Republik, die dadurch den Faschismus ermöglichten, durch ein Rückwärtsdrehen der gesellschaftlichen Entwicklung zu erhalten versucht. Man hat einsehen gelernt, daß eine den Interessen der Lernenden gerecht werdende Ausbildung nicht dadurch möglich wird, daß man die geschichtliche Entwicklung der Integration von Wissenschaft in den Produktionsprozeß zu bremsen oder zu ignorieren versucht, sondern dadurch, daß man die Ausrichtung der Produktionsorganisation auf private Profiterwirtschaftung aufhebt. Genau dies, der entscheidende Bewußtwerdungsprozeß in der Studentenbewegung, die Überwindung ständischer und kleinbürgerlicher Borniertheit, wird von den Ideologen der Gegenseite unterschlagen.

Eine der seltenen Ausnahmen, die die Hochschulkrise nicht als Problem technokratischer, sondern mehr demokratischer Rückständigkeit auffaßt, bildet die Studie Friedeburgs u. a.; die Frage, „warum die Studentenbewegung in Deutschland von der Freien Universität Berlin ihren Ausgang nahm“³², wird beantwortet mit der „Diskrepanz zwischen den Erwartungen der hochschulpolitisch aktiven Studenten“, die eine überdurchschnittliche, demokratisch orientierte

31 Kernig, in: Schwan/Sontheimer, S. 120; ebenso sehr ausführlich Scheuch, Aspekte, S. 11–15; vgl. dagegen Schmierers (a.a.O.) berechtigten Versuch einer Relativierung der Theorie von der Produktivkraft Wissenschaft in Hinsicht auf die Entstehung der Studentenbewegung im „verrottetsten Winkel der Ideologie der Bourgeoisie“ (6), nämlich an der Phil. Fak.

32 Friedeburg, S. 8.

Handlungsbereitschaft auszeichnete, und der universitären Verfassungswirklichkeit, gekennzeichnet durch Entpolitisierungsversuche (z. B. Kampf um das politische Mandat), sukzessive Einschränkung studentischer Mit- und Selbstverwaltung sowie Widersprüche in der Struktur universitärer Willensbildungsprozesse. Der Mangel eines allgemeinen Erklärungsrahmens (oder eines Versuches dazu), ohne den auch die Berliner Entwicklung nicht zu deuten ist, läßt diesen richtigen Ansatz jedoch völlig unzureichend erscheinen: nicht nur werden Konfliktursachen wie spätkapitalistische Involutionstendenzen nicht problematisiert, der Einfluß der sozialrevolutionären Befreiungsbewegungen der „Dritten Welt“ auf die Studentenbewegung nahezu völlig ausgeblendet, sondern auch die innere Hochschulproblematik wird nur höchst unzulänglich in Beziehung gesetzt zum Funktionswandel von universitärer Berufsbildung und Forschung. Die Darstellung, zudem organisationssoziologisch eingeschränkt, bleibt so auf der Ebene der Abschilderung der Senats-, Rektorats- bzw. Lehrkörperinteressen stehen und verliert sowohl den diese Ebene transzendierenden Interessenzusammenhang aus dem Auge wie auch die daraus resultierende Situation der ihm Unterworfenen, die unter zunehmendem Konkurrenz- und Leistungsdruck entfremdete Arbeit leisten sollen.

Jugendspezifische Ursachen

In den Beurteilungen des Studentenprotests zeigt sich ein zunehmender Konsensus, die in den Universitäten beginnende sozialistische Bewegung als „Proteste der Jugend“^{32a} zu definieren. Ausschlaggebend für die steigende Beliebtheit des Jugendtopos ist nicht sein möglicher empirischer Gehalt, sondern seine scheinbare Eignung zur Verdrängung des Problems von der politischen³³ und hochschulpolitischen Ebene³⁴, sowie damit einhergehend zur psychologischen Relativierung studentischer Selbstinterpretation. Charakteristischen Ausdruck erhält diese doppelte Funktion in den Thesen Scheuchs, der, obwohl er kaum die Spur einer Theorie von „Jugendprotest“ aufweisen kann, von den Vorteilen, die ihr Vorhandensein haben könnte, exzessiven Gebrauch macht: „Einige wie Sozialismus klingende Aussagen und einige provokante Verhaltensweisen werden nun von den

32a Siehe Glaser/Stahl, S. 159 ff.

33 „Der Rhythmus dieses Kommens und Gehens (der Jugendbewegungen, U. S.) steht in keiner deutlichen Beziehung zur manifesten politischen Geschichte.“ (Kuhn, S. 55.)

34 Z. B. hält Kuhn seinen Generationenproblemansatz für nötig, um die „Heldenlegende von der dt. Studentenrevolte“ zu zerstören, die, wie er fälschlicherweise annimmt, ihr Entstehen mit der Reformfeindlichkeit der dt. Ordinarien begründet und folgerichtig auf deren Entmachtung hinauslaufe. Wenn, wie er versucht, nachgewiesen werden kann, daß die Ursache der Unruhe mit der Universität nichts, aber alles mit dem Generationenkonflikt zu tun hat, ist die Universität mitsamt ihrem „vorinstitutionellem Faktum“, dem „Lehrer, um den sich spontan Hörer versammeln“ (7/8) gerettet.

Aktivisten und mit Hilfe der Massenmedien als Themen der Jugendkultur stilisiert. Anti-Vietnam-Proteste haben für viele Beteiligte den gleichen politischen Gehalt wie Schockfarben oder eine abweichende Haartracht: nämlich keinen³⁵.

Die Problemverdrängung durch den Jugendtopos geschieht auf zweierlei Weise: einmal durch Verschiebung der Protestursache auf andere Instanzen, nämlich die primärer (und sekundärer) Sozialisation, die damit zu Sündenböcken ernannt werden, zum andern, indem überhaupt jede objektive Grundlage (und auch jede Berechtigung) des Protests hinwegpsychologisiert wird. Die Psychologisierungstaktik (strukturell gleich der der Pathologisierung und Kriminalisierung) löst protestbedingende gesellschaftliche Widersprüche und deren Artikulation auf in die nur-psychische Befindlichkeit der Protestierenden, denen durch die Kennzeichnung als unreif und unzurechnungsfähig vorab jede politische Legitimation entzogen werden soll^{35a}. Angeführt wird hier etwa: das immer und überall auftretende abweichende Verhalten einiger Jugendlicher³⁶, in mißbräuchlicher Anlehnung an Erikson: die schlechthinnige Identitätskrise der jungen Menschen um zwanzig³⁷.

Die im folgenden skizzierten Versuche, die Protestursache auf der Erfahrung von Gesellschaft und Hochschule (zeitlich) vorgeordnete Sozialisationsinstanzen zu verschieben, stützen sich in keiner Weise auf wissenschaftliche oder sozialisationstheoretische Ansätze (und können es auch nicht, da es in der BRD bisher so gut wie keine Sozialisationsforschung gab). Sie sind dementsprechend so aphoristisch formuliert, daß nicht einmal zwischen den Funktionen der einzelnen Instanzen (Familie, Schule) differenziert, sondern der Sozialisationsprozeß pauschal verantwortlich gemacht wird. Denn: die Funktion des Jugendtopos ist wichtig, die „theoretischen“ Begründungen, die ihm nachgeschickt werden, sind es nicht.

Einmütig wird hier die besondere historische Situation der BRD nach dem 2. Weltkrieg verantwortlich gemacht, gekennzeichnet als Freiheit vom Faschismus, allgemeiner Bautätigkeit und wachsendem Wohlstand³⁸. Alle diese Faktoren wirken zusammen zu einem im Vergleich zu vorangehenden Zeitabschnitten größeren Ausmaß an Repressionslosigkeit. Diese „Freiheit“ jedoch, und das ist wichtig, wird

35 Scheuch, Aspekte, S. 18/19.

35a Hier läßt sich auch die häufig zustimmend zitierte große moralische Rüge von George Kennan einordnen, der die amerikanischen Radikalen als „Kinder einer durch einen allzu plötzlichen und für das menschliche Anpassungsvermögen allzu übereilten technologischen Prozeß desorientierten Generation Menschen erkennen“ möchte. Kennan, S. 162.

36 Schoek, in: Schoeps/Dannenmann, S. 154: „Es hat noch nie eine gesellschaftliche Umwelt gegeben und es kann grundsätzlich auch keine geben, in der nicht einige, meist jüngere Menschen sich mißverstanden, falsch behandelt, zu wenig beachtet oder gewürdigt fühlen. Selbst Naturvölker haben in vielen Fällen ‚entfremdete‘ Mitglieder aufzuweisen“ (156).

37 Schrenck-Notzing, S. 167.

38 So z. B. Scheuch, Aspekte, S. 20.

fast ausnahmslos³⁹ negativ bewertet: hinsichtlich der primären Sozialisation, der Beeinflussung durch die Familie wird hier hingewiesen auf die Vernachlässigung der Kinder durch die mit dem Wiederaufbau beschäftigten Eltern⁴⁰ oder, und das vor allem, auf den Mangel an Autorität in Familie und Gesellschaft⁴¹, der vor allem auf die NS-Belastung oder die Arbeitsamkeit der Väter zurückgeführt wird. Nach dem allgemeinen Tenor geht also der Protest zurück auf eine Veränderung vor allem in der familiären Sozialisation, die begriffen wird als ein Übermaß an Freiheit der Erziehung, für das die Schuld der spezifischen historischen und nationalen Situation angelastet wird.

Nachdem die Behauptung des prinzipiellen Widerspruchs zwischen familiärer Sozialisation und sozialer Umwelt, wie sie in der BRD Grundlage von Schelskys „Skeptischer Generation“ gewesen war⁴², abgelöst wurde durch die Einsicht in die Vorbereitungsfunktionen der familiären Motivationserziehung für eine durch Leistungs- und Konkurrenzprinzip charakterisierte Gesellschaft (Parsons), war die internationale Studentenrevolte für amerikanische Forscher Anlaß, nach übersehenen Diskontinuitäten zwischen familiären Erziehungspraktiken und Sozialstruktur zu suchen.

So hebt Flacks⁴³ in bezug auf die Sozialstruktur die Trends des auch in Schule und Hochschule zunehmenden Leistungs- und Konkurrenzdrucks sowie die zunehmende Einengung von Berufsperspektiven auf Laufbahnen innerhalb bürokratischer Hierarchien hervor und kontrastiert diese mit der Durchsetzung neuer Sozialisationsmuster, die von upper-middle-class-Familien ausgehen, aber prinzipiell nicht auf diese beschränkt sind. Flacks kennzeichnet sie (1) durch

39 Ein Autor läßt gelten, „daß nun Kinder heranwachsen..., denen in ihrer frühen Jugend das Rückgrat nicht gebrochen wurde...“ (Leonhardt, S. 27).

40 Ortlieb, S. 17, Schlawke, S. 23, Leonhardt, S. 27.

41 Klaus Harpprecht, Revolutionsjahr 1968, Sendung des SFB, Reihe „Das Thema“, Manuskript S. 41: „Wir haben ihnen, eben weil wir aus einer verstörten Generation stammen, keine Autorität zu bieten vermocht, nicht in der Familie, nicht in der Gesellschaft, nicht im Staat.“

42 So löst Schelsky das heutige „Studentenproblem“ ungerührt durch den Hinweis auf das, was „wir bereits... in unserer Analyse der deutschen Jugend ‚Die skeptische Generation‘ festgestellt haben“. Danach besteht der Gegensatz von Familie und einer „familienfremden, wenn nicht gar familienfeindlich strukturierten sozialen Umwelt“ als „epochale Sozialstruktur“ im Gegensatz von beständigen, intimen, personbezogenen Verhaltenserwartungen und -formen in der Familie und der auf Funktionalisierung, hohe Dynamik und soziale Mobilität ausgerichteten Gesamtgesellschaft“ (in: Baier, S. 111).

43 Richard Flacks, *The liberated Generation: An Exploration of the Roots of Student Protest*, in: *J. soc. Issues*, Bd. 23 (1967), H. 3, S. 52–75; Kenneth Keniston, *Young Radicals, Notes on Committed Youth*, New York 1968, bestätigt Flacks durch die 1967 vorgenommene Untersuchung (6–8-stündige Interviews, Interaktionsbeobachtungen) von 17 führenden „Young Radicals“, die er anhand des Flacksschen Ansatzes und eines modifizierten Adoleszenzkriseentheorems (Erikson) interpretiert.

Akzentuierung des demokratisch-egalitären Charakters zwischenmenschlicher Beziehungen (2) durch eine sowohl permissive wie selbstständigkeitsfördernde Erziehung (3), durch Betonung expressiver oder politischer, d. h. nicht nur leistungsorientierter Wertcanones. So erzogene Menschen sind disponiert, sich institutioneller und hierarchischer Repression zu widersetzen und — dank der Herkunft — materielle oder statusmäßige Kompensation zurückzuweisen. Vorausgesetzt, dieser Zusammenhang zwischen sich ändernden Sozialisationsmustern und Protestdisposition ließe sich erhärten, so muß doch gewarnt werden vor einer restriktiven Interpretation, vor allem aber vor der Fehleinschätzung der Reichweite dieses Ansatzes. Bezüglich der Interpretation darf nicht vergessen werden, daß die bezeichneten Veränderungen der Sozialisationsmuster, also auch das durch sie definierte Protestpotential, sich nicht auf die upper-middle-class beschränken, sondern dort nur besonders deutlich sind. Zur Reichweite des Ansatzes ist anzumerken: a) Es ist fraglich, ob die von Flacks/Keniston bezeichnete Gruppe die für den Studentenprotest allein typische oder ihn hauptsächlich tragende ist. b) Für andere, weniger privilegierte gesellschaftliche Gruppen sind Politisierungschancen nicht etwa von der Durchsetzung der beschriebenen Sozialisationsmuster abhängig, sondern können unter gänzlich anderen Bedingungen entstehen.

Die Gefahr der Verabsolutierung jugendspezifischer Protestbedingungen wird ganz deutlich in dem Ansatz Hollsteins. Nicht nur begründet der Autor die starke Reaktion junger Menschen auf die — mit Marcuseschen Begriffen definierten — spätkapitalistischen Involutionsprozesse mit der „vorzüglich biologischen Notwendigkeit nach Freiheit und Ungebundenheit des Heranwachsenden“⁴⁴, ein Konflikt, der sich in den sich ausdehnenden Institutionen sekundärer Sozialisation aktualisiere; Hollstein begrüßt den so schon fragwürdig begründeten Jugendprotest noch dazu als alleinigen Nachfolger der angeblich unwiderruflich integrierten Arbeiterklasse: „An die Stelle eines Klassenbewußtseins tritt das Generationsbewußtsein jugendlicher Rebellen und erwachsener Verteidiger der Ordnung“⁴⁵.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß sowohl die verschiedenen bundesrepublikanischen Ressentiments wie die zum Vergleich zitierten Untersuchungen von Flacks/Keniston hindeuten auf ein durch Veränderung in der primären Sozialisation gefördertes Potential an subjektiver Disposition zur Wahrnehmung und Bekämpfung gesellschaftlicher Widersprüche. Der wesentliche Unterschied besteht in der Weise der Auflösung der festgestellten Diskrepanz zwischen bestehender Gesellschaft und den damit konfligierenden artikulierten Bedürfnissen der in ihr Heranwachsenden. Anders als bei Flacks/Keniston läßt sich für die BRD feststellen, daß statt der als sachgesetzliche Notwendigkeit tabuierten, bürokratisch vermittelten Fremdbestimmung, das Versagen der Primärgruppe angegriffen wird, die Heranwachsenden jener Bestimmung entsprechend abzurichten. Aller-

44 Hollstein, S. 19.

45 Hollstein, S. 22.

dings, das scheinbar so fungible „Jugendprotesttheorem“ enthält, das zeigen die Überlegungen Flacks/Kenistons, neue Bedrohung: die für potentiell systemsprengend gehaltenen Wert- und Verhaltensdiskontinuitäten, die durch die „Jugendlichkeit“ ihrer Träger verharmlost werden sollten, sind ja, wenn sie zum Teil auf veränderte Sozialisationsmuster zurückgehen, nicht beliebig aufhebbar, sondern stellen ein sich ausbreitendes „Übel“ dar. Demgegenüber bleibt nur die zweifelhafte Hoffnung auf den Rückzug des Protests in die Subkultur⁴⁶ oder die Wiederbelebung des Rechts auf Not und Prügel⁴⁷.

Hinzuweisen ist noch auf die Versuche, die Sozialisationsinstanz Schule für die Protestbewegung (mit-)verantwortlich zu machen. An ihnen wird deutlich, daß es hier ähnlich wie in der Universität darum geht, dysfunktionale Anachronismen zugunsten lückenloser Anpassungssysteme auszumerzen. Hier richtet sich die Anklage vor allem gegen den politischen Unterricht und lautet auf Vermittlung demokratischer Idealvorstellungen, die der Wirklichkeit nicht entsprechen; möglicherweise hat tatsächlich die politische Bildungsarbeit, verstärkt durch die reeducation programs liberal-demokratische Demokratieideale verbreitet und ein idealistisches, moralisches Engagement für Politik geweckt, das mit autoritären Familien-, Schul- und Hochschulstrukturen kollidieren und Einsichten in Funktion und Unerfüllbarkeit dieser Ideale im Spätkapitalismus provozieren konnte. Eben dieser Wertmaßstab, der unverfälschte demokratische Ideale bei ihrem Wort zu nehmen erlaubte, soll durch die Forderung nach einem Unterricht gebrochen werden, der Interessen- und Herrschaftsstrukturen nicht mehr ausklammert, sondern sie als Sachgesetzmäßigkeiten deklariert, beziehungsweise in ihrer eigentlichen Form ins 19. Jahrhundert verweist⁴⁸.

46 So schreibt Scheuch (Bürgerkrieg, S. 50), daß vielleicht „die Distanz zu den Werten der Erwachsenenwelt, insbesondere zur Leistungsgesellschaft ... und zum sozialen Aufstieg, zur Ernährung im Wettbewerb ... durchaus nicht so unangemessen sei“ angesichts der Tatsache, daß es kaum mehr Stellungen geben werde, in denen Wettbewerb vernünftig und die physisch und psychisch erträglich seien. Scheuch fährt dann fort: „Nicht angemessen selbstverständlich ist die Feindschaft einiger ideologischer Gruppen gegenüber dem Prinzip der Industriegesellschaft, in die diese Distanz jetzt umformuliert wird.“

47 Im Anschluß an die Klage über Mangel an Autorität in Staat und Gesellschaft fährt Harpprecht fort: „Jede Generation hat ihr Anrecht auf Glück. Und auf ihr Unglück ... Wir haben das Recht auf Melancholie und Verzweiflung unterschätzt“ (41). Mit dem Ideal zureichender Ichbildung getarnt, sagt Scheuch das gleiche; im Anschluß an eine gefärbte Darstellung von Ergebnissen Kenistons fragt er: „Führt die von einem Mißverstehen Freuds inspirierte Erziehung dazu, daß einerseits die Antriebs-elemente unreflektierter Art ermutigt werden ..., andererseits das Über-Ich partiell stark ausgebildet ist, wogegen die Konfrontation des Individuums mit Restriktionen der Umwelt nicht ausreichend erfolgte.“ (Bürgerkrieg, S. 19).

48 z. B. Leonhardt, S. 44.

Zur Erklärung studentischer Ideologie

Aufgabe einer Analyse der Studentenbewegung wäre es, daß „artikulierte Inhalte jugendlicher und studentischer Opposition an den Bedingungen und Widersprüchen ihrer Sozialisation und ihrer Umweltsituation in Hochschule und Gesellschaft gespiegelt werden“, um „die Besonderheiten der neuen radikalen Verhaltensweisen als Momente zu erfassen, die dem gesellschaftlichen status quo entspringen und gleichzeitig zu seinem Wandel beitragen“⁴⁹. Das Vehikel der interessenbedingten Blindheit gegenüber den Ursachen des Protests ist jedoch, wie deutlich werden sollte, die konsequente Zertrennung der Dialektik zwischen „objektiven“ Bedingungsbeziehungen des Protests und der „subjektiven“ Selbstinterpretation der Protestierenden⁵⁰. Einerseits führt das zu willkürlich konstruierten Ursachenzusammenhängen, die alles erklären können, außer der tatsächlichen Ziel- und Handlungsrichtung des Protests, die doch Erklärungsgegenstand war, zum anderen zur Erfindung neuer „Ursachen“ und Zusammenhänge für die unerklärlich gewordene artikulierte Selbstinterpretation des Protests.

Drei solche ersatzweise verwandte Bezugsrahmen treten immer wieder auf: der verführungs-„theoretische“, der geistesgeschichtliche und die Rückführung auf den Machtwillen einer elitären Minderheit. Im Bereich des ersten Bezugsrahmens, der Erklärung durch Verführung, werden angegeben: Massenmedien und Kulturindustrie⁵¹, die linken Professoren⁵² oder „philosophische Scharlatane“ der Hegel/Marx-Nachfolge wie Marcuse⁵³, Adorno, Habermas, von Friedeburg. Der (erstaunlich häufige) Hinweis auf die Verführer „löst“ das Problem des Zustandekommens sozialistischer „Ideologie“, indem er es unter der Hand jeweils weiter verschiebt, wenn die Frage nach der „Verführung der Verführer“ gestellt wird. Die geistesgeschichtliche Interpretation, der zweite Erklärungsrahmen, unterscheidet sich von der Verführungserklärung lediglich durch die geringere

49 Kadritzke, a.a.O., S. 48.

50 Typisch dafür Scheuch (Aspekte, S. 6): „Dennoch ist es für die Erklärung des sogenannten studentischen Protests unsinnig, die vom SDS vorgebrachten Argumente ernsthaft als Aussagen über die Gesellschaft zu diskutieren. Und: „Protestverhalten und dessen Deutung sind wie auch sonst bei der Analyse sozialer Phänomene zunächst nur Rohmaterial, dessen symptomatische Bedeutung zu erschließen ist“ (7).

51 Massenmedien (Leonhardt, S. 28), die „moderne Literatur“ (Ortlieb, S. 18), der Spiegel (Winkler, S. 61), das ganze Manipulationsnetz liberaler Verlagshäuser, Bühnen, Film-Studios und Sender (Schrenck-Notzing, S. 176 f.).

52 Rüegg, S. 12, weist auf das „reich dotierte Institut für Sozialforschung“ als ideologische und taktische Basis der SDS-Studenten hin, ebenso Schrenck-Notzing (110, 150), der zudem noch die Amerikaemigranten auf den Lehrstühlen für politische Wissenschaft benennt; Schelsky (Baier, S. 107) verweist auf die „einseitige Betonung der Macht- und Herrschaftssoziologie“ in der neueren BRD-Entwicklung.

53 Kuhn, S. 55 ff.: „die marxistische Reuse“.

Betonung der persönlichen Dolosität und die Thematisierung der „Verführung der Verführer“ durch die Einbeziehung der historischen Ahnenreihe der „Verführer“. So spricht Nolte vom „Wiederaufleben des letzten politischen Glaubens, den es in Europa gegeben hat, nämlich des Marxismus, unter besonderer Hervorhebung seiner anarchistischen Momente“⁵⁴.

Ein besonders eklatantes Beispiel für die bornierenden Konsequenzen des geistesgeschichtlichen Ansatzes bietet Ernst Topitsch: er reduziert die europäische Geschichte seit Anfang des 19. Jahrhunderts auf einen Gespensterkampf zwischen „modernen“, die „Industriegesellschaft“ bejahenden Denkweisen, worunter er im wesentlichen den wertfreien Positivismus begreift, und den „archaischen“, vorindustrieller Zeit entstammenden Denkweisen mit „antimodernem Affekt“. Die Archaika beginnen mit Hegel, enden vorläufig mit der Ideologie des studentischen Protests und umfassen gleichermaßen die geisteswissenschaftliche deutsche Universitätsideologie, die konservative Revolution, den Faschismus, den Marxismus und den Stalinismus. Absicht dieser wissenschaftstheoretisch verbrämten Rot = Braun-Theorie ist es, jegliche systemtranszendierende Kritik als vorindustriell abzuwerten und durch die Behauptung der strukturellen Ähnlichkeit faschistischer und sozialistischer Denkweise in einem Zuge den Sozialismus zu diffamieren und den Positivismus reinzuwaschen. Das konstituierende Prinzip ist hierbei die sich historisch tarnende Ahistorizität: alle oben genannten Tendenzen werden aus der jeweiligen historischen Klassensituation heraus- oder von ihren sozialen Substraten losgerissen. Das Neuarrangement, die strukturelle Gleichsetzung von tatsächlich Unvereinbarem, erfolgt gemäß einem einzigen Kriterium, nämlich der „nicht wertenden Wissenschaft“ (= Positivismus), dessen Willkürlichkeit unter dem „historischen“ Anstrich als „moderne“, „industriegesellschaftliche“ etc. Denkweise verborgen werden soll. Die Quasihistorizität dieses Kriteriums zeigt sich darin, daß dessen historischer Anspruch, der Industriegesellschaft adäquat zu sein, gerade hinreicht, seine politisch-wissenschaftlichen Widersacher „historisch“ zu diskriminieren, daß aber zugleich der Zusammenhang zwischen Positivismus und Industrialisierung, eben konkret: der der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise, geleugnet werden muß. Einen Höhepunkt dieser quasihistorischen Methode bildet der Versuch, durch Zitate von Angriffen faschistischer Theoretiker gegen die voraussetzungslose, wertfreie Wissenschaft die letztere zum natürlichen Hauptwidersacher des Faschismus zu stilisieren und dabei die faktische Verfolgung des revolutionären Sozialismus schlicht nicht zu erwähnen. Anschließend versucht Topitsch die strukturelle Ähnlichkeit von Rot und Braun zu suggerieren, indem er faschistische und marxistische Äußerungen über die beiden eigene Erkenntnis der Unmöglichkeit gesellschaftslosgelöster und voraussetzungsloser Wissenschaft nebeneinanderstellt und dabei den ausschlaggebenden historischen Unterschied bagatellisiert: daß nämlich

54 Nolte, S. 48.

im Faschismus die faktische Klassenabhängigkeit von Wissenschaft zur Abhängigkeit von „Rasse“ und „völkischem Lebensganzen“ verfälscht wurde, eine Fiktion, die genau wie die Ideologie von der gesellschaftlichen Neutralität des Positivismus der Funktionalisierung der Wissenschaft für die Klasse der Herrschenden dient.

Die dritte Version schließlich sieht studentische Ideologie unter dem Aspekt der Propaganda für einen ihr äußerlichen Zweck: den gesellschaftlichen Umsturz bzw. den „Machtwillen der neuen Elite“ (Ahlberg, Scheuch). Der konkrete Nachweis der hier vorausgesetzten Zusammenhanglosigkeit von Realität und der auf sie gerichteten Kritik müßte allerdings von einer Kritik der verwendeten Denkweise und einer schlüssigen alternativen Realitätsinterpretation ausgehen; zu beidem aber zeigen sich die wenigen, die den Versuch der ideologischen Auseinandersetzung überhaupt machen, einmütig außerstande.

Die Kritik der Methode, wie sie typisch im Beitrag Watrins „Spätkapitalismus?“ zum Ausdruck kommt⁵⁵, erledigt eigens dazu verfertigte Pappkameraden (den in starren Gesichtsgesetzen denkenden materialistischen Determinismus) mit einer ebenso pappenen Rüstung (hier der Popperschen Marxismuskritik)⁵⁶.

Auch die Kritik auf der Basis einer artikulierten Gegenposition findet praktisch nicht statt: es gibt keine Gegeninterpretation der sich verschärfenden Widersprüche in der BRD, der Imperialismustheorie⁵⁷, des Vergeudungs- und Rüstungskapitalismus, der Funktionalisierung der Wissenschaft etc. Statt dessen findet sich ein wildes Konglomerat an Injurien, Verkürzungen und tauben Wiederholungen kritizierter Positionen. Die solcherweise verdrängten konkreten gesellschaftlichen Widersprüche machen nicht nur die Artikulation einer schlüssigen Gegenposition unmöglich, sie kehren heimlich wieder als Projektion des eigenen technokratischen Herrschaftswillens auf studentische Gruppierungen. Am deutlichsten ist dies bei Scheuch, selbst Mitglied und eindeutiger Befürworter⁵⁸ technokratischer Eliten: er zitiert Dutschke, der auf die Diskrepanz zwischen dem Anspruch von Demokratie als einer Herrschaft des Volkes und der faktischen Besetzung der gesellschaftlichen Schlüsselstellungen durch eine unglaublich kleine Minderheit hinweist, und kommentiert dies wie folgt: „Herr-

55 in: Scheuch, Wiedertäufer, S. 104 ff.

56 Interessanterweise zieht ein anderer Autor des gleichen Bandes (Wiedertäufer) von marxistischer Position aus gegen die Leugnung jeglicher geschichtlicher Notwendigkeit, gegen den „Voluntarismus“ der „Neuen Linken“ zu Felde (Klaus Reblin, S. 168 ff.).

57 Ahlberg klammert den konkreten Imperialismus aus und beschränkt sich darauf, die seit Lenin zweifellos erfolgte Funktionsveränderung des Staates unter Berufung auf die sozialdemokratische Tradition als seine tendenzielle Eigentumsneutralität lediglich zu behaupten. Ebenso originell beweist Ahlberg, der dem studentischen Sozialismus „Epigonenhaftigkeit“ attestiert, die Falschheit der „Klassentheorie“ durch den Hinweis auf die internationale wissenschaftliche Diskussion und die faktische Integration der Arbeiterklasse.

58 Wiedertäufer, S. 109/110.

schaft des Volkes ist dann, wenn die Zustimmung der Bürger (wie angeblich bei Dutschke, U.S.), nicht maßgeblich sein soll, eine Leerformel für den Anspruch auf eigene Herrschaft. Und „Politik“ als Wort wird von der „Neuen Linken“ benutzt, um Agitation für den Umsturz zu betreiben“⁵⁹. Scheuch, der in demselben Beitrag dafür eintritt, „plebiszitären Elementen“ eine periphere Rolle zuzuordnen, da sie „wegen der begrenzten Qualifikation der Bürger nur als Schiedsinstanz im Sinne einer Friedensordnung und nicht als Instanz einer inhaltlich richtigen Entscheidung über Sachfragen dienen“⁶⁰ können, der also selbst „eine Leerformel, für den Anspruch auf eigene Herrschaft“, die Technokratie, vorbetet, projiziert diesen elitären Herrschaftsanspruch auf den, der auf der Herrschaft des Volkes verbal und praktisch insistierte. Was Scheuch und seinesgleichen von der „Neuen Linken“ behaupten, trifft vielmehr diese selbst: „Das Glasperlenspiel ... mit den Scherben vergangener Ideologien hat vornehmlich eine Funktion: Verhüllung des eigenen Herrschaftsanspruchs“⁶¹.

Literaturverzeichnis

- Ahlberg, René:** Die politische Konzeption des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn (zuerst in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu „Das Parlament“, B 20/68 vom 15. Mai 1968, 31 S.).
- Baier, Horst** (Hrsg.): Studenten in Opposition. Beiträge zur Soziologie der deutschen Hochschule. Bertelsmann-Universitäts-Verlag 1968 (237 S., kart., 25,— DM).
- Benedict, Hans-Jürgen, u. Theodor Ebert:** Macht von unten. Furche Verlag, Hamburg 1968 (207 S., Pb., 12,80 DM).
- Bütow, Helmut G.:** Radikale Demokratie oder Demokratie der Radikalen. Außerparlamentarische Opposition heute. Colloquium Verlag, Berlin 1969 (144 S., kart., 9,80 DM).
- Dollinger, Hans:** Revolution gegen den Staat? Die außerparlamentarische Opposition — die neue Linke. Rütten und Loening Verlag, Bern/München/Wien 1968 (263 S., kart., 14,80 DM).
- Friedeburg, Ludwig von, Jürgen Horlemann, Peter Hübner, Ulf Kadritzke, Jürgen Ritsert, Wilhelm Schumm:** Freie Universität und politisches Potential der Studenten. Über die Entwicklung des Berliner Modells und den Anfang der Studentenbewegung in Deutschland. Luchterhand Verlag, Neuwied/Berlin 1968 (600 S., kart., 15,— DM).
- Glaser, Hermann, u. Karl Heinz Stahl** (Hrsg.): Opposition in der B R D. Nürnberger Gespräch 1968. Verlag Rombach, Freiburg 1968 (222 S., kart., 14,— DM).
- Herrmann, Kai:** Die Revolte der Studenten. Christian Wegner Verlag, Hamburg 1967 (152 S., kart., 7,80 DM).

59 Ebenda, S. 111.

60 Wiedertäufer, S. 110.

61 Ebenda, S. 123.

- Hollstein, Walter:** Der Untergrund. Zur Soziologie jugendlicher Protestbewegungen. Luchterhand Verlag, Berlin/Neuwied 1969 (179 S., kart., 8,80 DM).
- Jacobsen, Hans Adolf, u. Hans Dollinger (Hrsg.):** Die deutschen Studenten. Verlag Desch, München 1968 (415 S., Ln., 19,80 DM).
- Kennan, George F.:** Die Rebellen ohne Programm. Goverts Verlag, Stuttgart 1968 (171 S., br., 10,— DM).
- Kuhn, Helmut:** Rebellion gegen die Freiheit. Über das Generationsproblem und die Jugendunruhen unserer Zeit. Reihe Lebendiges Wissen. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1968 (78 S., kart., 4,80 DM).
- Leonhardt, Fritz:** Studentenunruhen. Ursachen — Reformen. Ein Plädoyer für die Jugend. Seewald Verlag, Stuttgart 1968 (164 S., kart., 12,80 DM).
- Lummer, Heinrich:** Unsere Demokratie und ihre Kritiker. Eine Denkschrift zu den Ursachen und Problemen studentischer und intellektueller Kritik an Staat und Gesellschaft unter bes. Berücksichtigung Berlins. Hrsg. v. Studienkreis f. staatsbürgerliche Arbeit, Berlin 1967.
- Nolte, Ernst:** Sinn und Widersinn der Demokratisierung in der Universität. Verlag Rombach, Freiburg 1968 (77 S., kart., 5,— DM).
- Ortlieb, Heinz-Dietrich:** Die mißverstandene Revolte. Gesellschaftsreform, Hochschulreform und Studentenrevolte. Hamburger Hefte für Wirtschaft- und Gesellschaftspolitik Nr. 2/3, Verlag Weltarchiv, Hamburg 1968 (90 S., kart., 9,80 DM).
- Rüegg, Walter:** Die studentische Revolte gegen die bürgerliche Gesellschaft. Schriftenreihe zu aktuellen Problemen aus Politik und Wirtschaft. Hrsg. v. Schweizerischen Institut für Auslandsforschung. Eugen Rentsch Verlag, Erlenbach-Zürich, Stuttgart 1968 (21 S., geh., 4,50 DM).
- Scheuch, Erwin K.:** Soziologische Aspekte der Unruhe unter den Studenten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu „Das Parlament“ v. 4. 9. 1968.
- Ders.:** Bereiten die Studenten den Bürgerkrieg vor? Zur Problematik der Umfrageforschung als Frühwarnsystem. Vorträge zur Marktforschung 5/6. Verlag Hansen & Hansen, Itzehoe 1968 (52 S., kart., 8,— DM).
- Ders. (Hrsg.):** Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft — eine kritische Untersuchung der „Neuen Linken“ und ihrer Dogmen. Markus Verlag, Köln 1968 (224 S., kart., 9,80 DM).
- Schlaffke, Winfried:** Die studentische Linke. Motive, Gruppen und Ziele. Deutsche Industrieverlagsgesellschaft, Köln 1968 (56 S., kart., 6,50 DM).
- Schoeps, Hans Julius, Christoph Dannemann (Hrsg.):** Die rebellischen Studenten. Elite der Demokratie oder Vorhut eines linken Faschismus? Bechtle Verlag, München, Eßlingen/Neckar 1968 (179 S., kart., 9,80 DM).
- Schwan, Alexander, Kurt Sontheimer (Hrsg.):** Reform als Alternative. Hochschullehrer antworten auf die Herausforderung der Studenten. Westdeutscher Verlag, Köln/Opladen 1969 (168 S., kart., 9,80 DM).

- Schrenck-Notzing, Caspar Freiherr von:** Zukunftsmacher. Die neue Linke in Deutschland und ihre Herkunft. Seewald Verlag, Stuttgart 1968 (310 S., Ln., 22,— DM).
- Stoltenberg, Gerhard:** Studenten und Politik, in: ders., Hochschule, Wissenschaft, Politik. Ullstein Verlag, Frankfurt/Berlin 1968 (155 S., kart., 2,60 DM).
- Topitsch, Ernst:** Die Freiheit der Wissenschaft und der politische Auftrag der Universität. Luchterhand Verlag Neuwied, Berlin 1968 (60 S., kart., 5,80 DM).
- Winkler, Hans-Joachim:** Das Establishment antwortet der A P O. C. W. Leske Verlag, Opladen 1968 (177 S., kart., 9,80 DM).

Besprechungen

Philosophie

MacPherson, Crawford B.: Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1967 (346 S., Ln., 28,— DM).

Unter dem Begriff „Besitzindividualismus“ vereinigt MacPherson vier Studien zu einem zentralen Aspekt in den sozialphilosophischen Entwürfen von Hobbes, den Levellers, Harrington und Locke, deren gemeinsamer Ausgangspunkt die Konzeption eines autonomen Individuums ist. Autonomes politisches Subjekt ist für sie ein über Eigentum an seiner Person, Arbeitskraft und „materiellen Gütern“ verfügendes Individuum, das, in einer Reihe von Marktbeziehungen zu anderen autonomen Individuen stehend, sich mit ihnen zu einem Staatsverband zusammenschließen muß, um Sicherheit und optimale Bedingungen für die Vermehrung von Eigentum, also „friedliche“ Kapitalakkumulation, zu gewährleisten. Als vollgültige, über politische Rechte verfügende Individuen kommen nur solche Eigentümer in Betracht; Differenzen zwischen den Theoretikern bestehen vorwiegend darin, wo die Grenze zwischen Eigentümern und Nichteigentümern anzusetzen sei. Innerhalb dieses Rahmens gelangt MacPherson zu Bewertungen, die häufig von denen traditioneller Literatur abweichen: entgegen Bernsteins Interpretation der Levellers als Radikaldemokraten charakterisiert er sie als eigentumsbewußte kleinbürgerliche Mittelschicht, die für die Bewahrung von Freiheit und Eigentum ihrer durch die Kapitalakkumulation bedrohten Klasse kämpft. Locke wird als Apologet der kapitalistischen Appropriation begriffen. MacPherson analysiert, wie er, vom gleichen Recht aller auf Eigentum ausgehend, zum Anwalt der kapitalistischen Akkumulation wird, „darin sehr genau die Ambivalenz des aufsteigenden Bürgertums (widerspiegelnd), das formale Gleichheit der Rechte forderte, aber substantielle Ungleichheit der Rechte brauchte“ (227). Damit wird auch Lockes Rolle als Ahnherr des Konstitutionalismus richtiggestellt; er begreift Macht, wie alle frühliberalen Theoretiker, rein funktional, ohne moralische Legitimation. Ihre Träger, absoluter Monarch oder Parlament, können je nach politischer Konstellation wechseln.

Bedauerlich ist, daß die Arbeit, die sich in ihren Ergebnissen durchaus von der apologetischen Forschung unterscheidet, den methodischen Ansprüchen materialistischer Analyse nicht genügt. MacPherson will die durch den historischen Erfahrungshorizont der einzelnen Autoren determinierten Denkprämissen ermitteln, die für die Theorie des Besitzindividualismus konstitutiv sind. Dies soll möglich werden

durch einen Vergleich der in den Theorien implizierten Gesellschaftsmodelle mit dem Modell der zeitgenössischen englischen Gesellschaft. An die Stelle der sozialhistorischen Analyse des zumindest für Hobbes, die Levellers und Harrington wichtigsten Zeitraumes von 1640 bis 1660 tritt die Untersuchung ihrer theoretischen Äußerungen auf der Folie idealtypischer Modelle einer „traditionsgebundenen oder ständischen Gesellschaft“, einer „einfachen Marktgesellschaft“ und einer „Eigentumsmarktgesellschaft“. Einerseits sollen diese Modelle zwar „charakteristische Merkmale“ hervorheben, andererseits genügen sie „den Anforderungen einer allgemeinen historischen oder soziologischen Untersuchung nicht“ (62). Leider genügen sie gar keinen! Das Modell der „traditionsgebundenen oder ständischen Gesellschaft“ subsumiert unter sich so verschiedene Gesellschaftsformationen wie „antike Imperien, Feudal- und Stammesgesellschaften“; das Modell der „einfachen Marktgesellschaft“ dient nicht zur Bestimmung „irgendeiner historischen Gesellschaft“, sondern als „analytisches Hilfsmittel“ zur „Erklärung gewisser Züge der vollentwickelten Marktgesellschaft“. Es geht aus von über Produktionsmittel verfügenden Kleinproduzenten, die ihre Waren auf dem Markt tauschen. Das Modell der „Eigentumsmarktgesellschaft“ schließlich unterstellt Universalität der Marktbeziehungen, d. h. einen freien Markt für Arbeitskräfte und Boden, also die allgemeinsten Voraussetzungen kapitalistischer Produktion. Die Funktion dieser Modelle besteht nicht so sehr in der Analyse der sozialen Realität als vielmehr in der Typologisierung der Gesellschaftsformationen nach Statik und Bewegung. Den beiden ersten statischen Modellen wird im dritten Bewegung und universale Konkurrenz als gesellschaftliche Grundbeziehung gegenübergestellt. Erklärt wird der Übergang durch zwei unspezifische Bestimmungen: 1. „Einige Individuen streben nach mehr Macht und Vermögen, als sie haben.“ 2. „Einige Individuen haben mehr Kraft, Geschick und Besitz als andere“ (69). So schlägt Mac Pherson zwar die Brücke zum mechanischen Materialismus des Hobbes, um den Preis jedoch, daß er dessen Erkenntnisstand nicht wesentlich überschreitet und keinen Begriff davon bekommt, was dessen Theorie an sozialer Realität abschneidet. Die zerstörerische Seite und die Opfer der Klassenkämpfe verschwinden bei ihm in der Idylle, wenn er schreibt, daß die „Eigentumsmarktgesellschaft“ freie Konkurrenz auf dem Markt unterstellt, in der Menschen, „die entweder einen als Kapital verwendbaren größeren Besitz . . . oder überragende Energie und Begabung haben“, Reichtum akkumulieren, während die anderen Produzenten ruiniert werden und sich „einverstandener erklären“, Proletariat zu werden. Die Unkenntnis der Kämpfe, als deren Ergebnis sich das Kapitalverhältnis in allen Sphären des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses durchsetzte, prägt auch MacPhersons Aussage, daß alles darauf hindeute, „daß die englische Gesellschaft des 17. Jh. in ihrem Wesen zu einer Eigentumsmarktgesellschaft geworden ist“ (78). Gerade die entscheidenden Veränderungen der Sozialstruktur in dieser Epoche, deren wichtigste sich in der großen Revolution vollziehen und die in den folgenden Jahrzehnten zur Kapitalisierung aller Sphä-

ren führen, bekommt er nicht in den Griff. Aus zwei Gründen leisten seine Modelle nichts zur Erkenntnis der Prozesse, die in den von ihm untersuchten Sozialtheorien verarbeitet werden:

1. Die Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung wird nicht erfaßt, denn bis zur Revolution prägten Momente aller drei Modelle die Realität, wobei das qualitativ Neue der Entwicklung der letzten einhundert Jahre die Herausbildung kapitalistischer Produktion im Osten und Süden Englands war, während sich ein einheitlicher kapitalistischer Markt auch für den Westen und Norden erst im Gefolge der Revolution herausbildete. Gleichzeitig wurden erst durch die Enteignung royalistischen und klerikalen Grundbesitzes sowie durch die Agrargesetzgebung der Revolution die Weichen für die ökonomische und politische Liquidierung der agrarischen Kleinproduzenten gestellt, die das militärische Rückgrat des Kampfes der kapitalistischen Gentry und Bourgeoisie gegen die Krone und den Feudaladel des Nordens und Westens gebildet hatten. Erst durch diese Entwicklung wird die Herrschaft der oligarchischen Parlamente nach 1688 erklärbar.

2. Die freie Konkurrenz ist keineswegs schon charakteristisch für „die englische Gesellschaft des 17. Jahrhunderts“ (78). Ein wesentliches Moment des Kampfes gegen die Krone war die Existenz von Monopolen, die die ökonomische Konkurrenz über den Markt verhinderten und an ihre Stelle die Konkurrenz um die Gunst des Hofes setzten. Gerade die Verteuerung von Lebenshaltungs- und Produktionskosten, die Verhinderung des freien Fließens von Kapital waren entscheidende Gründe für den Kampf gegen den Eingriff der Krone in den ökonomischen Reproduktionsprozeß. Wiederum schaffte erst die Revolution durch Beseitigung der Inlands- und Industriemonopole Voraussetzungen für freie Konkurrenz auf dem englischen Markt. Demgegenüber interpretiert MacPherson die Eingriffe der Stuarts folgendermaßen: „Eine solche extensive staatliche Regulierung war gerade deswegen erforderlich, weil die eigentumsbedingten Marktbeziehungen die Gesellschaft entscheidend prägten ... Die Regierungsmaßnahmen im 17. Jahrhundert setzten eine Eigentumsmarktgesellschaft voraus“ (77/78). Bezeichnend ist, daß MacPherson eine formale Identität zwischen Eingriffen der frühen Stuarts und staatsmonopolistischen Regulierungen unterstellt, ohne den völlig verschiedenen sozialen Inhalt solcher Eingriffe zu erkennen.

Da die strukturelle Kategorie der Eigentumsmarktgesellschaft der einzige analytische Begriff bleibt, mit dessen Hilfe die Interdependenz zwischen der Unterwerfung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses unter das Kapitalverhältnis und einer bestimmten Art von Theoriebildung sichtbar gemacht werden soll, kommt es notwendig — besonders deutlich im Hobbes-Kapitel — zur idealistischen Version des klassischen Zirkels, dem jeder Parallelen-Soziologismus verfällt, und alles läuft auf das Hin- und Herwenden ein und derselben Tautologie hinaus: Hobbes' ökonomischen Erfahrungshorizont gewinnt MacPherson im wesentlichen durch Abstraktion aus den Hobbes-Texten selbst, montiert dann diese Sammlung von schlechten Allgemeinheiten

zum alles übergreifenden und nichts erklärenden Modell der Eigentumsmarktgesellschaft zusammen und triumphiert schließlich, wenn sich herausstellt, daß Hobbes' Staatsphilosophie dessen Struktur kommensurabel ist. Worin die behandelten sozialphilosophischen Entwürfe von den gesellschaftlichen Kämpfen ihrer Entstehungszeit geprägt sind — nicht nur wofür sie explizit Partei nehmen, sondern wie auch bereits in der Art und Weise, in der Soziales in sie eingeht, ihr Klassencharakter durchscheint —, vor solche Fragen, in denen allein erst die Problemstellung der historisch-materialistischen Aufarbeitung von Theorien bezeichnet wäre, sieht sich MacPherson nirgends gestellt. Ihre sozialgeschichtliche Aufschlüsselung wird — auch wenn die Einleitung sich umständlich gegen einen solchen Verdacht verwahrt — durch die Überprüfung ihrer logischen Stimmigkeit ersetzt. Wenn dabei Hobbes attestiert wird, daß er auf sehr stringente, für seine Zeitgenossen allerdings unangenehm radikale Weise politische Pflichten — die unbedingte Einfügung in das durch Staatsgesetze garantierte System des „friedlichen Wettbewerbs“ — aus Fakten — der Wolfsnatur der „Menschen des Marktes“ (124) — deduziert habe, so muß zu diesem Befund, in dem sich Hellsichtigkeit und Beschränktheit des Buches eigentümlich paaren, zweierlei angemerkt werden.

Radikal ist die Hobbessche Philosophie in der Tat; McPhersons Charakteristik dieses Radikalismus bleibt jedoch an der Oberfläche, trifft nur auf dasjenige an ihm, was schon Hobbes' Zeitgenossen und die liberaleren unter seinen späteren Rezipienten befremdete: so scheint ihm vor allem Hobbes' Postulat der sich selbst verweigenden Souveränität (der Herrscher bestimmt persönlich seinen Nachfolger) über die Anforderungen rationaler Herrschaftsausübung in einer Eigentumsmarktgesellschaft hinauszuschießen. Lockes Berichtigung dieses Irrtums in Richtung auf die Konstitutivfunktion des Parlaments verarbeite konsequenter, daß eine unter der Kontrolle der herrschenden Klasse stehende souveräne Körperschaft, für die in der Theorie des Hobbes auf Grund der fehlenden Analyse von Klassengegensätzen und Klassenzusammenhalt kein Platz sei, die der Eigentumsmarktgesellschaft angemessene Organisationsform politischer Herrschaft darstelle, die man nach dem Machtwechsel von 1688 schließlich auch mit großem Erfolg praktiziert habe. Es ist aber zu fragen, ob nicht Hobbes' Radikalabsolutismus, alles andere als ein Relikt aus Feudalzeiten, gerade dasjenige Moment ist, in dem sich seine Theorie am deutlichsten als auf der Höhe ihrer Zeit stehend erweist. Eine detaillierte Analyse der ökonomischen Antagonismen hätte MacPherson darauf geführt, daß in den 1640er Jahren von der Kontrolle einer herrschenden Klasse über eine souveräne Körperschaft noch keine Rede sein konnte. Das Parlament selbst war — wie eine Untersuchung der wechselnden Klassenbündnisse im Verlaufe der Revolution lehrt — ein Ort, an dem verschiedene Klasseninteressen aufeinanderprallten. In dieser Situation hätte der Hobbessche Souverän — gleichsam als „ideeller Gesamtkapitalist“ — die Funktion eines Geburtshelfers für das Kapital, dem sich die einzelnen Partikularinteressen unterordnen müssen. Hier liegt auch ein Hinweis zur Er-

klärung der Faszination, die diese autoritäre Staatstheorie stets dann auf die Forschung ausgeübt hat, wenn in den Parlamenten an die Stelle „friedlichen Interessenausgleichs“ der Klassenkampf zu treten drohte: zumal die faschistischen Autoren der späten 20er und der 30er Jahre holten angesichts der Drohung des „nicht mehr“ mit Vorliebe den Theoretiker aus der Versenkung, der das „noch nicht“ des Kapitalismus, die Kämpfe am Beginn seines Siegeszuges mit dem Entwurf einer Staatskonstruktion beantwortet hatte, in der die Bedingungen für eine ungehindert sich entfaltende Kapitalakkumulation konsequent und alle möglichen Antagonismen umgreifend berücksichtigt zu sein schienen. Der Vorwurf der fehlenden Klassenanalyse, den MacPherson Hobbes macht, fällt so auf ihn selbst zurück: erst die Untersuchung der vorrevolutionären Situation und der einzelnen Stadien des revolutionären Prozesses selbst hätte eine stringente Historisierung der Hobbesschen Souveränitätslehre ermöglicht.

Deren Konstruktionsprinzip freilich wird von MacPherson richtig als das Ableiten politischer Pflichten aus „Fakten“ (gemeint ist Hobbes' „homo homini lupus“-Anthropologie) unter Berufung auf das Evidenzprinzip beschrieben. Die Sphäre des Gesellschaftlichen ist in dieser Theorie sozialer Herrschaft, die in einer Zeit größter gesellschaftlicher Umwälzungen entstand, nirgends ausdrücklich thematisiert. Sie kennt kein Moment von Bewegung; Bedürfnisse, Interessen, Produktion etc. sind für sie keine dem historischen Prozeß unterworfenen Größen. Der erste Punkt, an dem das Leben der dissoziierten Individuen als gesellschaftlich vermittelt gedacht werden muß (und daß er bloß so *gedacht* werden muß, betont Hobbes ausdrücklich), ist derjenige, an dem mit der Anerkennung der abstrakten Autorität der Sprung aus dem Naturzustand in den des Staates vollzogen wird. Erst jetzt scheint Gesellschaft möglich. In diesem Denkbild des Naturzustandes, in dem auch MacPherson das Modell einer Gesellschaft (eben der „Eigentumsmarktgesellschaft“) entdeckt, sind mit der Abstraktion von aller gesellschaftlichen Vermittlung quasi labormäßig reine Bedingungen angestrebt, unter denen dann der Mensch als derjenige sichtbar wird, als den ihn Hobbes in seiner Anthropologie zeigt, um anschließend aus der „Natur des Menschen“ eine Theorie abstrakt funktionaler Herrschaft zu deduzieren, die sich den Anschein des wahren Allgemeinen zu geben vermag. Weit entfernt davon, in dieser Strategie des Eskamotierens von Gesellschaft, die man als einen Versuch, Produktion ohne Produktionsverhältnisse zu denken, charakterisieren kann, einen Index des Klassencharakters solchen Denkens zu erkennen, läßt sich MacPherson in seinen abschließenden Ausführungen über „eine autonome Theorie der politischen Pflichten“ offenbar die eigene Problemstellung und -lösung von Hobbes diktieren: Voraussetzung für dessen Deduktion absoluter Herrschaft bildet negative Egalität, die sich, unter Abstraktion von der jeweiligen Klassenzugehörigkeit, in der Furcht aller vor dem Tode äußerte. Indem MacPherson die konkreten Erscheinungsweisen des allgemeinen Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital sowie die Interessenantagonismen der einzelnen Kapitalfraktionen übergeht, behauptet

auch er für die Eigentumsmarktgesellschaft des 17.—19. Jahrhunderts eine Egalität, die sich in der Fähigkeit der einzelnen Individuen äußert habe, „sich als gleich zu betrachten, und zwar in einer Hinsicht, die wichtiger ist als jede, in der sie ungleich sind“ (305). Diese Integration durch das Bewußtsein „der offenkundig zwangsläufigen Unterwerfung eines jeden unter die Gesetze des Marktes“ (305) zusammen mit dem durch das Zensuswahlrecht gesicherten Machtmonopol der „herrschenden Klasse“ habe die Basis für eine verbindliche Theorie politischer Pflichten in der Eigentumsmarktgesellschaft gebildet. Mit der Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts durch das industrielle Proletariat sei einerseits das Machtmonopol einer Klasse gebrochen worden, andererseits betrachteten sich „die Menschen“ nicht länger „als fundamental gleich in ihrem Unterworfensein unter die Gesetze des Marktes“ (306). Zwar bestände die Eigentumsmarktgesellschaft noch, jedoch aufgrund der Differenz zwischen der ökonomischen Struktur und den Interessen der Mehrheit der Gesellschaft besitze sie keinerlei moralische Legitimation mehr, so „daß wir eine gültige Theorie politischer Pflichten heute in einer Eigentumsmarktgesellschaft nicht erwarten dürfen“ (308). Hieraus folgert MacPherson nicht etwa die Notwendigkeit der Realisierung von materieller Egalität, sondern es geht ihm darum, „einen Ersatz für jenes Bewußtsein einer fundamentalen Gleichheit zu finden“ (308). Wie bei Hobbes soll negative Egalität in der Form der Furcht aller vor dem Tod als Integrationsmittel fungieren, dieses Mal jedoch als eine Art technokratisch gewendeter Existentialienlehre, als fundamentale Gleichheit aller angesichts des drohenden Atomtodes. „Es mag für uns beruhigend sein“, daß die Marktgesellschaft zuvor verschwinden muß, aber da die sozialen Klassen vom atomaren Blitz geblendet zur Regungslosigkeit erstarrt sind, ist ihre Abschaffung nicht das Werk des revolutionären Kampfes, sondern die Marktgesellschaft wird „aufgegeben“ aufgrund eines „Grades von Vernünftigkeit“, „den man schon immer für jegliche moralische Theorie politischer Pflichten hat postulieren müssen. Ist dieser Grad von Vernünftigkeit gegeben, so wird das auf sein eigenes Interesse bedachte Individuum, was immer sein Besitz und seine Bindung an die Eigentumsmarktgesellschaft sein mögen, erkennen können, daß die Beziehungen der Marktgesellschaft aufgegeben werden müssen zugunsten der alles überragenden Forderung, daß (mit Overtons¹ Worten, die nun neue Bedeutung erhalten) ‚Menschliche Gesellschaft, das Zusammenleben oder Dasein der Menschen ... vor allen irdischen Dingen verteidigt werden muß!‘“ (309).

Hans-Otto Riethus und Klaus Schulte (Berlin)

Euchner, Walter: *Naturrecht und Politik bei John Locke.* Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1969 (319 S., brosch., 22,— DM/Ln., 30,— DM).

1 Richard Overton, Pamphletist der Levellers (fl. 1642—1663).

In seinem Vorwort zur Buchausgabe von Walter Euchners Dissertation schreibt Iring Fetscher, die Untersuchung mache „deutlich, daß die gewissenhafte Analyse des Gesamtwerkes von John Locke mit der sorgfältigen Ableitung von dessen Grundtheoremen aus den Bedingungen des Zeitalters des frühbürgerlichen Konkurrenzkapitalismus übereinstimmt“ (VIII). Es wäre mit einer solchen Ableitung — wie immer sie konkret aussähe — erst ein Teil der historisch-materialistischen Analyse einer Theorie geleistet. Dazu gehörte nämlich etwa die Frage, inwiefern sich der Klassencharakter einer Theorie gerade darin zeigt, daß sie bestimmte Elemente der in sie eingegangenen sozialen Realität ausspart (so unterschlägt z. B. Lockes Lehre vom Staat als Zusammenschluß freier Individuen — „frei“ bedeutet im Sprachgebrauch der Zeit: besitzend — die Tatsache, daß im 17. Jahrhundert 50 % der englischen Bevölkerung unter dem Existenzminimum lebten). Doch muß man leider feststellen, daß Euchners Arbeit selbst den von Fetscher formulierten Ansprüchen nicht genügt.

Euchner selbst faßt sein Ziel bescheidener und ambitionierter zugleich: „Die vorliegende Arbeit versucht, die einzelnen Lehrstücke des Lockeschen Naturrechts auf ihre Zugehörigkeit zur Tradition oder zur modernen bürgerlichen Sozialphilosophie zu befragen und somit das naturrechtliche Denken Lockes zu rekonstruieren; sie versteht sich als ein Beitrag zur Erhellung der Genese des bürgerlichen politischen und sozialen Weltbildes“ (13).

Die geistesgeschichtliche Einordnung sowie die höchst umfangreiche Zusammenstellung der Lockeschen Äußerungen zum Naturrecht und eingehende Überprüfung der logischen Stringenz der Lockeschen Theoreme nimmt fast den gesamten Raum ein. Doch scheint auch Euchner unter dem Begriff der „Erhellung der Genese“ mehr zu verstehen als geistesgeschichtliche Ableitung, aber wo er auf den sozialen Zusammenhang eingeht, dem Lockes Theorie entstammt und den sie zu beeinflussen versuchte, ersetzen vage Allgemeinheiten die erforderliche sozialhistorische Untersuchung.

Euchner bezeichnet es als „thema probandum“ seiner Arbeit (9) zu zeigen, wie Locke mit Theoremen des klassischen Naturrechts ansetzt und sie dann im Verlauf seiner Argumentation aushöhlt. Er kann aber die Funktion des formalen Festhaltens am traditionellen, stoisch-scholastischen Naturrecht im Hinblick auf die ideologische Verbrämung einer Theorie, die — wie Euchner selbst pauschal feststellt — zur „Sicherung der Eigentumsrechte der Bourgeoisie“ (216) beitragen soll, nicht deutlich machen. Die tatsächliche Wirkung der Lockeschen Sozialphilosophie auf die englische Geschichte des 17. und frühen 18. Jahrhunderts wäre erst durch eine detaillierte historische Analyse zu klären. Da diese fehlt, bleibt die Beschreibung der Entwicklungsstadien der Lockeschen Naturrechtslehre bloße Philologie.

Schon das Referat der Ergebnisse der neueren Locke-Forschung und der philosophiegeschichtliche Abriß über „Traditionelles und modernes Naturrecht“ (14), den Euchner im Hinblick auf die Zuordnungskriterien als Exkurs einfügt, sind fixiert auf die Fragestellung:

Ist Lockes Lehre dem traditionellen oder dem modernen Naturrecht zuzuordnen? Dadurch bleiben der Forschungsansatz und die politische Stellung der verschiedenen Autoren ebenso im Dunkeln wie der historische Zusammenhang, in dem sich die Entwicklung vom traditionellen zum modernen Naturrecht vollzieht.

Im Hauptteil des Buches referiert Euchner die Lockesche Naturrechtslehre auf ihren verschiedenen Entwicklungsstufen in bezug auf die Aussagen über die Ordnung des Universums und die Funktion des Gottesbegriffes in diesem System sowie die Natur und Aufgabe, die Locke dem Menschen zuschreibt. Er geht dann auf Lockes naturrechtliche Erkenntnistheorie und die Verbindlichkeit des natürlichen Gesetzes für das menschliche Handeln ein. Schließlich untersucht er den Einfluß der Lockeschen Naturrechtskonstruktion auf dessen Staatslehre. Es mag hier genügen, Euchners Vorgehen an einigen zentralen Punkten zu verdeutlichen.

Seine Beschreibung der Lockeschen Anthropologie begnügt sich mit der Abwehr ihres überhistorischen Anspruchs durch die Feststellung, daß Locke „das Gesamtbild des bürgerlichen, vom Streben nach Eigentum und Gewinn motivierten Menschen“ (109) wiedergebe. Anstatt die objektiven Zwänge der Kapitalentfaltung, die die Herausbildung des frühbürgerlichen Sozialcharakters bedingten, zu analysieren, schließt Euchner sich kritiklos dem Lockeschen Psychologismus an, der ein nicht weiter begründetes „Streben“ als Ursache sozio-ökonomischer Entwicklung annimmt. Lockes Kategorien werden ungeprüft übernommen, ohne die Frage zu stellen, inwieweit sie wirklich für den frühbürgerlichen Sozialcharakter spezifisch sind: „Das kompetitive Verhalten mit allen seinen Auswüchsen war bei allen Klassen der Gesellschaft zu erkennen (bei den Besitzenden in noch stärkerem Maße als bei den Besitzlosen) — deshalb konnte Locke Selbstsucht, Ehrgeiz, Parteilichkeit und Rachsucht zu einer allgemeinen Charaktereigenschaft der Menschen erklären“ (79). Damit stellt Euchner den Kampf um die Erhaltung der bloßen Existenz mit dem Kampf der Besitzenden um den Anteil am Mehrprodukt auf eine Stufe.

In der Diskussion der Lockeschen Staatslehre stellt sich Euchner der traditionellen Apologie Lockes als Verkünder der menschlichen Freiheit entgegen, indem er betont: „Lockes Staat ist der Staat der Eigentümer; nur sie sind Vollbürger“ (204) und als von der Lockeschen politischen Philosophie intendierten Staatszweck „die Sicherung der gesellschaftlichen Reproduktion auf der Basis bürgerlicher Verkehrsverhältnisse“ (199) angibt. Doch wie bei der Untersuchung der Lockeschen Anthropologie vermag Euchner auch hier nicht über richtige, aber beschränkte Einsichten Lockes selbst hinauszugelangen. Er spricht abstrakt von den „Bedürfnisse(n) des aufstrebenden Bürgertums“ (221) und weist auf das Interesse des Bürgertums an gesicherten Verhältnissen in der Zirkulationssphäre hin. An keiner Stelle dringt er jedoch bis zu einer Analyse der Produktionsverhältnisse vor, geschweige denn zu einer umfassenden Klassenanalyse. Seine Aussagen bleiben so allgemein, daß sie weder die historische

Entwicklung Englands im 17. Jahrhundert noch die Stellung der Lockeschen Sozialphilosophie zu erfassen vermögen.

Bezeichnend ist, daß die englische Revolution, die die Durchsetzung des Kapitalverhältnisses in ganz England und in allen Sphären der gesellschaftlichen Reproduktion erst ermöglichte und so die Voraussetzung für die Lockesche Konzeption der Herrschaft oligarchischer Parlamente schuf, bei Euchner nur als die „Wirren des Bürgerkrieges“ (200, 205, 218) erscheint, die das „wirtschaftliche Leben“ gelähmt hätten und unter deren Eindruck Locke daher in seinen Jugendschriften zu etatistischen Fassungen des Staatszwecks und zur Zubilligung unbegrenzter Vollmachten an die Staatsgewalt gekommen sei. Die gloriose Revolution von 1688 jedoch, in der nach Fraktionskämpfen innerhalb der Kapitalistenklasse die siegreichen Fraktionen des Industrie-, Handels- und Finanzkapitals die Dynastie auswechselten, scheint Euchner als wirkliche Revolution zu betrachten: „Der von Locke gemeinte Träger der Revolution gegen eine willkürliche Obrigkeit war vielmehr die aufstrebende Klasse der vorwiegend protestantischen und insbesondere puritanischen Bankiers, Unternehmer und Kaufleute, deren Sicherheit, die unabdingbare Voraussetzung für das Gedeihen von Handel und Gewerbe, in der Zeit vor der ‚Glorious Revolution‘ von der Politik der Stuarts ständig gefährdet worden war“ (217 f.). Den verschiedenen Fraktionen des englischen Kapitals ging es bis 1688 keineswegs nur um Sicherheit. Vielmehr gelang es ihnen während der Großen Revolution, die Krone in blutigen Kämpfen zur Aufgabe der Praxis des Verkaufs von Monopolen zu zwingen, die der Kapitalisierung hinderlich waren, während die Opposition gegen die späten Stuarts (nach 1688) keinen Gegensatz zwischen verschiedenen Klassen ausdrückt, sondern sich gegen die zoll- und steuerpolitische Bevorzugung des Agrarkapitals richtete, die 1688 beseitigt wurde. Das Agrarkapital erscheint bei Euchner nur in den wenigen Bemerkungen zu Lockes Biographie, in denen er erwähnt, daß Locke im Dienst der „gentry“ gestanden habe, die in der Hauptsache von kapitalistischer Grundrente lebte. Ansonsten bleibt Lockes Biographie unberücksichtigt. Die Folge ist, daß Euchner kommentarlos von dem Pathos berichten kann (209), mit dem sich Locke — immerhin Aufsichtsratsmitglied einer Sklavenhandels-gesellschaft — gegen die Sklaverei aussprach.

Hanns-Werner Heister und Wolf Kaiser (Berlin)

Sieyès, Emmanuel: Abhandlung über die Privilegien.

Was ist der dritte Stand? Hrsg. v. Rolf Hellmut Foerster. Sammlung Insel Bd. 42, Insel Verlag, Frankfurt/Main 1968 (144 S., Ln., 6,— DM).

Die der feudal-monarchischen Verkümmerng und politischen Unfähigkeit von seiten der praktisch gewordenen Aufklärungsbewegung entgegengehaltene Spannkraft der Bourgeoisie zum utopischen Entwurf, zur Anstrengung der Theorie der Gesellschaft, die „um der

richtigen Gesellschaftsordnung willen“ eine „Wissenschaft von der Gesellschaft“ (Sieyès) entwickelt, Vernunft und allgemeinem Interesse sich verpflichtet weiß und somit zu ihrem klarsten theoretischen Ausdruck findet — dieser mächtige geistige Aufschwung trug auch den Prälaten Sieyès weit über die engen Grenzen seiner Diözese, weit auch über seine eingefleischten sozialen Vorurteile hinsichtlich der unteren Volksklassen, zu denen er nach der Eroberung der politischen Macht durch die Bourgeoisie freilich schnell wieder zurückfand.

Wie urteilte er doch selbst über die Fraktionskämpfe zwischen den heruntergekommenen Landjunkern und dem Hochadel: „Die Menschen neigen im allgemeinen dazu, alles, was über ihnen steht, zur Gleichheit zurückzuführen, sie erweisen sich dann als *Philosophen*. Dieses Wort wird ihnen erst in dem Augenblick verhaßt, da sie die gleichen Prinzipien bei den unter ihnen Stehenden bemerken“ (97). So konnte Walter Markov vom Standpunkt seines Roten Priesters (W. Markov, *Die Freiheiten des Priesters Roux*, Akademie-Verlag, Berlin 1967) und der Enragés den Traktat über den Dritten Stand als *Bürgerfibel* abtun. In der Tat stand Sieyès während der Revolutionszeit immer auf der äußersten Rechten des bürgerlichen Lagers: von seiner Mitgründung des lafayettistischen „Clubs von 1789“, seinem Ausschluß aus dem Jakobinerclub (Mai 1791) und seiner Mitläuferrolle bei den Girondisten über die ideologische (seine Rede gegen den „31. Mai“ im März 1795) und praktische (Einbringung eines Polizeigesetzes gegen die Germinal-Aufständischen, das alle gewaltsam in den Convent Eindringenden mit der Todesstrafe bedrohte) Teilnahme am Weißen Terror der Thermidorianer, seine annexionistische Politik als Mitglied des Wohlfahrtausschusses gegenüber den Niederlanden, bis hin zur Mitwirkung an der Direktorialverfassung und zur Vorbereitung des bonapartistischen Staatsstreiches.

Insofern kann man durchaus von einer folgerichtigen Entwicklung sprechen. Anfang 1789 standen die Zeichen für die Bourgeoisie auf Sturm, die Waffen wurden geschliffen für den ersten Gang, der die Zerschlagung der ständischen Gliederung an der Spitze der Gesellschaft bringen sollte.

Diesen Prozeß hat Sieyès mit seinen beiden zuerst anonym herausgegebenen Schriften gewaltig vorangetrieben. Die im November 1788 erschienene „Abhandlung“ orientierte sich an Vernunft, Gleichheit und Gesetz und zeigte die Nutzlosigkeit wie Gemeingefährlichkeit des Privilegs: „Vergebens fordern die Landwirtschaft, die Fabriken, der Handel und alle Künste einen Teil des unermesslichen Kapitals zurück, das sie zusammengetragen haben, um sich zu erhalten und auszudehnen und den allgemeinen Wohlstand zu erhöhen. Die Privilegierten verschlingen das Kapital und die Personen, alles wird auf Nimmerwiedersehen der privilegierten Sterilität zugeschanzt“ (50).

Das Pamphlet über den Dritten Stand erwies zunächst die während der Wahlkampagne zu den Generalständen erhobenen drei Hauptforderungen der Bourgeoisie (Wahl der Repräsentanten des Dritten Standes nur aus den Angehörigen des Dritten Standes; Gleichheit der Zahl der Repräsentanten des Dritten Standes mit der

zusammengenommenen Zahl der Vertreter der beiden anderen Stände; Abstimmung nach Köpfen) als unzureichend, fegte dann alle königlichen Präventivmaßnahmen von Calonne bis Necker vom Tisch und gipfelte in dem vom Selbstbewußtsein der aufsteigenden sozialen Klasse getragenen Satz, daß der Dritte Stand sich zur Nationalversammlung erklären *werde*.

Dem Herausgeber, der die beiden Texte recht gut neuübertragen hat, ist die oben angedeutete Rolle Sieyès in der Revolution allerdings verschlossen geblieben. Er faßt Anfang und Ende der politischen Laufbahn Sieyès ins Auge und folgert: „Der Weg vom Aufstand gegen eine etablierte Macht zur Etablierung einer Diktatur war gradlinig“ (7). Sieyès' Fehler habe darin bestanden, belehrt Foerster uns weiter, daß er von allgemeinen Wahrheiten und dem Gemeinwillen ausgegangen sei. Wer von solchen „Fiktionen“ und „Ideologien“ ausgehe, nun, der lande eben bei Eliten, bei einem neuen Mythos, und das gelte prinzipiell in gleicher Weise für den sowjetischen Kommunismus wie für den Gaullismus, ja offenbar auch für die studentische Bewegung unserer Tage.

Es ist auffallend, daß diese ungeschichtliche Betrachtungsweise nicht mehr, wie bislang üblich, an Robespierre oder Marat, sondern bereits an gemäßigt-bourgeoisen Geistern, genauer: an der kurzen Phase, in der selbst die Sieyès, Condorcet, Lafayette & Co ad majorem societatis civilis gloriam revolutionär-militant wurden, entfaltet wird. Zu diesem Zeitpunkt nämlich bildeten die von Foerster zu Fiktionen herabgewürdigten „allgemeinen Wahrheiten“, die der feudalen Absonderung entgegengehalten wurden, und der rousseauistische Gemeinwille, der die Nation erst möglich machte, die wirksamsten, weil das Volk politisierenden, Waffen der Bourgeoisie. Zur Fiktion wurde der Gemeinwille erst, als die Bourgeoisie ihre Privatinteressen gegenüber dem mobilisierten Volk durchsetzen mußte, als sie im Namen der *volonté générale* Zensuswahlrecht und Nationalgarde gegen die revoltierenden Massen aufbot.

Da Foerster auch dieser Zusammenhang entgangen ist, hält er Sieyès vor, dieser habe sich „mehr als andere . . . auf pure Agitation“ (17) eingelassen und seine „Abhandlung“ stelle eine „Verhöhnung des Adels“ dar. Das „aristokratische Prinzip“ der Montesquieuschen Gewaltenteilung habe Sieyès *verworfen*. Etwas besonderes Neues sei ihm auch nicht eingefallen: von Rousseau den Gemeinwillen, von England die Repräsentation, von Montesquieu die Gewaltenteilung. Schließlich habe die Bourgeoisie an Stelle der alten nur eine neue Herrschaft begründet. Erlösung aus diesem fatalen Zirkel (Aufstand gegen etablierte Macht — Etablierung einer neuen Macht) könne nur die „pluralistische(n), parlamentarische(n) Demokratie ursprünglich englischer Provenienz“ bringen, „die ungleich schwieriger zu handhaben, ungleich labiler und sichtbarer der Korruption ausgesetzt ist“, die aber „den wirklichen Zustand der Gesellschaft ohne Fiktionen“ (20 f.) widerspiegelt. Vor einer derart platten Theoriefeindlichkeit kann nur eindringlich gewarnt werden.

Dietfrid Krause-Vilmar (Marburg/Lahn)

Fourier, Charles: *Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen.* Hrsg. von Theodor W. Adorno. Eingeleitet von Elisabeth Lenk. Europäische Verlagsanstalt Frankfurt und Europa Verlag Wien 1966 (388 S., kart., 18,— DM/Ln., 26,— DM).

Claude-Henri de Saint-Simon und Charles Fourier: „Die providentielle Armut dieser großen Sozialisten war es, wodurch die Welt bereichert wurde, bereichert mit einem Schatze von Gedanken, die uns neue Welten des Genusses und des Glückes eröffnen. In welcher gräßlichen Armut Saint-Simon seine letzten Jahre verbrachte, ist allgemein bekannt. ... Auch Fourier mußte zu den Almosen der Freunde seine Zuflucht nehmen, und wie oft sah ich ihn, in seinem grauen, abgeschabten Rocke, längs den Pfeilern des Palais Royal hastig dahinschreiten, die beiden Rocktaschen schwer belastet, so daß aus der einen der Hals einer Flasche und aus der andern ein langes Brot hervorguckten.“ So Heinrich Heine in seiner *Lutetia*.

In Deutschland hat es lange gedauert, bis man daranging, zumindest einige große Stücke aus dem „Schatz von Gedanken“ zu heben. Für 1970 plant der Hamburger Merlin Verlag die Herausgabe eines Saint-Simon-Sammelbandes, der in deutscher Übersetzung u. a. die *Lettres d'un habitant de Genève à ses contemporains*, den *Nouveau Christianisme* sowie Teile der *Introduction aux travaux scientifiques du XIXe siècle* und des *Mémoire sur la science de l'homme* enthalten soll. (Zur jüngsten Saint-Simon-Ausgabe in Frankreich vgl. *Das Argument* 45, 9. Jg. 1967, H. 5/6, S. 493—495). Die angezeigte Fourier-Edition bringt erstmalig in Deutschland eines der Hauptwerke des französischen Präsozialisten ungekürzt. Ältere Fourier-Übersetzungen beschränken sich stets auf kleinere Stücke aus dem Gesamtwerk.

Charles Fourier (1772—1837) veröffentlichte die *Théorie des quatre mouvements et des destinées générales* 1808 auf eigene Kosten in Lyon. Zur Täuschung der Zensur wurden als Verfasser „Charles“ und als Druckort Leipzig genannt. *Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen* — dieser Titel ist so reizlos, daß er das Interesse schlafen läßt. Er verbirgt den Charakter dessen, was er überschreibt. „Gibt es etwas, das wahrer ist als die Ansichten des Christoph Kolumbus, mit dem ich mich gerne vergleiche? Er kündigte eine neue materielle Welt an, ich eine neue gesellschaftliche. Ich spreche wie er jene Wahrheit aus, die in den Augen der Voreingenommenen nicht wahrscheinlich ist. Man wird mich, wie ihn, als Phantasten verschreiben, weil man aus den heutigen Mitteln auf die zukünftigen Ergebnisse schließt. Man glaubt, der soziale Mechanismus sei auf die dürftigen Hilfsmittel der Zivilisation angewiesen“ (245).

Absage an die Zivilisation, sprich die bürgerliche Gesellschaft: „Diese Gesellschaft ist immer hassenswert, und ihre vier Phasen unterscheiden sich nur graduell in ihrer Tücke und Ungerechtigkeit, die immer vorherrschen. ... Wenn wir in vollen Zügen das Wohlleben der neuen Gesellschaftsordnung genießen, dann können wir nach Herzenslust über die Gebrechen der Zivilisation und deren Ab-

hilfe diskutieren. Sie wird uns wie der Krieg scheinen, nämlich: schön, wenn wir aus ihm zurückkommen. Dann wird man sich darin gefallen, die Arbeitsweise der Zivilisation zu analysieren, die seltsamste von allen, denn in ihr ist das Zusammenspiel der Kräfte am kompliziertesten. Jetzt aber handelt es sich darum, aus ihr herauszukommen, ohne sie zu studieren und zu verbessern. Darum werde ich nicht müde, die Nutzlosigkeit halber Maßregeln zu predigen“ (287, 345).

Erniedrigung der Frauen in der bürgerlichen Gesellschaft: „Wenn es unter der barbarischen Ordnung nötig ist, die Frauen abzustumpfen und ihnen einzureden, sie hätten keine Seele, damit sie sich auf dem Markt verkaufen und in einen Harem einschließen lassen, so ist es in der zivilisierten Ordnung nötig, die Frauen von Kind auf zu verdummen, um sie dem philosophischen Dogma der Knechtschaft in der Ehe anzupassen, und um sie der Herrschaft eines Gatten gefügig zu machen, dessen Charakter dem ihren vielleicht entgegengesetzt ist. . . . Die Frauen sollten keine Autoren hervorbringen, sondern Befreier, einen politischen Spartakus, Genies, die Mittel ersinnen sollten, die Frauen aus ihrer Erniedrigung zu befreien. Auf den Frauen lastet die Zivilisation; Sache der Frauen wäre es, sie anzugreifen“ (208 f.).

Zügellosigkeit des Handels: „Was ist der Handel? Er ist die Lüge, mit ihrem ganzen Rüstzeug: Bankrott, Spekulation, Wucher und Betrug aller Art. . . . Trotz der Schandtaten des Handels, die alle ehrlichen Leute mit Abscheu erfüllen, trotz der Vernunftbeweise, die uns in der Funktion des Handels eine parasitäre, niedrige und zerrüttende Wirkung zeigen, haben die Modernen doch den Handel auf den Thron erhoben. Das mußte so sein, denn die Zivilisation neigt zur Treulosigkeit. Durch den Einfluß des Handels strebt sie einem noch hassenswerteren und abscheulicheren System zu“ (296, 334 f.).

Diese für das Werk bezeichnenden Proben sprechen mit guter Aussicht auf Zusagen die Einladung zu Fourier aus, die der Titel des Werkes von 1808 nur den sog. Kennern nicht vorenthält. Selten beachtet: Marx und Engels — stets sparsam mit Beifall — unterstützen die Einladung nachdrücklich. Marx feiert Fouriers „meisterhafte“ Charakteristik der bürgerlichen Ehe und betont empfehlend, der kritische Teil Fouriers sei der wichtigste. Engels: „Fourier deckt die Heuchelei der respektablen Gesellschaft, den Widerspruch zwischen ihrer Theorie und ihrer Praxis, die Langeweile ihrer ganzen Existenzweise unerbittlich auf. . . . Die mit dem Niedergang der Revolution emporblühende Schwindelspekulation ebenso wie die allgemeine Krämerhaftigkeit des damaligen französischen Handels schildert er ebenso meisterhaft wie ergötzlich.“ Der „deutsche theoretische Sozialismus“ werde seine Herkunft von Saint-Simon, Fourier und Owen nie vergessen. Bei aller Phantasterei und bei allem Utopismus gehörten sie zu den „bedeutendsten Köpfen aller Zeiten“; sie hätten „zahllose Dinge“ genial antizipiert, „deren Richtigkeit wir jetzt wissenschaftlich nachweisen“ (vgl. MEW 2/208, 608; 3/498; 18/516; 19/196).

Die deutsche Ausgabe der *Théorie des quatre mouvements* verdient Anerkennung. Gertrud von Holzhausen hat das schwierige Übersetzungsproblem geschickt gelöst. (Wann werden die Verlage — oder die Herausgeber — sich angewöhnen, den Übersetzer, der die Hauptlast der Arbeit trägt, auf dem Titelblatt zu nennen?) Die Einleitung von Elisabeth Lenk ist ein selten gescheiter Beitrag zur Interpretation Fouriers. Ein Vorwurf am Rande: Es wäre sinnvoll gewesen, der Edition zumindest eine Auswahl-Bibliographie beizugeben. Ein unentbehrliches Hilfsmittel von großer Zuverlässigkeit ist die von Giuseppe Del Bo besorgte Bibliographie aus dem Istituto Giangiacomo Feltrinelli: *Charles Fourier e la Scuola Societaria (1801—1922)*. *Il Socialismo Utopistico* Bd. 1, Mailand 1957 (S. 5—10 chronologisch geordnetes Verzeichnis der Werke Fouriers; S. 84 f. und vor allem S. 90—96 Fourier-Literatur). Aus der älteren Fourier-Literatur ist bis heute grundlegend: Bourgin, Hubert. *Fourier. Contribution à l'étude du socialisme français*. Paris 1905.

Seit Mitte der 50er Jahre sind an wichtigeren Textausgaben und Interpretationen u. a. erschienen: Fourier, Charles. *Oeuvres complètes*. 12 Bde. Paris 1967. — Debout-Oleszkiewicz, Simone (Hg.). „Charles Fourier. Textes inédits“. *Revue internationale de Philosophie [RIPh]* Bd. 16 (1962), 147—175. — Apelt, Walter. *Die Pädagogik Charles Fouriers im Rahmen seiner philosophischen, psychologischen und politischen Ansichten*. Habil.-Schrift Halle 1958. — Bloch, Ernst. „Föderative Utopien im neunzehnten Jahrhundert: Owen, Fourier“, *Das Prinzip Hoffnung*. Frankfurt 1959, 647—654. — Dautry, Jean. „La notion de travail chez Saint-Simon et Fourier“. *Journal de psychologie normale et pathologique* Bd. 52 (1955), 59—76. — Ders. „Fourier et les questions d'éducation“. *RIPh* Bd. 16 (1962), 234—260. — Debout-Oleszkiewicz, Simone. „L'analogie ou ‚Le poème mathématique‘ de Charles Fourier“. *RIPh* Bd. 16 (1962), 176—199. — Debout, Simone. „La Terre permise ou l'analyse selon Charles Fourier et la théorie des groupes“. *Les Temps Modernes* Bd. 22 (1966), Nr. 242. 1—55. — Ders. „Le désir et la boussole: le système sociétaire de Charles Fourier“. *Cahiers internationaux de Sociologie* Bd. 43 (Juli bis Dez. 1967), 159—168. — Desroche, Henri. „Fouriérisme ambigu: socialisme ou religion?“. *RIPh* Bd. 16 (1962), 200—220. — Lehouck, Émile. „Psychologie et morale dans l'œuvre de Charles Fourier (1772 bis 1837)“. *Revue des Sciences Humaines* Bd. 27 (1962), 423—437. — Ders. *Fourier, aujourd'hui*. Paris 1966. — Poulat, Emile. *Le séjour de Fourier en Bugey, 1816—1821*. Belley 1956. — Ders. *Les cahiers manuscrits de Fourier. Etude historique et inventaire raisonné*. Introduction (6—36): Desroche, Henri. *Fouriérisme écrit et Fouriérisme pratiqué. Notes sur les études fouriéristes contemporaines*. Paris 1957. — Ders. „Ecritures et traditions fouriéristes“. *RIPh* Bd. 16 (1962), 221—233. — Ramm, Thilo. „Charles Fourier (1772—1837)“, *Die großen Sozialisten als Rechts- und Sozialphilosophen*. Stuttgart 1955, 315—383 [Bibliographie der Fourier-Literatur S. 316 f.]. — Riasanovsky, Nicholas V. „L'emploi de citations bibliques dans l'œuvre de Charles Fourier“. *Archives de Sociologie des Religions* Bd. 10/Nr. 20

(Juli—Dez. 1965), 31—43. — Schlanger, Judith E. „Bonheur et musique chez Fourier“. *Revue de Métaphysique et de Morale* Bd. 70 (1965), 226—239. — Zilberfarb, Johanson. „Les études sur Fourier et le fouriérisme, vues par un historien“. *RIPh* Bd. 16 (1962), 261—279. — Ders. *Sozialnaja filosofija Scharlja Furje i ejo mesto w istorij socialistitscheskoj misli perwoj polowinj XIX weka*. Moskau 1964 [mit umfangreicher Bibliographie]. Manfred Hahn (Gießen)

Walch, Jean: *Bibliographie du Saint-Simonisme. Avec trois textes inédits.* Librairie Philosophique J. Vrin, Paris 1967 (132 S., geb., 13,50 F).

Die Forschung zur (prä-)sozialistischen Dogmengeschichte scheint viel zu leisten, so jedenfalls läßt die Literaturfülle vermuten. Doch der Eifer täuscht: die deutliche Mehrheit der Autoren treibt indifferente Dogmenarchäologie, sie will lediglich Erinnerung an Theorien, die angeblich reine Vergangenheit sind. Solange sich hier nicht Entscheidendes ändert, die dogmengeschichtliche Forschung also weiterhin — nach Hegels Diktum — die Kollektion von Mumien vergrößert, ist verständlich, daß sie nicht nur bei Soziologen im Ruf der Altertümelei steht.

Das angezeigte Werk versucht einen der interessantesten, freilich auch problematischsten Ausschnitte (prä-)sozialistischer Dogmengeschichte bibliographisch zu erschließen. Es ersetzt endgültig Henri Fournels *Bibliographie saint-simonienne* von 1833. „Tout ce qui est actuellement encore utilisable dans cet ouvrage a été repris dans la présente bibliographie“ (15). Jean Walch notiert eingangs Literatur zum geschichtlichen Kontext, anschließend Archivmaterial und gedruckte Quellen zur Geschichte des Saint-Simonismus. Es folgen Literatur über Saint-Simon und über den Saint-Simonismus sowie — mit eingeschobenen Hinweisen auf Spezialuntersuchungen — Verzeichnisse der Schriften einzelner Saint-Simonisten. Unter dem Titel *Les aspects du Saint-Simonisme* sind Monographien zusammengestellt z. B. über Geschichtsphilosophie oder politische Ökonomie der Saint-Simonisten, über deren praktische Unternehmungen (Eisenbahnbau, Suezkanal, Crédit Mobilier usw.), über die Beziehungen des Saint-Simonismus etwa zum Positivismus, zum Marxismus oder zu Proudhon. Der bibliographische Schlußteil erfaßt Untersuchungen zum Einfluß des Saint-Simonismus in Frankreich, im übrigen Europa sowie in einigen überseeischen Ländern. Ein Autorenregister erleichtert die Benutzung der über tausend Nummern zählenden Bibliographie.

Walch gibt keine *raisonnierende* Bibliographie, d. h. er ordnet vorhandene Literatur, ohne zur Orientierung des Benutzers kommentierend und urteilend einzugreifen. Bleibt dem Rezensenten die Frage, wie zuverlässig das Verzeichnis ist. Walch macht ausdrücklich alle Arbeiten kenntlich (vgl. S. 13), die nicht im Besitz der Pariser Bibliothèque Nationale sind. Das meint bei einem gewissenhaften Bibliographen: die übrige Literatur konnte ich zur Kontrolle meiner Anga-

ben einsehen. Stichproben in den auf Saint-Simon konzentrierten Abschnitten der Bibliographie erweisen, daß Walch von dieser Selbstverständlichkeit nicht sonderlich viel gehalten hat. Falsche Band- und Jahreszahlen — zumal bei Zeitschriften — sowie ungenaue und unvollständige Seitenangaben wecken erste Bedenken (Beispiele: S. 45/Nr. 165 und 171, S. 46/Nr. 187 und 203 [Bd. 3 des Standardwerkes von Gouhier wird nicht verzeichnet: *Auguste Comte et Saint-Simon*, 1941], S. 47/Nr. 218, S. 48/Nr. 234). Nichts entschuldigt die falschen Buch-, Aufsatz- oder Zeitschriftentitel. So heißt Maxime Leroy's wichtige Biographie von 1925 nicht *La Vie du Comte de Saint-Simon* (S. 48/Nr. 220), sondern *La vie véritable du . . .*. Das ist keine kleinliche Anmerkung: nur der korrekte Titel betont die Absage an die biographischen Legenden der Saint-Simonisten. Gustav Eckstein nennt seinen Aufsatz nicht *Der alte und der neue Saint-Simonismus* (S. 91/Nr. 857), sondern *Der alte und der neue Saint-Simon*. Der falsche Titel suggeriert, Eckstein befasse sich mit dem französischen Néo-Saint-Simonisme bürgerlich-konservativen Zuschnitts. Die beiden Arbeiten von William Stark (S. 49/Nr. 251 f.) sind nicht im *Journal of the History of Ideas* erschienen, sondern im *Journal of Economic History*. Und dann diese Groteske: Walch notiert gleich fünf (!) Arbeiten, die gar nicht von Claude-Henri de Saint-Simon handeln, sondern vom Duc de Saint-Simon (1675—1755), dem Verfasser der berühmten *Mémoires* (S. 45/Nr. 167 und 169, S. 49/Nr. 248, S. 89/Nr. 840, S. 103/Nr. 995).

Derart grobe Schnitzer finden sich bereits in früheren Spezialbibliographien, die Walch nachweislich benutzt hat. Gegen deren Ausbeutung ist gar nichts einzuwenden, aber als sorgfältiger Bibliograph — der er anscheinend nicht ist — hätte Walch möglichst jede Angabe prüfen müssen, statt nur abzuschreiben. Eine übertriebene Forderung? Wer nie auf unzuverlässige Bibliographien angewiesen war, mag das behaupten. Der Verfasser eines Werkes, das der Forschung auf Jahrzehnte ein zuverlässiges bibliographisches Fundament geben soll, kann sich auf diese leichte Art nicht retten. Er kann auch nicht die Lücken seiner Bibliographie rechtfertigen. Gegenwärtig bedeutendster Saint-Simon-Interpret Frankreichs ist der Marxist Jean Dautry. Walch nennt — und kennt? — außer einer Edition (S. 41/Nr. 155) nur zwei Arbeiten von ihm (S. 46/Nr. 188 f.). Selbst bei frühem „Redaktionsschluß“ hätte er wenigstens vier weitere aufnehmen können, die zwischen 1949 und 1960 erschienen sind. In der Rubrik *Saint-Simonisme et Marxisme* (99) fehlt ausgerechnet die bisher konzentrierteste Arbeit zum Thema: Georges Gurvitch, „Saint-Simon et Karl Marx“, *Revue internationale de Philosophie* Bd. 14 (1960), 399—416. Der Aufsatz steht nebenbei gesagt im Sonderheft der Zeitschrift zum 200. Geburtstag Saint-Simons. Walch nimmt es merkwürdigerweise nicht zur Kenntnis, denn er notiert keinen der zahlreichen Beiträge. Nicht berücksichtigt sind weiterhin so wichtige Monographien wie z. B. Paul E. Martins Aufsatz über Saint-Simons *Lettre d'un habitant de Genève à l'Humanité* (*Zeitschrift für Schweizerische Geschichte* Bd. 5, 1925, 477—497), W. P. Wolgins Untersu-

chung zur historischen Stellung Saint-Simons (*Marx-Engels-Archiv* Bd. 1, 1926, 82—118), Winfried Schröders Leipziger Dissertation von 1958 (*Das geschichtliche Weltbild des utopischen Sozialisten Claude-Henri de Saint-Simon*), schließlich Enrico Vidals *Saint-Simon e la scienza politica* von 1959.

Fazit: die Forschung zur (prä-)sozialistischen Dogmengeschichte ist um ein unentbehrliches Hilfsmittel reicher, das künftige Arbeit wesentlich erleichtert — und dem Benutzer zur Abwechslung böse Streiche spielt.

Manfred Hahn (Gießen)

Mill, John Stuart: Über Freiheit. Aus dem Englischen übertragen und mit einem Anhang versehen von Achim v. Borries. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1969 (165 S., kart., 15,— DM).

In der bürgerlichen ideengeschichtlichen Tradition gilt Mill als Apostel der individuellen Freiheit. Deswegen ist es kein Zufall, daß im Jahr des nationalsozialistischen Zusammenbruchs eine erneute deutschsprachige Ausgabe seines vielseitig zitierten Essays „On Liberty“ erschien (Zürich 1945), die A. Grabowsky seinerzeit mit einer über 100 Seiten starken Einleitung herausgab, in der er die liberale Freiheitsidee zu restaurieren versuchte. Seitdem vergaß man Mill wieder, bis er — angeregt durch den Mill-Abschnitt in Habermas' Studie zur bürgerlichen Öffentlichkeit — wieder diskutiert wurde, allerdings in engem Rahmen. Die vorliegende neue Übersetzung von Mills Essay über Freiheit ist zweifellos eine verlegerische Reaktion auf die breite Vergewärtigung Mills durch Marcuses Aufsatz über „repressive Toleranz“, in dem Mill neu rezipiert wird. Ursprünglich war diese neue Mill-Ausgabe mit einer Einleitung des Herausgebers angekündigt, die offensichtlich nicht zustande kam. Der Anhang des Herausgebers (Kurzbiographie Mills, Exzerpte aus anderen Mill-Schriften, Zeittafel und Bibliographie) ist zwar brauchbar, kann eine Einleitung indes nicht ersetzen. Ohne diese, die eine neue Mill-Diskussion hätte aufnehmen können, wird die Neuauflage des Essays „On Liberty“ fragwürdig, zumal die Grabowsky-Ausgabe im Nachdruck erhältlich ist (Wissenschaftliche Buchgemeinschaft, Darmstadt). Auch vermißt man einige nötige editorische Notizen. So sagt der Herausgeber nicht, ob er sich bei seiner Übersetzung auf die Grabowskys stützt. Beim Vergleich einiger Passagen beider Ausgaben stellte der Rezensent fest, daß Grabowskys Übersetzung streckenweise präziser ist; auch enthält sie einen umfangreichen Anmerkungsapparat.

Bekanntlich zitiert Marcuse in seinem Toleranz-Aufsatz einige Passagen aus der Millschen Freiheitsschrift, in denen Mill intellektuelle Reife als Voraussetzung für die Wahrnehmung der Freiheitsrechte nennt. Marcuse will damit die „reine Toleranz“ im Spätkapitalismus kritisieren, mit der unter dem Deckmantel der Freiheit selbst verbrecherische Meinungen toleriert werden. Jedoch betrachtet Marcuse diese Passagen nicht in der Totalität der Millschen Theorie. Es entgeht ihm, daß Mills Argumentation, wonach nur reife Menschen Freiheit

genießen können, gegen das Proletariat sich wendet, das eine „Gefahr“ für die Institutionen der bürgerlichen Öffentlichkeit darstellte. Das rasonierende Publikum, das nicht mehr rein bürgerlich zu sein droht, besteht nun für Mill „aus wenigen Weisen und vielen Toren“ (cf. 29). Auch die Wahrheit, die noch für Mills radikal-liberalen Vorgänger Bentham absolut, weil bürgerlich sein konnte, existiert für Mill nurmehr in einer relativierten Form, so daß er für einen Pluralismus plädiert, der im Zustande des Fehlens einer absoluten Wahrheit die Meinungsfreiheit garantiert (cf. 27, 63). Für diese Ansichten, die den Zustand reflektieren, in dem das Proletariat in die Sphäre der bürgerlichen Öffentlichkeit vordringt, mußte Mill den Frühliberalismus, den er von seinem Vater James Mill und dessen Freund Bentham rezipierte, gründlich revidieren, und zwar auf drei Ebenen: der politischen Ökonomie, der Regierungslehre und der Erkenntnistheorie (so die Kritik der „absoluten Wahrheit“). Hierbei spielt für Mill die Bekanntschaft mit Tocqueville und dessen Werk eine zentrale Bedeutung, was in einem Aufsatz, in dem Mill Tocquevilles Demokratie-Schrift würdigt (Edinburgh Review, Okt. 1840), besonders klar hervortritt.

In Mills Regierungslehre finden seine Ansichten über Freiheit ihre praktische Anwendung. So wird z. B. für das allgemeine, allerdings abgestufte Wahlrecht plädiert. Als Maßstab für die Abstufung gilt der Grad der Intelligenz: „Ein Arbeitgeber ist durchschnittlich intelligenter als ein Arbeiter“ (zit. nach Grabowsky, Einleitung, op. cit., p. 69). Aber selbst dieses pervertierte allgemeine Stimmrecht war für das damalige Bürgertum unannehmbar. Mit seiner Revision des Liberalismus wollte Mill eine theoretische Konzeption formulieren, die garantiert, daß einerseits das erwachende Proletariat berücksichtigt wird — weshalb er auch das allgemeine Wahlrecht forderte —, ohne andererseits die bürgerliche Gesellschaft zu gefährden. Die bisher prägnanteste Charakterisierung des Millschen Denkens stammt von einem Zeitgenossen: „Männer, die noch wissenschaftliche Bedeutung beanspruchten, und mehr sein wollten als bloße Sophisten und Sykophanten der herrschenden Klassen, suchten die politische Ökonomie des Kapitals in Einklang zu setzen mit den jetzt nicht länger zu ignorierenden Ansprüchen des Proletariats. Daher ein geistloser Synkretismus, wie ihn John Stuart Mill am besten repräsentiert“ (Marx, MEW, Bd. 23, p. 21). Bassam Tibi (Frankfurt/M.)

Tocqueville, Alexis de: Das Zeitalter der Gleichheit. Auswahl aus Werken und Briefen. Übersetzt und hrsg. von Siegfried Landshut. Klassiker der Politik, Bd. 4. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 21967 (266 S., br., 19,— DM/Ln., 26,— DM).

Feldhoff, Jürgen: Die Politik der egalitären Gesellschaft. Zur soziologischen Demokratie-Analyse bei Alexis de Tocqueville. Beiträge zur soziologischen Forschung, Bd. 1. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1968 (212 S., kart., 22,— DM).

Als Landshut die erste Auflage (Stuttgart 1954) der hier anzudeutenden Tocqueville-Auswahl plante, konnte er nur schwer einen Verlag dafür interessieren (cf. XIV). Inzwischen kann man auch in Deutschland von einer Tocqueville-Renaissance sprechen. In Frankreich erscheint, herausgegeben von J. P. Mayer, eine historisch-kritische Tocqueville-Gesamtausgabe, auf der die ebenso von Mayer besorgte deutsche Gesamtausgabe fußt (Stuttgart 1959 ff.), welche noch nicht abgeschlossen ist. Landshuts Textauswahl genügt durchaus, will man nicht über spezielle Problemstellungen bei Tocqueville arbeiten; sie umfaßt die wichtigsten Schriften Tocquevilles: ‚De la démocratie en Amérique‘ (unvollständig), ‚L’ancien régime et la révolution‘ sowie die Abhandlung über „Die gesellschaftlichen und politischen Zustände in Frankreich vor und nach 1789“. Die letzten 35 Seiten bieten eine repräsentative Auswahl aus den Reden, Briefen und Tagebuchnotizen. In seiner allgemein gehaltenen Einleitung vermittelt Landshut dem Leser einen umfassenden Überblick über Tocquevilles Leben und Werk sowie dessen Rezeption. Er würdigt Tocqueville als einen Denker von der Größe Marx’.

Feldhoff verdeutlicht seine Forschungsintention am Stand der Tocqueville-Literatur. Die breite Rezeption der ‚Démocratie en Amérique‘ — schon zu seinen Lebzeiten — flaut bald nach Tocquevilles Tod ab. Erst wieder mit dem durch den II. Weltkrieg entstandenen Interesse an politischer Philosophie, um den Faschismus ideengeschichtlich fassen zu können, wuchs auch das Interesse an Tocqueville. Die Tocqueville-Renaissance wird von zwei deutschen Emigranten, J. P. Mayer und A. Salomon, eingeleitet. Seither gibt es eine schwer zu bewältigende Literaturfülle über Tocqueville. Feldhoff bemängelt an dieser Literatur zu Recht, daß sie bezugslos nebeneinander steht und Tocquevilles Werk zum „Zitatschatz“ pervertiert, den man zur Untermauerung der eigenen Positionen heranzieht. Um diese Situation zu überwinden, unternimmt Feldhoff eine strenge Textanalyse; seine Arbeit begreift sich als ein Stück Tocqueville-Philologie, worin ihr Wert liegt. Allerdings vermag eine solche Prozedur wichtige Tatbestände an den Stellen nicht adäquat zu erfassen, wo das Operieren mit Belegstellen zur Interpretation nicht mehr ausreicht. Das zeigt sich an Feldhoffs Kritik von Habermas’ Tocqueville-Interpretation. Das mindert den Wert der Arbeit Feldhoffs jedoch nicht, zumal der Autor neben seiner gründlichen Textanalyse eine intensive Verwertung der Tocqueville-Literatur in dem umfangreichen Anmerkungsapparat leistet. Tocqueville wird hier von vielen verbreiteten Vorurteilen entlastet.

Die zentrale Aufgabe Feldhoffs ist, Tocquevilles Grundproblem: die Möglichkeiten der Freiheit in einer egalitären Gesellschaft, zu untersuchen. Im Zentrum der Analyse steht die ‚Démocratie en Amérique‘; sonstige Schriften, Reden, Briefe und Tagebücher werden nur komplementär herangezogen. Feldhoff teilt seine Aufgabe in drei Etappen ein: Im ersten Kapitel untersucht er die Grundkategorien Tocquevilles, im zweiten stellt er die Grundzüge der Theorie der Demokratie dar, im letzten Kapitel reflektiert er über Tocquevilles Methode. Die-

ses Vorgehen beabsichtigt zugleich eine Systematisierung der Tocquevillschen Theorie; Tocqueville selbst intendierte keine systematische Theoriebildung und stellte auch keine methodischen Reflexionen an, sondern entfaltete seine Gedanken aus der Beobachtung historischer Ereignisse seiner Zeit. Die systematische Erfassung Tocquevilles erfordert daher die Hertellung eines Abstraktionsniveaus, auf dem Feldhoff überzeugend nachweisen kann, daß Tocquevilles Theorie einen systematischen Charakter hat und implizit auf einer Methode beruht.

Tocquevilles Untersuchungsgegenstand ist das Stadium des Übergangs von der ‚aristokratischen‘ zur ‚demokratischen‘ Gesellschaft, das ‚egalitäre‘ Tendenzen auslöst, herkömmliche Privilegien aufhebt. Mit Demokratie bezeichnet Tocqueville, wie Feldhoff zeigt, nicht ein Regierungssystem — und darin wird er oft mißverstanden —, sondern vielmehr einen *état social*. Demokratie meint hier *égalité des conditions* (cf. 17). Tocqueville verfährt materialistisch, wenn er die jeweils vorhandene politische Herrschaft (*état politique*) aus den herrschenden sozialen Strukturen (*état social*) ableitet (cf. 19, 38). So unterscheidet sich Tocquevilles politische Theorie von modernen, bürgerlichen dadurch, daß sie die Topoi der Volkssouveränität, Repräsentation, Demokratie etc., die sie in sich aufnimmt, nicht isoliert betrachtet, sondern in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang einordnet (19).

Wenn Tocqueville schreibt, daß die mit dem Untergang des Feudalismus entstandenen sozialen Strukturen Gleichheit mit sich bringen, so meint er damit keineswegs — wie eine weit verbreitete Interpretation es will — ökonomische Gleichheit, sondern lediglich, daß der bürgerlichen Gesellschaft total wirkende nivellierende Tendenzen immanent sind, die eine Entdifferenzierung der Normsysteme und der damit verbundenen Verhaltensmuster verursachen und somit Konformität erzeugen. Es gibt keine durch Geburt erlangten und institutionell ewig gesicherten Privilegien mehr; im Rahmen einer steten Aufwärts- und Abwärtsmobilität kann nun jedermann Eigentum erwerben und verlieren (43 ff.). Gleichheit besteht in den Chancen und vor dem Gesetz; sie ist nichts als die damals schon naturrechtlich verankerte Gleichheit der Individuen, wie sie bereits bei Hobbes fundiert ist. Der Tatbestand, daß hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse keine Gleichheit vorhanden ist, steht für Tocqueville nicht im Widerspruch zu seiner Gleichheitsthese. Denn für ihn ist die Gleichheit im Produktionsbereich völlig sekundär, zumal jeder durch die *égalité des conditions* in der Lage ist, Eigentum zu erwerben. Diese Position kann Tocqueville einnehmen, weil er keinen Zusammenhang zwischen Eigentum und Herrschaft herstellt. Feldhoff arbeitet an dieser Stelle die grundlegende Differenz des Tocquevillschen und des Marxschen Eigentumsbegriffes heraus. „Tocqueville macht hier keinen Unterschied zwischen dem Eigentum als Mittel und Zweck des sozialen Aufstiegs in einer demokratischen Gesellschaft und dem großen Finanzkapital, mit dem Produktionsmittel erworben und somit Verfügungsgewalt über menschliche Arbeitskraft gewonnen wird. Ganz im Ge-

gensatz zu Karl Marx begreift er das Privateigentum nicht als Herrschaftsinstrument, gilt es ihm doch als Mittel der Emanzipation aus wirtschaftlicher Abhängigkeit ... Der Kapitalismus der großindustriellen Welt blieb Tocqueville letztlich ebenso unverständlich, wie die revolutionäre Situation des Industrieproletariats“ (68). Die Pauperisierung des Industrieproletariats muß Tocqueville so als eine „unheilvolle Ausnahme“ (67) erscheinen.

Feldhoffs wertvolle Arbeit leidet, wie angedeutet, darunter, daß sie sich nicht mit dem Erkenntnisinteresse Tocquevilles befaßt; diesem ist Habermas nachgegangen (Strukturwandel der Öffentlichkeit, 243 ff.). Er zeigt, daß das Problem des Durchdringens der Institutionen der bürgerlichen Öffentlichkeit durch nichtburgerliche soziale Kräfte den Hintergrund der Tocquevillschen Theorie bildete. Tocquevilles Untersuchungen egalitärer Tendenzen der bürgerlichen Gesellschaft an ihrem ausgebildeten Modell USA standen stets in diesem Kontext. Die von Tocqueville vorgeschlagene Vereinigung der Bürger zu politischen Gruppierungen, die als intermediäre politische Kräfte wirken sollen, kann nach Habermas nur im Zusammenhang mit dem Zerfall liberaler Öffentlichkeit und dem Reaktionrwerden des Bürgertums adäquat verstanden werden. Feldhoff hält diese Interpretation für ein „bezeichnendes Mißverständnis“, welches darauf beruht, daß Habermas „ganz unbedenklich“ das Schema der reaktionären Wendung des Bürgertums auf Tocqueville anwendet. Zwei Belegstellen sollen diese Behauptung untermauern (cf. 181, Anm. 242). Nach Feldhoff haben die *corps intermédiaires* bei Tocqueville lediglich die Funktion „der Sicherung einer relativen Autonomie der Glieder eines politischen Systems gegenüber der zentralen Machtinstanz“ (91). Daß diese „Glieder“ bei Tocqueville sich aus dem Bürgertum konstituieren, geht Feldhoff nicht ein. Es seien hier nur zwei Stellen von Tocqueville zitiert. „Die Mitglieder der Kammern (waren) in den ersten Zeiten der Republik viel hervorragendere Leute ... als heute. Sie gehörten fast alle jener Schicht von Eigentümern an, die mit jedem Tag mehr verschwindet. Jetzt hat das Land keine so ‚glückliche Hand‘ mehr“ (Landshut-Ausgabe, 248). Die *corps intermédiaires* sollen gerade diesen Zustand abwehren, denn „in einer Aristokratie besteht immer die Gewähr, daß inmitten der Freiheit eine gewisse Ordnung erhalten bleibt. Da die Regierenden viel zu verlieren haben, ist die Ordnung für sie von großem Interesse“ (ibid., 44).

Trotz gelegentlich auftauchender Interpretationsschwachen und apodiktisch formulierter, obgleich fragwürdiger Thesen wie der obigen bleibt es Feldhoffs Verdienst, Tocquevilles Werk aus der milichen Situation des „Zitatschatzes“ und der „Prophetie des Massenzeitalters“ befreit und als wichtigen Beitrag zur politischen Soziologie dargestellt zu haben.

Bassam Tibi (Frankfurt/Main)

Sorel, Georges: *ber die Gewalt*. Nachwort von George Lichtheim. Reihe „Theorie 1“. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1969 (396 S., br., 12,— DM).

Berding, Helmut: *Rationalismus und Mythos*. Geschichtsauffassung und politische Theorie bei Georges Sorel. Abhandlungen der Forschungsabteilung des Historischen Seminars der Universität Köln, Bd. 2. R. Oldenbourg Verlag, München 1969 (157 S., Ln., 28,— DM).

Sorel, der „Metaphysiker des Syndikalismus“ (J. Jaurès), entwickelte seine Theorie der Gewalt, die in seinen früheren Veröffentlichungen bereits anklingt, voll in einer Aufsatzserie, die 1906 in der Zeitschrift „Mouvement Socialiste“ erschien und 1908 in Buchform unter dem Titel „Réflexions sur la violence“ publiziert wurde. Die erste deutsche Übersetzung besorgte Ludwig Oppenheimer 1928. Sie wird hier unverändert wieder vorgelegt. In der neuen Ausgabe wurde die inzwischen überholte Einleitung von G. Salomon durch ein überlegenes, umfangreiches Nachwort von G. Lichtheim ersetzt; das Nachwort des Sorel-Schülers E. Berth zur ersten Ausgabe wurde nicht aufgenommen.

Sorel geht in seiner Schrift von einer auf zwei Fronten geführten Polemik aus: gegen das ihm verhaßte Bürgertum und gegen die von ihm verachteten parlamentarischen Sozialisten. Beide sind für ihn Stützen des Bestehenden: das Bürgertum auf Grund seiner — das proletarische Klassenbewußtsein lähmenden — Sozialpolitik, die parlamentarischen Sozialisten wegen des von ihnen praktizierten sozialen Friedens. Sorel erweist sich hier als treuer Schüler Proudhons, der in seinem „La Guerre et la Paix“ den Krieg als Motor der Geschichte betrachtet, wenngleich Proudhon im Stadium der bürgerlichen Demokratie ein Ende des Krieges sieht. Sorel haßt das Bürgertum gerade deshalb, weil es nicht mehr kriegerisch und daher entartet sei. „Die Rasse der kühnen Führer, die die Größe der modernen Industrie begründet hatten, verschwindet, um einer im Übermaß gesittigten Aristokratie Platz zu machen, die wünscht, in Frieden zu leben“ (90). Die Sozialpolitik der bürgerlichen Republik ist für Sorel Ausdruck dieser „Entartung“; sie dokumentiere die „Furchtsamkeit“ (77) des nun „feige“ gewordenen Bürgertums und sei ein Symptom der Dekadenz: „Eine auf der Feigheit des Bürgertums beruhende Sozialpolitik, die darin besteht, stets vor der Drohung mit Gewalttätigkeiten zurückzuweichen, muß unfehlbar die Idee erzeugen, daß das Bürgertum zum Tode verurteilt und sein Verschwinden nur noch eine Frage der Zeit sei“ (79). Auf diesem Hintergrund entfaltet Sorel seine „Apologie der Gewalt“, denn nur durch Gewalt kann alles „noch gerettet werden, . . . sie steht im Dienste der zutiefst begründeten Interessen der Zivilisation“ (106 f.).

Nach Sorel muß die Ausübung der „proletarischen Gewalt“ durch eine strategische Konzeption untermauert werden. Eine rationale Begründung könnte nur dazu führen, „jede handelnde Rolle aufzugeben und lediglich in Worten Revolutionär zu sein“ (35). Sorel, der durch seine ganze Schrift hindurch versichert, Marxist zu sein, wirft Marx vor, an „hochkonzentrierten Formeln“ in Anknüpfung an die Hegelsche Philosophie Geschmack gefunden zu haben, so daß er über wenig

Erfahrungen verfügte, die ihm Einsichten über die „Verwendung konkreter Formeln“ (161) hätten vermitteln können. Sorel will einen Beitrag zum Marxismus liefern, der diesen praktikabel werden läßt. Im „revolutionären Syndikalismus“ glaubt er die gesuchte praktische Gestalt des Marxismus gefunden zu haben. Zunächst geht es ihm darum, die Marxsche Theorie von dem — von ihm verächtlich als „intellektualistische Philosophie“ bezeichneten — Rationalismus zu filtrieren, insbesondere von dessen — von Sorel als spezifisch deutsch ausgemachten — „schwerfällige(m) und zerbrechliche(m) Apparat“ (150), der den Marxismus belaste.

Sorels Syndikalismus beruht auf dem Mythos des Generalstreiks. Einen Mythos hält Sorel für notwendig, weil man die Proletariermassen nur durch Glaubensbekenntnisse und nicht durch rationale Theorien in Bewegung bringen könne. Schließlich lasse sich der Mythos nicht analysieren und damit nicht in widerlegbare Teile zerlegen. „Sobald man sich auf dieses Feld der Mythen stellt, ist man gegen jede Widerlegung gedeckt“ (43). Durch die Entlehnung des Begriffes Intuition aus der irrationalistischen Lebensphilosophie Bergsons glaubt er, eine Synthese zwischen Marx und Bergson herstellen zu können. So basiere der Generalstreik auf einer Gesamtheit von Bildern, die durch Intuition hervorgerufen werden können und der Analyse nicht zugänglich sind (cf. 138). Demzufolge ist der Generalstreik ein Mythos, „in dem der Sozialismus ganz und gar beschlossen ist: das heißt eine Ordnung von Bildern, die imstande sind, unwillkürlich alle die Gesinnungen herauszurufen, die den verschiedenen Kundgebungen des Krieges entsprechen, den der Sozialismus gegen die moderne Gesellschaft aufgenommen hat“ (14). Sozialismus in der Interpretation Sorels ist eine permanente Gewaltausübung, ein Bürgerkrieg in Form eines Generalstreiks. Durch den Syndikalismus werden „die sozialen Konflikte den Charakter eines reinen Kampfes, ähnlich dem von Armeen im Felde, annehmen“ (130). In dieser kriegerischen Auseinandersetzung prallen zwei Formen von Gewalt aufeinander: die etablierte Staatsgewalt (force), die den Status quo verfehlt, und die revolutionäre, proletarische Gewalt (violence), die den Staat zerstören will (203). Marx soll diese Unterscheidung unbekannt gewesen sein (cf. 211), so daß Sorel es als seinen Beitrag ansieht, zwischen diesen beiden Typen von Gewalt differenziert zu haben. Der violence schreibt er eine Moralität zu (213 ff.) und sieht sich zu einer Apologie der proletarischen Gewalt veranlaßt (339 ff.). Bereits Lukács hat darauf hingewiesen, daß das, was bei Sorel proletarisch heißt, „nichts weiter als eine abstrakte Verneinung aller Bürgerlichkeit ohne irgendeinen konkreten Inhalt“ ist¹. Weiter zeigt Lukács, daß die Verherrlichung der Gewalt bei Sorel auf dem von Bergson entliehenen Begriff der „durée réelle“ beruht, so daß es Sorel bei der Gewaltausübung auf die Dauer der vom Mythos des Generalstreiks geleiteten Massenbewegung ankommt und nicht mehr auf das gesteckte Ziel. Zwar ist Sorel seinem Selbstverständnis nach kein Faschist, doch machte die Struktur des

1 G. Lukács: Die Zerstörung der Vernunft, Werke Bd. 9, Neuwied 1962, p. 33.

von ihm gepredigten Mythos es Mussolini leicht, die Sorelsche Theorie in seinen Dienst zu stellen².

Lichtheim analysiert in seinem Nachwort die Sorelsche Theorie stets unter Verweis auf den historischen Kontext, in dem sie entstanden ist. In dem damals zugleich von französischen Sozialisten und Royalisten gegen die bürgerliche Republik geführten Kampf findet Lichtheim die Erklärung für die eigenartige Mischung linker und rechter Ideen bei Sorel. Auch Sorels beispielloser Eklektizismus führte zu dieser Mixtur. Lichtheim zeigt, wie Sorel seine Argumente aus entgegengesetzten Quellen klaubte, ohne im geringsten auf die Intention ihrer Autoren sich einzulassen (379). Wenn Lichtheim auf die Vermengung linker und rechter Gedanken in Sorels Werk eingeht, so verfällt er keineswegs der geläufigen, insbesondere von E. Nolte vertretenen These von der Strukturkonvergenz des Marxismus und des Faschismus, die am Beispiel Sorels und Mussolinis behauptet wird. Für Lichtheim ist die Behauptung, Mussolini sei Marxist gewesen, ebenso eine Legende (388, Anm.) wie die vom Marxisten Sorel. Das gilt auch für die Jahre von 1893 bis 1905, in denen Sorel als angeblicher Marx-Interpret debütierte (357). Von Hegel hatte Sorel nicht die geringste Ahnung; sein geschichtsphilosophischer Ansatz stammt von Vico (367). Und die vielzitierte Begeisterung Sorels für Lenin beruht auf einem groben Mißverständnis (369)³.

Berdings Sorel-Monographie ist eine gründliche Dissertation aus der Schule des Kölner Historikers Th. Schieder. Die Arbeit berücksichtigt das Gesamtwerk Sorels und verarbeitet die internationale Sorel-Literatur. In seiner Einleitung, die über die Sorel-Literatur berichtet, zeigt Berding, wieviel Verwirrung über Sorels Werk herrscht, in dem Positivismus, Pragmatismus, Lebensphilosophie, konservative Zivilisationskritik und nicht zuletzt der Marxismus unvermittelt nebeneinanderstehen. Eine Reihe von Interpreten überbetonen je einen Aspekt der Sorelschen Theorie und werden Sorel damit kaum gerecht. Und wo der Versuch unternommen wurde, Sorels Werk bruchlos zu interpretieren, mündet er in der stupiden These „rot gleich braun“ — so etwa bei J. J. Roth, demzufolge Sorel die „gemeinsamen Elemente im Extrem von Links und Rechts erkannte“ und sich deren Verschmelzung zur Aufgabe gemacht habe (cf. 11). Berding versucht eine Gesamtdarstellung des Sorelschen Werkes zu geben, wobei er es immanent interpretiert und zugleich seine historische Bedingtheit untersucht. Ausgehend von Hegels Diktum aus der Phänomenologie, wonach „die Wahrheit der Absicht nur die Tat selbst“ sei (20), will Ber-

2 Mussolini schreibt: „Georges Sorel verdanke ich am meisten ... Für mich ist die Gewalt moralisch ... ,moralischer als Kompromisse und Verhandlungen ... Der Faschismus wird sorelianisch sein.“ Z. n. R. Bertelé, ed., *Panorama des zeitgenössischen Denkens*, Frankfurt 1961, p. 295.

3 Lenin selbst distanzierte sich von Sorel: es gebe Leute, „die nur Unsinn denken können. Zu diesen Leuten gehört auch der bekannte Konfusionsrat Georges Sorel“. Zit. nach G. Eisermann, G. Sorel. *Der geistige Vater des Faschismus, Mythos und Gewalt*. In: *Göttinger Uni-Zeitung*, Jg. 1948, Nr. 13, p. 9.

ding sodann die Hauptlinien der Sorelschen Theorie anhand von deren Wirkung und nicht der Intentionen Sorels erfassen.

Sieht man von der Sorelschen Mythoslehre und der in sie eingebauten Gewalttheorie ab, so finden sich in Sorels Schriften kaum originäre Gedankengänge. In der Literatur wurde Sorels Werk zu Recht Rezensionscharakter zugeschrieben, wobei die diversen zeitgenössischen Ansätze teils zustimmend, teils ablehnend, ohne weitere Reflexion und Begründung und ungetreu dazu referiert werden. Der stärkste Einfluß kommt wohl von Proudhon. Schon in Sorels Erstlingswerk „Le Procès de Socrate“ kann Berding diesen Einfluß nachweisen (23 ff.). Nur hatte Sorel an Proudhon zu kritisieren, daß dieser „noch zu sehr im Banne der Hegelschen Metaphysik philosophiert“ (24) und somit noch ein Stück Rationalismus rette, ohne zu erkennen, daß dieser Rationalismus gerade der „Ursache der „Kulturkrise der Gegenwart“ sei. Auch wird in diesem Erstlingswerk die Grundintention Sorels deutlich: nämlich Moralisierung der Zeitprobleme und moralische Belebung der sozialen Kräfte der Gegenwart zur Überwindung der Kulturkrise. Sorel haßt das Bürgertum — nicht, weil es als arrivierte Klasse reaktionär geworden ist, sondern einmal, weil es nicht mehr kämpferisch ist, und zum anderen, weil es diejenige soziale Kraft ist, die den modernen Rationalismus hervorgebracht hat. Berding zeigt, wie sich Sorel der Marxschen Ideologiekritik bedient (35 ff.), um die Philosophie der Aufklärung als Ideologie einer Klasse, des Bürgertums, zu dechiffrieren, wobei Berding leider nicht deutlich genug herausarbeitet, daß diese Sorelsche „Ideologiekritik“ nur scheinbar und rein formal der Marxschen ähnelt. Denn Sorel kritisiert nicht die nicht eingelösten Ansprüche des frühbürgerlichen Denkens, sondern dieses Denken überhaupt, das er als Gesamtheit verbal ablehnt. Dem Proletariat, das Sorel gegen das Bürgertum mobilisieren und zum Träger seiner Theorie machen will, spricht er nur das eine Ziel zu: das Kämpferische als moralisch-ästhetisches Moment wiederherzustellen; nicht aber geht es Sorel um die Emanzipation des Proletariats. Die Eskamotierung der emanzipativen Gehalte des Marxismus wird am deutlichsten in der „lebensphilosophischen Umdeutung des historischen Materialismus“ (65 ff.), bei der Sorel die Marxsche Theorie ihres Inhalts entleert und sie mit Bergsonscher Substanz füllt, so daß letztlich — wie Berding im einzelnen nachweist — vom Marxismus, unter dem Deckmantel der Bekämpfung der orthodoxen Marxisten mit Marx selber, nur der Name bleibt.

Nachdem Berding die Sorelsche Gewalttheorie ausführlich in dem dritten und letzten Kapitel (94 ff.) analysiert hat, behandelt er deren Auswirkung auf den italienischen Faschismus. Die Sorelsche Theorie, die ihrer Intention nach „gegen totale Herrschaft, Staatsomnipotenz, Demagogie und Unterdrückung gerichtet“ war (143), wird — ohne daß ihr Zwang angetan werden muß — zum ideologischen Instrument des Faschismus. Sorels entwissenschaftlichter und mythologisierte „Marxismus“ und dessen historische Wirkung bestätigten die immer aufs neue aktualisierte Erkenntnis: „Der Sozialismus ist wissenschaftlich oder er ist nicht“ (Haug).

Bassam Tibi (Frankfurt/M.)

Gehlen, Arnold: *Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik.* Athenäum Verlag, Frankfurt/M.-Bonn 1969 (193 S., geb., 22,— DM).

Der Titel ist irreführend und das gleich doppelt: Wer im Vertrauen auf den so anspruchsvoll wie beruhigend akademisch-wissenschaftlich formulierten Untertitel einen Begründungszusammenhang erwartet, aus dem Bestimmungsgründe und Beurteilungskriterien von Handeln abzuleiten wären, trifft auf ein gebildetes Pamphlet über den Verfall der Sitten. Wer von dem Spezifikum des Titels „pluralistisch“ angezogen wird, sieht sich konfrontiert mit der Propaganda nur einer Tugend, der des Staates. Zur Illustration des Sittenverfalls hält Gehlen Schnapsschüsse wie diesen bereit: „... Kleindifferenzierungen (gelten) als untragbar, die seit Jahrhunderten niemandem aufgefallen waren, oder es wird ein mühsames Geschäft, sie zu behaupten. So wurde es im September 1967 zu einem Problem, ob Putzfrauen mit Generalen denselben Fahrstuhl benutzen sollten, und ein Staatssekretär entschied den Sieg der ersteren“ (66). Der Ekel, Bürger eines Staates solcher Staatssekretäre zu sein, durchtränkt das Buch. Verantwortlich für diesen „Vorrang des Sozialen vor der Politik der Größe“ (68) ist die Moral des „Massenlebenswertes“ (66). Gegen den von ihr in Gang gesetzten „Automatismus der Glücksgefäßigkeit“ (64) richtet Gehlen seinen ethischen Pluralismus, um Platz zu schaffen für die eigentliche Absicht des Buches, eine, wie er sagt, „in deutscher Sprache reichlich paradoxe und unzeitgemäße Apologie der Macht“ (116). Zu befürchten ist aber, daß die Aufnahme des Buches unter der Regie des Schlagwortes Pluralismus ablaufen wird, als ob im Pluralismusprogramm des Buches sein sachlicher Gehalt läge, im Plädoyer für das Ethos der Macht jedoch nur das abstreifbare Vorurteil des Autors. Nehmen wir deshalb die Pluralismusthese des Buches beim Wort.

Gehlen unterscheidet vier ethische Verhaltensweisen mitsamt den dazugehörigen Programmen:

- „1. Das aus der Gegenseitigkeit entwickelte Ethos.
2. Eine Mehrzahl instinktiver, verhaltensphysiologisch greifbarer Regulationen, einschließlich der Ethik des Wohlbefindens und des Glücks (Eudaimonismus).
3. Das familienbezogene ethische Verhalten samt der daraus ableitbaren Erweiterungen bis zum Humanitarismus und
4. das Ethos der Institutionen, einschließlich des Staates“ (47).

Allesamt sollen diese voneinander unabhängigen Formen des Ethos ihre Herkunft in verschiedenen „triebartigen Anlagen“ (38) haben. Gehlen spricht deshalb von „Sozial-Regulationen“ (38). Aber offensichtlich haben diese Regulationen im Verhältnis untereinander nicht den gleichen Status bzw. ihr Abstand, ihr Verhältnis zur biologischen Grundlage ist verschieden. Das wird nicht erklärt, nicht einmal erörtert; ebensowenig die Frage, warum und wie es zur Unterscheidung gerade dieser vier Ethosformen komme und ob sie überhaupt vollständig sei. Aber wichtiger ist die Frage: Wie sind die Ansprüche

der verschiedenen, unabhängigen ethischen Instanzen zu vereinbaren? Gehlen sagt: gar nicht; im Normalfall leben die Menschen im „Durcheinander mittlerer Tugendhaftigkeit“ (26), die Unvereinbarkeit der ethischen Instanzen wird nicht bemerkt. Erst in krisenhaften Situationen — Revolutionen, Niederlagen —, die „extreme Lösungen erfordern“ (26), wird die Unvereinbarkeit ethischer Normen erlebt und wird die Vereinbarkeit der Normen zur ethischen Forderung. Das aber ist ein Lösungsversuch, der selber Symptom der Krise ist, gegen die er Abhilfe schaffen soll. Eine Ethik, die aus der Bewältigung krisenhafter Situationen das Maß ihrer Forderungen ableitet, wird im Überschreiten der natürlichen Grenzen zwischen den Instanzen „hypertroph“ und aggressiv. Nach Gehlen ist also das Problem der Vereinbarkeit unabhängiger ethischer Instanzen nicht ein Problem seines ethischen Pluralismus, sondern ein Problem der „Hypermoral“. Damit ist aber Gehlen das Problem keineswegs los. Denn die Geschichte, gerade auch wie Gehlen sie selber bemüht, besteht aus solchen Krisensituationen. Ihnen gegenüber erweist sich sein ethischer Pluralismus als Konstrukt, besser geeignet zu taktisch-rhetorischen als zu analytischen Zwecken. Folgerichtig, wenn auch unvermerkt, reduziert sich sein Pluralismus auf die Polarität zweier ethischer Programme, von denen aber nur eines das Recht der Wahrheit für sich in Anspruch nehmen kann: Gegenüber stehen sich die „humanitär-masseneudaimonistische Gesinnungsmoral“ (149) auf der einen Seite und das Ethos der Institutionen, angeführt vom Staat, auf der anderen Seite. Die erstere entstammt elementaren Schutz- und Pflegereaktionen, die aus ihrer Einbettung in die Familie in das Bezugssystem Menschheit „erweitert“ wurden. Ihre Tugenden sind pazifistisch und anarchistisch, ihr Bild vom Glück ist die „Lämmerweide“, der „friedliche Naturzustand des Grasens“ (18), die von ihr legitimierte Haltung zum Wert ist „Anspruch“, ihre Grundeinstellung „parasitär“. Die endgültigen Niederlagen von Klassen bzw. Staaten, ihre Einverleibung in größere soziale und politische Einheiten, sind ihre Blütezeiten und die Situationen ihrer schubweisen Verbreitung. Als Demuthaltung der Besiegten verdrängt sie, von den Siegern gefördert, das Ethos der unterlegenen Institutionen, als Ressentiment der Umwertung der Werte zersetzt sie aber auch die alten Tugenden der Sieger, verbreitet sich in der „Eroberung der Eroberer“ (30). Ihr Siegeszug reicht in Gehlens Buch von der Niederlage Athens im peloponnesischen Krieg über Hellenismus, Christentum, Aufklärung und französische Revolution bis hin zur Kapitulation des deutschen Imperialismus. Allein die verbliebenen Großmächte verhindern in ihrem Kampf um die absolute Macht einstweilen noch den totalen Sieg der „Hypermoral“, die das „Reich der verkehrten Welt“ (185) aufrichten will, in der der Antichrist die „Maske des Erlösers“ (185) trägt. Träger und Nutznießer dieser Entwicklung sind die Intellektuellen. Denn die politische Realität hinter der Moral des Massenglücks und der allgemeinen Gleichheit ist der Anspruch der Intellektuellen auf Alleinherrschaft. Die vom Absolutheitsanspruch der humanitären Moral freigesetzte Ag-

gressivität liefert ihnen die Waffen, die sie um so hemmungsloser — von der Kritik bis zum Terror — einsetzen, je weniger sie als „privilegierte Klasse“, als „Gegenaristokratie“, die „Folgen ihrer Agitation zu verantworten haben“ (150).

Dagegen steht das „Ethos der Institutionen“, eine Moral, „die man“ nach Gehlen „überzeugend nur von oben her, aus der Herrschaftslage darstellen kann“ (116). Geführt von der Staatsraison, hat sie ihr Maß in den Notwendigkeiten der „Gefahrgemeinschaft“ (112), „denn für ganze Nationen gibt es oberhalb der Selbsterhaltung kein Gebot“ (119). Das Fundament dieser Moral sind nicht die Wünsche der Menschen, sondern die „Wahrheit, daß Leben von Leben zehrt“ (108), ihre Rationalität gewinnt sie aus dem „Bewußtsein des Ausgeliefertseins“ (58). Wo sie herrscht, ist die Haltung des Individuums zum Wert nicht Anspruch, sondern Opfer, sind ihre Tugenden die des asketischen Dienstes. So sind auch „Verdun und Stalingrad“ für Gehlen „eben doch Siegeszeichen“ (120) und werden es bleiben, denn der Kampf der Mächte geht weiter. Aus ihm gibt es kein Entrinnen: „Das Schwert, das man aus der Hand legt, ergreift ein anderer.“ Diese Wahrheit ist nur bei den auf „moralische Krankenkost“ (120) gesetzten endgültig Besiegten wie den bundesrepublikanischen Deutschen nicht mehr in Ansehen. Sie haben „abgeschnallt“ (146) und richten sich „in der Lüge ein“ (185). Gehlen zieht in gelehrter Zweideutigkeit das Fazit: „Es lohnt sich nicht, die Griechen zu retten, sondern essen soll man und Wein trinken“ (69).

Regie führt in diesem Buch eine zynische Strategie der Enttäuschung, der Pluralismus ist nur die Fassade dafür. Ziel ist, die Enttäuschung über die Ohnmacht der Moral so unerträglich zu machen, daß die Enttäuschung zur Triebkraft des Verzichts auf die täuschenden Hoffnungen wird und umschlägt in die Anerkennung der Übermacht der Macht. Dann kann der Schluß heißen: Wenn schon das Ethos der Humanität unvermeidlich in Aggressivität mündet, warum dann nicht von vornherein die Anerkennung der Aggressivität im Ethos der Macht. Wenn das Gewissen nur das „Erlebnis der Ausweglosigkeit“ (175) ist, kann die Inanspruchnahme durch „institutionelle Haftung“ (99), die nach Gehlen gerade auch dann anzuerkennen ist, wenn kein eigenes Verschulden besteht, als Befreiung erscheinen.

Offenbar ist die von Gehlen propagierte Ethik alles andere als pluralistisch. Schon die Reduktion der absoluten Moral auf Machtinteressen zeigt, wer in diesem Pluralismus das Kommando führt. Pluralistisch ist diese Ethik nur insofern, als sie eine Vielzahl von Gruppen zuläßt, die alle die gleiche Ethik anerkennen; pluralistisch kann hier nur heißen, im Zeichen der einen anerkannten Ethik nicht vereinigt, sondern getrennt zu sein zum Kampf um ein und dasselbe: die Macht. Wo Gehlens Pluralismus herrscht, ist die Moral eines Glücks im Leben mit anderen nur im Abseits der machtgeschützten Innerlichkeit und Intimität geduldet und auch nur auf Zeit, so lange nämlich, wie es die Institutionen der Macht gutdünkt.

Nach demselben Gutdünken ist die These von der Erweiterung ursprünglich instinktartiger Sozialregulationen konstruiert. Lediglich

die in die Familie eingebetteten Schutz- und Pflegereaktionen sind davon betroffen; so können auch nur sie hypertroph werden! Gehlen spricht nur von der Rolle der kosmopolitischen Ideologen bei der humanitären Erweiterung der Familiensolidarität. Daß die als Staaten entstehenden größeren sozialen Einheiten sich der Erweiterbarkeit des Familienethos zu Integrations- und Legitimationszwecken immer bedient haben — und das auch gerade gegen die Tendenz des Familienverhaltens zu Autarkie und Isolation —, verschweigt er. Offenbar liegt hier für ihn kein ethisches Problem. Solange die Reichweite des Staates das Maß der Erweiterung der Familiensolidarität ist, Staatsethos also Familienethos dominiert, ist für ihn nichts zu diskutieren. Ein erstaunlicher ethischer Pluralismus, der mit dem ethischen Monopol des Staates steht und fällt, und für den an den Staatsgrenzen die Moral aufhört und die Hypermoral anfängt!

Hier stößt man auch auf den Hauptwiderspruch des Buches. Obwohl die Erweiterbarkeit der instinktartigen Sozialregulationen für Gehlen unter die existenzhaltenden Merkmale der Spezies Mensch gehört und obwohl Erweiterung der Sozialregulationen auch für ihn den Leitfaden der Geschichte abgibt, registriert er die Entstehung größerer sozialer und politischer Einheiten als Niederlage der früheren autochthonen Gebilde und verrechnet die „Moral der Erweiterung“, den Humanitarismus, unter die Merkmale der Dekadenz. In diesen mißlichen Widerspruch gerät Gehlen, weil er die Triebkraft hinter der Erweiterung der ethischen Dispositionen und der Institutionen, die Entwicklung der Produktivkräfte, aus seinem Urteil verdrängt. Stehengeblieben bei einem friderizianischen Staatsbegriff, wird ihm zum Maß der Erweiterung moralischer Verkehrsformen der Staat, der selber von der Entwicklung der Produktivkräfte betroffen ist und dessen Veränderungen nur im Zusammenhang mit ihr begriffen werden können. So kommt es, daß Gehlen einen Kampf unter falschen Titeln führt. Der Staat, dessen moralische Souveränität Gehlen wiederherstellen möchte, hat an Macht durch seine Verflechtung mit der Produktionssphäre so zugenommen, daß er eines eigenen distanzierenden Ethos nur sehr eingeschränkt mehr bedarf. Gehlens Ideal der Politik einer askesewilligen, distanzierten Elite von Staatsfunktionären ist gemessen an der Realität spätkapitalistischer Politik reaktionär; reaktionärer als Nixons CDU es erlaubt. Kaum wird sie Gehlens Reserveoffiziersethik für Springers Bildzeitung eintauschen. Die Vorschläge des Ultrakonservativen sind nicht effektiv genug. Er verkennt Funktion und Wirkungsgrad dessen, was er als familiarisierende Verbiederung der Politik bekämpft; denn damit hat er nicht die Eroberung der Politik durch Ausgleichs- und Befriedungsvorstellungen familienbezogener Moral vor sich, sondern die Eroberung der Privatheit durch die Politik — und das gerade zu Zwecken, denen auch sein Buch verpflichtet ist, nämlich zur Abwehr kollektiver Veränderung der herrschenden Produktionsverhältnisse.

Weil Gehlen die Welt nicht mehr versteht, interpretiert er sie von der Niederlage des NS-Reiches her. Die von ihm unter dem Titel „Aufklärung“ schon immer bekämpften Positionen erscheinen erst-

mals ausdrücklich in der Perspektive der Niederlage des NS-Reiches. Das ist das Neue und Gravierende an diesem Buch Gehlens. Das *Vae victis* des Geschlagenen bestimmt den Affekt, aus dem die Sätze dieses Buches ihre Beredsamkeit gewinnen. (Gehlen ist so sehr von der „Niederlage“ fixiert, daß er sogar den Studentenprotest von ihr her interpretiert. Vgl. 172.) Die Hypermoral und ihr Staat — der zur Milchkuh umfunktionierte Leviathan (110) — erscheinen nur mehr als Fortsetzung der militärischen Niederlage mit anderen Mitteln. Sie haben dem Verlust der äußeren den Verlust der inneren Souveränität hinzugefügt. In seinem Lamento über die Niederlage des deutschen Imperialismus kommt Gehlen an dessen Untaten nicht vorbei; ihren Schatten beschwört er aber nur, um damit den Humanitarismus und die verhaßten Intellektuellen zu treffen: Die den Deutschen nicht verziehbare „mechanische Massentötung von Wehrlosen“ war „tiefer gesehen“ „auch ein geistiger Mordversuch“, ebendasselbe, was Hypermoral und Intellektuelle heute dem deutschen Volk antun, indem sie es von seiner Geschichte abtrennen und entehren — „geistiger Genocid“ (185)! Was fixiert Gehlen so auf die „Niederlage“? Ist ihm seine Ehre erst mit oder nach der Niederlage abhanden gekommen? Eher treibt ihn wohl die Furcht, seine Konstruktion des Humanitarismus als Eroberung der Eroberer könnte sich bewahrheiten; haben sich doch in der von ihm konstruierten Geschichte die Sieger immer wieder totgesiegt. Fast sieht es so aus, als wollte Gehlen, um ein solches diesmal zu verhindern, die deutsche Staatstugend aus der Konkursmasse der Niederlage retten, um sie den ohnehin von humanitärer Aufweichung bedrohten kapitalistischen Großmächten für ihren Endkampf gegen das moralisch noch intaktere sozialistische Lager zur Verfügung zu stellen. Jedenfalls ist diese Konsequenz mit Gehlen denkbar. Ja, ohne diese Konsequenz wäre sein Buch bei aller Anstrengung nur so etwas wie die „Betrachtung eines Unpolitischen“, der ästhetisch Distanz zum Zeitgeist nimmt. Wahrscheinlich ist es so. Wo seine Vorgänger noch zur Offensive rüsteten, herrscht bei Gehlen der verächtliche Zynismus dessen, dem die Helden davongelaufen sind.

Peter Furth (Berlin)

Soziale Bewegung und Politik

Hobson, John Atkinson: *Der Imperialismus*. Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln und Berlin 1968 (312 S., kart., 26,— DM).

Im Zuge der Wiederbelebung der Imperialismuskonzeption wurde endlich eine deutsche Übersetzung von Hobsons „Imperialismus“ vorgelegt, sechsundsechzig Jahre nach dessen erstem Erscheinen. Trotz seines Alters hat dieses Buch Aktualität als einer der wenigen ernsthaften Versuche einer Imperialismustheorie von bürgerlich-liberaler Seite. Seine Auffassungen machten zunächst Schule im angelsächsischen Raum (Moon, Nearing/Freemann), bis dann in den 50er Jahren durch Winslow und andere jeder Versuch einer ökonomischen

mischen Erklärung des Imperialismus von Bord der bürgerlichen Wissenschaft geworfen wurde. Bekannt ist Hobson jedoch vor allem durch seinen Einfluß auf Lenins Imperialismustheorie. Als Untersuchungsobjekt bietet das Buch interessante Aufschlüsse über den Zusammenhang von Liberalismus und faschistischer Ideologie, ebenso liefert es Belege für die These, daß optimistische Systemaffirmationen und kulturpessimistische abstrakte Negation nur zwei Seiten derselben bürgerlichen Münze sind, treten doch hier noch beide Aspekte in einer Abhandlung auf.

Unbestritten hat Hobson das Verdienst als erster — vor allen marxistischen Untersuchungen — den Imperialismus zum Gegenstand einer kritischen Analyse gemacht und die Frage nach seinen ökonomischen Wurzeln aufgeworfen zu haben. Hobsons Intention ist diktiert von seiner politischen Position: Als Intellektueller aus dem kleinbürgerlich-demokratischen Lager ist er beherrscht von der Vorstellung des friedlichen Wettstreits demokratischer Nationen zum Wohl und Fortschritt der „Weltzivilisation“, auf einer Basis von parlamentarischer Demokratie im Innern, Freihandel und Völkerbund in den internationalen Beziehungen. Da der Imperialismus, als unfriedlich und „unvernünftig“ für ihn in allem das Gegenteil ist, versucht er den Nachweis seiner Überflüssigkeit für das Funktionieren der kapitalistischen Gesellschaft. Gleichwohl leugnet er keineswegs eine ökonomische Wurzel des Imperialismus, die er weniger im Handel als vielmehr in der Möglichkeit des Kapalexports sieht: das Einkommen aus Auslandsinvestitionen sei bereits fünfmal so hoch wie das aus dem Außenhandel (51 f.). Dies dient ihm als Basis, um herauszufinden, welche Kreise trotz der Unvernünftigkeit des Imperialismus „an sich“ dennoch ein Interesse an ihm haben könnten. Neben Rüstungsindustriellen und deren Zulieferern, Großproduzenten bestimmter Exportwaren und dem Militär nennt er vor allem die Investoren, Finanziere und Banken, die er unter dem Namen der „Plutokratie“ zusammenfaßt (74 f.). Da es für Hobson ausgemacht ist, daß es sich dabei um eine kleine Minderheit handelt (obwohl er an anderer Stelle bekennt, fast alle organisierten Kräfte des Kapitals seien am Imperialismus interessiert, 104), tritt für ihn das Problem in den Vordergrund, wie eine solche Gruppe zu Einfluß auf die staatliche Gesamtpolitik gelangen könne, wie sie es erreicht habe, „daß die moderne Außenpolitik Großbritanniens ein Kampf um gewinnbringende Investitionsmärkte ist“ (73). An dieser Frage scheitert er; er flüchtet zu der Auskunft, eine „intelligente Laissez-faire-Demokratie, welche allen Wirtschaftsinteressen in ihrer Politik ein richtig zugemessenes Gewicht zubilligte“ (73, Hervorh. U. M.), hätte dies verhindert: Imperialismus oder nicht wird so zur Frage der mentalen Qualität eines potentiell als vernünftiges Individuum mißverständenen Staates. Garant solcher Vernunft sollte die „Volksregierung“ sein, in Gestalt eines repräsentativen Parlaments. Im Kontext resignierter Anmerkungen über den Niedergang des Liberalismus (Hobson war selbst Mitglied der Liberalen Partei) trifft er dann durchaus das Richtige, wenn er feststellt, das Bürgertum sei Freund

der Freiheit und der Volksherrschaft nur so lange gewesen, als es selbst den Adel habe bekämpfen müssen (140 f.).

Imperialismus erscheint als die Nasführung des Staates durch eine raffinierte Clique von Finanzjobbern: Hobson konzipiert eine Verschwörertheorie. Die Begriffslosigkeit, die die „vernünftigen“, demokratischen Kräfte gegen diese dämonische Schar mobilisieren will, scheut dann auch nicht den Hinweis, diese gehörten fast alle „einer Rasse“ an (75). Die Hilflosigkeit der Analyse schafft so plötzlich im Text eines liberalen, demokratisch-pazifistischen Intellektuellen unvermittelt dem Rassismus Platz. Zwar macht Hobson immer wieder Anmerkungen, die das Interesse nicht nur kapitalistischer Kreise, sondern sogar das Einverständnis aller konservativen Kreise aus innenpolitischen Gründen aufweisen (302, 139). Er erkennt jedoch nicht die notwendige Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus; so stellt er auch im Gegensatz zu Hilferding und Lenin in der Analyse keinen Zusammenhang zwischen der Macht des an Anlagesphären interessierten Finanzkapitals und der zunehmenden Kapitalkonzentration her. Selbst die ökonomische Analyse der Schwierigkeit, Kapital profitabel anzulegen, übergeht die Frage nach den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Vielmehr erweist Hobson sich als energischer Verfechter einer Unterkonsumtionstheorie vom Rodbertusschen Typus: die Konsumkraft sei nicht entsprechend dem Konsumbedürfnis verteilt, das Übel also liege in der „verkehrte(n) Verteilungswirtschaft“ (97). Auf der Grundlage dieser *Distributionsverhältnisse* führt er den Klassenbegriff ein: Kapitalist und Arbeiter unterscheiden sich ihm (wie den Revisionisten) bloß durch die Höhe ihres Einkommens. Die Lösung ist dementsprechend zu suchen in „Sozialreform“ (96). Dem Beharren in der Distributionssphäre entspricht ein rein politisch-institutionelles Lösungsmodell: Der Eingriff des vernünftig gewordenen Staates beseitigt die Unterkonsumtion, läßt alle Investitionsgelder dem Binnenmarkt zufließen und macht so den Imperialismus überflüssig. Um dies zu erreichen, appelliert Hobson an die kritischen Intellektuellen und Liberalen, sich mit den Gewerkschaften (als den „natürlichen“ Feinden des Imperialismus, weil ihre Interessen auf Konsumkrafterhöhung der Arbeiter gerichtet seien, 99) zu verbünden. Hobson zeigt sich der Wirkungslosigkeit solcher moralischen Appelle bewußt, wenn sein Aufklärer- und Kritikerpathos resignativ umschlägt in krudesten Kulturpessimismus, der ihn die Vision eines parasitären Europas heraufbeschwören läßt, das — wie das späte römische Reich — moralisch und physisch zerrüttet, am Ende von den unterdrückten Rassen überrannt wird (304). Partiiell richtige Einsichten in die Ausbeutung der kolonialen Völker führen hier in konsequentem Übersehen der Klassenantagonismen im Kapitalismus zu Spenglerschen Untergangsvisionen.

Bemerkenswert sind einige historische und sozialpsychologische Beobachtungen; so konstatiert Hobson bereits den Niedergang des Parlamentarismus und die steigende Macht der Exekutive in England (141). Auch zeigt er vorzüglich die Manipulation durch die teils im Besitz der Plutokratie befindliche, andernteils vom Anzeigengeschäft

abhängige Presse im Sinne imperialistischer Interessen (77, 193). Gleichwohl verbindet er diese Feststellung mit einer Haltung elitärer Massenverachtung; die Massen nämlich bestehen ihm aus solchen, die „keine zwei Argumente zugleich prüfen können“ und daher von den herrschenden Cliquen mühelos (und gleichsam „zu Recht“) betrogen werden. In diesem Zusammenhang entwickelt er auch die von Lenin übernommene These von der Bestechung eines Teils der Arbeiterschaft durch den Imperialismus. Ein wesentliches Moment des Imperialismus sieht er auch in dessen innenpolitischer Stabilisierungsfunktion: Ablenkung der Massen von ihren Interessen durch heroische Außenpolitik; er zieht dabei einen sozialpsychologisch interessanten Vergleich zur Funktion des Sports, dessen passiv zuschauender Genuß ähnliche Bedürfnisse befriedige, die Hobson auf atavistische Antriebe zurückführt, die sich im „Stadtleben“ nicht austoben könnten (193). Allerdings verwechselt er hier häufig die Ideologie mit den Interessen, denen sie dient, und gibt dann einen solchen am Sport orientierten aggressiven Nationalismus als Ursache des Imperialismus an.

Die vom Standpunkt einer abstrakten Vernunft vorgebrachte Kritik an der ökonomischen und politischen Praxis des Imperialismus, die auch die „Verschwendung“ großer Summen für Rüstung, Reklame etc. beklagt (95) — als gäbe es nicht die Rationalität der Profitmaximierung —, vor allem die Hoffnung auf Aufklärung, die umschlagen kann in resignierte Totalnegation, geben als Parallele zu bestimmten Theoremen der Studentenbewegung in ihrer Anfangsphase dem Text noch mehr Aktualität, als ihm von der Sache her schon zukommt.

Ulrich Müller (Heidelberg)

Küntzel, Ulrich: Der Dollar-Imperialismus — Die Gefahr des dritten Weltkriegs. Soziologische Essays. Luchterhand Verlag, Berlin und Neuwied 1968 (176 S., kart., 9,80 DM).

Bürgerlichen Untersuchungen des US-Imperialismus fehlt die marxistische Methode, jene im „Ostblock“ lassen die „Grundlage einer marxistischen Analyse“ vermessen. „Ich wurde durch das allgemeine Unverständnis genötigt, meine Studie über die Kapitalausfuhr der USA ‚Der Dollar-Imperialismus‘ zu nennen.“¹ So Küntzel über die Dringlichkeit seines Unternehmens.

Was sich solcherart epochemachend ankündigt, beschränkt sich denn auch nicht auf Analyse der nordamerikanischen Kapitalausfuhr; der Essay ist vielmehr als Versuch anzusehen, auf 108 Seiten Text und in einem 73 Seiten starken Anmerkungsteil dem Imperialismus in *allen* seinen Erscheinungsformen den entscheidenden theoretischen Schlag zu versetzen. Dem weltweiten Zusammenhang des Kapitals auf der Spur, setzt Küntzel zu einer Generalabrechnung mit dem System an.

¹ Ulrich Küntzel: Lenin, ein toter Hund, in: ad lectores, Neuwied und Berlin 1969, S. 90.

Das Inhaltsverzeichnis läßt die Fülle des Themenkatalogs nicht ahnen: Die Hintergründe des Mordes an J. F. Kennedy, die derzeitige Lage des sozialistischen Weltsystems unter besonderer Berücksichtigung der Sowjetunion und der VR China, die Maiunruhen in Frankreich und Positionen der KPF, die gesellschaftliche Rolle der Kunst in Südamerika, politische Ökonomie des deutschen Faschismus, das westdeutsche Hochschulsystem, Studentenrevolte und schließlich die politische Berichterstattung des „Spiegel“ sind einige Fragen, längst nicht alle, zu denen des Autors Meinung vorliegt.

Die konsequente Bearbeitung wenigstens einiger Themenbereiche wird durch den enzyklopädischen Anspruch des Aufsatzes beträchtlich behindert. Das Kapitel „Die Bedeutung von Lenins Werk über den Imperialismus“ z. B. ist zum größten Teil einer Kritik der Anschauungen C. W. Mills vorbehalten; als wesentliche Information aus den Lenins Imperialismustheorie gewidmeten Sätzen verbleibt: seine Analyse des Monopolkapitals treffe noch heute grundsätzlich und besonders auf die USA zu, ohne schematisch übertragbar zu sein (19, 23). Die Überlastung des Essays mit ineinander übergehenden Exkursen führt zur tendenziellen Einebnung des Unterschiedes zwischen Text- und Anmerkungsteil. Erschwert wird dadurch vor allem die Konzentration des Lesers auf das (überwiegend deskriptiv verarbeitete) empirische Material, wobei insbesondere die Darstellung der institutionellen und personellen Verbindung von politischer und ökonomischer Herrschaft im Erdöl- und Rüstungsgeschäft der USA und der Abschnitt über die Klassenlage zur Zeit der „New-Deal“-Politik erwähnenswert sind.

Das Interesse des Verfassers ist es, den Klassenkampf des Proletariats voranzutreiben. Dem Unbeteiligten, so sein begründeter Hinweis, sei Objektivität nicht möglich: „Im Kriege kann nur überleben und weiterkämpfen, wer die eigene und die Feindlage einigermaßen objektiv erfaßt“ (17), jeder Irrtum könne da tödlich sein. Um so schwerer zu begreifen ist deshalb Küntzels oft kurzschlüssiges Hantieren an allen Fronten des Klassenkampfes, einschließlich denen, die er selbst errichtet. Beispielsweise gelten ihm Anarchisten neben den Marxisten als die einzigen konsequenten Kämpfer für die „klassenlose Zukunftsgesellschaft“ (121) und als gleichberechtigte „Richtung“ einer „soziale(n) Erneuerungskraft“, auch in „kommunistischen Gesellschaften“ (122). Die Sowjetunion wird vorgestellt als „Klassengesellschaft mit schroffer Ausbeutung und Unterdrückung und der Arbeiterbureaucratie als herrschender Klasse“ (14), damit beschäftigt, „freie Diskussion“ zu unterdrücken, den „sozialistischen Geist“ zu ersticken (18) oder auch damit, einen „Angriff (!) ihrer arabischen Schützlinge auf Israel im Frühjahr 1967“ (5) zu veranlassen — wobei letztere Behauptung besonders deutlich macht, wie manche Weltbilder die Verkehrung der Wirklichkeit fördern. Die Politik der UdSSR seit Beginn der Stalinschen Regierung ist Küntzel generell unter dem Stichwort „Sowjetimperialismus“ (34) geläufig, wenn auch dieser von der „Struktur“ her streng vom finanzkapitalistischen Gegenstück unterschieden werden müsse (132). Wen kanns da noch wundern, wenn es das „Prin-

zip Hoffnung“ ist, das „dem Sozialismus trotz seines utopischen Elements historische Notwendigkeit verleiht“ (122), und daß die „letzten bedeutenden revolutionär-proletarischen Bewegungen . . . sich gegen den Sowjetimperialismus (richteten): Die Revolte des 17. Juni in der DDR sowie die polnische und ungarische Revolution von 1956“ (34).

Besonders in Ländern, wo der Sozialismus noch nicht Nahziel ist, werden die scheinbar revolutionärsten Bücher zuweilen denen ähnlich, die zu bekämpfen sie geschrieben sind. Dieter Krause (Berlin)

Bosch, Juan: Der Pentagonismus — oder die Ablösung des Imperialismus? Mit einem Nachwort von Sven G. Papcke. Rowohlt Verlag, Hamburg 1969 (140 S., TB, 2,20 DM).

Der ehemalige Präsident der Dominikanischen Republik hat das, wofür er den Namen Pentagonismus erfunden hat, ausgiebig am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Nach 25 Exiljahren kam der liberale Intellektuelle 1962 als gewählter Präsident in seiner Heimat zur Macht. Kaum hatte er mit den Sozialreformen begonnen, von welchen er in der Verbannung träumte, wurde er durch einen Militärputsch Typ CIA gestürzt. Als er 1965 zum zweitenmal von der Mehrheit des Volkes zum Präsidenten gewählt wurde, scheiterte seine Rückkehr an der militärischen Intervention der US-Marines. Daß all dies das Pentagon gemacht hat, ist gewiß. Aber auch nach der Lektüre des gut lesbaren Büchleins bleibt die Frage: Ist die menschenfreundliche Tätigkeit des Pentagons in fremden Ländern, die Korrektur unerwünschter Wahlergebnisse, die Verhinderung einer Volksbefragung, Sturz und Einsetzung von Königen und Präsidenten „Pentagonismus“ — oder schlicht Imperialismus?

Juan Bosch bemüht sich mit Eifer, wenn auch ohne Erfolg, zu beweisen, „daß an die Stelle des Imperialismus der Pentagonismus getreten ist“. Nur aus „geistiger Trägheit“ behaupten wir nach wie vor, es gebe den Imperialismus; in Wirklichkeit existiere er nicht mehr. Folgt man der Beweisführung des Verfassers, so ist der Pentagonismus ein Produkt des „überentwickelten Kapitalismus“. Er habe fast alle Eigenschaften des Imperialismus übernommen, vor allem jene, die besonders zerstörerisch und grausam sind, aber er stelle eine fortgeschrittene Spielart dar, die sich zum Imperialismus verhält, wie der überentwickelte Kapitalismus zu dem industriellen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Diese Definition ergibt im Grunde nicht mehr, als daß der Pentagonismus ein größerer, stärkerer, modernerer Imperialismus ist; etwas Neues ist er damit noch immer nicht.

Der Verfasser glaubt, dieses Neue darin zu finden, daß der Pentagonismus im Gegensatz zum Imperialismus keine Kolonien ausbeute, sondern das eigene Volk. Man führe Krieg nicht um Kolonialgebiete zu erobern, sondern Machtpositionen im eigenen Land und um das Rüstungsgeschäft in Schwung zu halten. „Man sucht den Profit dort, wo die Waffen produziert werden, nicht wo sie angewendet werden“. Das angegriffene Gebiet sei bloß der Bestimmungsort für den Ver-

brauch des technischen und menschlichen Kriegsmaterials. Diese scheinbar bestechende Argumentation erweist sich bei näherem Zusehen als Sophisma. In Wirklichkeit ist die Machtposition im fremden Land ebenfalls profitbringend, sei es als Markt, sei es als Rohstoffquelle. Juan Bosch gibt selber zu, „daß eine kleine Gruppe von Bankiers, Industriellen, Geschäftsleuten, Generalen und Politikern Krieg führt mit dem Ziel, schnell zu mannigfachen Profiten zu gelangen, die sich in Kapitalakkumulation umsetzen und insofern zu neuen Investitionen führen“. Das ist im Grunde eine holprige Umschreibung des imperialistischen Prozesses. Pentagonismus ist also ein neues Wort für Neo-Kolonialismus. Die sprachliche Neuschöpfung kann zur Quelle neuer Konfusion werden.

Bruno Frei (Wien)

Horowitz, David: *Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Potsdam.* 2 Bände. Mit Chronologie und Bibliographie. Aus dem Englischen von Wilfried Sczegan. Rotbuch 13 und 14. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1969 (237 u. 207 S., kart., je 6,50 DM).

Horowitz ist maßgebender Mitarbeiter der Zeitschrift „Ramparts“ (San Francisco), die vor drei Jahren durch den Nachweis berühmt wurde, daß viele „linke“ Organisationen in aller Welt, beispielsweise der nordamerikanische Studentenverband, von der CIA subventioniert waren. In dieser Arbeit faßt er die diplomatische Geschichte des Kalten Krieges etwa von 1945 bis 1963 zusammen. In erster Redaktion hat er dies in einem Penguin-Taschbuch 1967 getan, die zweite Fassung ist auf den mehr als dreifachen Umfang erweitert, um eine in der ersten Fassung nicht mögliche Vollständigkeit zu erreichen. Der Text der zweiten Redaktion besteht ungefähr zur Hälfte aus Zitaten, durch die eine dem deutschen Leser sonst kaum zugängliche Literatur erschlossen wird. Horowitz stützt sich namentlich auf Schriftsteller, die schon 1947 (Walter Lippmann, „Cold War“), 1952 (I. F. Stone, „Hidden History of the Korean War“) und 1957 (George Kennan) auf Grund amerikanischen Materials die Legende durchlöchernten, derzufolge der Kalte Krieg durch die Sowjetregierung vom Zaun gebrochen worden sei. Vorwiegend zitiert Horowitz offizielle Dokumente der USA, Biographien und Memoiren maßgebender Staatsmänner der USA, Werke hoher US-Beamter wie W. W. Rostow sowie wenige, aus den Quellen gearbeitete historische Werke wie G. Alperovitz, „Atomic Diplomacy: Hiroshima and Potsdam“ (London 1965). Horowitz weist zwingend nach, daß die USA den Kalten Krieg entfesselten, und zwar weil ihre Führer sich nach F. D. Roosevelts Tod dank wirtschaftlicher Überlegenheit und Atombombe in der Lage wähten, die Grenzen des sowjetischen Machtbereichs „zurückzurollen“, und daß ihnen dies im Iran 1946 tatsächlich gelang. Horowitz zeigt, daß 1945 und danach in Osteuropa bürgerliche Koalitionsregierungen mit kommunistischer Teilnahme regierten, und glaubt beweisen zu können, Stalin habe sie erst durch rein kommunistische Regierungen ersetzt, um Wieder-

holungen des iranischen Beispiels auszuschließen. Er deckt die Pikanterie auf, daß die USA 1954 bei dem CIA-Überfall auf Guatemala die Zuständigkeit der Vereinten Nationen bestritten und sie der Organisation amerikanischer Staaten, also einer Regionalorganisation vorbehielten: genau das, was sie 1956 der Sowjetregierung in Ungarn vorwarfen.

Bedauerlich ist die Vernachlässigung wirtschaftlicher Aspekte, von denen Horowitz gelegentlich merkwürdige Ansichten hegt, z. B. wenn er behauptet, der Morgenthauplan sei schon 1945 aufgegeben worden. Das gilt doch nur, wenn man den Terminus „Morgenthauplan“ ganz eng versteht; tatsächlich ist bis in das Jahr 1949 Morgenthaupolitik in Form von Produktionsverboten und Demontagen geübt worden.

Der Übersetzer beweist souveräne Verachtung für sachliche Richtigkeit, sprachliche Nuancen, logische Schärfe und die *consecutio temporum*. Er bringt es fertig zu schreiben: „Russische Truppen . . . lagen (1948) in den Außenbezirken Hamburgs . . . in Garnison.“ Man kann erraten, welcher englische Terminus hier fälschlich mit „Außenbezirke“ wiedergegeben ist. Trotz dieser Mängel hat die deutsche Ausgabe für den deutschen Leser den Wert eines sonst nicht vorhandenen Nachschlagewerks. Um so bedauerlicher ist, daß ein Register fehlt.

Ulrich Küntzel (Göttingen)

Horowitz, David (Hrsg.): Containment and Revolution. Western Policy towards Social Revolution from 1917 to Vietnam. Verlag Anthony Blond, London 1967 (256 S., Ln., 35 S./Pb., 15 S.). Deutsch: Strategie der Konterrevolution. März Verlag, Darmstadt 1970 (320 S., Pb., 12,— DM / Ln., 25,— DM).

Der vorliegende Sammelband aus der vom Bertrand Russell Centre for Social Research herausgegebenen Reihe „Studies in Imperialism and the Cold War“ enthält sieben hinsichtlich Thematik und Interpretationsansatz voneinander unabhängige Beiträge verschiedener Autoren zur konterrevolutionären Strategie des Imperialismus seit 1917. W. A. Williams analysiert die US-Intervention in Rußland 1917 bis 1920 und ihre ökonomischen und politischen Ursachen. Das Prinzip der „Open Door“, d. h. die Möglichkeit zu schrankenloser ökonomischer Expansion amerikanischen Kapitals durch Arrangements mit der jeweiligen nationalen Kompradoren-Bourgeoisie, Erpressung und Gewalt war durch die Oktoberrevolution ernstlich gefährdet. Um die „Chancengleichheit im Welthandel“ nicht durch diejenigen zerstören zu lassen, die sich daranmachten, sie erst herzustellen, mußte der Liberalismus — freies Unternehmertum = Wohlstand = Demokratie — reale Gewalt und die USA selbst dieser „freie Unternehmer“ werden, der auf dem Weg zum Monopol die Konkurrenten gewaltsam ausschaltete. Selten ist die Imperialismustheorie Lenins mit größerer Evidenz demonstriert worden, als in den hier mitgeteilten Dokumenten der Geheimdiplomatie, Depeschen und weltanschaulichen Kenntnissen amerikanischer Politiker. Sie zeugen von der Belang-

losigkeit des „fürchterlichen moralischen Konflikts“ zwischen „christlicher Ethik“ und Liberalismus, dem Präsident Wilson sich anscheinend ausgesetzt sah.

Isaac Deutscher und John Bagguley untersuchen am Beispiel der Kriegführung (1941—1944) gegen die faschistischen Achsenmächte und der gegen die SU gerichteten Konferenzpolitik (Yalta, Teheran) der westlichen Alliierten die langfristigen Ziele des Imperialismus zur Niederschlagung sozialer Revolution. Isaac Deutschers Rede über „Die Mythen des Kalten Krieges“, gehalten anlässlich des teach-ins über Vietnam in Berkeley 1965, setzt sich mit Propagandathesen der „freien Welt“ auseinander und deckt ihre Hintergründe und Motive auf. John Bagguley legt dar, daß der II. Weltkrieg kein allgemeiner Kampf der Nationen, sondern ein „deutsch-sowjetischer Krieg“ mit militärischen Operationen der Briten und Amerikaner an dessen Peripherie war. Die Westmächte rechneten mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion spätestens im dritten Kriegsmonat und verlegten dementsprechend ihre militärischen Aktionen vor allem in Gebiete, die sie sich als ökonomische und strategische Einflußzone erhalten oder erst erschließen wollten. Die Verzögerungstaktik beim Aufbau einer zweiten Front bis 1944 und der schleppende Vormarsch in Italien beweisen ihr Interesse an der Zerschlagung des sozialistischen Rußland auch um den Preis eines Pyrrhus-Sieges der Faschisten. Die verdächtige Eile der Befreier nach der russischen Offensive, die Kette westalliiertes Vertragsbrüche seit 1945 machen deutlich, daß der Gegner seit 1917 unverändert die Sowjetunion gewesen ist. Von geringem historischen Interesse ist der Aufsatz H. W. Bergers über Senator Taft als bürgerlichen Kritiker der US-Interventionspolitik zur Zeit der Truman-Administration.

Als einführende Studie in die Zusammenhänge aktuell-politischer und ideologischer Probleme ist John Gittings „The Origins of China's Policy“ eine wertvolle Hilfe. Gittings Aufsatz stellt die Belastungen dar, die die Beziehungen zwischen der VR China und der UdSSR durch Stalins China-Politik und später durch das unnachgiebige Bestehen der SU auf der Erfüllung der für China ungünstigen Wirtschaftsverträge, ungeachtet seiner katastrophalen ökonomischen Situation, sowie Kompensationsforderungen für Hilfsleistungen während des Korea-Krieges, der die Ursache für die nahezu vollständige wirtschaftliche Abhängigkeit Chinas von der SU gewesen ist, ausgesetzt waren.

Der Beitrag „Counter-Insurgency: Myth and Reality in Greece“ stammt von einem der Führer der US-Studentenbewegungen, von Todd Gitlin, Mitglied der „Students for a Democratic Society“ (SDS). Die Bedeutsamkeit der griechischen Ereignisse besteht für Gitlin in der Analogie zu Vietnam: „Greece was the Vietnam of the 1940s in more than a rhetorical sense. She was the first major battlefield of anti-communist containment“ (141). Gitlin arbeitet im folgenden sieben zentrale Propagandamärchen zur Rechtfertigung der imperialistischen Politik in Griechenland heraus und konfrontiert sie mit der Realität. Das erste Märchen (myth) ist, daß die griechische Wider-

standsfront EAM eine kommunistische Organisation unter Kontrolle Stalins war und ihre Armee ELAS eine Bande hartgesottener Terroristen, „a fifth column for his (Stalins) expansionist aims“ (142). Tatsächlich bestand die EAM aus der KP Griechenlands (KKE), den (sozialistischen) Volksdemokraten, der Sozialistischen Partei, der Vereinigten Sozialistischen Partei, den Agrariern und vielen Parteilosern. Die Gesamtmitgliedschaft der EAM gegen Kriegsende betrug 0,5—2 Millionen. Die ELAS hatte nach konservativen Schätzungen 40 000 Mann unter Waffen. Gegen Kriegsende kontrollierte die EAM $\frac{1}{5}$ von Griechenland. Ihre Ziele für die Zeit nach der Befreiung waren: a) Bildung einer Regierung aus allen Kräften des Widerstandes, b) sofortige Herstellung von Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit. Eine Generalamnestie, c) sofortige Durchführung von Wahlen zu einer Konstituante, die die zukünftige Regierungsform festlegt (144). Die britischen ‚Befreier‘ honorierten diese Forderungen dadurch, daß sie eine reaktionäre Regierung einsetzten und am 3. 12. 1944 eine friedliche Demonstration der EAM mit Frauen und Kindern in Athen zusammenschossen. Dies war der Beginn des Bürgerkriegs. Das zweite Märchen besagt, daß die „Kommunisten den Bürgerkrieg angezettelt hätten, um die totale Macht im Staat an sich zu reißen“ (154). Tatsächlich kontrollierten ELAS und EAM nach 3 Wochen Bürgerkrieg „all of Greece, save for a patch of land in the centre of Athens, another stretch along the bay of Phaleron, and two small zones in Salonika and Patras“ (157). Dennoch akzeptierten sie im Februar 1945 das Abkommen von Varkiza unter relativ ungünstigen Bedingungen: 1. Auslieferung der Waffen der ELAS; 2. legale Betätigung von KKE und EAM; 3. Wahlen und Plebiszit über die künftige Staatsform. Die EAM hielt sich an die Abmachungen — im Gegensatz zur Gegenseite. Die Wahlen fanden unter massivem Terror und unter Bedingungen statt, die außer der EAM noch 4 Parteien zum Wahlboykott veranlaßten, der den Royalisten die Mehrheit brachte. Unter dem sich verstärkenden Terror der Rechten flammte der Bürgerkrieg wieder auf. Mit dem Märchen Nummer drei versuchte man den Kommunisten die Schuld am erneuten Ausbruch des Bürgerkriegs in die Schuhe zu schieben. Tatsache ist, daß sich diese Organisationen dem unter Terror der Rechten entstandenen bewaffneten Kampf nachträglich anschlossen. Nach Märchen Nummer vier ging es den USA bei ihrer Einmischung 1947 um die Etablierung einer Reformregierung, die die sozialen Ursachen der Rebellion ‚wegreformiert‘. Dies bedarf kaum einer Widerlegung, da das griechische Regime in Brutalität und reaktionärer Zielsetzung den Nazibesatzern in nichts nachstand, was die USA nicht davon abhielten, diese im Rahmen der „Truman-Doktrin“ mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Unnachgiebigkeit der Aufständischen gegenüber großzügigen Versöhnungsgesten der Regierung ist der Inhalt von Märchen Nummer fünf. Tatsächlich bot die Regierung Soufoulis im September 1947 allen Überläufern Straffreiheit an; die politischen Forderungen der EAM waren nicht Gegenstand dieses Angebots. Aber nicht einmal die den Überläufern angebotenen Vergünstigungen wurden eingehalten; die wenigen, die diesem Angebot

trauten, mußten dies mit Tod, Mißtrauen oder jahrelanger Haft büßen. Das sechste Märchen schließlich ist aus Vietnam hinreichend bekannt: ‚die Aggression aus dem Norden‘ (hier: Jugoslawien, Albanien, Bulgarien). Tatsächlich trifft der Vorwurf von ganz anderer Seite, Stalin habe die griechische Revolution verraten, viel eher; soweit überhaupt Hilfe geleistet wurde, war sie gering. So brach die Partisanenbewegung Anfang 1949 unter massivem Einsatz amerikanischer Waffen — begünstigt durch schwere strategische Fehler der KKE-Führung — zusammen. Die Entwicklung Griechenlands bis heute widerlegt schließlich das letzte Märchen: daß nämlich durch die Vernichtung des Kommunismus der wirtschaftliche Aufschwung möglich werde. Die gegenwärtigen Zustände in Griechenland ersparen jeden Kommentar. Gitlin charakterisiert die Ziele der Counter-Insurgency-Politik nicht nur in Griechenland. „... not to contain foreign aggression but domestic revolution; not to bring democracy but to maintain its absence; not to avoid violence but to thwart radical change by violence if necessary; not to bring freedom, but bases“ (180). Die ideologischen Beschönigungen solcher Politik sind „clever words that promise paradise and burn villages, but do not always keep suffering men from standing up and shouting: Enough“ (180)!

Der letzte Beitrag „Revolution and Intervention in Vietnam“ von R. Morrock stellt — wenn auch in prägnanter und informativer Weise — lediglich die bereits bekannten Fakten der Entwicklung Vietnams 1946—64 dar. Interessant ist allerdings die Schlußfolgerung: Süd-Vietnam war der erste Fall, in dem die Großmächte übereinkamen, ein Land in freien Wahlen entscheiden zu lassen, ob es den kapitalistischen oder den sozialistischen Weg gehen wolle; seine Geschichte seit 1956 beweist die Unmöglichkeit des ‚friedlichen Übergangs‘. „If peaceful transition to socialism proved to be impossible in a country where the United States, England and France had already ‚committed‘ themselves not to prevent it, then it is hardly likely that it will be possible anywhere else“ (247).

Jürgen Behrens (Berlin) und Erhard Sanio (Marburg)

Agnoli, Johannes, und Peter Brückner: Die Transformation der Demokratie. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1968 (194 S., kart., 12,— DM).

Die 1967 erstmals im Voltaire Verlag veröffentlichten Arbeiten zur Transformation der Demokratie (Agnoli) und des demokratischen Bewußtseins (Brückner) sind Versuche, die Erfahrungen des außerparlamentarischen Kampfes für Demokratie in der Bundesrepublik zu systematisieren als Beitrag zu einer Theorie nachfaschistischer bürgerlicher Herrschaftsbedingungen.

Agnoli orientiert sich in der Hauptsache an der innenpolitischen Entwicklung Westdeutschlands, die ihm beispielhaft erscheint für eine Grundtendenz im Spätkapitalismus: Nach dem Übergang von der freien Konkurrenz zu monopolistischen Wirtschaftsformen be-

müht sich die Bourgeoisie, den „Staat den technischen und wirtschaftlichen Erfordernissen der heutigen Zeit entsprechend zu transformieren“ (8). Störungsfreiheit der Wirtschaft und sozialer Frieden, vom Faschismus terroristisch aufrechterhalten, soll nunmehr mit „angemesseneren“, manipulativen Mitteln so garantiert werden, „daß gerade die Abhängigen das System nicht nur akzeptieren, sondern auch verteidigen, das sie in Abhängigkeit hält“ (21). Das formale Konkurrieren von zumindest zwei großen „pluralistischen“ Parteien, die von ihrer gesellschaftlichen (Klassen-)Basis getrennt, zu „staatspolitischen Vereinigungen“ (33) werden, erhält die Wählerillusion des freien Wettbewerbs erfolgreich aufrecht. In Wahrheit fungieren alle Parteien „als Klassenorgan der Konservation“ (34), da nach wie vor einseitig die Abhängigen der politischen Artikulationsmöglichkeit beraubt sind. Das Parlament erfüllt — bei scheinbarem Funktionsverlust — eine wichtige Aufgabe als „Instrument der Veröffentlichung von Herrschaft“ (66), indem Entscheidungen von Oligarchien der Bevölkerung als Beschlüsse ihrer eigenen Vertretung zur Kenntnis gegeben werden. Innerhalb des Systems stehen allein noch „Führungskonflikte“, d. h. „Konkurrenzkämpfe zur Ablösung der jeweiligen Führungsgruppe“ zur Debatte, nicht mehr „Herrschaftskonflikte“ zur Durchsetzung einander ausschließender Ziele (30 f.). Erst „wenn alle konstitutionellen Führungsgruppen das Vertrauen der Massen verlieren, die sodann — sofern sie . . . keine Emanzipationsbewegung hervorbringen können — ihre Hoffnungen auf Gegenoligarchien setzen“ (23), sind die friedlichen Mittel erschöpft; die herrschende Klasse kann unter diesen Umständen eine faschistische „Wachablösung“ als Maßnahme gegen die Krise betrachten. Um der letzten Konsequenz zu entgehen, werden in vertrauensfördernden Hochkonjunkturphasen weitreichende notstandsrechtliche Machtsicherungen eingeführt, die sich so als „Krönung des Wohlstandsstaates, keineswegs als dessen Verneinung“ (53) erweisen.

1917, bei vergleichsweise unentwickelten Manipulationstechniken, konnte Lenin, an Marx' Analyse des bürgerlichen Parlaments erinnernd, bereits notieren, „auch in den allerdemokratischsten Republiken“ bestünde „das wirkliche Wesen des Parlamentarismus“ nur in der periodisch zu treffenden Entscheidung, „welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll . . .“¹. Die Leitlinie, die Agnoli für eine systemsprengende, organisierte „Fundamentalopposition“ (38, 73 f., 81) entwickelt, ist erheblich weniger eindeutig. Das allgemeine ökonomische *Fundament* aller Staatsverfassungen, die den Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital zum Ausdruck bringen, ist bei ihm nur als gleichsam selbstverständliche Voraussetzung erkennbar und mit jenen besonderen Mechanismen, die heute „den Herrschafts- und Repressionscharakter der Gesellschaft verhüllen“ (13), kaum noch notwendig verbunden. Der Verfasser sieht sich vielmehr einer „verdoppelten gesellschaftlichen Wirklichkeit“ (23) gegenüber: Polarität „nach wie

1 W. I. Lenin: Staat und Revolution, 9. Aufl., Berlin 1967, S. 49.

vor an der Basis der Gesellschaft“, aber staatlich koordinierter „Pluralismus auf der Distributionsebene“ (24). Letzterer sei etwa dadurch gekennzeichnet, daß „heutzutage“ für Unternehmerverbände der Zwang bestehe, den Konsumenten gegenüber konkurrierend aufzutreten (Kohle — Erdöl), während sie der organisierten Arbeiterschaft als Einheit begegneten. Abgesehen davon, daß hier ein *allgemeines* Charakteristikum des Kapitalismus (nämlich Konkurrenzkämpfe zwischen Unternehmern oder deren Verbänden um profitrealisierende Marktanteile bei gleichzeitiger prinzipieller Einigkeit in der Methode der Mehrwertaneignung) als Spezifikum eines „Oligopolkapitalismus“ auftritt, kommt die Analyse insgesamt in Schwierigkeiten beim Versuch, den der bürgerlichen Ideologie entlehnten Pluralismusbegriff kritisch gewendet dem eigenen Instrumentarium zuzuschlagen. Unbestreitbar nehmen die Interventionen des bürgerlichen Staates zugunsten von „Gruppeninteressen“ (gezwungenermaßen die proletarischen bereichsweise eingeschlossen) zu. Die klassenspezifischen Unterschiede ihrer Größenordnung erlauben jedoch noch immer, Verteilungsverhältnisse als „wesentlich identisch mit . . . (den) Produktionsverhältnissen“ oder „als eine Kehrseite derselben“² zu definieren.

Gelänge der Kunstgriff einer pluralistischen, gleichwohl kapitalistischen Distribution, wäre die „Verhüllung“ der Produktionsverhältnisse in der Tat perfekt, eine Neuauflage des offenen Faschismus kaum absehbar. Die verdoppelte Wirklichkeit erschiene selbst als manipulierendes Subjekt und, über jeden Versuch der konkreten Veränderung von Machtverhältnissen triumphierend, nurmehr als Ganzes bekämpfbar.

Den Verfall des demokratischen Bewußtseins im Spätkapitalismus untersucht Brückners Studie. Material findet er vor allem in öffentlichen und privaten Reaktionen auf die Westberliner Demonstrationen im Sommer 1967. Sein Motiv ist „Sorge um das Individuum“ (95) in einem System, dessen Trennung von Arbeitszeit und passivem Konsum vorbehaltener Freizeit den Zustand befestigt, daß „Klassen nur noch in der sozialen Wirklichkeit, nicht mehr im Bewußtsein Vieler“ (134) existieren. Die Unfähigkeit der Vielen, die fortdauernde „Differenz zwischen Glückserwartung und Erfüllung“ (100) zu vermindern, beschleunigt ihre Bindung an im Dienste der Herrschaft unablässig propagierte Über-Ich-Ideale. Ihre Aggression richtet sich gegen Versuche, bestehende Autorität theoretisch oder praktisch in Zweifel zu ziehen: „die Demonstration funktioniert wie eine Sonde, die eine Eihaut abzieht, unter der, fertig und voll entwickelt, das faschistische Syndrom längst bereitliegt“ (159).

Der Verfasser kennzeichnet seine Methode als „Politische Psychologie“, die sich „des Zusammenhangs zwischen der Lebensgeschichte der einzelnen Individuen und dem, was sie einander geschichtlich antun“ (94), bewußt ist. Zuweilen scheint es aber, als ließe seine Vor-

² Karl Marx: Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 3, in: MEW Bd. 25, S. 585.

gehensweise nicht mehr die Unterscheidung zwischen gesteuerten Bewußtseinsvorgängen und der Realität selbst zu, so z. B. wenn sich an die These, ein Stereotyp des Antikommunismus sei mit der aus sexueller Repression herzuleitenden Berührungangst verbunden, die Folgerung anschließt, „nur so“ lasse sich die Hallstein-Doktrin verstehen (160) — welchem psychotherapeutischen Eingriff ist demnach die „neue Ostpolitik“ zu verdanken?

Eine Schwäche der Argumentation zeigt sich auch dort, wo die Therapie der Politischen Psychologie ins politische Credo des Autors mündet. Es war und ist sicher nicht falsch, daß in der studentischen Linken oft die „humanen Impulse jakobinischer Verfassungen“ den Ausschlag geben, nur „modifiziert durch das Studium des Marxismus“ (93); es mag auch entlarvend sein, die bestehenden Zustände am Ideal „einer wahren bürgerlichen Demokratie“ (139) zu messen. Allzu unvermittelt heute Demokratisierungsforderungen einer „republikanischen Tradition“ (171) zuzuordnen, bedeutet aber zumindest Verschweigen jener proletarischen Tradition, die seit mehr als einem Jahrhundert für die Einlösung des Versprechens auch der bürgerlichen Revolution steht, ohne sich freilich darin zu erschöpfen.

Dieter Krause (Berlin)

Haug, Wolfgang Fritz: *Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten.* (es 236) Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1967/3., veränderte Auflage 1970 (159 S., kart., 4,— DM).

Eingangs wird der Vorwurf der „aus dem Zusammenhang gerissenen Zitate“ antizipiert: „Die Untersuchung isoliert die untersuchten Texte und interpretiert sie andererseits im Zusammenhang“ (12). Der Zusammenhang ist ein neuer, einer des Gerichts, das der Autor an ihnen vollstreckt. Das Gericht ist die Konstruktion, die den Stellenwert der angeführten Zitate aufblitzen läßt: jäh werden einzelne Sätze aus ihrem Kontext — den 1964 bis 1966 an deutschen Universitäten abgehaltenen Vorlesungsreihen über das Verhältnis von Universität und Faschismus — herausgerissen, ins Licht geführt einer Diskussion, die die Texte von sich aus nicht meinten und nicht ertragen. Nicht das einfache Bekenntnis ihrer Ohnmacht wird den Texten abgezwungen, sondern dieser Ohnmacht wird auf den Grund gegangen, den es als den „gesellschaftlichen Ort“ der Wissenschaft neuzubestimmen gilt: wenn Wissenschaft „sich nicht selbst aufgeben will“ (14). Sie zitierend, ruft Haug die halbherzigen, begriffstutzigen und hilflosen Phrasen beim Namen; und auf der Basis dieser bei ihrem Namen genannten „Hilflosigkeit“ (nicht nur die vergangene eines versäumten Antifaschismus!) kann eine sich ihres gesellschaftlichen Orts innegewordene Wissenschaft aufbauen. Damit überwindet die Schrift den „begrenzten Anlaß“ einer „Inhaltsanalyse“ und nimmt Züge an einer „Streitschrift“ (12). Aber die Militanz dieser Streitschrift ist exemplarisch gerade darin, daß diese sich in engster Konnexion mit den unter-

suchten Texten entfaltet: als Ergebnis des vermittelnden Eingriffs in die untersuchten Vorlesungen. Nicht klaffen in der wissenschaftlichen Militanz des Eingriffs wissenschaftliche Analyse und politisches Bescheidwissen lax auseinander, die, wenn sie sich nicht verbinden, Kennzeichen der analysierten Ohnmacht sind. Haugs Wissenschaft spricht mit politischer Zunge, spricht weder die analytische Metasprache der politischen Abstinenz, noch ist sein politischer Standort mit bloßer Gesinnung gleichzusetzen. „Gesinnungen‘ sind nicht unbedingt ein Forschungsgegenstand von zentralem Interesse“ (116). Nicht werden die deutschen Professoren, deren Äußerungen Gegenstand der Untersuchung waren, auf ihre jeweilige „Gesinnung“ befragt, die ohnehin die eines immer verkleideten Antifaschismus ist. Auf die Verkleidungen kommt es an — und auf das „Zusammenspiel sozialer Herrschaftsstrukturen und individueller Verhaltensdispositionen“ (116), welches Gesinnung erst entstehen läßt. Im Arrangement von antifaschistischer Bekundung, Bewältigungsgerede und faschistoider Disposition stiftet Haug Verwirrung. Und die sozialistische Hand des Störenfrieds operiert mit einer Wissenschaftlichkeit, die — dem Spruch die Treue haltend vom Sozialismus, der wissenschaftlich sein wird oder nicht sein — das Gerippe der bürgerlich-wissenschaftlichen Argumentation wie mit dem Seziermesser bloßlegt. Die Analyse katalogisiert statt der Bekenntnisse ihre Herstellung und Struktur, ordnet Motivkomplexe und Stereotype anstatt nach vordergründiger Faschismus-Feindschaft zu fragen, demontiert die bürgerliche Wissenschaftssprache der Faschismusabwehr, um versteckter Affinität auf die Spur zu kommen, entdeckt Kontinuität, wo offiziell Brüche gemeldet werden, und setzt Geschichtliches an Stelle des postfaschistischen Naturzustands: dem wird die eigene Melodie vorgespielt und dessen steinerne Selbstverständlichkeit zum Tanzen gezwungen. Die Melodie ist die der „politikfeindlichen Diktion“, die mit ‚Politik‘ sogleich Faschistisches oder Totalitäres meint. Dieser „untergründig die Diktion beherrschenden Tendenz“ wird der Kommentar beigegeben: „Daß der Nazismus das Wort („politisch“) monopolisierte, während er alle politischen Regungen unterdrückte und systematisch desorganisierte, wirkt in vielen Texten noch darin nach, daß ihm auch heute noch das Wort überlassen wird“ (69/70). Repräsentativ ist dieser Kommentar nicht nur seinem Sinn nach, er ist es auch in seiner Kürze, die — von Enthaltbarkeit gegenüber positiv gesetztem Sinn geprägt und auf Rückendeckung durch Sekundärliteratur verzichtend — im ganzen Buch vorherrscht.

Die verzeichneten „antifaschistischen Gegennamen“ bieten einen Überblick über die emotionalen oder distanzierenden Etikettierungen, die den Nationalsozialismus als „entartete Nachfrucht des 19. Jahrhunderts“, „das große Unglück“, „die ideologische Katastrophe“, „die Zeit der Gewaltherrschaft“, als „Rückfall in die Barbarei“, als „dieses düstere Kapitel der Geschichte unseres Volkes“ (29/30) beschwören und dessen analytische Durchdringung tabuieren. Das Panorama der in den hilflosen Benennungen etablierten Ohnmacht funktionierte der Autor zu einer negativen Fundgrube um, deren Plünderung mit ideo-

logie- und sprachkritischer Immanenz ein Bild des nicht weiterhin hilflosen Antifaschismus abgeben sollte. Der Prozeß dieser immanenten Kritik, der eine überaus präzise Schlaueit eignet, könnte jetzt fast als allzu immanent erscheinen; die Schlaueit jedoch deutet an, welcher Anstalten es damals bedurfte, um einen Antifaschismus überhaupt zu denken, dem nicht die Hilflosigkeit an der Stirn geschrieben steht. Haugs Forderung nach einem analytischen Begriff von Faschismus, „der zugleich die historische Verflechtung der heute analysierenden Wissenschaft mit ihrem Gegenstand in die Analyse einbegreift“ (33), wurde zu einer Zeit erhoben, als der radikal-demokratische Antifaschismus der Studentenbewegung sich noch nicht zur realen politischen Gewalt potenziert hatte. Als dies sich änderte, trug Haug dem Rechnung im Nachwort zur zweiten Auflage (1968), unter dem Titel: „Das Ende des hilflosen Antifaschismus“, ein Ende, das dem hilflosen Antifaschismus nicht als immanente Naturkatastrophe zuwuchs, sondern mit den Mitteln des historischen Kampfs angesagt wurde. Eine Beurteilung von Haugs „Streitschrift“ hat diese ihre Einbettung in der Geschichte des deutschen Antifaschismus zu berücksichtigen. Unfair, den Wert des Büchleins zur Irrelevanz einer solitären Position zu verdünnen, deren Überwindung im Nachwort der zweiten Auflage dokumentiert ist.

Geradezu unüberholbar wirkt an der nüchternen Argumentation vor allem pädagogische Brauchbarkeit auch jetzt. Die in der Schrift enthaltenen nützlichen Anweisungen haben pädagogische Qualität nicht nur, weil sie es auf Umerziehung einiger älteren Erzieher abgesehen haben, sondern weil sie eine Theorie vorbereiten, die als Theorie des Faschismus zugleich dessen Abwehr einleiten will. Diese Abwehr ist nicht Sache des Geistes. Immer wieder daran zu erinnern, „daß der Kampf primär nicht um Ideen, sondern um Herrschaftspositionen im Prozeß sozialen Wandels geführt wird“ (37), ist Herzstück der Arbeit, die einer falschen, idealistisch gewendeten und nicht umsonst gerade bei Wissenschaftlern beliebten Faschismus-Interpretation entgegenarbeitet. In der angestregten *oratio obliqua*, die die idealistische Gegenposition unaufhaltsam anführt, verteidigt Haug den anti-idealistischen Standpunkt bis zur zentralen These von der „mittelbaren Bedeutung von Geistigem“: „Wenn die fördernde Beziehung von Geistigem zum Faschismus, der Geistiges nur als Material kennt, untersucht werden soll, muß von der Voraussetzung ausgegangen werden, daß der Faschismus an Geistigem *niemals direkt* zu packen ist. Interessant ist also gerade die *mittelbare Bedeutung* von Geistigem für den Faschismus“ (47). An anderer Stelle: „Man könnte zugespitzt sagen, daß das ‚Direkte‘ theoretisch gerade uninteressant sei“ (65). Mit ‚Ideologie‘, mit Ideen setzen die von Haug analysierten Texte den Faschismus in *direkten* Bezug. „Indem Geistiges und Mentales ins Zentrum der Wesensbestimmung des Faschismus gestellt wird, schafft die Innerlichkeit sich ein Gegenstück nach ihrem Muster, wenn auch ein böses“ (42). „An den untersuchten Texten läßt sich insgesamt ablesen, in welchem Ausmaß der Begriff ‚Ideologie‘, quer durch die Fakultäten hindurch, in die allgemeine Wissenschaftssprache eingegangen ist. Wo

immer er auftaucht, ist Mißtrauen am Platz. Meist überdeckt er in begrifflicher Scheinpräzision eine diffuse Unsicherheit und Unverbindlichkeit“ (43). Dem hält Haug entgegen, daß „nur die Benennung der Mechanismen und Interessen sozialer Herrschaft die adäquate Antwort gibt auf das Problem“ (43), eine Benennung, die die herrschaftstechnische Funktionalität der faschistischen Ideologie in ihrer Widersprüchlichkeit enträtseln würde, statt Faschismus an der angeblichen Irrationalität seiner Ideologie zu messen. Kein theoretisches Gegenstück will der Autor zum Faschismus, sondern an die in ihm angelegten Widersprüche anknüpfen. Überhaupt ist der Autor mit ‚positiven‘ Ideen sparsam. Die Untersuchung insgesamt ist als ein theoretisches ‚Wegen Umbau geschlossen‘ zu charakterisieren; eine Theorie, geschweige denn eine Definition des Faschismus will sie nicht präsentieren, ohne zuvor die Überreste der älteren abgebaut zu haben. Die Funktion auch dieses Abbaus mag die des pädagogischen Effekts der Schrift gewesen sein: sie schafft den geschichtsästhetischen Wahn aus der Welt, „ein Führer sei plötzlich erschienen und habe mit einer Handvoll ‚Rabauken‘ ohne Mitwirkung von Interessierten und ohne sogenannten gruppenspezifischen, also klassenmäßigen Nutzeffekt ein ganzes Volk samt Finanzkapital und Schwerindustrie unterjocht“ — um eine Formulierung von Agnoli zu verwenden, die die abgegriffene Romantik einer wahnhaften Faschismus-Auffassung kritisiert. Der Abbau dieses vielgestaltigen Wahns setzt eine neue, noch zu entwickelnde materialistische Gegentheorie erst frei. Im Insistieren auf die bei den kritisierten Professoren als entscheidend gewertete „Unfähigkeit, das Interessenfundament sozialer Kämpfe zu erkennen“ (40), die Unfähigkeit, „gesellschaftliche Vorgänge als solche zu analysieren“ (63), „die beteiligten Begriffe in der Sprache sozialer Interessen und Interessenkonflikte zum Sprechen zu bringen“ (65), „gesellschaftliche Prozesse wissenschaftlich wahrzunehmen“ (87), sichert Haug den Rahmen für die bessere Einsicht ab. Quer durch ein dichtgewobenes Zitaten-Netz weisen viele Sätze des Büchleins den Weg dorthin, die, herausgelöst, einen Katalog materialistischer Sprüche ergeben würden, der faschistoide Dispositionen energisch durchbricht. Eine Definition enthalten sie negativ: „Der Geist des Faschismus war nicht der einzige Geist der Zeit“ (86) — den anderen — antifaschistischen — versuchte Haugs Analyse zu retten, keineswegs als bloßen positiven Wert, sondern als Geist, der die konkreten Interessen der Arbeiterklasse decken möchte. Dies hätte die damalige Geisteswissenschaft als Blamage gewertet, reduzierte sie sich doch „auf die Produktion und Einübung von Abwehrhaltungen gegen Materialismus, Aufklärung, Demokratie und zumal gegen Arbeiterbewegung und Sozialismus“ (47), während umgekehrt gerade das Bündnis der Ideen mit derart konkreten Interessen die einzige Chance ist für die Intelligenz, sich nicht zu blamieren. Ihn variierend, zitiert Haug einen Satz von Marx, der den Punkt trifft: „Die Ideen blamieren sich (...) in der Geschichte überall dort mit Notwendigkeit, wo nicht kräftige soziale Interessen sich in ihnen ausdrücken“ (106). Dem in ihrer Ideenproduktion auszuweichen, stempelt die Mehrzahl der kritisierten Vorlesungen

zur Ideologie, die vielfalls schon bloßes Zitieren als solche demaskieren konnte. Die weitere Demaskierung lieferte Haugs differenzierte Wissenschaftskritik: nicht auf den Kraftakt einer Abfertigung des Professorenverstands zielte sie ab; nicht wird es den armseligen Wissenschaftlern angelastet, daß Wissenschaft den „Rückzug in unpolitische und überzeugungsfreie Wertlosigkeit und damit in den Dezisionismus der Anpassung“ (81) weiterhin praktiziert. „Der Akzent liegt ganz auf der autonomen Seite von Gedanken“ (83). Daß sie die Ursachen der analysierten Hilflosigkeit zugleich als die Hilflosigkeit der Wissenschaft überhaupt aufdeckte, ist eine weitere Qualität der Schrift und eine pädagogische wiederum. Klassizität darf das Büchlein beanspruchen gerade wegen dieser pädagogischen Nützlichkeit.

Michel van Nieuwstadt (Nijmegen)

Dahle, Wendula: *Der Einsatz einer Wissenschaft. Eine sprachinhaltliche Analyse militärischer Terminologie in der Germanistik 1933—1945.* Verlag H. Bouvier u. Co., Bonn 1969 (309 S., kart., 44,— DM).

Die Arbeit trennt sich in einen theoretischen Teil und eine reichhaltige Dokumentation, die „sämtliche Zitate aus Einzelschriften, Sammelbänden und Zeitschriften (auf)führt, die dem theoretischen Teil der Arbeit als Material zugrunde liegen“ (141) und samt Quellenachweis und Bibliographie den größten Teil des Buches ausmacht. Ein ‚Schlagwortregister‘ und ein ‚Alphabetisches Autorenverzeichnis mit biographischen Angaben‘ komplettieren den Dokumentationsteil. Die ‚Schlagworte‘ sind die der Germanistik 1933—1945, die alphabetisch verzeichneten Autoren ihre damaligen Verwender. „Das Schlagwortregister im ganzen ist geeignet, einen Überblick darüber zu geben, auf welche Weise und in welchem Umfang Wissenschaftler sich einer in Wortwahl und Metaphorik normierten Sprache bedienen, mit der sie teils offen nationalsozialistische Ideologie und Politik propagierten, teils jeweils nur einzelne Elemente dieser Ideologie aufnahmen, die sich jedoch einem für den nationalsozialistischen Staat konstitutiven komplexen System inhärenter Wertungen widerspruchslos einfügten“ (143). Worüber das ‚Schlagwortregister‘ bloß den Überblick bietet, das sucht der erste, theoretische Teil auf den kritischen Begriff zu bringen.

Am Versuch Wendula Dahles, die Frage nach der auch sprachlichen Nachweisbarkeit eindeutiger Komplizenschaft der germanistischen Professoren und des Deutschunterrichts 1933—1945 mit dem Nationalsozialismus zu beantworten, fällt zunächst auf, daß ihre Arbeit theoretisch über den Beleg dieser Komplizenschaft, die handgreiflich ist und der weiteren Belege wohl nicht mehr bedürfte, kaum hinausgelangt; neu an der Untersuchung allerdings ist, daß sie es möglich macht, das Bild der genannten Komplizenschaft dahingehend auszuweiten, daß jetzt auch anhand von sprachlichen Übereinstimmungen — des Wortschatzes etwa — das generelle Bild einer ‚gleichgeschalteten‘ Germani-

stik festgestellt ist. Hier interessiert jedoch weniger dies *thema probandum*, sondern vielmehr wäre die Relevanz gerade dieses Teilthemas zu befragen, wären Methode und Kriterium, kurz: die Beweisführung selbst zu prüfen.

Die Blickrichtung der Arbeit nun ist die einer sich mit der eigenen Vergangenheit kritisch beschäftigenden, aber doch traditionellen Germanistik, die als ihr Ideal eben die Autonomie setzt, deren sie in der NS-Zeit verlustig gegangen war und deren Verfall als ein Charakteristikum ihrer damaligen Entwicklung studiert wird. Das Leitbild der autonomen Germanistik zeichnet sich nur hintergründig ab, — eine zentrale Stelle der Arbeit jedoch hätte ohne dieses Leitbild nicht folgendermaßen formuliert werden können: zu den ‚nicht soldatischen Bereichen‘, „in die der Wortschatz des militärischen Feldes eingedrungen war . . . gehörte auch die Germanistik im Dritten Reich. Man kann feststellen, daß Begriffe wie Kampf, Held, Einsatz, Haltung, Front, Schlacht, Krieg u. a. m. von vielen Vertretern dieses Faches offensichtlich in der Absicht verwendet wurden, den direkten Bezug zum militärischen Bereich herzustellen; das wird besonders in den Fällen deutlich, in denen Bilder und Termini des militärischen Feldes in Zusammenhängen auftauchen, die den Gebrauch militärischer Wendungen nicht erfordern“ (29). So zehrt, wenn sie sich festmacht an einem ‚Einbruch‘ militärischer Terminologie in die Germanistik, die Beweisführung doch von der zweifelhaften Vorstellung, faschistische Inhalte seien von außen in die damalige Germanistik eingedrungen. Faschistische Prädispositionen, die die Germanistik oder einzelne Wissenschaftler vor 1933 aufbereiteten, werden kaum beachtet; vom ‚militarisierten‘ Rahmen des vorkaschistischen Schul- und Hochschulunterrichts nicht gesprochen. Im wesentlichen kritisiert die Untersuchung nichts anderes als „die ‚illegitimen Übertragungen‘ militärischer Terminologie auf Gegenstand und Methode germanistischer Arbeiten“ (65).

Unterstellt wird die ‚neutrale‘ Wissenschaftssprache der vorkaschistischen, bürgerlichen Germanistik. Bei den vier Wörtern ‚Kampf‘, ‚Held‘, ‚Einsatz‘, ‚Haltung‘, die die Autorin einer detaillierten Inhaltsanalyse (vgl. 30—62) unterzogen hat, wird notiert: „Es handelt sich um Ausdrücke, deren Bezug zum kämpferischen bzw. soldatischen Bereich nie gelöst wurde; sie wurden . . . als ausdrücklich positive Werte verstanden, da sie einen Bereich repräsentierten, der für das menschliche Verhalten und für die Ordnung gesellschaftspolitischer Komplexe als beispielhaft galt. Diese Begriffe . . . drückten normierte Mentalitätsinhalte aus. Durch die erneute Reduzierung auf ihre ursprüngliche Bedeutung standen diese Wörter nicht mehr im ‚bedeutungsfreien Bereich“ (29 f.). Und an anderer Stelle: „Bei den vier in dieser Arbeit untersuchten Begriffen . . . handelt es sich um Sprachmaterial, das durch die Militarisierung aller Lebensgebiete im Dritten Reich seine *Neutralität* (!) verloren hatte“ (62). Zu ihrem Zweck hatte die Autorin den etwas faden Versuch zu unternehmen, zwischen normalem *civil fall-out* des militärischen Wortschatzes in der ‚zivilen‘ Sprache und einer Überschreitung der Grenzen dieses Normalen zu unterscheiden (23—30). — In der ‚Einleitung‘ rangiert „die sonst für wissenschaft-

Seite
fehlt

Seite
fehlt

Seite
fehlt

Seite
fehlt

Seite
fehlt

Seite
fehlt

Seite
fehlt

Seite
fehlt

Seite
fehlt

Seite
fehlt

Seite
fehlt

Seite
fehlt

Seite
fehlt

Seite
fehlt

Seite
fehlt

Seite
fehlt

„eine ausreichende Sachkenntnis und fundierte Unterlagen fehlten“ (VIII). Damit aber wird objektiv von vornherein auf die Lösung des Problems der Willensbildung verzichtet und auch die Strukturuntersuchung in ihrer Zielstellung wesentlich eingeschränkt.

Das nationalsozialistische Machtsystem ist eine hochgradig formierte und staatsmonopolistisch strukturierte Gesellschaft, in der nicht nur das Monopolkapital mit dem Staat engmaschig verflochten ist, sondern wo sich die Exekutivorgane des Staates gegenüber der Legislative verselbständigen und es dabei zu einer engen Verflechtung zwischen Großindustrie, faschistischer Partei und diesen Exekutivorganen kommt. Um diese komplizierte Struktur und ihre Funktion und dazu noch in den einzelnen Entwicklungsstadien ihrer Herausbildung zu verstehen, kann sie in ihrer jeweiligen historischen Situation nur komplex analysiert werden. Doch Diehl-Thiele konnte sich zu einer derartigen historischen Analyse nicht durchringen. Er geht von der Totalitarismus-Doktrin Buchheims aus (27 f.) und findet so mit seiner Konzeption nicht den Ansatz der eigentlichen Tiefenproblem-Stellung. Damit liefert das Buch nur in Detailuntersuchungen bemerkenswerte Ergebnisse, ohne jedoch diese ausnutzen zu können, um zu einer fundierten Machtanalyse des Nationalsozialismus vorzudringen. Das ist eigentlich sehr zu bedauern, da sich der Autor durchaus als Sachkenner der Materie auszuweisen vermag.

Die nationalsozialistische Partei, die durch einen Kompromiß bei der Hauptmonopolgruppen Schwer- und Chemieindustrie und infolge der Schwäche der demokratischen Kräfte die politische Macht in Deutschland übernehmen konnte, vermochte den Rivalitätskampf zwischen den beiden großindustriellen Konzeptionen und Machtgruppierungen niemals zu egalisieren. Bei der nach 1933 rasch zunehmenden Verflechtung von Großindustrie, Staat und Partei kam diese Rivalität bald zum Ausbruch. Da aber Diehl-Thiele diesen gesellschaftlich tragenden Hintergrund nicht zu erkennen vermochte, blieb ihm die ganze Struktur- und Machtdynamik zwischen Partei und Staat und ihre jeweilige Gewichtung im Gesamtherrschaftssystem unverständlich. Er mußte das ganze Problem aufgrund seiner Totalitarismus-Konzeption statisch sehen und als einen Machtkampf zwischen Partei und Staat deuten. Damit aber reduziert er den ganzen vielschichtigen Prozeß auf einige vordergründige Erscheinungen und verschiebt damit die ganze Problematik der inneren Machtstruktur. Infolgedessen vermag der Autor einige dieser Tiefenstruktur-Probleme und Machtkämpfe auch gar nicht zu erkennen. Unbeantwortet muß daher bleiben, warum sich bestimmte Rivalitäten entwickelten und welche Auswirkungen sie hatten, sowohl in der Willensbildung als auch in der ihr dienenden Machtstruktur. Da überhaupt nicht angedeutet wird, daß es zwischen den beiden stärksten Gruppen der Industrie einen Rivalitätskampf um die Führung in der Gesellschaft gab, der 1934 erst zugunsten der Schwerindustrie, 1936 schließlich zugunsten der Chemieindustrie entschieden wurde, bleiben die einzelnen Kapitel, so materialreich sie auch sind, ohne inneren Zusammenhang. Selbst in den einzelnen Kapiteln, wo Diehl-Thiele Hitlers Taktik und

Technik der Herrschaftsausübung (prinzipiell in der Einleitung, an verschiedenen konkreten Beispielen in den folgenden sechs Kapiteln) zu belegen sucht, trennt er nicht scharf Ursächliches von Abhängigem. Das trifft besonders dort zu, wo sich die großindustriellen Rivalitäten innerhalb der Partei selbst vollzogen oder sogar als Gegensatz zwischen Partei und Staat erscheinen. Freilich, der Gesamtprozeß ist tief gestaffelt und widerspruchsvoll, und es ist sehr kompliziert, hier hineinzuleuchten. Außerdem mag eingewandt werden, daß sich ja Diehl-Thiele von vornherein abgegrenzt hat, wozu also derart hohe Anforderungen stellen. Hier muß aber gesagt werden, daß gerade diese Abgrenzung den Widerspruch des Rezensenten provoziert, denn die Akribie Diehl-Thieles hätte im Interesse der Lösung des angeschnittenen Problems diese Abgrenzung nicht zulassen dürfen. Der Historiker kann sich eben von der Untersuchung primärer Gewichtungen nicht befreien, wenn er zur historischen Realität und zur lebenswahren Dynamik vordringen will, er darf nicht ausweichen und sich in eigene Konstruktionen zurückziehen.

Unter Berücksichtigung dieser prinzipiellen Einwände soll vor allem auf den hohen Informationsgehalt des sechsten Kapitels verwiesen werden. Doch auch hier bleiben wichtige Quellen ungenutzt (wie es der Autor überhaupt verschmähte, das Material der Nürnberger Prozesse gründlich auszuwerten) und damit wesentliche Zusammenhänge unklar. Das Ausweichen in storyhafte Details und bildhafte Vergleiche kann diese Schwächen weder ausgleichen noch vertuschen. Daß Diehl-Thiele sich dem konservativen Literatur-Kartell unterordnet und nicht wagt, marxistische Literatur anzugeben und sich mit ihr auseinanderzusetzen, hat letztlich seiner Arbeit nur geschadet. Insgesamt kann man die Arbeit nur wegen ihrer Materialfülle heranziehen.

Eberhard Czichon (Berlin)

Mommsen, Hans: Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik. Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 13. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1966 (246 S., Pb., 9,80 DM).

Sowohl grundsätzliche Vorzüge als auch Fragwürdigkeiten dieser Publikation lassen sich schon andeutungsweise erkennen, wenn man ihre deklarierte Ausgangsposition bedenkt. Der Verf. will die inneren Probleme des „Dritten Reiches“ untersuchen, deren Erforschung er angesichts einer immer noch gängigen pauschalen Totalitarismustheorie zu Recht als mangelhaft bezeichnet. Dabei schickt er voraus, daß der NS-Staat „kein monolithisch strukturiertes, von einheitlichem politischen Willen durchströmtes Herrschaftsgebilde“ (18) gewesen sei. Vielmehr habe er ebenso auf traditionellen Elementen beruht, wie er diese auch parasitär ausnützte und zersetzte (ebd.). Somit wird das wachgerufene Interesse an der Anatomie des herrschenden deutschen Faschismus abstrakt auf „Elemente“ und kon-

kurrierende Machtgruppen fixiert, welche dann in die Kategorien Staat und Partei gefaßt werden, ohne daß ihr materialer Gehalt, ihre sozio-ökonomischen Hintergründe und Vermittlungen diskutiert oder erwähnt würden.

Anhand von ca. 50 ungedruckten, nur intern zugänglich gewesenen Aktenstücken breitet M. den steten Kleinkrieg zwischen der höheren Reichs- und preußischen Ministerialbürokratie einerseits und der NSDAP — hier besonders vertreten durch die Dienststelle des „Stellvertreters des Führers“, später die Parteikanzlei Martin Bormanns — andererseits aus. Die Ansprüche letzterer auf personalpolitische Kontrolle der Beamtenschaft, bevorzugte Behandlung von ihr angehörenden Staatsbediensteten und zahlreiche Kompetenzkonflikte bezeichnet Verf. als Ausfluß mangelnden Sinns des NS für staatliche Ordnung und Organisation sowie Bürokratie überhaupt (20, 64). Desgleichen hätten das a-staatliche Denken Hitlers (121), dazu sein und der Partei Desinteresse an definitiven Kompetenzfestlegungen (98 f.), zu einer institutionellen Verwirrung geführt, die sich leistungsmindernd auswirken sollte (31). Dies ist im Sinne formeller Rationalität sicher nicht falsch; doch bleibt hier zu fragen, ob der auf dem Beamtentum beruhende Anstaltsstaat preußischer Prägung mit seiner für die Verwaltungskontinuität erforderlichen Bindung an selbstgesetzte rechtliche Normen nicht gerade zum Hemmnis für das deutsche Monopolkapital in der damaligen Situation geworden war und vielmehr irrationalistischer Dezisionismus seinem politischen Überbau besser entsprach. (Vgl. Franz Neumann, *Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft in: Demokratischer und autoritärer Staat*, Frankfurt/M., 1967, S. 67 ff.) Die von M. betonte „fortschreitende Zersetzung des überkommenen Obrigkeitsstaates“ (13) unterm Faschismus beruht wohl auch auf dieser Dialektik.

So blieb die Beamtenschaft ein Stabilitätsfaktor, zumal verschiedene den öffentlichen Dienst regelnde Gesetze ihre Struktur kaum veränderten (59), und die Geschichte ihrer „Selbstbehauptung“ (15) bestand darin, daß sie Vollstrecker und partiell Gegenspieler sein konnte; letzteres nur in dem Maße, wie sie manche selbstzerstörerische Tendenzen des Regimes hemmte und somit wieder ihre herkömmliche Pflicht erfüllte. Hitlers Befürchtungen auf Sabotage (146) blieben unbegründet. Der Verfasser meint, das im Liberalismus verwurzelte traditionelle Berufsbeamtentum sei in der pluralistischen Industriegesellschaft schon vor 1933 überholt gewesen (24). Hätte er statt dessen von der antagonistischen Klassengesellschaft gesprochen, so wäre die Problematik wohl offenkundiger. Immerhin macht diese nützliche Veröffentlichung unausgesprochen deutlich, daß die Integration von Staat und Gesellschaft im Faschismus nicht mittels eines homogenen Beamtentums erfolgte, wie konservative Ideologen hofften (vgl. die *Schulenburg-Denkschriften* 137 ff., 146 ff.); dies schon aus dem Grunde, weil die gesellschaftliche Reproduktion kaum auf primär politisch-institutionellem Wege erfolgt.

Michael-Viktor Graf Westarp (Berlin)

Conway, John S.: Die nationalsozialistische Kirchenpolitik 1933 — 1945. Christian Kaiser Verlag, München 1969 (383 S., geb., 32,— DM/Ln., 35,— DM).

Es handelt sich um die erste Gesamtdarstellung des Themas. Der Autor, Historiker in Vancouver (Kanada), vermeidet viele apologetische Geschichtsfälschungen, wie sie bisher üblich waren. Er gibt zu, daß es den Kirchen fast nur um kirchliche Interessen ging (104 f.), daß selbst Gegner der NS-Kirchenpolitik Anhänger Hitlers waren und daß sich auch die Bekennende Kirche oft sehr faschismusloyal verhielt (22). Conway nimmt Rücksicht auf innere Widersprüche in der NS-Führung (Ribbentrop, Goebbels und Rosenberg auf dem gemäßigten, Himmler, Heydrich und Bormann auf dem radikalen Flügel in Fragen der Kirchenpolitik). Der Kampf gegen die Kirchen habe 1936/37 seinen Höhepunkt erreicht (160). Dieser Kampf (176—180), vor allem in der Form von Sittlichkeitsprozessen und Pressekampagne, scheint mehr Gewicht zu haben als die Ermordung von Tausenden von Geistlichen und Kirchenmitgliedern in den seit 1939 besetzten Gebieten. Wie wenig erfolgreich die NS-Kirchenpolitik war, ließe sich daraus sehen, daß auch 1939 95 % der Deutschen sich als eingeschriebene Mitglieder der christlichen Kirchen bekannten (247).

Widersprechende Reste der älteren Forschung blieben erhalten: die Bekennende Kirche sei der NS-Tyranei unerschütterlich entgegengetreten (12) und Hitler habe für die Kirchenpolitik ein klares Konzept gehabt (116 f.; die Leugnung dieser These, 121). Auch sind viele Lücken geblieben. Keine Spur von sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, von Großindustrie und Banken. Unterstützung erfährt der NS nur durch die Wähler (31), natürlich nicht durch das Kapital. Der Faschismus entspringt direkt Hitlers Kopf. Eine Begründung für den Antisemitismus, den Nationalismus, den Antiklerikalismus fehlt, die vom Himmel in das Blickfeld des erstaunten Archivars fallen. Die religiöse Nabelschau Conways geht so weit, daß er die Selbstaflösung der katholischen Gewerkschaft am 3. Mai 1933 erwähnt (82), ohne die Mitteilung, daß die nichtchristlichen Gewerkschaften am Tag vorher durch die Faschisten zerschlagen worden waren. Conway unterschlägt den radikalen Flügel in der Bekennenden Kirche, z. B. die Kirchlich-theologische Sozietät in Württemberg, und bleibt auf die Märtyrer Bonhoeffer, Niemöller u. a. fixiert (siehe das theologische Loblied auf die Märtyrer, 352). Es fehlt eine angemessene Berücksichtigung der faschistischen Theologieprofessoren, die durch die Erziehung des Nachwuchses von großer Bedeutung waren (vgl. Braune Universität, Deutsche Hochschullehrer gestern und heute. Hrsg. von Rolf Seeliger. 6 Hefte. München 1964—68). Ein weiterer Mangel ist die fehlende Differenzierung nach den Regionalverhältnissen. Insgesamt bleibt unklar, warum die Geschichte der NS-Kirchenpolitik so und nicht anders verlaufen ist. Sie lief eben so. Hier rächt sich, daß Conway den Zusammenhang der Kirchenpolitik mit der allgemeinen Entwicklung des NS aus dem Blick verlor.

Den roten Faden der Darstellung bildet eine kirchentreue, apologetische Haltung. Der Kirchenkampf richtete sich nach Conway gegen

eine Elite (10). Die Barmer Erklärung aus dem Jahr 1934, die übrigens im Entwurf Karl Barth alleine schrieb (vgl. 15), sei „zum theologischen Rettungsanker in der stürmischen See“ geworden (104). Das Widerstandszeugnis weniger Kirchenmänner habe die Kirchen vor dem gänzlichen Abfall bewahrt (194). Conway interessiert sich nicht für Widerstandskämpfer aus den untersten Schichten der Kirchen. „Ihr (Bonhoeffers und Delps, HGH) Schicksal und das vieler anderer Christen, die nach dem 20. Juli 1944 hingerichtet worden sind, ist ein stichhaltiger Beweis für die unversöhnliche Feindschaft des NS gegen die Kirchen“ (304). Das genügt Conway. Seine Apologetik findet ihre Unterstützung in der Ideologie der herrschenden Klasse. Der Tod der Soldaten im Ersten Weltkrieg war ein „tragisches Opfer“ (26). Dann kam mit Hitler genau der Richtige: „Als nun Adolf Hitler in Deutschland mit einem Programm und Versprechungen auftrat, die darauf ausgerichtet waren, bei den Gescheiterten und Entmutigten Anklang zu finden, war die Zeit reif dafür, ihm Vertrauen zu schenken . . .“ (27). Aber mehr als die Hälfte des deutschen Volkes war anderer Meinung als Conway. Nur gibt es für ihn keine Bedürfnisse und Hoffnungen auf der Linken. Es versteht sich, daß der NS durch und durch revolutionär war (41, 47, 51, 62, 110, 122, 136 usw.). Seine Kirchenpolitik habe die Hebertisten, den militant-atheistischen Flügel der französischen Jakobiner, zum Vorbild gehabt (344 f.). Durch keine Quelle ist diese Theorie zu stützen. Jakobinermütze gleich Braunhemd, so hat mans gerne bei der herrschenden Klasse. — Weiter wollte Hitler die alte Gesellschaftsordnung stürzen, die freilich ohne ökonomische Fundierung gewesen zu sein scheint. Hitler war getrieben von Machthunger (61, 89, 118) und schuf eine neue deutsche Volksgemeinschaft (87), die in den Nationalsozialisten Vorkämpfer eines neuen weltanschaulichen Machtfaktors in der europäischen Kultur gehabt hätte (160). Hitler sei vergöttlicht worden (161), der NS eine Ersatzreligion, ein Götzendienst usw.; nur sei die NS-Führung zu echter Hingabe an Hitler nicht fähig gewesen (166).

Conways Buch ist dünnpfliffig. Eine historische Arbeit kann man dieses Theologisieren nicht nennen. Selbst die Darstellung der NS-Weltanschauung (161—176) ist untauglich. Es fehlen Quellen- und Literaturverzeichnis. Der Abdruck von bisher unveröffentlichten Dokumenten (364—379) verbessert dieses Buch kaum.

Hellmut G. Haasis (Tübingen)

Deschner, Karlheinz: Kirche und Faschismus. Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1968 (94 S., brosch., 6,80 DM).

Der Titel der Broschüre — es handelt sich um eine Kurzfassung von Deschners „Mit Gott und den Faschisten“ (Stuttgart 1965; dort mit Quellenverweisen) — müßte eher „Vatikan und Faschismus“ lauten, denn von der protestantischen Kirche erfährt man fast nichts. Die Arbeit bietet viel Material, vor allem Zitate, die die vatikanische

Duldung und Rechtfertigung der Ermordung von Millionen Menschen belegen. Freilich bleibt diese Anklage gegen die Kumpanei von Faschismus und Kirche politisch ohnmächtig, da die Darstellung sich fast ausschließlich auf faschistische Äußerungen, nicht aber auf die gesellschaftliche Interessenidentität von Faschismus und Kirche stützt; sie ermöglicht so auch nicht, die heutigen Friedenspredigten des Vatikans auf die Fortdauer der Interessenidentität von Kirche und Kapitalismus bzw. Imperialismus zu beziehen.

Deschners Arbeitsweise (Auszüge aus Reden, Schriften und Briefen) fixiert das Problem auf Personen, besonders auf die Päpste Pius XI. und Pius XII., was das Problem ebenso verharmlost wie die Definition des Faschismus als Cliquenbildung politischer Berufungsverbrecher. Zudem können viele der Zitate die persönliche Beteiligung nicht einmal beweisen, da auch gegenteilige Äußerungen beigebracht werden können. Die Kirche setzt immer auf mehrere Pferde, damit sie auf jeden Fall vorne bleibt. Deschner fehlt jegliche sozialwissenschaftliche Fundierung. Unerklärt bleibt bei ihm, was den Faschismus ermöglichte und welche Voraussetzungen der christlichen Religion zur Haltung des Vatikans führen konnten. So sehr Deschner die Kirche anklagt, kommt diese doch noch einmal glimpflich davon, da ihre gesellschaftliche Grundlage und die dazu passende religiöse Konzeption im Dunkeln bleiben. Deschner erkennt wohl, daß der Spanische Bürgerkrieg kein Religionskrieg war (25), verschweigt aber, was er sonst war. Solange die Empörung über den Faschismus und dessen religiöse Kollaborateure nicht über persönliche Vorwürfe und Rechtskategorien zu sozialwissenschaftlichen Analysen vordringt, können beide, Faschismus und Kirche, notfalls in einer modernisierten Form, fortexistieren.

Hellmut G. Haasis (Tübingen)

Brandenburg, Hans-Christian: Die Geschichte der HJ. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1968 (348 S., Ln., 24,— DM).

In der hier vorliegenden Studie versucht Brandenburg nicht nur „eine kritische Geschichte der HJ vorzulegen“ (11), sondern „darüber hinaus ... die Entwicklung der jungen Generation zwischen den beiden Kriegen (zu) skizzier(en)“ (11). Dies ist aber insofern unzutreffend, als er sich fast ausschließlich mit den organisierten Teilen der Jugend beschäftigt. Welchen Teilen der Jugendbewegung neben der HJ dabei seine besondere Aufmerksamkeit gilt, verdeutlicht ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis: Der „bündischen Jugend“ widmet er 44 Seiten, den konfessionellen Jugendverbänden 20 Seiten und der Studentenschaft mit 12 Seiten immer noch eine Seite mehr als den Organisationen der Arbeiterjugend. Dies steht fast im umgekehrten Verhältnis zur organisatorischen Stärke und politischen Bedeutung der angeführten Jugendorganisationen. Noch deutlicher wird dieses Mißverhältnis, wenn er über den Widerstand gegen das NS-Regime schreibt: Der „bündische Widerstand“ füllt 24 Seiten, der der Arbeiterjugend 3 (!) Seiten. „Eine eindeutig feindliche Einstellung zur HJ und zum Streifendienst“ (212)

oder das Singen verschiedener Lieder wie: „Rübezahl, Dir will ich's klagen: / Land und Volk sind nicht mehr frei. / Schwingt die Keulen wie in alten Tagen, / Macht die bündische Jugend frei!“ (304) als Widerstandshandlungen zu klassifizieren, zeigt ein bemerkenswertes Ausmaß an Realitätsverlust. Da ihm die politischen Implikationen der verschiedenen Jugendverbände analytisch nicht zugänglich sind und er nur das „Sendungsbewußtsein der jungen Generation“ (17), die „Ablehnung alles Alten“ (17), kurz, den sogenannten Generationskonflikt sieht, erscheint ihm auch Hitler als „moderner Rattenfänger von Hameln“ (21), der die „Einsatzbereitschaft“ (21) der Jugendlichen mißbrauchte. Den Unterschied zwischen der HJ und der „bündischen Jugend“ kann Brandenburg daher nur in formalen Kategorien, nämlich der Abhängigkeit und der Unabhängigkeit von Parteien, „alten Herren“ etc., fassen. Somit wird 1926 für ihn zum entscheidenden Datum, das den Übergang der HJ „vom freien Jugendbund zur doktrinären Parteijugend“ (30) markiert, da damals die Befehls- und Entscheidungsgewalt an die NSDAP überging.

Da Brandenburgs Faschismusbegriff der des Totalitarismus ist (z. B. 119, 139) tauchen nicht nur alle längst bekannten Stereotypen westdeutscher Historiographie, wie „Führerpersönlichkeit“ (20), „Dämonie“ (132)* der „Mißbrauch der Vaterlandsliebe“ (177) und schließlich das große Wundern, wie denn das alles so kam (141) auf, sondern kann er auch die wesentlichen Probleme der HJ, wie Struktur Funktion und Ideologie dieser Bewegung, nicht thematisieren.

Die Bilanz, die Brandenburg zieht, sieht auch danach aus: „Sie (die HJ) hatte als Kampfjugend des Jung-Nationalsozialismus (!) begonnen, die nach der Machtübernahme Hitlers zur Staatsjugend wurde und die Freiheit (!) an die Macht verkaufte“ (234).

Karl Unger (Marburg/Wien)

Müller, Klaus-Jürgen: *Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933—1940* (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte Bd. 10). Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart 1969 (700 S., Ln., 38,— DM).

Die materialreiche und methodisch reflektierte Untersuchung versteht sich als Beitrag zur Geschichte des militärischen Widerstands im Faschismus (vgl. insbes. Kap. V—VIII, 205—377). Sie bemüht sich um den Abbau des Rankenwerks von Fehlinterpretationen und Legenden, die eine weitgehend apologetische Literatur um die faschistische Wehrmacht und insbesondere Figuren wie Beck und Fritsch gewunden hat¹. Die eingehende Analyse der innermilitärischen Befehls- und

* Zu „Führerpersönlichkeit“ und „Dämonie“ vgl. die betreffenden Exkurse in „Das Argument“ 33, S. 7—10 bzw. 13—17.

1 Symptomatisch dafür ist das mehrfach wiederaufgelegte Buch von Wolfgang Foerster, *Ein General kämpft gegen den Krieg*: Aus nachgelassenen Papieren des Generalstabschefs Ludwig Beck, München 1949.

Machtstruktur (143 ff., 205 ff.), die freilich die Spannungen zwischen Heeres- und Wehrmachtsführung überbewertet, und die Interpretation der Denkschriften Becks aus den Jahren 1937 und 1938 (222 ff., 301 ff.) fördern Einsichten zutage, wie sie eine unvoreingenommene Lektüre der Quellen ohnehin hätte nahelegen müssen. Zugestanden wird, daß die Ablehnung der faschistischen Expansionspolitik durch das Militär nicht „prinzipieller, sondern relativer Natur“ (236) war; daß Opposition dergestalt auf „Opposition aus Opportunität“ (251) sich beschränkte. Im Hinblick auf Beck konstatiert Müller „prinzipielle Übereinstimmungen mit einigen Vorstellungen Hitlers“ (250), eine vorbehaltlose Anerkennung der „Notwendigkeit und Berechtigung einer Revisionspolitik, mehr noch: einer nationalstaatlichen Expansions- und Machtpolitik“; Becks Vorbehalte beschränkten sich auf die derzeitige „Durchführbarkeit“ und „Opportunität“ einer solchen Politik (251). Auch für den vagen Plan einer kollektiven Rücktrittsdrohung der Generalität im Sommer 1938 gilt: „Die Person des Staatsoberhauptes war für Beck damals bei aller unverhohlenen, heftigen Kritik noch unantastbar ... Es ging für ihn ... nicht um das politische System überhaupt, sondern um die Reform dieses Systems“ (328). Müller charakterisiert denn auch die Pläne Becks euphemistisch und ohne Gespür für die Dialektik seiner Argumentation als „Reformprogramm“ (329). Und in der Tat bleibt der Verfasser auch für die Folgezeit den Nachweis tatsächlichen „Widerstandes“ schuldig (345 bis 573 für den Zeitraum von 1938 bis Anfang 1940). Bezeichnend für die Methode dieser sublimen Form wissenschaftlicher Apologetik ist dabei, daß es ihr dennoch gelingt, der Reflexion über den Sinn der eigenen Fragestellung auszuweichen. Die Tatsachendarstellung enthüllt sich deshalb bei näherem Zusehen als Produkt einer methodischen Defensivstrategie, die beständig Teilwahrheiten für die ganze Wahrheit verkauft. Im einzelnen lassen sich vier Argumentationsebenen unterscheiden.

1. Die Kritik der offenkundigsten Schwächen. Hierzu zählt in erster Linie das Staats- und Gesellschafts„ideal“ des Militärs. Müller läßt keinen Zweifel daran, daß er das „Wunschbild eines starken, straff autoritär geführten, nationalistischen Machtstaates“ (41) verurteilt und keinerlei Sympathie für die Neigung des Militärs zum „autoritär strukturierte(n) Obrigkeitsstaat“ (21) hegt. Die prinzipielle Verwandtschaft solcher Vorstellungen mit faschistischen wird nicht gelehnet.

2. Die Konstruktion einer „defensiven Mentalität“ des Militärs. Dadurch soll der Eindruck einer aktiven Teilhabe des Militärs am Aufbau der faschistischen Gesellschaftsordnung abgeschwächt werden. Hierher gehört der durchaus kritisch gemeinte Hinweis auf die „offenkundige Hilflosigkeit (des Militärs) gegenüber totalitären Praktiken, die Blindheit gegenüber der sich verändernden Machtkonstellation, das nahezu widerspruchslose Zurückstehen, wenn ‚politische‘ Argumente ins Spiel gebracht wurden, ebenso auch das Reagieren und Handeln ausschließlich aus organisatorisch-technischen Denkkategorien heraus gegenüber Problemen von höchster politischer Tragweite ...“ (273). Eng damit verbunden ist

3. die Mißverständnisthese. Sie beruft sich auf das angeblich gescheiterte Konzept der „Machtteilhabe durch Öffnung gegenüber dem Nationalsozialismus“ (Reichenauf, Blomberg 52 ff.) bzw. der „Machtteilhabe durch Abschirmung der Armee“ (Fritsch 57). In diesem Zusammenhang weist Müller entschuldigend auf die „Verkennung des Wesens des nationalsozialistischen Staates“, die „Fehlinterpretation des totalitären Einparteiensystems“ (581) durch das Militär hin, auf „illusionäre Lagebeurteilung, irrealer Hoffnungen und eine den machtpolitischen Erfordernissen unangemessene Geisteshaltung“ (421). So wichtig der Nachweis des Zusammenhangs von Fehleinschätzung, Selbsttäuschung und Kooperationswilligkeit der bürgerlichen und militärischen Machteliten im Faschismus ist, so fragwürdig erscheint indes eine Kritik dieses Verhaltens, die statt auf spezifische Klasseninteressen auf abstrakte Normen (aufgeklärten) politischen Verhaltens zurückgreift. Gerade die Beurteilung des Konzepts der „Machtteilhabe“ kann nicht auf die Analyse des militärisch-ökonomischen Macht- und Interessenbündnisses verzichten². Eine solche Analyse hätte die Fragwürdigkeit des Müllerschen Widerstandskonzepts deutlich gemacht. Statt dessen überhöht Müller

4. den „Spitzengliederungskonflikt“ innerhalb des militärischen Sektors zum grundlegenden Konflikt zwischen der „dynamische(n) Methode Reichenaus“ (OKW) und der „statische(n) primär abschirmende(n) der Heeresleitung“ (Beck, Fritsch, Halder; 576, vgl. 142 ff., 215 ff.). Zwar weist Müller wiederholt darauf hin, daß dieser Gegensatz „im taktischen und methodischen Bereich“ liege (577; vgl. 132 f.), doch setzt sich die Konzeption, die auf den Nachweis von „Widerstand“ festgelegt ist, gegen den Verfasser durch. Erst vor dem Hintergrund des zielbewußten Handelns Reichenaus und Blombergs im Sinne einer konsequenten Faschisierung der Armee können die taktischen und zögernden Einspruchsmanöver Fritschs, Becks und Halders, die stillschweigend mit der Armee oder deren „besserem“ Teil gleichgesetzt werden, den Anschein von Widerstandshandlungen beanspruchen. Nur so kann schließlich der Eindruck aufrechterhalten werden, die Armee sei dem faschistischen Experiment zögernd und widerwillig gefolgt. Wie verkehrt dieser Eindruck ist, wie fragwürdig auch die Mißverständnisthese, hat die gleichzeitig erschienene Untersuchung von Manfred Messerschmidt gezeigt³.

Die Zeit der offenen Apologien ist auch in der militärgeschichtlichen wissenschaftlichen Widerstandsliteratur vorüber; die sublimeren, die sie ablösen, erfüllen ihre Aufgabe nicht schlechter.

Lutz Winckler (Würzburg)

2 Die grundlegende Untersuchung von Arthur Schweitzer, *Big Business in the Third Reich*, Bloomington 1965² ist Müller offensichtlich unbekannt.

3 Die Wehrmacht im nationalsozialistischen Staat, „Ideologie und Innere Führung“; Hamburg 1969. Vgl. die Besprechung von R. Kühnl in diesem Heft, S. 262.

Förster, Gerhard: Totaler Krieg und Blitzkrieg. Militärhistorische Studien 10. Neue Folge. Hrsg. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Institut für Geschichte, Abtlg. Militärgeschichte. Deutscher Militärverlag, Berlin/DDR 1967 (256 S., Pb., 15,60 MDN).

Einen im Zusammenhang mit der Faschismus-Diskussion seltener behandelten Aspekt greift die vorliegende militärhistorische Arbeit aus der DDR auf: sie will „die Kontinuität des deutschen Militarismus“ gerade auf dem Gebiet militärtheoretischen Denkens zeigen und darüber hinaus nachweisen, daß auch die Militärdoktrin Hitler-Deutschlands die Ursachen seiner „gesetzmäßigen Niederlage“ widerspiegele (7 f.). Ausgehend von der auch nach 1918 weiterentwickelten Schlieffen-Doktrin, deren besondere Relevanz als militärtheoretischer Ausdruck deutschen imperialistischen Expansionsstrebens F. betont (25, 60 ff.), untersucht er die Wurzeln der Theorien von totalem Krieg und Blitzkrieg. Die sogleich 1933 einsetzenden Kriegsvorbereitungen hätten die Funktion gehabt, tiefe Widersprüche zwischen ökonomischer Macht und tatsächlicher Einflußsphäre des deutschen Kapitalismus zu lösen (18), wobei man seit dem 1. Weltkrieg die Bedeutung moralischer Faktoren — wie z. B. der notwendigen ideellen Einheit des eigenen Volkes — erkannt habe (12). Hier wird nun auch die Definition Dimitroffs vom Faschismus eingeführt, dessen Machtergreifung fast als Punkt einer bruchlosen Linie (17) erscheint. Dies hält der Autor wohl für um so einleuchtender, je mehr er die ideologische Übereinstimmung führender Militärs mit dem Faschismus konstatieren kann (23 ff.), wirkt aber so doch etwas mechanistisch. Mutet die Zurückführung der Theorie des totalen Krieges auf die „weitere(n) Zuspitzung der imperialistischen Widersprüche im Gefolge der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems“ und die ungeheure Entwicklung der Produktivkräfte (67 f.) etwas schematisch und wenig konkret an, so wird treffend geschildert, wie die tatsächliche totale kriegswirtschaftliche Mobilisierung erst ab 1942/1943 einsetzte. Vorher stand die Furcht vor einem Stimmungseinbruch unter der deutschen Bevölkerung im Wege (98). An diesem Punkte auch gewann vorher die Blitzkriegstheorie ihre Notwendigkeit: schnelle Eroberung mangelnder Rohstoffbasen (101 f.) und moralische Überrumpelung der Bevölkerung überfallener Länder (189 ff.) wie auch des eigenen (105 f.) war die *conditio sine qua non* des Erfolges. „Alles oder Nichts“ hieß die Parole des faschistischen *va banque*-Spieles (Vgl. Argument 33, S. 24 ff.).

Wie der Verfasser schreibt, haben oft gerade die extremsten Vertreter dem modernen Krieg technisch angemessenere Vorstellungen entwickelt als konservativere Militärs (51), die sich wie z. B. Generaloberst Beck gegen den totalen Krieg sperrten (77 ff.) in der Illusion, diesen gleichwohl als imperialistischen führen zu können (80).

Diese interessante Studie sollte westdeutsche Autoren anregen, die Grundlagen des so katastrophal gescheiterten deutschen „Möchtegern-Imperialismus“ in seinen diversen Ausprägungen näher zu

untersuchen. Daß dieser kein historisch erledigtes Phänomen sein muß, erhellt aus der noch nicht erfolgten Überwindung hochgradiger Irrationalität von ökonomischer Basis und spezifischen Ideologien, hier am Beispiel der Militärdoktrin widergespiegelt. F.'s Schluß allerdings, wonach die Theorien vom totalen und Blitzkrieg die geschichtliche Perspektivlosigkeit des deutschen Imperialismus offenbart hätten (210, 213) scheint in der theoretischen Behandlung des Materials nicht so zwingend wie aufgrund der Betrachtung im Nachhinein.

Michael-Viktor Graf Westarp (Berlin)

Jahnke, Karl-Heinz: *Weißerose contra Hakenkreuz. Der Widerstand der Geschwister Scholl und ihrer Freunde.* Röderberg-Verlag, Frankfurt/M. 1969 (96 S., brosch., 3,— DM).

Obwohl es schon zahlreiche Darstellungen über den antifaschistischen Widerstand der Münchner Studenten gibt, ist diese neue Darstellung besonders zu empfehlen. Sie informiert knapp und präzise über die bisherigen Forschungsergebnisse, wertet aber auch bisher unbekannte Gerichtsakten aus und bietet eine Wirkungsgeschichte der Gruppe (55—67). Im Anhang wird ein Flugblatt des Nationalkomitees Freies Deutschland erstmals veröffentlicht, das zur Ermordung der Münchner Studenten Stellung nimmt (86—89).

Jahnke, Historiker an der Universität Greifswald, vertuscht im Gegensatz zur bürgerlichen Geschichtswissenschaft (z. B. Rothfels, Ritter) die Widersprüche in der Gruppe und die allmähliche Radikalisierung nicht. So wollte Prof. Huber im letzten Flugblatt u. a. folgende Sätze verbreiten: „Studenten, Studentinnen. Ihr habt Euch der deutschen Wehrmacht an der Front und in der Etappe, vor dem Feind, in der Verwundetenhilfe, aber auch im Laboratorium und am Arbeitsplatz restlos zur Verfügung gestellt. Es kann für uns alle kein anderes Ziel geben als die Vernichtung des russischen Bolschewismus in jeder Form. Stellt Euch weiterhin geschlossen in die Reihen unserer herrlichen Wehrmacht“ (50). Hans Scholl strich diesen Abschnitt.

Sowohl der Werdegang jedes einzelnen Widerstandskämpfers als auch die Entwicklung der ganzen Gruppe werden nur durch die Korrelation mit der politischen Entwicklung verständlich. Zu Recht betont Jahnke, daß die Erfahrungen des Krieges in Rußland und Gespräche mit Hitlergegnern in den Studenten den Entschluß zum aktiven Widerstand heranreifen ließen (21). Hier liegt der Grund für die Aufrufe zum Handeln und für das Überschreiten der rein humanistischen Kritik. Solange aber die Rußland-Erfahrungen entpolitisiert werden, wie es in der bürgerlichen Forschung geschieht, erscheint die Radikalisierung als nur irrational und so der bürgerlichen Humanitätsideologie angepaßt. Die Schlacht von Stalingrad und öffentliche Angriffe der SS auf Münchner Studenten schlug sich in verschärfter Erkenntnis nieder, wie Flugblätter vom Januar 1943 zeigen: „Glaubt nicht der nationalsozialistischen Propaganda, die Euch den Bolschewistenschreck in die Glieder gejagt hat.“ Die Gruppe äußerte

sich für die Ausrottung des imperialistischen Machtgedankens und gegen den preußischen Militarismus. Die Arbeiterschaft sollte durch „einen vernünftigen Sozialismus“ aus ihrem Zustand niedrigster Sklaverei befreit werden (43).

Vorzüglich ist bei Jahnke auch die Wirkungsgeschichte dargestellt, die vor allem Münchner Studenten, die „Hamburger Weiße Rose“, die englische Emigration, das Nationalkomitee Freies Deutschland und sogar das KZ Auschwitz umfaßt. Zu Unrecht wurde bisher vernachlässigt, daß auch viele dieser Nachfolger hingerichtet oder zu Tode gefoltert wurden. Insgesamt verneidet Jahnkes Arbeit die isolierende Fixierung auf die Geschwister Scholl.

Hellmut G. Haasis (Tübingen)

Jecchinis, Christos: *Trade Unionism in Greece. A study in Political Paternalism.* Labor Education Division, Roosevelt University, Chicago 1967 (205 S., Pb., 2,95 \$).

Man muß dem Verfasser zustimmen, wenn er in seinem Vorwort behauptet, daß eine ernsthafte Untersuchung der Gewerkschaftsbewegung in Griechenland bisher vernachlässigt wurde. Seit dem Buch des Historikers Jannis Kordatos „Geschichte der griechischen Arbeiterbewegung“ ist dies erst die zweite Studie über die Entwicklung der griechischen Gewerkschaften. Man muß jedoch betonen, daß es sich mehr oder weniger um eine bloße Geschichte der griechischen Gewerkschaften, nicht um eine Analyse der Gewerkschaftsstruktur, der Gesetzgebung, der Effektivität der Gewerkschaften, der Mitgliederstruktur usw. handelt. Die Studie gibt jedoch einen Einblick in die Faktoren, die die Gewerkschaftsbewegung in Griechenland beeinflußt bzw. bestimmt haben und schildert den „background“, der für eine tiefgreifende Analyse der Gewerkschaftsstruktur Voraussetzung ist. Die Analyse selbst fehlt jedoch immer noch.

Man muß dem Verfasser zustimmen, wenn er behauptet, daß die Form, die soziale Institutionen erhalten, vom speziellen historischen Rahmen, in dem sie entstehen, beeinflußt wird (Vorwort). Es ist deshalb richtig festzustellen (176), daß Makris, der langjährige Generalsekretär des GSEE (Griechischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund), nicht „the creator of circumstances but the creation of circumstances“ gewesen ist. Das Buch von Jecchinis, der selbst Gewerkschaftler gewesen ist, bringt das Zusammenspiel „between the forces of national history and temperament, economic geography, political manipulation, and intervention from abroad“ (Vorwort) klar zum Ausdruck.

Die Schwäche der griechischen Gewerkschaftsbewegung hängt eng mit der langsamen Industrialisierung des Landes zusammen. Die enge Korrelation der Arbeiterbewegung mit dem jeweiligen Entwicklungsstand der Wirtschaft fällt jedoch bei Jecchinis nur kurz aus. Der Gewerkschaftler, der Gesellschafts- bzw. Sozialpolitiker mag das

Gebotene ausreichend finden; der Ökonom oder der Sozialwissenschaftler muß unbefriedigt bleiben.

Wenn man nun von dem ökonomischen Faktor absieht und auf der Ebene des Autors, der Ebene der politischen Geschichte bleibt, findet man, daß die Lahmlegung der Gewerkschaften mit der Metaxas-Diktatur (1936—1940) anfängt, während der die Gewerkschaften staatlich kontrolliert waren (56 f.). Die Zeit zwischen der Gründung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (1918) und dem Kriegsausbruch (1940) ist zwar eine Zeit von Spaltungen, politischen Intrigen u. a. mehr (53), spiegelt jedoch die bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse unter der Einwirkung des Weltkriegs, der Flüchtlingsfrage, der Weltwirtschaftskrise und der Industrialisierung wider. Es ist eine höchst instabile Periode, während derer 25 Regierungen an die Macht kamen, 8 Aufstände und Putsche stattfanden und 3 Diktaturen versucht wurden. Daß auch die Entwicklung auf dem Gewerkschaftssektor unstabil war, kann niemanden wundern.

Interessant ist die Lage nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Man sieht, wie der „Kommunismus-Komplex“ die wichtigste Rolle in der Gewerkschaftsentwicklung gespielt hat. Die Rechte hat unter dem Vorwand der „kommunistischen Gefahr“ versucht und erreicht, die Gewerkschaftsbewegung zu kontrollieren und sie in ihrem Interesse zu manipulieren. Dabei ist die Rolle zentral, welche die Engländer, die Amerikaner und die ICFTU (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften) gespielt haben (70 ff., 120 ff.). Der im Buch beschriebene Besuch von Gewerkschaftsvertretern beim britischen Botschafter am 10. 1. 1945, die sich im Namen der Arbeiter (!) bei ihm für die Befreiung von „the tyranny of the Communist party“ bedankten (76), ist ein beschämendes Beispiel von Servilität. Über die Einmischung des ICFTU-Vertreters in Griechenland, Brown, schreibt Jecchinis, daß die Gründe für sein Verhalten „can be found perhaps in his preoccupation with the possible communist revival in the Greek labor movement and less in his desire for the democratization and reform of the movement“ (165). Die Unterwerfung der Gewerkschaften unter den Staat wird unter Arbeitsminister Gonis (1952—1954), einem ehemaligen Kommunisten — es würde sich eine psychologische Studie lohnen, wie sich ehemalige Kommunisten zu Faschisten wandeln, ein Phänomen, das auch unter dem jetzigen Militärregime zu beobachten ist — und dem juristischen Berater gleichzeitig der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände, erreicht, der seine Unterwerfungspolitik durch politische und juristische Maßnahmen durchsetzte (153 ff.). Nur unter dem Druck der ICFTU und der Amerikaner, „who by then had realised that Gonis' policies were pushing the workers into the hands of the communists“ (sic), wurde Gonis gezwungen, zurückzutreten (157). Die Staatskontrolle über die Gewerkschaften erreichte ihren Höhepunkt unter Karamanlis (1956—1963), als Dimitratos, der Arbeitsminister des Metaxas-Regimes, erneut Arbeitsminister wurde (161 ff.). In dieser Periode spalten sich die Gewerkschaften. Diese „chaotic trade union situation“ (163) erlaubte der ERE-Regierung die Löhne herunterzudrücken. Das Buch berücksichtigt die Periode bis

zum Versuch der Zentrumsregierung unter Papandreou, neue Verhältnisse zu schaffen (169 ff.). Danach und unter dem jetzigen Regime erleben wir noch einmal eine völlige Unterwerfung der Gewerkschaften unter den Staat.

Merkwürdig ist das Vertrauen, das Jecchinis den Schriften Churchill's in bezug auf die Ehrlichkeit der Absichten der britischen Politik nach dem Krieg schenkt, wo doch sogar die Labour Party und die britischen Gewerkschaften gegen die britische Einmischung in Griechenland protestierten (71 f.). Die Frage des Kommunismus innerhalb der Gewerkschaften behandelt Jecchinis, der selbst kein Kommunist ist, mit Realismus. Man spürt jedoch durch die Zeilen hier und da eine antikommunistische, wenn auch nicht doktriniäre Haltung hindurch. Es fragt sich, ob Jecchinis sein Buch heute noch so schreiben würde. Ebenso ist fraglich, ob man noch glauben kann, daß die Evolutionstheorie, wie er sie vertritt, die griechischen Probleme tatsächlich lösen kann bzw. wird.

Marios Nikolinakos (Köln)

Tsakonas, Demetrios: Geist und Gesellschaft im neuen Griechenland. 2. verbesserte Auflage. H. Bouvier & Co. Verlag, Bonn 1968 (190 S., kart., 12,80 DM).

„Eine harmonische Ordnung der neugriechischen Welt kann nur durch eine Besinnung auf die Tradition erreicht werden.“ Dies ist der vorletzte Satz aus dem Buch des ehemaligen Lektors für neugriechische Sprache an der Universität Bonn, der von den Obristen als Professor und Staatssekretär beim Ministerpräsidenten nach Athen berufen wurde. Dieser Satz faßt seine Gedanken zusammen, die „die gemeinschaftlichen Traditionen“ als „Voraussetzungen eines neuen Verwaltungssystems“ (130) — welche in Byzanz wurzeln („koinobistische Auffassung der Gesellschaft“) (11) — betrachten und den tiefsten „Grund dafür, daß Griechenland nach über hundertjährigem Leben in dem neuen Staat noch immer nicht eine ihm gemäße Ordnung gefunden hat“, „in der Zerstörung des Geistes, der die Kämpfer für die Unabhängigkeit hervorgebracht hatte“ (130) finden. Den Blick rückwärts gerichtet, blickt Tsakonas in die Zukunft. Er bedauert, daß der Staat „die Tradition der geschlossenen agrarischen Struktur und die selbständigen vorkapitalistischen Sozialgebilde“ (129) aufgegeben hat. Er stellt mit Recht fest, daß Griechenland wahrscheinlich „mit einer eigenen sozialen Form in die Neuzeit eingetreten“ wäre, „wenn nicht die verschiedenen ausländischen Interventionen die Nation von ihrem Wege abgebracht hätten“ (129), zieht jedoch keine Schlußfolgerungen daraus. Er untersucht auch nicht diese Intervention der Ausländer, die immanente Präsenz des Imperialismus in Griechenland seit 1821 bis heute, die eigentlich die Verantwortung für die langsame Entwicklung des Landes trägt. Er unternimmt keine soziologische und wirtschaftliche Analyse der heutigen griechischen Gesellschaft. Sogar seine kärglichen Gedanken über den „Konservatismus in Griechenland“ — 22 Zeilen — (122 f.) sind fehl am Platz. Denn mit zwei

Sätzen, nach denen „der neugriechische konservative Idealtyp“ „an die Notwendigkeit staatlicher Macht“ glaubt und „sie zur gleichen Zeit beklagt“ und der „Glaube an die Nation seine ursprüngliche Stärke“ verloren habe, kommt er zur Schlußfolgerung: „Die neugriechische Wirklichkeit bietet daher das Bild einer völligen Zersplitterung und die Splitter sind die Parteien“. So verwechselt er Inhalt mit Form, schiebt die species an die Stelle des genus, gleicht eine partielle Erscheinung einem allgemeinen Zustand an, den er festzustellen glaubt. Er wiederholt ein Wort von Pfeffer, indem er sagt: „Die Griechen haben in ihrer Mehrheit noch kein Verständnis für die soziale Funktion der Arbeit und denken primär in der wirtschaftlichen Kategorie des Erfolges“ (124). Was ist jedoch diese „soziale Funktion der Arbeit“? Darauf bekommt der Leser keine Antwort. Keine Antwort bekommt er auch über Fragenkomplexe, die während des Lesens in bezug auf das Agrarproletariat, die Auswanderung, die Urbanisierung, die nach 1960 zu beobachtende Jugendbewegung, die neuen Wendungen in der Musik durch Theodorakis und Hadjidakis usw. entstehen. Der Verfasser wagt nicht einmal eine Klassenanalyse, er vermeidet sogar den Begriff „Klasse“ und spricht von „Gruppen“ (33). Im Kapitel über die „Suche nach einem autonomen griechischen Weg“ wird über faschistische Bewegungen, die „die koinobistische Tradition des Volkes“, christliche und sozialistische Ideale bezwecken, ohne jegliche Analyse berichtet (119). Die Geschichte wird verfälscht, indem behauptet wird, die Widerstandsbewegung während des Zweiten Weltkrieges war in eine kommunistische und eine nationale Gruppe gespalten, „die aber auch soziale Ziele verwirklichen wollte“ (119); bekanntlich war die nationale Gruppe schlicht reaktionär. Schließlich wird von einem revolutionären Charakter des orthodoxen Denkens gesprochen (120), was wiederum nicht stimmt, zumal die orthodoxe Kirche immer diejenige gewesen ist, die ihren Blick auf den Himmel und nicht auf diese Erde gerichtet und jegliche Erneuerung als Abweichung von der Tradition verurteilt hat. Mit ein bißchen Geschichte, ein bißchen Politik, ein bißchen Literaturgeschichte und ein bißchen Soziologie hat Tsakonas den heutigen Hellenismus zu beschreiben versucht. Geworden ist daraus eine fragmentarische Selbstdarstellung der faschistoiden Auffassungen des Obristenregimes.

Marios Nikolinakos (Köln)

A u j o u r d ' h u i l a G r è c e . . . „Les Temps Modernes“, 25^e Année, No. 276 bis, Paris 1969.

Jean-Paul Sartre hat zwei Nummern seiner Zeitschrift Griechenland gewidmet. Der Band enthält im ersten Teil Aufsätze griechischer Wissenschaftler und Politiker, die sich mit den sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Problemen Griechenlands auseinandersetzen. Der zweite Teil umfaßt Beiträge ausländischer Mitarbeiter über die Unterdrückung durch das Militärregime Griechenlands. Im dritten Teil werden Dokumente veröffentlicht, während der vierte

Teil aus einer Anthologie griechischer Schriftsteller besteht. Diesen Band sollte jeder lesen, der sich ernsthaft mit den Problemen Griechenlands beschäftigen will. Wir können in diesem Rahmen besonders der Beiträge des ersten Teils nicht gerecht werden, obwohl man vielen Beiträgen gegenüber kritisch Stellung nehmen müßte. Insbesondere möchten wir auf den Beitrag von Dimos Anastasiou über das Bildungswesen in Griechenland, auf denjenigen von Andreas Papandreou über die Politik der Blocks, den Interventionismus und die Freiheit der Institutionen, auf den Beitrag von Marios Ploritis über die Monarchie und schließlich auf den Beitrag von Prof. Vegleris über die Juntaverfassung hinweisen. Marios Nikolinakos (Köln)

Gstrein, Heinz (Hrsg.): Zum Beispiel Griechenland. Reihe Disput. Delp Verlag, München 1969 (172 S., Ln., 12,— DM).

Die verschiedene politische Einstellung der Autoren dieses Bandes, die in keinen Disput untereinander mündet, und die journalistische Oberflächlichkeit, mit der jeder von ihnen sein Thema anpackt, enttäuschen. So ist zwischen dem Beitrag von Tsakonas über das „Entstehen des griechischen Nationalstaates“ und den übrigen Artikeln kein Zusammenhang herzustellen. Es finden sich in diesem Buch ungeheuerliche Behauptungen, etwa: die Meinung des pro-Junta Mitarbeiters der Zeitung „Handelsblatt“, Mergl, der ausführt, „die gegenwärtige Regierung habe eine Revolutionierung der griechischen Außenpolitik“, im Sinne einer angeblichen Lockerung der „Bindungen zum Westen“, die durch eine Volksfrontregierung unter Andreas Papandreou und der EDA „mit großer Wahrscheinlichkeit“ aus den Wahlen des 28. Mai 1967 entstanden wäre, verhindert (104 f.); die Behauptung „eines entlassenen Stabsoffiziers“ über einen „griechischen Sozialismus (agrarisch, national-religiös und autoritär)“, der angeblich in den ersten Tagen nach dem 21. April 1967 „kräftig vorherrschte“ (91); weiter die Meinung, der frühere Informationschef, „der Sozialist Stamatopoulos“, habe Papadopoulos „mit den Ideen der russischen Agrarsozialisten des *Narodnitschestvo* vertraut“ gemacht (89), oder schließlich die These eines „griechischen Sozialdemokraten“, die Ára Papandreou habe „den Arbeitern die Augen darüber geöffnet“, daß „der Kommunismus, in den sie von den Rechtsregierungen getrieben wurden, keinen Fortschritt darstelle und daß eine Lösung nur in sozialer, wirtschaftlicher und politischer Demokratie zu suchen ist“ (25).

Die Meinung von Mergl ist eine unbegründete Unverschämtheit, die Behauptung über den „Sozialismus“ der Obristen ist aus der Luft gegriffen, da die Putschisten noch bis heute kein konkretes ideologisches Programm angeboten haben. Stamatopoulos, einen langjährigen CIA-Agenten als „Sozialisten“ zu bezeichnen, nur weil er jahrelang seine Tätigkeit durch die Mitgliedschaft im „Sozialistischen Club“ getarnt und seinen in marxistischer Theorie unbewanderten Bruder eine angeblich sozialistische, in Wirklichkeit aber antikommunistische

Zeitschrift herausgeben ließ, verrät nur die Unwissenheit und die reiche Phantasie des Autors.

Der Beitrag des Herausgebers über die Obristen-Verfassung befaßt sich mit allen möglichen Artikeln der Verfassung, ob sie nun die Menschenrechte, das Parlament oder die Stellung der Armee zum Inhalt haben, nur mit einem nicht: Der Artikel 23, nach dem dem ausländischen Kapital Privilegien erteilt werden, die seine Monopolstellung im Land festigen, wird auch nicht einmal erwähnt! Auf Propaganda zielende Sätze, wie „ehemalige Kommunisten und Bürgerkriegskämpfer der extremen Linken“ (51, 91) seien in die Militärregierung eingetreten, stimmen insofern nicht, als es sich bei diesen Leuten zwar um ehemalige Kommunisten handelt, die zuvor jedoch zum Faschismus übergetreten waren. Alles in allem, wem es um eine wirkliche Analyse der griechischen Lage und nicht um bloße Floskeln geht, der braucht dieses Buch nicht zu lesen.

Marios Nikolinakos (Köln)

Marceau, Marc: *La Grèce des colonels*. Verlag Robert Laffont, Paris 1968 (280 S., geb., 16,— Fr.).

Mathiopoulos, Basil P.: *Athen brennt*. Schneekluth Verlag, Darmstadt 1967 (224 S., kart., 12,80 DM).

Cervi, Mario: *Dove va la Grecia?* Verlag U. Mursia & C., Milano 1968 (224 S., geb., 2800 L.).

Seyppel, Joachim: *Geburt einer Tyrannis*. Verlag L. Blankalet, Berlin 1968 (240 S., kart., 9,80 DM/Ln., 14,80 DM).

Skriver, Ansgar: *Soldaten gegen Demokraten*. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1968 (197 S., br., 10,— DM).

Koch, Erwin Erasmus: *Griechenland im Umbruch*. Verlag Maindruck, Frankfurt/M. 1968 (nicht im Buchhandel).

Bei diesen sechs Büchern handelt es sich um Chroniken, geschrieben von Journalisten, die Kenner Griechenlands sein sollen und von denen einige als Korrespondenten ausländischer Zeitungen in Griechenland tätig gewesen sind. Die Chroniken sind nur auf der Ebene journalistischer Geschicklichkeit und mehr oder minder oberflächlicher Information zu bewerten. Fast alle bezwecken eine „spannende“ Widergabe der Ereignisse des 21. April 1967, manche in einem historischen Rahmen, manche in Form eines Reiseberichts (Seyppel). Sie sympathisieren entweder mit dem Regime, wie Marceau, der auch der oberflächlichste von allen ist, sind „objektiv“ wie Cervi, der für sein Buch den Journalistenpreis „Campione d'Italia“ 1968 erhielt, vermutlich weil es seinerzeit das einzige Buch über Griechenland in italienischer Sprache war, oder sind dem Militärregime gegenüber feindlich eingestellt (Mathiopoulos, Seyppel, Skriver). Insgesamt kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es den Autoren mehr um bloße Aktualität und möglichst leichte Erfüllung des Informations-

anspruchs der öffentlichen Meinung ging als um eine nüchterne Analyse der Ereignisse des 21. April und der neuesten Geschichte Griechenlands.

Gerechtigkeitshalber muß das Buch von Skriver von dieser Beurteilung ausgeschlossen werden. Es enthält ausreichende sachliche Informationen über die letzten Jahre vor dem Putsch wie auch über die Ziele und Methoden der Putschisten. — Das Buch von Koch schließlich ist im Auftrag der griechischen Botschaft in Bonn geschrieben und gedruckt worden. Erfreulich zu sehen ist, daß ein reaktionärer Journalist, der bezahlt wird, ein solches Buch zu schreiben, mehr nicht zustande bringt als Beweise für die Dummheit von Diktatoren, die Engstirnigkeit von Journalisten und schlechteste, d. h. mühelos durchschaubare Propaganda. Marios Nikolinakos (Köln)

Ökonomie

Pfeffer, Karl Heinz, und Irma Schaafhausen: Griechenland Grenzen wirtschaftlicher Hilfe für den Entwicklungserfolg (Schriften des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, Nr. 9). Verlag Weltarchiv GMBH, Hamburg 1959 (139 S., kart., 12,— DM).

Dieser Bericht, vor mehr als zehn Jahren erschienen, ist zumindest in bezug auf die Information, die er über die soziale, ökonomische und politische Struktur Griechenlands und deren Auswirkungen gibt, heute noch durchaus brauchbar. Der Gesichtspunkt der Verfasser ist wohl nicht erst nach heutigen Kriterien und Maßstäben als konservativ zu bezeichnen, was aber angesichts ihrer Bemühung um fundierte Information und objektive Analyse als nebensächlich erscheint.

Zuerst wird die Frage beantwortet, ob Griechenland ein Entwicklungsland sei. Dabei wird festgestellt, daß der Begriff der Entwicklung nur im technisch-wirtschaftlichen Sinn zu verstehen ist und nichts „über die Kulturhöhe oder den Zivilisationsanspruch, die historische Bedeutung oder die gegenwartsnahe Gesinnung eines Volkes“ aussagt (S. 10). In diesem Sinn gibt es freilich „Entwicklungsgebiete“ mitten in hochindustrialisierten Staaten.

Charakteristika der Entwicklungsländer sind: geringe Industrialisierung, unzureichende technische Ausstattung, mangelndes Kapital zur Änderung dieser Situation; ferner: die Wirtschaftsstruktur eines Entwicklungslandes ermöglicht ihm nicht, das benötigte Kapital aus eigener Kraft aufzubringen. Dies alles trifft für Griechenland zu, somit ist Griechenland ein Entwicklungsland. — Der Bericht soll an Hand des griechischen Beispiels die Problematik der Entwicklungshilfe überhaupt aufzeigen. Es liegt auf der Hand, daß bei gleichen Grundstrukturen gleiche Situationen vorherrschen. Die Analyse der Verfasser bezieht sich jedenfalls speziell auf Griechenland, und ledig-

lich sporadisch werden vergleichbare Länder und Situationen erwähnt.

Der Bericht ist die Explikation einer Arbeitshypothese, die sich aus folgenden Punkten zusammensetzt: a) die von außen — USA und internationale Organisationen des Westens — für die Entwicklung geleistete Hilfe hat den erwünschten Eintritt in eine Entwicklung zum sogenannten Rapid Social Change nicht gebracht; b) jede Hilfeleistung von außen bleibt in Griechenland notwendig wirkungslos, solange die Situation in Griechenland selbst sich nicht von Grund auf ändert; c) die nichtwirtschaftlichen Voraussetzungen der wirtschaftlichen Entwicklung müssen unbedingt beachtet werden, will man die wirtschaftlichen Entwicklungsprobleme eines Landes richtig und in ihrem ganzen Umfang erkennen.

Im I. Teil des Berichts werden die wirtschaftlichen Gegebenheiten untersucht. Dabei wird gezeigt, daß eine Entwicklung nur bruchstückhaft stattgefunden hat, die lediglich darin bestand, der Wirtschaft zu helfen, sich von den Folgen aus Krieg und Bürgerkrieg zu erholen. Von einer Neugestaltung der Wirtschaftsstruktur kann nicht die Rede sein, sie war offenbar auch nicht angestrebt. Ein solches Ziel würde aber überhaupt den Maßstab setzen, an dem man den Erfolg der Entwicklungsbemühungen messen könnte. Die Entwicklungsbemühungen, die im Lauf der Zeit erfolgt sind, hatten — sofern sie sich nicht einander widersprachen — keine eindeutige Richtung, ihr Ziel war nebelhaft. Zudem wechselte allzu oft der Aspekt, unter dem sie erfolgten, je nach den Bedürfnissen der amerikanischen Globalstrategie. Ferner werden im I. Teil die Quellen und Grundlagen, der Zustand und die Möglichkeiten der griechischen Nationalökonomie analysiert. Der Hinweis auf die äußerste Empfindlichkeit der griechischen Wirtschaft gegenüber weltwirtschaftlichen Störungen genügt, um den extrem unsicheren Grund der griechischen Wirtschaft zu offenbaren.

Teil II des Berichts befaßt sich mit den nichtwirtschaftlichen Faktoren der griechischen Wirtschaftsentwicklung. Dabei zeigt sich auch rein quantitativ das Gewicht, das die Verfasser — mit Recht — diesen Faktoren beimessen: der Umfang dieses Teils ist mehr als doppelt so groß wie der des I. Teils. Besprochen wird die Sozial- und Staatsordnung Griechenlands in der neueren Geschichte. Die Hauptmerkmale dieser Ordnung — richtig erkannt, zum Teil aber falsch interpretiert — werden hervorgehoben: in der Gesellschaft etwa das Fehlen jeder herkömmlichen Hierarchie im Sinn einer strengen Geschlossenheit, dafür das Vorhandensein von fließenden Grenzen zwischen den Schichten, wobei der Maßstab für das Überschreiten dieser Grenzen der ökonomische Aufstieg bzw. Abstieg der Personen oder der Familien ist. Die Verfasser sprechen der bürgerlichen Klasse Griechenlands das Klassenbewußtsein ab: das griechische Bürgertum habe nie ein Klassenbewußtsein besessen, die bürgerliche Gesellschaft sei in Griechenland rudimentär geblieben. Das mag richtig sein, ebenso wie die Feststellung, daß in Griechenland die soziale Atmosphäre einer Gründerzeit andauert. Einen Widerspruch stellt aber die Behauptung dar,

daß die Produktionsmittel zwar in privater Hand liegen, aber dennoch „nicht zum ständigen Instrument der Herrschaft von Menschen über Menschen“ geworden sind, weil sie oft den Besitzer wechseln (67 f.), während zugleich lapidar festgestellt wird, daß „die wirtschaftlich führende Schicht insgesamt aus vielleicht 500 Familien oder 2000 Personen (besteht)“ (63). Als Hauptmerkmal der staatlichen Ordnung wird richtig die Klientelherrschaft hervorgehoben und analysiert. Sie hat ihren Ursprung in der osmanischen Herrschaft und dem Unabhängigkeitskrieg und wurde bisher kaum abgeschwächt, geschweige denn abgeschafft; sie hat verhindert, daß jemals in Griechenland eine richtige politische Partei (ausgenommen die KP) gegründet wurde und funktioniert hat; sie hat die Korruption zum Prinzip erhoben; sie hat den sozialen und ökonomischen Fortschritt (fast) hoffnungslos gehemmt; sie hat das Land in einem kolonialen Zustand dahinvegetieren lassen. Der krasse Widerspruch zwischen Klientelherrschaft und moderner Organisation von Wirtschaft und Technik führt jeden Entwicklungsplan a priori zum Scheitern. Im II. Teil wird schließlich „Die internationale Ordnung als Rahmen und Wirkungsfeld der griechischen Wirtschaft“ besprochen (117 ff.), das heißt die direkte Abhängigkeit griechischer Wirtschaft und Politik von anderen Ländern. Hier wird bald mehr bald weniger offen die totale Unterwerfung Griechenlands unter die Politik des Westens beschrieben. Angesichts der Gesamtsituation des Landes und zugleich der weltpolitischen Zusammenhänge ist freilich die Möglichkeit eines Alleingangs so gut wie ausgeschlossen. So ist das grundlegende Problem griechischer Politik überhaupt, das erniedrigende Satellitendasein qualitativ zu übersetzen in eine ebenbürtige Partnerschaft. Wie aber „Alleingang zur Revolution führen (müßte)“ (128), lassen die Verfasser ebenso unerklärt wie die Behauptung: „Revolution aber will Griechenland nicht“ (ebenda).

In beiden Teilen des Berichts wird die eingangs aufgestellte Arbeitshypothese bestätigt. Bewiesen ist vor allem, was die Autoren nicht müde werden zu betonen, daß bloße technisch-wirtschaftliche Hilfe keine Entwicklung bringen kann im Sinn einer umfassenden und grundlegenden Änderung aller Faktoren, die die Existenz eines lebensfähigen Staats bestimmen. Daß bei der Gewährung von Entwicklungshilfe vor allem diese Faktoren berücksichtigt werden müssen, ist die Voraussetzung des Erfolgs der Hilfeleistung und zugleich der Maßstab für deren Ernsthaftigkeit. Bisher ist das in Griechenland — so geht aus dem Bericht hervor — nicht der Fall gewesen. — Fast überflüssig zu bemerken, daß bei der Explikation ihrer Thesen die Verfasser notwendig auf die Geschichte zurückgreifen. Das läßt den Bericht zu einem kurzen Repetitorium neugriechischer Geschichte werden — allerdings konventionellen Stils.

In der Einleitung unterstellen die Verfasser für einen Augenblick, daß man möglicherweise bei der Gewährung von Entwicklungshilfe in Griechenland „im Grunde nur eine politische Sicherung wünscht und darüber hinaus kaum eine Absicht verfolgt“ (11). Sie stellen fest, daß solche Ziele mit „Entwicklung“ kaum etwas zu tun haben, denn

„sie erschöpfen sich im Aufbau einer schlagkräftigen Landesverteidigung, die den Alliierten die Benutzung des griechischen Staatsgebiets ermöglicht, in einer Mindestversorgung der griechischen Bevölkerung, in der Reparatur der Kriegsschäden und in der Verhinderung eines staats- oder nationalwirtschaftlichen Bankrotts gegenüber der Weltwirtschaft“ (11 f.). Wäre es so, dann — so meinen die Verfasser — wäre eine Diskussion überflüssig. Der Versuch, diese Unterstellung ad absurdum zu führen, zeugt vom Konservativismus der Verfasser und droht zugleich den Bericht selbst ad absurdum zu führen. Denn aus der Lektüre des Berichts geht in summa nichts anderes hervor, als daß tatsächlich die einzigen Gründe, aus denen Griechenland bisher Entwicklungshilfe bekam, jene waren, die von den Verfassern für diskussionsunwürdig gehalten werden. Durch diese Art Entwicklungshilfe ist von den westlichen Alliierten — allen voran natürlich den USA — in Zusammenarbeit mit den korrupten einheimischen Klientelpolitikern das vorhandene Chaos konserviert und die Entwicklung gehemmt worden. Als es soweit war, daß die Masse zu begreifen anfang, wie es besser gehen könnte und ihr Recht vor allem auf freieres und aktiveres Leben verlangte, scheuten die edlen Entwicklungshelfer sich nicht — diesmal in Zusammenarbeit mit einer brutalen Offiziersclique —, dem Volk insgesamt, auch ihren früheren einheimischen Partnern, eine barbarische Diktatur aufzuerlegen, um den für sie günstigen chaotischen Zustand aufrechtzuerhalten — wobei sie mit nicht zu überbietendem Zynismus angaben, die Diktatur sei notwendig, um das Land vor dem Chaos und der Anarchie zu retten. Abermals ist die Entwicklung durch die „Entwicklungshelfer“ gestoppt; die Korruption wird auf die Spitze getrieben, die Ausbeutung ist hemmungsloser denn je. Die Behauptung von Pfeffer und Schaafhausen, daß radikale Umgestaltung der sozialen und geistigen Gegebenheiten unabdingbare Voraussetzung einer wahrhaftigen Wirtschaftsentwicklung ist, wurde durch den Coup d'état vom 21. April 1967 für jedermann offenbar. Denn die kurze Periode der demokratischen Regierung Papandreou nach dem Sturz des halbfaschistischen Papagos-Karamanlis-Regimes (das von den Verfassern zwar nicht gerade gelobt wird, aber auch nicht als das bezeichnet wird, was es gewesen ist) hatte eine Entwicklung in der Richtung jenes sozialen und geistigen Umbruchs eingeleitet — und das war wohl das Alarm-signal für die Vorbereitung und Durchführung des Putsches.

Georg Tsouyopoulos (München)

Coutsoumaris, G., R. M. Westebbe, D. Psilos, A. Michalakis, N. Xanthakis: *Analysis and Assessment of the Economic Effects of the U. S. PL 480 Program in Greece.* Center of Planning and Economic Research, Special Studies Series 1, Athens 1965.

Diese Untersuchung enthält eine Reihe Daten aus der griechischen Wirtschaft, die Aufschluß über die Abhängigkeit des Landes von den

Vereinigten Staaten geben und dazu dienen, einiges über die Wirtschaftshilfe-Politik der amerikanischen Regierung zu erfahren. Nach der Truman-Doktrin (1947) wurde Griechenland dem amerikanischen Einflußbereich zugeordnet. Die Vereinigten Staaten gewährten seitdem Wirtschaftshilfe an Griechenland, die bis 1963 die Höhe von 3285,5 Mio. Dollar erreichte. Davon waren 45,3 % Militärhilfe (19). Etwa 35 % der Wirtschaftshilfe bestand in Waren (41); dies ist besonders interessant, da es Aufschluß über das Ausmaß gibt, in dem die amerikanische Wirtschaft von der den dritten Ländern gewährten Wirtschaftshilfe profitiert. Die an Griechenland gewährte Hilfe in der Form von Überschuß-Agrarprodukten variierte ab 1955 zwischen 46,25 % und 73,85 % (1963) (42). Das entspricht einem Durchschnitt von 52 % für die Jahre 1955—1963; dabei ist die in den Jahren 1946—1954 geleistete Hilfe ausgeklammert, die keine Agrarüberschüsse enthielt.

Das sogenannte PL 480 Program sieht unter Titel I den Verkauf von Überschuß-Agrarprodukten an die Abnehmerländer zur Verwendung der dafür bezogenen einheimischen Währung im Land selbst vor. Unter Titel II werden die Beihilfe für Notsituationen, unter Titel III die Nahrungsgeschenke aller Art (Schulmilch, Paketsendungen usw.), unter Titel IV der Verkauf von Produkten auf langfristiger Basis geregelt. Wie die Autoren bemerken, zielten die speziellen Exportprogramme der amerikanischen Regierung darauf, „to promote the disposal of farm surpluses“ (47). Als ein anderes Beispiel dafür, wird eine der vorliegenden ähnliche Studie über die Rückwirkungen des PL 480 Programms in Kolumbien zitiert. Das oben erwähnte Ziel „appears to have dominated U. S. policy as a result of the impossibility of solving the export problem through regular marketing channels, especially for countries facing dollar shortages“ (48 f.). Es ist nun nicht verwunderlich, daß dieses Programm nicht dazu beigetragen hat, der griechischen Landwirtschaft zu einer strukturellen Änderung zu verhelfen (64, 45) oder die Industrialisierung voranzutreiben (21 f.). Es ist weiter interessant festzustellen, daß die Einfuhr von amerikanischem Weizen auch dann fortgesetzt wurde (ab 1958), als die griechische Produktion die einheimische Nachfrage schon deckte, und im Jahre 1959 sogar eine Ausfuhr in Höhe von 150 000 Tonnen stattfand (86 f.). Die Autoren meinen, daß trotzdem die Weizeneinfuhren dazu beitrugen, daß die griechischen Regierungen die Weizenpreise „at desirable levels“ halten konnten, sie widerlegen jedoch gleich darauf diese Feststellung, indem sie bemerken, daß die Preise für Weizen und Brot von sozialen und wirtschaftlichen Kriterien bestimmt werden und demzufolge die griechischen Regierungen auch im Falle des Fehlens der Programme des PL 480 akzeptable Preise für Erzeuger und Konsumenten festgesetzt hätten (89). Die wahre Bedeutung der Programme, besonders des Titels I, wird dadurch enthüllt, daß durch den Erlös der Verkäufe die Tätigkeit der amerikanischen Mission in Griechenland finanziert wurde. „In this sense“, stellen die Autoren fest, „the program represents actually a financing on the part of U. S. of its local expenses in kind in-

stead of dollars“ (48). Zwar wurden 58,5 % des Erlöses aus den Verkäufen zwischen 1955—1962 in Höhe von 109,3 Mio. Dollar der griechischen Regierung als Anleihen in griechischer Währung zur Verfügung gestellt (141), jedoch liegt der Prozentsatz des von amerikanischer Seite in Anspruch genommenen Teils höher (31,8 %) als beim Durchschnitt für alle Länder (24 %) (142). Es wird später darauf hingewiesen (265), daß diese Anleihen bei kleinen Zinssätzen verlängert werden müssen, damit die Staatsfinanzen in dieser für die griechische Wirtschaft kritischen Phase nicht überlastet werden.

Es ist schließlich wenigstens verwunderlich, daß aus dem Erlös des PL 480 Programms private Firmen in der Form von Anleihen finanziert wurden. Darüber hinaus wurden diese meistens kurzfristigen Anleihen mit hohen Zinssätzen belastet, und zwar, wie die Verfasser bemerken, diejenigen Investitionen, die von den Griechen als produktiv betrachtet werden (177). Erwähnenswert ist noch, daß die aus diesem Geld finanzierten Unternehmen in der Mehrheit ausländische Interessen vertreten (176). Der Beitrag dieser Anleihen zur Kapitalbildung und zur Wirtschaftsentwicklung überhaupt wird als minimal bewertet (260). Welches Gewicht das Programm des PL 480 für die *amerikanische* Wirtschaft hat, wird durch die Feststellung der Verfasser bestätigt, daß der amerikanische Marktanteil in Griechenland von den Verkäufen (auch in der Form der Hilfeleistung) der Agrarprodukte amerikanischer Herkunft abhängt (266). Es ist daraus ersichtlich, daß die PL 480 Programme der Entlastung der amerikanischen Wirtschaft und nicht der wirtschaftlichen Entwicklung der Abnehmerländer dienen. Soweit letzteres zutrifft, handelt es sich um eine sekundäre, zufällige Wirkung. Marios Nikolinakos (Köln)

Alexander, Alec P.: *Greek Industrialists*. Center of Planning and Economic Research. Research, Monograph Series 12, Athens 1964 (182 S., Pb., 4,— \$).

Dies ist eine der besten Untersuchungen, die vom Institut für Planung und Wirtschaftsforschung zwischen 1963 und 1967 während der „demokratischen Periode“ durchgeführt und herausgegeben wurde. Dieses Institut, das vom liberalen Politiker Prof. Andreas Papandreou gegründet wurde, war die erste Institution, die wissenschaftlich auf die Untersuchung verschiedener Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands einging. Seit dem Putsch herrscht wieder Dunkelheit auf dem Gebiet der Forschung, zumal die progressive griechische Intelligenz entweder in den Gefängnissen bzw. auf den Inseln vegetiert oder auswanderte.

Die Untersuchung von Alexander ist in dem Sinne interessant, als sie einen Blick in die Klassenstruktur der griechischen Gesellschaft erlaubt und Herkunft und Bildung des Unternehmers in Griechenland analysiert. Dabei beschränkt sich die Untersuchung auf Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten (20), die 0,8 % der Gesamtzahl der

Betriebe ausmachen und 27 % der Gesamtzahl der Beschäftigten aufweisen bzw. 45 % des Netto-Wertes der industriellen Produktion beitragen (30). Die Untersuchung bestätigt den schon bei der Entwicklung der heutigen Industrieländer beobachteten Prozeß, demzufolge sich die Unternehmer im industriellen Sektor hauptsächlich aus den Kaufleuten und Handwerkern rekrutieren (Tab. auf S. 45). Ähnliche Feststellungen hat Alexander selbst in der Türkei machen können, und ähnliches wurde auch bei einer anderen Untersuchung in Pakistan festgestellt (40—43). Interessant ist die Feststellung Alexanders, die übrigens auch immer wieder in den letzten Jahrzehnten in Griechenland gemacht wurde, daß die Unternehmer nicht den in sie gesetzten Hoffnungen zur Entwicklung einer Initiative für die Industrialisierung gerecht wurden, was Alexander auf die niedrige Profitrate, Kreditschwierigkeiten und auf spezielle Gründe, wie die Einfuhrfreiheit und die Assoziierung mit der EWG, zurückführt (67). Die Profitrate für Investitionen in der Industrie lag zwischen 5,3 (1957) und 11,1 (1960) Prozent (AG und GmbH.) (67), während Profite im Handel mit 20,4 % bis 22,8 % zwischen 1958 und 1968 und in Immobilien mit 10 % beziffert wurden (68 f., 109 f.). Auf der anderen Seite ist erst ab 1960 ein Zuwachs der Sparanlagen bei den Banken zu beobachten, dem die Nachfrage nach Kapital seitens der Unternehmer nicht entspricht (73 f.). Die Assoziierung mit der EWG hat die Unsicherheit der griechischen Unternehmer verstärkt.

Alexander glaubt, in Griechenland keine „sharp lines of demarcation between classes“ zu finden. Er stellt im Gegenteil „a considerable degree of social mobility“ fest (77, 128 f., 93). Zu solchen Folgerungen kommt er, weil er den Begriff „Klasse“ mißversteht bzw. mißbraucht. Die Klasse braucht nicht homogen zu sein, im Sinne, daß die ihr Angehörigen der gleichen Herkunft sein müssen, wie Alexander zu behaupten scheint, wenn er schreibt, daß „the upper class in Greece today does not consist of a homogenous group such as aristocrats, businessmen or public officials“, sondern „it is made up of individuals who have been successful in a variety of fields“ (79). Um Lenin zu zitieren (Werke, Bd. 29, S. 410), wird die Klasse als Menschengruppe durch ihren Platz im System der gesellschaftlichen Produktion, durch ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln und durch ihre Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit gekennzeichnet. Es kommt letzten Endes darauf an, nach welcher Art sich eine Menschengruppe einen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum aneignet, wie auch auf die Größe dieses Anteils. Die soziale Mobilität spricht nicht für die Inexistenz der Klassen, sondern für die Phase, in der sich die griechische Gesellschaft befindet, eine Phase der verstärkten industriellen Umwandlung. Nicht die Gemeinsamkeit der Herkunft, sondern die Gemeinsamkeit der Interessen bestimmt vielmehr die Klassenstruktur in Griechenland. Die Tatsache, daß es in Griechenland keinen Adel gegeben hat bzw. gibt, führt viele zu der falschen Schlußfolgerung, die griechische Gesellschaft sei eine „klassenlose“ Gesellschaft. Alexander findet nichts Merkwürdiges an der Feststellung, daß aus den Reihen der Bauern keine Industriellen

hervorgegangen sind (83). Auch frühere Arbeiter sind unter den heutigen Industriellen bzw. Unternehmern nicht zu finden (45). An diesen zwei „Gruppen“, nach der Bezeichnung von Alexander, scheitert nun die „soziale Mobilität“. Die Mobilität von den mittleren Schichten (Handwerker, Kleinhändler, freie Berufe) zu der oberen Schicht ist kein neues Phänomen in der kapitalistischen Entwicklung. Es ist auch nicht verwunderlich, daß aus Händlern und Kaufleuten Industrielle werden. Das ist bekannt seit der Zeit der bürgerlichen Klassiker und seit Marx und ist Voraussetzung und zugleich Begleiterscheinung der Umwandlung des Handels- bzw. Bank- in Industriekapital. Die Feststellungen von Alexander bestätigen nur diesen Prozeß.

Darüber hinaus geht aus den vorhandenen Daten über den Bildungsstand der griechischen Industriellen (Tab. auf S. 95) hervor, daß die angedeutete Mobilität sehr stark mit dem Bildungsniveau korreliert. Der Prozentsatz der gebildeten Unternehmer liegt beträchtlich höher als derjenige der männlichen Bevölkerung. Von Interesse sind auch die Feststellungen von Alexander über die Beziehungen zwischen Industriellen und Arbeitern (116 f.). Die Stellung der Industriellen zu den Gewerkschaften bezeichnet er als häufig „one of open hostility“. Weder Gewerkschaften noch der Staat sind imstande gewesen, „the violation by some employers of the labor legislation provisions“ zu verhindern. Alexander findet, daß der Unternehmer westlichen Typs in Griechenland noch eine Ausnahme ist (123—25), er wird sich jedoch im Zuge der Assoziierung mit der EWG durchsetzen.

Marios Nikolinakos (Köln)

Triantis, S. G.: *Common Market and Economic Development.* Center of Planning and Economic Research, Research Monograph Series 14, Athens 1965.

Das Buch von Triantis ist „the first systematic attempt to analyse and assess the effects which Greece's association with the European Economic Market may have on her economic development“ (Coutsoumaris, Vorwort). Es ficht auf der Basis der bürgerlichen Ökonomie die Grundlagen des Assoziierungsabkommens Griechenlands mit der EWG an. Triantis, Wirtschaftsprofessor an der Universität von Toronto und gebürtiger Grieche, geht in seiner Untersuchung von zwei alternativ gestellten Entwicklungs-Lösungen für Griechenland aus, wobei bei der ersten „rein“-ökonomische Ziele, wie Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens, Vollbeschäftigung und Minderung der Einkommensgleichheit, bei der zweiten politische Ziele, wie die Beibehaltung der griechischen Nation und demzufolge kleineres Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens und Industrialisierung unter permanentem Schutz betrachtet werden (57—60).

Triantis Präferenz gilt mehr der ökonomischen Lösung, obwohl seine Schlußfolgerungen mehr in Richtung der politischen Lösung liegen. Diese Betrachtungsweise isoliert jedoch die Probleme, abstrahiert von den tatsächlichen Verhältnissen und geht an den zentralen

Ursachen der Unterentwicklung vorbei. Dies kommt besonders im ersten Kapitel zum Ausdruck, wo Triantis über eine gleichmäßigere Verteilung des Einkommens als entwicklungspolitisches Ziel (33 f.) oder über die Faktorenmobilität spricht (29). Denn die Frage „wer übt die politische Macht aus“, die entscheidend ist sowohl für realistische Verschiebungen in der Einkommensverteilung als Folge struktureller Änderungen in der Vermögensverteilung als auch für das die Entwicklung fördernde soziale Verhalten der Entwicklungsträger, wird nicht berührt. Daß Griechenland durch den Militärputsch ein eklatantes Beispiel der Insuffizienz dieser „ökonomistischen“ Betrachtungsweise geworden ist, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Abgesehen davon bestätigt Triantis nach der Untersuchung der Assoziierung Griechenlands mit der EWG das schon bekannte Ergebnis, daß eine Assoziierung zwischen entwickelten Ländern Vorteile für beide hat, während eine solche Assoziierung zwischen entwickelten einerseits und wenig entwickelten Ländern (wie im Fall Griechenlands) andererseits, „of no value and very probably damaging“ für die letzteren ist (88). Triantis findet z. B., daß die graduelle Abschaffung der Zollschränken keine symmetrischen Rückwirkungen haben wird: „The industries of the E.E.C. may gain very substantial ground in the Greek market, while Greek industry and agriculture gain very little in the E.E.C.“ (73). Nachdem er im einzelnen die Vorteile und Nachteile der Assoziierung untersucht hat, kommt er zum folgenden Ergebnis: „Generally, the association with the E.E.C. provides Greece with some short-run benefits of a rather modest dimension regarding her agricultural exports. But it affords little help for the long-term expansion of the country's visible and invisible exports, and it creates conditions which may compromise the long-term development of its economy. It exposes much of Greek industry to serious difficulties; it injects new uncertainties into Greek economy; it restricts the country's freedom to conduct autonomous and flexible economic policies; it may contribute to emigration of capital and skilled labour; and it may entail unbearable stresses on the Greek financial, administrative and economic structure“ (85 f.). Wegen des Mangels an fruchtbarem Boden und Rohstoffen sieht Triantis für die Industrialisierung enge Grenzen (51 f., 58, 186 und passim, 139). Dem Fremdenverkehr dagegen mißt der Verfasser große Bedeutung für die Entwicklung des Landes bei (167 ff.). Er stellt auch fest, daß die 22jährige Periode, in der nach dem Assoziierungsabkommen die Zollschränken abgebaut werden sollen, zu kurz und unzureichend für die Anpassung der griechischen Wirtschaft an diejenige der EWG ist (70, 89, 105). Vielmehr „it is quite possible that under the conditions created by the association the distance between Greece and the E.E.C. will increase rather than diminish“ (105). Es würde 50 Jahre dauern, nach den Berechnungen von Triantis, bis Griechenland dasselbe Pro-Kopf-Einkommen wie die EWG-Staaten erreichte, vorausgesetzt, daß das griechische Pro-Kopf-Einkommen um 5—6 % jährlich und dasjenige der EWG um 3—4 % jährlich wächst, eine Hypothese, die kaum für

plausibel gehalten werden kann (105, Fußn. 1). Sehr interessant sind die Ausführungen über die Einfuhr ausländischen Kapitals nach Griechenland, mit der große Hoffnungen verknüpft wurden. Triantis findet, daß der Beitrag der ausländischen Investitionen vielmehr in der Einführung des Know-how als im Umfang des einzuführenden Kapitals zu suchen ist (186). Dazu meint er, daß trotz einer seit 1953 bestehenden, dem ausländischen Kapital günstigen Gesetzgebung, keine großen Kapitalmengen nach Griechenland gezogen wurden. Es ist vielmehr zu befürchten, nach der schon bei anderen Ländern beobachteten Gesetzmäßigkeit, daß sich das Kapital von wenig entwickelten nach hochentwickelten Zentren verlagert (190, 197). Sehr einleuchtend ist die Analyse, warum die das ausländische Kapital begünstigende Gesetzgebung nicht ausreichend ist, um es in wenig entwickelte Gebiete zu locken (s. 199 ff.). Die Praxis der Militärregierung seit 1967 scheint diese Analyse zu bestätigen. Die großen ausländischen Investitionen, die unter dem Militärregime angekündigt worden sind, fließen nur als Preis der vertraglichen Zuschreibung spezieller Privilegien nach Griechenland und wickeln sich nicht im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung ab. Es sollte schließlich die Feststellung hervorgehoben werden, welche Unklarheiten in offiziellen und inoffiziellen Kreisen Griechenlands über die Rückwirkungen des Assoziierungsabkommens auf die griechische Industrie bestehen (101, Fußn. 1) und wie nebulos und vage die Ziele der griechischen Regierung waren, die das Assoziierungsabkommen unterzeichnete (109 f.), was auch für alle bisherigen Regierungen ohne Ausnahme zutrifft.

Das Buch von Triantis enthüllt, wie unvorbereitet Griechenland das Assoziierungsabkommen unterzeichnet hat und mit welchen falschen und unbegründeten Erwartungen die Assoziierung verbunden wurde. Abgesehen davon, daß nach dem Militärputsch von 1967 das Assoziierungsabkommen zum großen Teil auf Eis gelegt worden ist, deuten die vorhandenen statistischen Angaben darauf hin, daß durch das Assoziierungsabkommen Griechenland als Absatzmarkt für die EWG-Länder gewonnen wurde, während umgekehrt die EWG hauptsächlich als Abnehmer der traditionellen griechischen Agrarprodukte fungiert hat. Wichtige Kapitalbewegungen aus dem EWG-Raum nach Griechenland haben nicht stattgefunden. Der Touristenstrom nach Griechenland hängt keineswegs mit dem Assoziierungsabkommen zusammen.

Marios Nikolinakos (Köln)

Caves, Richard: *American Industry. Structure, Conduct, Performance.* 2. ed., Verlag Prentice-Hall, Englewood Cliffs 1967 (120 S., kart., 8,15 DM).

Der Autor unternimmt mit diesem Buch den Versuch, eine einführende Erläuterung in die zentralen Probleme der Wirtschaft zu geben, die sich vornehmlich an Studenten der Anfangssemester eines wirtschaftswissenschaftlichen Studiums richtet. Mit den zentralen

Problemen ist hier fast ausnahmslos der Markt und das sich aus ihm entwickelnde Preisbildungssystem gemeint. Insofern wird der Inhalt des Buches dem Titel nicht gerecht, da aus letzterem eher der Eindruck entsteht, hier würde die Struktur der amerikanischen Industrie untersucht. Bei der Beschreibung dieses speziellen Gegenstands kommt Caves — Inhaber eines Lehrstuhls für Wirtschaftswissenschaften an der Harvard-Universität — nicht über eine allgemeine Aussage hinaus: Unternehmer müßten nach dem Prinzip der Profitmaximierung verfahren (3 f.), und es gebe wohl monopolartige Strukturen des amerikanischen Marktes, die zumeist aber durch die Antitrust-Gesetzgebung unterbunden würden (15).

Im einzelnen werden die Konzentrationsraten ausgewählter amerikanischer Industriezweige aufgeführt. Dabei wird beispielsweise ersichtlich, daß in der Flugzeugindustrie die 4 größten Unternehmen 97 % aller Produkte dieser Branche herstellen, in der Seifenindustrie die 4 größten Unternehmen 90 % aller Waren liefern etc. (9). Abgesehen von dem Alter der Zahlen — sie stammen aus dem Jahre 1958 und sollten aufgrund der sich rasch verändernden Konzentrationsraten moderner Volkswirtschaften in ein Werk aus dem Jahr 1967 nicht mehr aufgenommen werden — weist die Tabelle mit Ausnahme der Flugzeugindustrie Industriekleinstzweige aus, die für die Gesamtkonzentration ohne jegliche Relevanz sind (Streichhölzer, Arbeitshemden, Pelzprodukte usw.). Die wichtigen und bestimmenden Industriezweige der Stahlerzeugung, der Ölindustrie, der Auto- und Elektroindustrie, die die modernen Volkswirtschaften heute entscheidend beeinflussen und es zukünftig noch stärker tun werden, werden ungenügend behandelt. Selbst bei einem internationalen Vergleich (19) und einem zeitlichen Vergleich (33) erscheint die Bedeutung der Konzentrationsrate auf die Korsett-, Regenschirm- und Alkoholikaherstellung beschränkt.

Caves geht in seiner weiteren Untersuchung dann auf die Probleme der Oligopole, der Preisführerschaft und der Monopole ein. Er erklärt hier viel zu allgemein, nach welchen Regeln Preise für Produkte unter diesen Marktbedingungen entstehen. Ebenso generell ist der Hinweis, daß es trotz der Antitrust-Gesetze Möglichkeiten zur Herausbildung von Monopolen gibt, und zwar infolge der „ökonomischen Gesetzmäßigkeit“ der amerikanischen Wirtschaft (56 ff.). Sehr fragwürdig wird Caves dann, wenn er einen Teil der Antitrust-Gesetze ablehnt. Er meint, daß damit „trotz des generell bekundeten Glaubens der Amerikaner an den Wert der Konkurrenz“ viele dieser Gesetze die Herausbildung der Konkurrenz gar nicht erst gestatten, sondern der Staat diese behindert (75).

Infolge der Knappheit des mitgelieferten theoretischen Materials werden diese Aussagen zum Zeugnis einer völlig unkritischen, ja nebulösen Wiedergabe bestehender ökonomischer Verhältnisse. Von einer Hilfe für Studenten, wie im Vorwort erwähnt, kann gar keine Rede sein; hier wird weder populär noch wissenschaftlich aufgeklärt, sondern plump verschleiert und populär gerechtfertigt.

Harry Gräser (Bremen)

Kolko, Gabriel: *Besitz und Macht. Sozialstruktur und Einkommensverteilung in den USA.* es 239, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1967 (166 S., kart., 4,— DM).

Kolkos Untersuchung kann sich auf bisher unveröffentlichtes Material des Federal Reserve Board und des Survey Research Center zur Einkommensverteilung stützen. Nach methodischer Bereinigung dieses Materials gelingt Kolko der Nachweis, daß entgegen bisheriger Statistiken — insbesondere von Kuznets — in den USA von einer Einkommensnivellierung zwischen den verschiedenen Einkommensklassen in den letzten zwanzig Jahren keine Rede sein kann. Zwar wurden z. B. 1957 etwa 91 % des gesamten privaten Einkommens in den Einkommenssteuererklärungen angegeben; da der Fehlbetrag von 27,7 Milliarden Dollar jedoch fast ausschließlich auf die höheren Steuerklassen entfällt, liegt es auf der Hand, „daß die Außerachtlassung von Einkommen dieser Größenordnung — besonders wenn ein Großteil davon auf ein einziges Einkommenszehntel entfällt — die Ziffern über die Einkommensverteilung beträchtlich verzerren“ (29). Gegen Galbraith, Riesman etc. kann er also nachweisen: „Die überwiegend wohlhabende Mittelstandsgesellschaft ist nichts als ein Wunschbild isolierter Akademiker“ (115). Die Besteuerung der Einkommen ist allenfalls in der Theorie progressiv, in der Praxis hat sie „die fundamentale Ungleichheit in der Einkommensverteilung nicht verringert“, sondern „die Ungleichheit noch einmal bestätigt, indem sie den unteren und mittleren Einkommensgruppen hohe Steuern auferlegte“ (54). Eine Einkommensumverteilung hat jedoch tatsächlich stattgefunden, allerdings zugunsten der Konzerne, deren Konzentration auch durch eine Anti-Kartell-Gesetzgebung nicht aufzuhalten war (63 ff.). Zu Recht hält er der verbreiteten These, diese Giganten operierten heute unabhängig vom Profitmotiv, entgegen: „Es tut nichts zur Sache, wie sie die Macht (gebrauchen), ob für ihre Sonderinteressen oder im Sinne des Interesses der Gesamtgesellschaft. Über den philosophischen Gehalt ihrer Intentionen mag man streiten können; über die Anatomie ihrer Macht kann man es nicht“ (64). Hier werden jedoch auch schon die Grenzen der Kolkoschen Kritik am amerikanischen Monopolkapitalismus deutlich. Wenngleich er die Logik der „Treuhand-These“ (Riesman bezeichnet die Manager der Großkonzerne als Treuhänder) durchbricht, übernimmt er implizite ihre Aussage. — Kolko ist überzeugt, daß die „bestehende Gesellschaftsordnung“ es tatsächlich schaffen kann, „für Gleichheit der Chancen zu sorgen“ (139). Sein Buch kann als eine umfassende Materialsammlung gelten, zumal es in einem weiten Bereich sehr genau nach Berufsklassen die Einkommensverteilung über einen großen Zeitraum aufschlüsselt. Trotz seiner antimonopolistischen Einstellung ist es jedoch nicht als Kritik des Monopolkapitalismus anzusehen, da die Rolle des Monopols im kapitalistischen Produktionsprozeß weder formuliert noch auf ihren Begriff gebracht wird. Hubertus von Heynitz (Berlin)

Sweezy, Paul M.: Die Zukunft des Kapitalismus und andere Aufsätze zur politischen Ökonomie. es 374. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1970 (132 S., kart., 4,— DM).

Außer dem im Titel genannten Aufsatz sind in diesem Band folgende sieben Abhandlungen zusammengestellt, die alle im Zeitraum von 1951 bis 1967 geschrieben wurden: Ein Wirtschaftsprogramm für Amerika; Interessengruppen in der amerikanischen Wirtschaft; Zum Begriff der herrschenden Klasse; Exkurs über Wissenschaft, Marxismus und Demokratie; John Maynard Keynes; Notiz über einen entscheidenden Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus; Marx und das Proletariat.

Einige der Aufsätze bilden in manchen Aspekten Vorarbeiten zu Sweezys letztem Buch „Monopolkapital“, das er zusammen mit Baran verfaßt hat. Die in ihnen niedergelegten theoretischen Erkenntnisse reichen keineswegs über das hinaus, was aus unzähligen anderen Aufsätzen zahlreicher Autoren über den Nachkriegskapitalismus verbreitet worden ist. Interessant sind nur zwei Artikel. Erstens der über die Interessengruppen in Amerika, weil Sweezy dort aufschlußreiches Material ausbreitet, und zweitens seine Notiz über den Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus, in der er kurz und präzise die Reproduktionsbedingungen in beiden Systemen darlegt.

Biographisch interessant ist auch die Abhandlung über Keynes, in der Sweezy sein Verhältnis zu dessen Schule erläutert. „... ich meine, daß die Arbeit seiner Schule einiges Licht auf die Funktionsweise der kapitalistischen Wirtschaft wirft. Es gibt Erkenntnisse bei Marx — besonders in den unvollendeten späten Bänden des Kapitals und in den Theorien über den Mehrwert —, die eine neue Bedeutung gewinnen und an die richtige Stelle rücken, wenn man sie unter dem Gesichtswinkel der Keyneschen Beiträge liest“ (100). Kein Wunder, wenn viele Kritiker des „Monopolkapital“ die Meinung vertreten, Baran und Sweezy seien von der marxistischen zur bürgerlichen Theorie abgerückt.

In zwei weiteren Arbeiten: „Die Zukunft des Kapitalismus“ und „Marx und das Proletariat“ versucht Sweezy, die Methode einer Imperialismustheorie aus dem Zusammenhang von Entwicklung in den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten und Unterentwicklung in den Ländern der Dritten Welt zu bestimmen und seine These zu begründen, warum die revolutionäre Initiative auf die Befreiungsbewegungen der unterentwickelten Länder übergegangen ist.

Die restlichen Ausführungen sind belanglos. Zu einer Theorie des Spätkapitalismus, die sich in der Diskussion über bereits vorliegende theoretische Ansätze herausbilden müßte, trägt dieser Band insgesamt wenig bei.

Wolfgang Schmidt (Göttingen)

(Fortsetzung von Seite II)

<i>Sieyès, Emmanuel</i> : Abhandlung über die Privilegien (<i>Krause-Vilmar</i>)	403
<i>Fourier, Charles</i> : Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen (<i>Hahn</i>)	406
<i>Walch, Jean</i> : Bibliographie du Saint-Simonisme (<i>Hahn</i>)	409
<i>Mill, John Stuart</i> : Über Freiheit (<i>Tibi</i>)	411
<i>de Tocqueville, Alexis</i> : Das Zeitalter der Gleichheit (<i>Tibi</i>)	412
<i>Feldhoff, Jürgen</i> : Die Politik der egalitären Gesellschaft (<i>Tibi</i>)	414
<i>Sorel, Georges</i> : Über die Gewalt (<i>Tibi</i>)	415
<i>Berding, Helmut</i> : Rationalismus und Mythos (<i>Tibi</i>)	416
<i>Gehlen, Arnold</i> : Moral und Hypermoral (<i>Furth</i>)	420

Soziale Bewegung und Politik

<i>Hobson, John A.</i> : Der Imperialismus (<i>U. Müller</i>)	424
<i>Küntzel, Ulrich</i> : Der Dollar-Imperialismus (<i>D. Krause</i>)	427
<i>Bosch, Juan</i> : Der Pentagonismus — oder die Ablösung des Imperialismus? (<i>Frei</i>)	429
<i>Horowitz, David</i> : Kalter Krieg (<i>Küntzel</i>)	430
<i>Horowitz, David</i> (<i>Hrsg.</i>): Containment and Revolution (<i>Behrens/Sanio</i>)	431
<i>Kühnl, Reinhard</i> : Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus (<i>Opitz</i>)	281
<i>Agnoli, Johannes, u. Peter Brückner</i> : Die Transformation der Demokratie (<i>D. Krause</i>)	434
<i>Haug, Wolfgang Fritz</i> : Der hilflose Antifaschismus (<i>Niewwstadt</i>)	437
<i>Dahle, Wendula</i> : Der Einsatz einer Wissenschaft (<i>Niewwstadt</i>)	441
<i>Werner, Karl F.</i> : Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft (<i>Rürup</i>)	444
<i>Nolte, Ernst</i> : Der Faschismus in seiner Epoche (<i>Saage</i>)	292
<i>Nolte, Ernst</i> : Die faschistischen Bewegungen (<i>Saage</i>)	292
<i>Nolte, Ernst</i> (<i>Hrsg.</i>): Theorien über den Faschismus (<i>Saage</i>)	292
<i>Nolte, Ernst</i> : Der Faschismus (<i>Saage</i>)	292
<i>Nolte, Ernst</i> : Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen (<i>Saage</i>)	292
Weltgeschichte Bd. 9 u. 10, hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (<i>Kühnl</i>)	271
<i>Paterna, Erich, u. a.</i> : Deutschland von 1933 bis 1939 (<i>Kühnl</i>)	271
<i>Tyrell, Albrecht</i> (<i>Hrsg.</i>): Führer befiehl . . . (<i>Kühnl</i>)	258
<i>Hildebrand, Klaus</i> : Vom Reich zum Weltreich (<i>Kühnl</i>)	260
<i>Messerschmidt, Manfred</i> : Die Wehrmacht im NS-Staat (<i>Kühnl</i>)	262
<i>Hoffmann, Peter</i> : Widerstand, Staatsstreich, Opposition (<i>Kühnl</i>)	265
<i>Hillgruber, Andreas</i> (<i>Hrsg.</i>): Probleme des Zweiten Weltkriegs (<i>Kühnl</i>)	268
<i>Czichon, Eberhard</i> : Der Bankier und die Macht (<i>Kühnl</i>)	269
<i>Czichon, Eberhard</i> : Hermann Josef Abs. Porträt eines Kreuzritters des Kapitals (<i>Kühnl</i>)	269

<i>Bracher, Karl Dietrich: Die deutsche Diktatur (Winckler)</i> . . .	446
<i>Maser, Werner: Die Frühgeschichte der NSDAP (Czichon)</i> . . .	447
<i>Jäckel, Eberhard: Hitlers Weltanschauung (Lüdtke)</i>	448
<i>Fabry, Philipp W.: Mutmaßungen über Hitler (Voigt)</i>	449
<i>Lange, Karl: Hitlers unbeachtete Maximen (Voigt)</i>	449
<i>Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932—1945 (Voigt)</i>	449
<i>Klöss, Erhard (Hrsg.): Reden des Führers (Voigt)</i>	449
<i>von Kotze, Hildegard, u. a. (Hrsg.): „Es spricht der Führer“ (Voigt)</i>	449
<i>Burke, Kenneth: Die Rhetorik in Hitlers „Mein Kampf“ (Voigt)</i>	449
<i>Strasser, Otto: Mein Kampf (Czichon)</i>	453
<i>Deuerlein, Ernst (Hrsg.): Der Aufstieg der NSDAP 1919—1933 in Augenzeugenberichten (Westarp)</i>	455
<i>Allen, William S.: „Das haben wir nicht gewollt!“ (Herkommer)</i>	456
<i>Heyen, Franz J. (Hrsg.): Nationalsozialismus im Alltag (Krause-Vilmar)</i>	458
<i>Diehl-Thiele, Peter: Partei und Staat im Dritten Reich (Czichon)</i>	458
<i>Mommsen, Hans: Beamtentum im Dritten Reich (Westarp)</i>	460
<i>Conway, John S.: Die nationalsozialistische Kirchenpolitik 1933—1945 (Haasis)</i>	462
<i>Deschner, Karlheinz: Kirche und Faschismus (Haasis)</i>	463
<i>Brandenburg, Hans-Christian: Die Geschichte der HJ (Unger)</i>	464
<i>Müller, Klaus-Jürgen: Heer und Hitler (Winckler)</i>	465
<i>Förster, Gerhard: Totaler Krieg und Blitzkrieg (Westarp)</i>	468
<i>Völkischer Beobachter. Faksimile Querschnitt (Koch)</i>	312
<i>Das Schwarze Korps. Faksimile Querschnitt (Koch)</i>	312
<i>Signal. Faksimile Querschnitt (Koch)</i>	312
<i>Das Reich. Faksimile Querschnitt (Koch)</i>	312
<i>Frankfurter Zeitung. Faksimile Querschnitt (Koch)</i>	312
<i>Hale, Oron J.: Presse in der Zwangsjacke 1933—1945 (Koch)</i>	312
<i>Abel, Karl Dietrich: Presselenkung im NS-Staat (Koch)</i>	312
<i>Jahnke, Karl-Heinz: Weiße Rose contra Hakenkreuz (Haasis)</i>	469
<i>Jecchenis, Christos: Trade Unionism in Greece (Nikolinakos)</i>	470
<i>Tsakonas, Demetrios: Geist und Gesellschaft im neuen Griechenland (Nikolinakos)</i>	472
<i>Aujourd'hui la Grèce . . . (Nikolinakos)</i>	473
<i>Gstrein, Heinz (Hrsg.): Zum Beispiel Griechenland (Nikolinakos)</i>	474
<i>Marceau, Marc: La Grèce des colonels (Nikolinakos)</i>	475
<i>Mathiopoulos, Basil P.: Athen brennt (Nikolinakos)</i>	475
<i>Cervi, Mario: Dove va la Grecia? (Nikolinakos)</i>	475
<i>Seyppel, Joachim: Geburt einer Tyrannis (Nikolinakos)</i>	475
<i>Skriver, Ansgar: Soldaten gegen Demokraten (Nikolinakos)</i>	475
<i>Koch, Erwin E.: Griechenland im Umbruch (Nikolinakos)</i>	475
<i>Ahlberg, René: Die politische Konzeption des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (Stolle)</i>	375
<i>Baier, Horst (Hrsg.): Studenten in Opposition (Stolle)</i>	375
<i>Benedict, Hans-Jürgen, u. Theodor Ebert: Macht von unten (Stolle)</i>	375